

Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1973

Der vorliegende Märzbericht bringt wie in den Vorjahren einen ausführlichen Rückblick auf die österreichische Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Der erste Abschnitt orientiert über die Gesamtentwicklung an Hand der vorläufigen Zahlen der Volkseinkommensrechnung. Anschließend werden die einzelnen Sachgebiete der Wirtschaft eingehend beschrieben.

Volkseinkommen

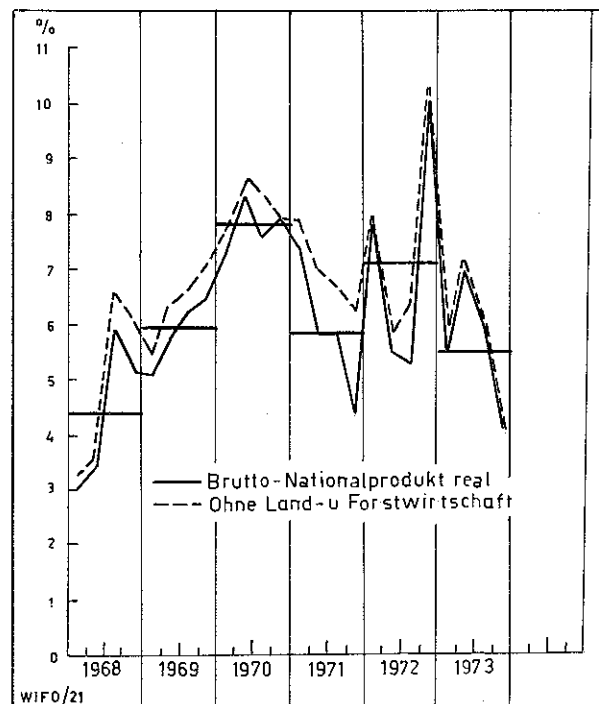
Die erste Schätzung des österreichischen Volkseinkommens für 1973 baut auf den Ergebnissen der revidierten Gesamtrechnung für 1972 auf. Danach erreichte das österreichische *Brutto-Nationalprodukt* 1973 einen Gesamtwert von 546,3 Mrd. S (1972: 474,7 Mrd. S). Es war nominell um 15% und real (zu Preisen von 1964) um 5½% höher als im Vorjahr. Das nominelle Brutto-Nationalprodukt je Einwohner erreichte 72.300 S (+14½%) und je Erwerbstätigen 171.100 S (+13½%). Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, gemessen am realen Brutto-Nationalprodukt je Erwerbstätigen, erhöhte sich um 4%. Im internationalen Vergleich lag das österreichische Wirtschaftswachstum 1973 etwa im Mittelfeld der westeuropäischen Länder.

Die seit 1968 andauernde kräftige Expansion der österreichischen Wirtschaft hat sich 1973 fortgesetzt. Sie war kaum schwächer als im Vorjahr, wenn man von den Kaufverschiebungen infolge der Einführung der Mehrwertsteuer absieht. Da die heimische Endnachfrage etwas schwächer wuchs, waren Export- und Lagernachfrage die Hauptstützen der Konjunktur.

Die Wirtschaft entwickelte sich während des Jahres ziemlich gleichmäßig. Die Tiefpunkte im I. und IV. Quartal sind auf die Verschiebung des Ostertermins bzw. auf die Mehrwertsteuereffekte zurückzuführen.

Die Beiträge der einzelnen Wirtschaftszweige zum Brutto-Nationalprodukt entwickelten sich 1973 einheitlicher als im Vorjahr. Die größten Leistungssteigerungen erzielten Energiewirtschaft, Baugewerbe und Verkehr. Etwa durchschnittlich wuchsen Industrie, Gewerbe und Handel, während das Wachstum des Dienstleistungssektors unter dem Durchschnitt lag.

Entwicklung des Brutto-Nationalproduktes



Entwicklung des Brutto-Nationalproduktes

		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
		mit Land- und Forstwirtschaft		ohne Land- und Forstwirtschaft	
		real	nominell	real	nominell
1972	I. Quartal	+7,8		+7,9	
	II. "	+5,4		+5,8	
	III. "	+5,3		+6,3	
	IV. "	+9,9		+10,3	
	Ø 1972	+7,1	+14,9	+7,6	+15,1
1973	I. Quartal	+5,4		+5,9	
	II. "	+6,9		+7,1	
	III. "	+6,0		+5,8	
	IV. "	+4,0		+4,0	
	Ø 1973	+5,5	+15,1	+5,7	+15,2

Die Wertschöpfung der *Land- und Forstwirtschaft* ist 1973 kräftig gestiegen. Es gab eine gute Getreide- und Obsternte. Feldgemüse und Zuckerrüben brachten etwas bessere Erträge, die Weinernte war schwächer als im Vorjahr. Die Schlachtungen von Rindern und Schweinen nahmen zu, der Rinderexport blieb erheblich unter dem Vorjahrswert. Der Bestand an Rindern wurde kräftig aufgestockt, zum Teil unfreiwillig, weil der Export im zweiten Halbjahr stockte. Die Milchproduktion war schwach rückläufig. Der Holzeinschlag sank trotz reger Nachfrage. Die ge-

samte Endproduktion des Agrarsektors stieg 1973 real um 3%, die Bezüge an Vorleistungen stagnierten (+ 1/2%); die Wertschöpfung war um etwa 4% höher als 1972.

In der gewerblichen *Sachgüterproduktion* hat die Dynamik der *Industrie* gegen 1972 etwas nachgelassen (5 1/2% gegen 7%). Besonders kräftig erhöhte sich die Bergbau- und Grundstoffproduktion (8%), die Erzeugung von Konsumgütern (+6%, davon langlebige Konsumgüter +10%) schwächte sich kaum ab. Nach der guten Konjunktur in den Vorjahren erreichte die Investitionsgüterproduktion nur eine geringe Zuwachsrate (3%). Das *Großgewerbe* (Gewerbebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten), das rund 40% des erzeugenden Gewerbes repräsentiert, wuchs sogar etwas rascher als die Industrie (+6%). Merklich zugenommen hat vor allem die Leistung im Bau- und Baunebengewerbe sowie im chemischen und holzverarbeitenden Gewerbe. Das gesamte verarbeitende Gewerbe (einschließlich Kleingewerbe) erzielte ein Wachstum von 5 1/2%.

Nach der hektischen Baukonjunktur in den Vorjahren expandierte das *Baugewerbe* 1973 trotz der zurückhaltenden Vergabe neuer Aufträge durch die öffentliche Hand weiter kräftig (7%). Dank der günstigen Wasserführung und der stark erhöhten Stromerzeugung der Wasserkraftwerke wuchs die *Energiewirtschaft* um 8 1/2%. Besonders kräftig war die Leistungssteigerung des *Verkehrssektors* (+8 1/2%). Der größte Teil des Zuwachses entfiel auf den gewerblichen Straßenverkehr, der vor allem aus dem wachsenden Außenhandel Nutzen zog, ferner auf die Schifffahrt, Luftfahrt und die Post (mit stark expansivem Telephonverkehr). Der Handel expandierte 1973 etwa gleich stark wie die Gesamtwirtschaft (5 1/2%). Der *Dienstleistungssektor* blieb mit Ausnahme der Banken und Versicherungen (+7%) hinter der allgemeinen Entwicklung zurück (Wohnungswirtschaft +3%, öffentlicher Dienst +3 1/2% und private Dienste +2%). Das geringere Wachstum der privaten Dienstleistungen ist vor allem auf die schwache Leistungssteigerung im Fremdenverkehr zurückzuführen.

Dem Brutto-Nationalprodukt von 546,3 Mrd. S entsprach nach Abzug der Abschreibungen und der indirekten Steuern (minus Subventionen) ein *Volks-einkommen* von 413,3 Mrd. S (+17%). Ohne Vorratsentlastung (7,5 Mrd. S) stieg das österreichische Volkseinkommen um 14 1/2%. Die *Lohn- und Gehalts-summe* wuchs insgesamt um 16 1/2% und pro Kopf um 12 1/2%. Die *Nicht-Lohneinkommen*, die zunächst nur als Restgröße zwischen Volkseinkommen und Lohnsumme ermittelt werden können und 1973 auch die Vorratsentlastung (7,5 Mrd. S) miteinschließen, nahmen nach vorläufiger Schätzung um 18% (ohne Vorratsentlastung um 12%) zu.

Das Volkseinkommen und seine Verteilung

	1972	1973	1972	1973
	Mrd. S		Veränderung gegen	
	zu laufenden Preisen		das Vorjahr in %	
Brutto-Nationalprodukt	474,7	546,3	+14,9	+15,1
Minus Abschreibungen	49,6	58,5	+14,5	+18,0
Netto-Nationalprodukt	425,1	487,8	+14,9	+14,7
Minus indirekte Steuern	77,0	80,4	+16,0	+4,4
Plus Subventionen	5,6	5,9	+2,9	+5,5
Volkseinkommen	353,7	413,3	+14,5	+16,9
davon				
Löhne u. Gehälter	233,0	271,2	+13,3	+16,4
Einkommen aus Besitz u. Unternehmung ¹⁾	124,4	146,7	+17,1	+18,0
Öffentliches Einkommen aus Besitz und Unternehmung	1,1	0,9	-19,7	-19,5
Zinsen für die Staatsschuld	-4,8	-5,5	+8,9	+14,9

¹⁾ Einschließlich Kapitalgesellschaften

Das *Preisniveau* zog 1973 weiter an. Der Deflator für das Brutto-Nationalprodukt war um 9% höher als im Vorjahr. Außer den Mehrwertsteuereffekten erhielt der Preisaufrtrieb von den Baupreisen die stärksten Impulse.

Für *Konsum und Investitionen* im Inland wurden 1973 Güter und Leistungen im Werte von 550,3 Mrd. S aufgewendet, nominell um 15 1/2% und real um 6 1/2% mehr als im Vorjahr. Da die Nachfrage stärker wuchs als das Angebot (Brutto-Nationalprodukt +5 1/2%), erhöhte sich das Defizit in der Leistungsbilanz von 1,8 Mrd. S (1972) auf 4,0 Mrd. S. Gemessen am Brutto-Nationalprodukt stieg das Passivum von 0,4% (1972) auf 0,7%.

Entwicklung des Brutto-Nationalproduktes

	1972	1973	1972	1973	1972	1973	1972	1973
	zu laufenden Preisen		Veränderung gegen das		zu Preisen von 1964		Veränderung gegen das	
	Mrd. S		Vorjahr in %		Mrd. S		Vorjahr in %	
Land- und Forstwirtschaft	27,8	31,5	+11,1	+13,5	21,4	22,2	+0,8	+3,8
Industrie und Gewerbe	167,1	190,0	+13,1	+13,7	130,6	137,9	+7,1	+5,6
Baugewerbe	55,6	68,9	+32,6	+24,1	37,7	40,3	+16,0	+7,0
Elektrizität Gas Wasser	12,5	14,9	+19,3	+19,5	10,4	11,3	+10,4	+8,6
Verkehr	28,5	31,4	+13,4	+9,9	23,1	25,1	+6,7	+8,5
Handel	67,1	76,4	+12,5	+13,8	48,9	51,6	+7,4	+5,3
Öffentlicher Dienst	49,0	57,0	+13,3	+16,5	25,9	26,8	+3,1	+3,5
Übrige Dienste	67,1	76,2	+11,9	+13,4	42,9	44,6	+5,3	+4,0
Brutto-Nationalprodukt	474,7	546,3	+14,9	+15,1	340,9	359,8	+7,1	+5,5
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft	446,9	514,8	+15,1	+15,2	319,5	337,6	+7,6	+5,7

Verwendung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1972	1973	1972	1973	1972	1973	1972	1973
	zu laufenden Preisen Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %		zu Preisen von 1964 Mrd. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Brutto-Nationalprodukt	474,7	546,3	+14,9	+15,1	340,9	359,8	+7,1	+5,5
Minus Exporte i. w. S.	144,8	166,3	+14,3	+14,8	116,2	124,3	+10,8	+7,0
Plus Importe i. w. S.	146,6	170,3	+14,9	+16,2	113,9	125,0	+11,2	+9,8
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	476,5	550,3	+15,1	+15,5	338,6	360,5	+7,3	+6,5
Privater Konsum	259,7	288,5	+12,9	+11,1	194,4	203,7	+6,8	+4,8
Öffentlicher Konsum	68,8	79,8	+13,5	+16,0	38,0	39,5	+4,7	+4,0
Brutto-Anlageinvestitionen	149,9	172,2	+26,6	+14,9	107,7	110,4	+14,8	+2,5
Ausrüstung	61,8	62,8	+17,4	+1,7	46,5	44,9	+12,0	-3,5
Bauten	88,1	109,4	+34,0	+24,1	61,2	65,5	+17,1	+7,0
Lagerveränderung und statistische Differenz	-1,9	9,8			-1,5	6,9		

Der *private Konsum* nahm nominell um 11% und real um fast 5% zu. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Konsumzwecke wurden durch die Vorkäufe gegen Jahresende 1972 in den einzelnen Verbrauchsgruppen (Fahrzeugkäufe, dauerhafte Konsumgüter) gedämpft.

Der *öffentliche Konsum* wuchs nominell um 16% und real um 4%. Der Personalstand im öffentlichen Dienst wurde neuerlich erhöht (3%). Der nominelle Zuwachs entspricht weitgehend der Ausweitung des Personalaufwandes.

Die *Investitionskonjunktur* hat sich 1973 stark differenziert. Während die Käufe von Maschinen und Elektrogeräten nominell um 6½% und real um 1% stiegen, sanken die Anschaffungen von Straßenfahrzeugen merklich unter das Vorjahrsniveau (nominell um 19%, real um 22½%). Die Bauinvestitionen wurden nominell um 24% und real um 7% ausgeweitet. Die österreichische Wirtschaft investierte 1973 nominell 172,2 Mrd. S (+15%), das Investitionsvolumen war um 2½% höher als im Vorjahr. Die reale Investitionsquote sank von 31,8% (1972) auf 30,6%. Stark differenziert war 1973 auch die Verteilung der Investitionen nach Wirtschaftsbereichen. Laut Investitionstest investierte die Industrie nominell um 6% weniger, die Elektrizitätswirtschaft um 29% mehr als im Vorjahr; die Landwirtschaft kaufte um 12% weniger Maschinen und Fahrzeuge.

15%, Dienstleistungen 14%), die Importe (im weiteren Sinn) um 16% (Waren 14%, Dienstleistungen 24%). Die Importquote stieg von 30,8% (1972) auf 31,0%, während die Exportquote von 30,5% auf 30,4% sank.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.10

Im Rahmen der umfassenden Stabilisierungsmaßnahmen fiel der Währungspolitik eine wichtige Rolle zu. Die Währungsbehörden steuerten ab Ende 1972 einen restriktiveren Kurs, der die Entwicklung des monetären Sektors der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1973 maßgeblich beeinflusste. Gegen den inflationären Druck von außen wurden die Wechselkurspolitik, aber auch Kapitalverkehrskontrollen eingesetzt. Der Einsatz des geldpolitischen Instrumentariums der Notenbank richtete sich hauptsächlich auf eine Dämpfung der Kreditexpansion, die auch den Zielvorstellungen entsprechend erreicht wurde. Hand in Hand damit verknappte sich die Liquidität des Kreditapparates, und die Geldmengenexpansion wurde scharf gebremst. Die starke Passivierung sowohl im Leistungsbereich als auch im Kapitalverkehrsbereich der Zahlungsbilanz unterstützte die Effizienz der Notenbankpolitik. Die monetären Restriktionen haben das reale Wirtschaftswachstum nicht beeinträchtigt, vielmehr führten sie zu einem Abbau der Überschussliquiditäten, die sich in der Expansionsperiode der Jahre 1971 und 1972 gebildet hatten. Das anhaltend kräftige Einkommenswachstum ermöglichte eine rege Spartätigkeit, die noch durch die Reform der steuerlichen Sparförderung begünstigt wurde. Dabei kam es zu erheblichen Umschichtungen von den Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und vom Wertpapiersparen zu länger gebundenen und höher verzinsten Einlagen und zum Versicherungssparen. Das Zinsniveau wurde — insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern — nur mäßig angehoben, der

Import- und Exportquoten

	Importe		Exporte	
	Mrd. S zu laufenden Preisen	in % des VGL ¹⁾	Mrd. S zu laufenden Preisen	in % des BNP ²⁾
1971	127,6	30,8	126,8	30,7
1972	146,6	30,8	144,8	30,5
1973	170,3	31,0	166,3	30,4

¹⁾ Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen. — ²⁾ Brutto-Nationalprodukt

Die *Leistungsbilanz* (Außenbeitrag ohne unentgeltliche Leistungen, aber einschließlich Rüstungskäufe und statistische Korrektur) wies 1973 ein Passivum von 4,0 Mrd. S aus (1972: 1,8 Mrd. S). Die Exporte (im weiteren Sinn) stiegen nominell um 15% (Waren

Anstieg des Preisniveaus war allerdings etwas stärker, so daß sich die Realzinsen leicht ermäßigten

Wechselkurspolitik lehnte sich weiter an die starken Währungen an

Die Abwertung des US-Dollar von Mitte Februar 1973 brachte auf den Devisenmärkten keine Beruhigung. Im weiteren Jahresverlauf kam es im internationalen Wechselkursgefüge zu großen Schwankungen. Als der Dollar weiterhin schwach blieb, gingen die meisten europäischen Länder im März zum sogenannten Block-Floating über. Nach etwa zweimonatiger Stabilität zogen die Effektivkurse der starken europäischen Währungen im Juni und Juli beträchtlich an. Ende Juli trat eine Wende ein: der Dollar erholte sich gegenüber diesen Währungen, Ende Oktober und im November hat sich der Dollar neuerlich gegenüber fast allen wichtigen Währungen merklich verbessert. Diese Entwicklung erklärt sich aus der sehr günstigen Zahlungsbilanz der USA und der Erwartung, daß die Vereinigten Staaten weniger von den Ölpreiserhöhungen betroffen sein würden als Europa und Japan.

Die österreichische Wechselkurspolitik hielt wie bisher an dem Grundsatz fest, die Kurse so zu gestalten, daß die Relation des Schilling zu den wert-

beständigen Währungen der wichtigsten europäischen Handelspartner im Durchschnitt stabil bleibt. Im Gefolge der neuerlichen Währungskrise im März wurde der Schilling um 2¼% aufgewertet, nachdem die Deutsche Bundesbank die Mark um 3% aufgewertet hatte. Seit Ende März 1973 nimmt Österreich ohne formelle Verpflichtung am Block-Floaten teil und hält die dort vorgesehene Kursmarge von 2½% ein. Die erneute D-Mark-Aufwertung Ende Juni 1973 um 5½% wurde von Österreich nur zum Teil mitgemacht, der Schilling wurde gegenüber den Sonderziehungsrechten um 48% aufgewertet (1 Sonderziehungsrecht = 23 6073 S).

Die De-facto-Wertänderung des Schilling gegenüber den Währungen der Handelspartner kann an Hand eines mit Import- bzw. Exportanteilen gewogenen Wechselkursindex dargestellt werden. Demnach hat sich der Wert des „Import-Schilling“ gegenüber den westeuropäischen Handelspartnern im Laufe des Jahres 1973 um 26% erhöht. Die De-facto-Aufwertung des „Export-Schilling“ gegenüber Westeuropa fiel mit 56% etwas höher aus.

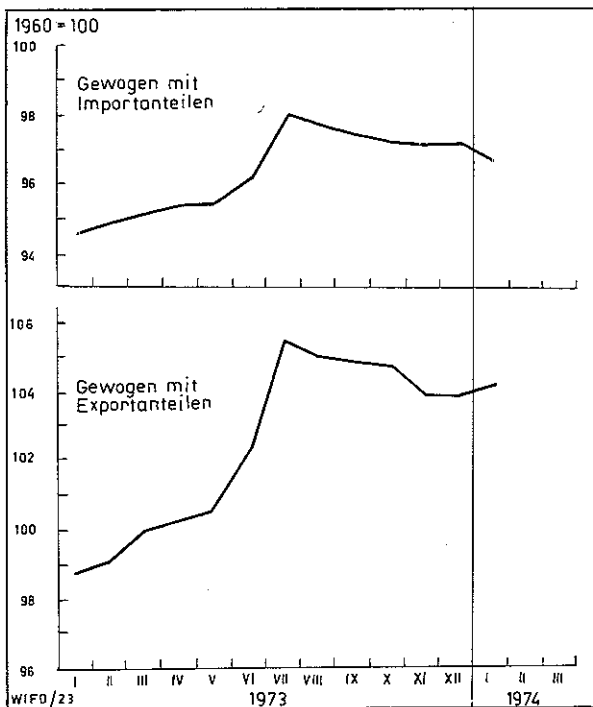
Starke Passivierung der Leistungsbilanz und des langfristigen Kapitalverkehrs

Das Defizit der Handelsbilanz stieg seit 1972 um rund 4½ Mrd. S auf rund 36¼ Mrd. S. Die Zuwachsrate des Handelsbilanzdefizites verminderte sich allerdings von 421% im Jahre 1971 über 195% im Jahre 1972 auf 136%. Die Überschüsse aus dem Dienstleistungsbereich waren mit 2784 Mrd. S bloß um 107 Mrd. S höher als 1972 und konnten den Abgang aus dem Handelsverkehr nur zu drei Vierteln (1972 zu 84%) decken. Die Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr wuchsen bloß um 3%, gegen 182% und 253% in den beiden vorangegangenen Jahren. Allerdings werden die Reiseverkehrausgaben (Zuwachs von 26%) zu hoch ausgewiesen, da sie Beträge aus Einkommen von Gastarbeitern enthalten, die diese in ihre Heimatländer mitnehmen. An Zinsen wurden per Saldo 257 Mrd. S (im Vorjahr 193 Mrd. S) an das Ausland gezahlt. Die Nettoerlöse für „sonstige Dienstleistungen“ stiegen um 094 Mrd. S auf 359 Mrd. S. Fracht, Spedition, Transport- und Lagerversicherung einerseits, Transitgeschäfte andererseits brachten höhere Deviseneingänge.

Aus Transferleistungen gingen 1½ Mrd. S ein (um ¼ Mrd. S mehr als 1972), wobei die höchsten Zuflüsse auf „Arbeitslöhne und Gehälter“ (062 Mrd. S), auf „Pensionen, Renten und Sozialversicherungen“ (044 Mrd. S) sowie auf „Unterstützungs- und Unterhaltsbeiträge“ (033 Mrd. S) entfielen.

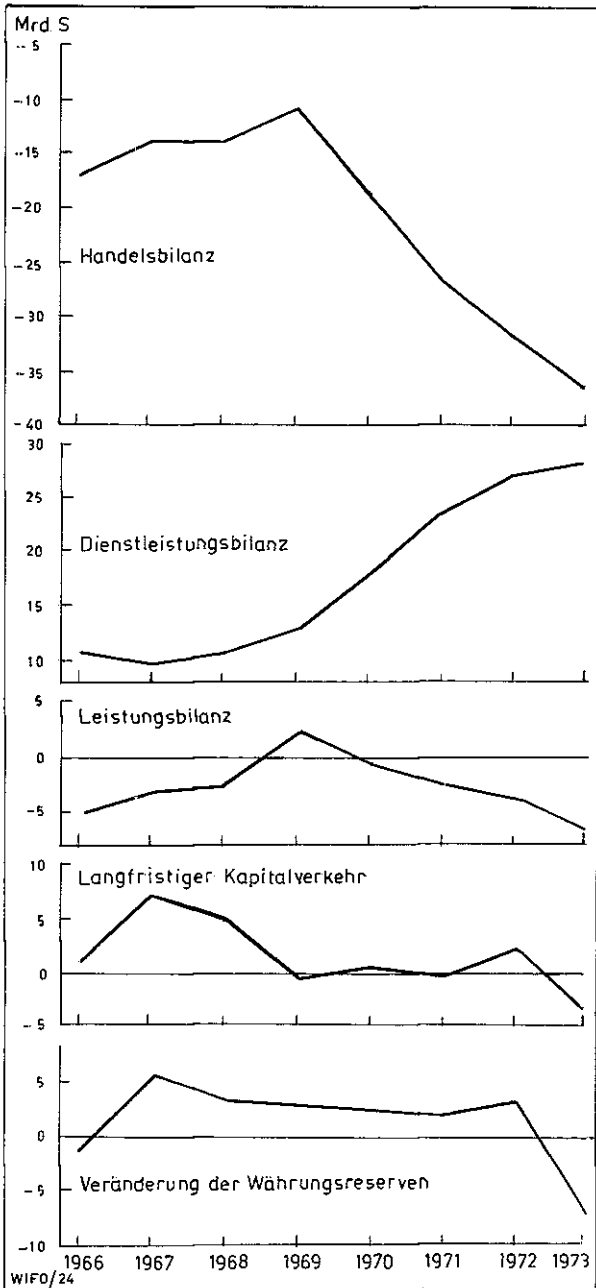
Das Leistungsbilanzpassivum wurde mit 693 Mrd. S um rund 3 Mrd. S höher als 1972 ausgewiesen. Aller-

Wechselkursindizes
(Westeuropa)¹⁾



¹⁾ Die Kurse von elf westeuropäischen Währungen gegenüber dem Schilling gewogen mit Import- und Exportanteilen des Vorjahres

Zahlungsbilanz



dings ist zu berücksichtigen, daß die „statistische Differenz“ zum Großteil dem Leistungsbereich zugerechnet werden muß. Läßt man die zu Lasten der statistischen Differenz verbuchten Verluste aus der Bewertung der valutarischen Bestände der Notenbank (279 Mrd. S.) außer Betracht, so beträgt die statistische Differenz 5 1/3 Mrd. S. und das bereinigte Leistungsbilanzdefizit nur etwa 2 Mrd. S.

Der langfristige Kapitalverkehr schloß 1973 mit einem Passivum von 356 Mrd. S., nach einem Überschuß von fast 2 Mrd. S. im Jahre 1972. Mit der Aufhebung der generellen Bewilligung für verschiedene Kapital-

Zahlungsbilanz

	1972	1973 ¹⁾
	Mrd. S.	
Handelsbilanz ²⁾	-31 92	-36 27
Dienstleistungsbilanz	+26 76	+27 84
davon Reiseverkehr	+26 04	+26 81
Bilanz der Transferleistungen	+ 1 26	+ 1 51
Leistungsbilanz	- 3 89	- 6 93
Langfristiger Kapitalverkehr ³⁾	+ 1 97	- 3 56
Grundbilanz	- 1 93	-10 48
Kurzfristiger Kapitalverkehr ⁴⁾	- 0 14	+ 0 50
Reserveschöpfung/Sonderziehungsrechte	+ 0 71	-
Statistische Differenz	+ 4 35	+ 2 53
Veränderung der Währungsreserven	+ 2 99	- 7 45
davon Oesterreichische Nationalbank	+ 8 58	- 5 10
Kreditunternehmen	- 5 59	- 2 35

¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Einschließlich der nicht-monetären Goldtransaktionen. — ³⁾ Ohne Beteiligung des Bundes am internationalen Währungsfonds. Aufgliederung in folgender Übersicht. — ⁴⁾ Ohne reservewertige kurzfristige Auslandsposition der Kreditunternehmen.

transaktionen wurde Ende 1972 eine Voraussetzung zur Steuerung der Kapitalimporte geschaffen. Ziel der Währungsbehörde zu Jahresbeginn 1973 war eine einigermaßen ausgeglichene Kapitalbilanz. Bei eher restriktiver, jedoch flexibler Bewilligungspraxis der Notenbank ergab sich in den ersten sieben Monaten 1973 aus langfristigen Kapitaltransaktionen ein Überschuß von rund 3 Mrd. S. Erst in den folgenden Monaten passivierte sich die langfristige Kapitalbilanz durch Nettoabflüsse von rund 6 1/2 Mrd. S., vor allem infolge von Kreditgewährungen der Geschäftsbanken und Käufen ausländischer Wertpapiere.

Österreichische Anlagen im Ausland waren mit 10 2/3 Mrd. S. fast doppelt so hoch wie 1972. Das verstärkte Auslandsengagement dürfte in erster Linie durch die höheren Zinssätze angeregt worden sein. Allein der Erwerb ausländischer Obligationen stieg seit dem Vorjahr um fast 2 1/2 Mrd. S. auf 4 23 Mrd. S. Die Käufe konzentrierten sich auf das IV. Quartal und

Langfristiger Kapitalverkehr

	1972			1973 ¹⁾		
	E	A	S	E	A	S
	Mill. S.					
Kredite an Österreich	6.524	5.096	+1.428	8.181	3.967	+4.214
Kredite an das Ausland	1.227	4.003	-2.776	1.817	6.728	-4.911
Österreichische festverzinsliche Wertpapiere	3.494	752	+2.742	1.530	1.706	- 176
Österreichische Aktien	256	124	+ 132	136	140	- 4
Ausländische festverzinsliche Wertpapiere	2.148	3.926	-1.778	1.511	5.743	-4.232
Ausländische Aktien	1.925	2.025	- 100	1.122	1.925	- 803
Ausländische Beteiligungen in Österreich	2.185	399	+1.786	2.403	332	+2.071
Österreichische Beteiligungen im Ausland	74	716	- 642	192	892	- 700
Österreichische Grundstücke	1.156	598	+ 558	752	485	+ 267
Ausländische Grundstücke	38	32	+ 6	31	45	- 14
Internationale Finanzinstitutionen	-	209	- 209	16	45	- 29
Sonstige	1.108	290	+ 818	892	131	+ 761
Saldo der langfristigen Kapitalbilanz	20.135	18.170	+1.965	18.583	22.139	-3.556

E = Eingänge A = Ausgänge S = Saldo — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

wurden zu einem guten Teil vom Kreditapparat getätigt Österreichische Kreditunternehmungen gewährten 428 Mrd. S Kredite an das Ausland (1972: 284 Mrd. S), refinanzierten diese Veranlagungen aber teilweise durch kurzfristige Kapitalimporte.

Ausländer veranlagten in Österreich 711 Mrd. S, um gut 1/2 Mrd. S weniger als 1972. Wirtschaftsunternehmungen nahmen fast 4 1/2 Mrd. S (im Vorjahr rund 3 Mrd. S) Auslandskredite auf. Die wichtigsten Kreditnehmer waren die Branchen Erdöl und Chemie (2 Mrd. S) sowie Energie (1 2/3 Mrd. S). Der Bund zahlte 068 Mrd. S (1972: 174 Mrd. S) seiner Kreditverpflichtungen an das Ausland zurück. Durch die devisenpolitischen Maßnahmen der Notenbank, aber auch infolge höherer Renditen ausländischer Titel, kam der Nettoabsatz österreichischer Wertpapiere im Ausland zum Erliegen (1972 wurden per Saldo Obligationen für 2 3/4 Mrd. S verkauft). Der ebenfalls devisenrechtlichen Beschränkungen unterliegende Grundstückerwerb durch Ausländer (1/4 Mrd. S) sank auf die Hälfte des Vorjahrswertes. Die Auslandsbeteiligungen stiegen um 207 Mrd. S (179 Mrd. S).

Im kurzfristigen Bereich wurde 1/2 Mrd. S — hauptsächlich Kredite an Wirtschaftsunternehmungen — aus dem Ausland beschafft.

Die österreichischen Währungsreserven nahmen 1973 erstmals seit 1966 um 745 Mrd. S auf 4106 Mrd. S ab. Im Vergleich zum Vorjahr (als die Währungsreserven um 3 Mrd. S zugenommen hatten) ergibt sich ein Passivierungseffekt von fast 10 1/2 Mrd. S, der zu zwei Dritteln den Transaktionen im Leistungs- und Kapitalverkehrsbereich zuzuzählen ist, der Rest entfällt auf Buchverluste, die auf Grund der Wechselkursänderungen in den valutarischen Beständen der Notenbank entstanden (279 Mrd. S); außerdem wurden 1973 keine Sonderziehungsrechte (1972: 071 Mrd. S) zugeteilt.

Währungsreserven
(Stand zu Jahresende)

	1972	1973
	Mill. S	
Notenbank	62.296	57.196
davon Gold	17.900	17.923
Devisen und Valuten	39.375	34.400
Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF	2.123	2.028
Forderung aus der Beteiligung am IWF	3.295	2.997
Sonstige Bestände ¹⁾	- 397	- 152
Kreditunternehmungen	-13.783	-16.135
Währungsreserven insgesamt	48.513	41.061

¹⁾ Forderungen und Verpflichtungen aus dem bilateralen Verrechnungsverkehr, Schillingverpflichtungen gegenüber ausländischen Banken und andere. — ²⁾ Mit Bundesgesetz vom 23. Juni 1971 wurde die Oesterreichische Nationalbank ermächtigt die gesamte Quote Österreichs zu übernehmen und alle sich aus der Mitgliedschaft beim Fonds ergebenden finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen

Liquidität des Kreditapparates wurde knapp — Verstärkter Einsatz der Zentralbankrefinanzierung zur Liquiditätssteuerung

Die Oesterreichische Nationalbank stellte die liquiditätspolitischen Maßnahmen in den Dienst der kreditpolitischen Ziele. Dabei versuchte sie aber eine Austrocknung des Geldmarktes zu vermeiden, die zu kräftige Zinserhöhungen nach sich gezogen hätte. Nach der Erhöhung der Mindestreserven zu Jahresbeginn verknappte sich die Liquidität des Kreditapparates im I. Quartal 1973 beträchtlich. Die Mindestreserveverpflichtungen konnten nicht mehr voll erfüllt werden die Geldmarktsätze stiegen über die Rendite festverzinslicher Wertpapiere. Zur Entspannung des Geldmarktes senkte die Notenbank per April die Mindestreservesätze (Liquiditätsfreisetzung rund 2 1/2 Mrd. S) — ohne dadurch grundsätzlich den restriktiven Kurs zu verlassen — und erklärte sich bereit, für die Dauer von vier Monaten offenmarktfähige Wertpapiere bis zum Nominale von 1 Mrd. S vom Kreditapparat anzukaufen. Die Liquidität blieb auch im weiteren Jahresverlauf überwiegend knapp. Als untere Grenze des Geldmarktzinses zeichnete sich der Lombardsatz (6%) ab, kurzfristige Ausschläge nach oben erreichten nicht die 8%-Grenze. Einer zu starken Anspannung auf dem Geldmarkt beugte die Notenbank mit einer relativ großzügigen und flexiblen Refinanzierungshilfe vor (Mitte Dezember erreichte das Refinanzierungsvolumen vorübergehend einen Spitzenwert von 9 1/4 Mrd. S), die sich an der Einhaltung der kreditpolitischen Leitlinie durch die Kreditinstitute orientierte. Der Jahresultimoanspannung wurde überdies mit einer Senkung der Mindestreserveverfordernisse um rund 3 3/4 Mrd. S begegnet.

Quellen der Veränderungen der Kassenliquidität der Kreditunternehmungen¹⁾

	1972	1973
	Mrd. S	
A Dispositionen im Nicht-Bankensektor		
Währungsreserven	+2 99	-7 45
Notenumlauf ²⁾	-5 85	-3 64
Einlagen von Nicht-Banken bei der Notenbank	-1 54	+2 11
Forderung der Notenbank gegen den Bundesschatz	+0 10	+0 35
Eskontierte Wechsel für ERP-Kredite	+0 12	-0 17
Sonstiges	-0 43	+2 61
B Dispositionen der Notenbank		
Kassenscheine der Oesterreichischen Nationalbank	-0 30	+0 30
Offen-Markt-Papiere	-	+0 35
C Dispositionen der Kreditunternehmungen		
Notenbankverschuldung des Kreditapparates ³⁾	+2 01	+1 56
Netto-Devisenposition	+5 59	+2 35
Veränderung der Kassenliquidität	+2 69	-1 64

¹⁾ Die Tabelle enthält in der untersten Zeile die Veränderung der liquiden Mittel der Kreditinstitute. In den oberen Zeilen werden die Quellen dieser Veränderung aus der Bilanz der Notenbank und dem Auslandsstatus der Kreditunternehmungen erklärt. — ²⁾ Banknoten und Münzen minus Kassenbestände des Kreditapparates. — ³⁾ Eskont von Wechseln und Schatzscheinen sowie Lombardierung von Wertpapieren

Liquide Mittel der Kreditunternehmen

	1972	1973
	Stand zu Jahresende	
	Mrd. S	
Nationalbankguthaben	17 03	14 32
Kassenbestände	3 55	4 62
Kassenliquidität	20 58	18 94
Minus Notenbankverschuldung	2 75	4 31
Plus Netto-Devisenposition ¹⁾	-13 78	-16 14
In- und ausländische liquide Mittel (netto)	4 04	- 1 51

¹⁾ Saldo der reservewertigen kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten der österreichischen Kreditinstitute gegenüber dem Ausland

Die Kassenliquidität des Kreditapparates fiel im Laufe des Jahres 1973 um 1 64 Mrd. S auf 18 94 Mrd. S zum Jahresresultimo, gleichzeitig nahm seine Zentralbankverschuldung um 1 56 Mrd. S auf 4 31 Mrd. S zu. Da die kurzfristigen Auslandsverpflichtungen um 2 35 Mrd. S auf 16 14 Mrd. S ausgeweitet wurden, verminderten sich die *in- und ausländischen liquiden Mittel* binnen Jahresfrist um gut 5 1/2 Mrd. S netto.

Auf arbeitstägiger Basis berechnet wurde die *Notenbankverschuldung* von durchschnittlich 3 32 Mrd. S im IV. Quartal 1972 auf 6 22 Mrd. S im IV. Quartal des Berichtsjahres ausgeweitet. Im Jahresdurchschnitt 1973 war sie mit 5 42 Mrd. S um 3 19 Mrd. S höher als 1972. Da die Überschußreserve auf sehr niedrigem Niveau (Jahresdurchschnitt 0 12 Mrd. S) schwankte, entwickelte sich die geborgte Reserve etwa analog zur Notenbankverschuldung.

Das Einhalten der kreditpolitischen Leitlinie dämpfte die inländischen Veranlagungen des Kreditapparates — Kräftige Expansion des Auslandsgeschäftes

Die Geschäftstätigkeit der österreichischen Kreditunternehmen im Jahre 1973 war gekennzeichnet durch zurückhaltende Veranlagung im Inland infolge der Kreditrestriktionen und durch eine neuerlich sehr

Inländische Geldanlagen und Zufluß längerfristiger Mittel (Kreditunternehmen)

	1972	1973
	Mrd. S	
Kredite	44 29	27 78
Inländische Wertpapiere ¹⁾	2 54	4 97
Bundesschatzscheine ²⁾	0 44	5 39
inländische Geldanlagen	47 27	38 15
Spareinlagen	18 47	29 14
Termineinlagen und Kassenscheine	5 58	0 61
Bei inländischen Nicht-Banken aufgenommene Gelder	0 74	0 65
Bankobligationen ²⁾	6 55	3 41
Zufluß längerfristiger Mittel	31 35	33 82

¹⁾ Ohne Bestände der Kreditunternehmen an Bankschuldverschreibungen. —

²⁾ Ausschließlich der Transaktionen in Bundesschatzscheinen, Geldmarkt-Schatzscheinen und Kassenscheinen zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und den Kreditunternehmen.

kräftige Ausweitung der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Die Bilanzsummen wuchsen etwas langsamer als ein Jahr zuvor (18 1% nach 19 9%). Die inländischen Geldanlagen (38 15 Mrd. S) lagen um rund 9 Mrd. S unter dem Vorjahrsbetrag. Der Zufluß längerfristiger Fremdmittel (33 82 Mrd. S) übertraf den Vorjahrswert nur um 7 9% (nach 14% im Jahre 1972). Der daraus errechnete „Kreditschöpfungssaldo“ beträgt 4 1/3 Mrd. S gegenüber fast 16 Mrd. S im Vorjahr. Die Forderungen gegenüber dem Ausland wurden 1973 um 21 2/3 Mrd. S (seit 1971 um 35 59 Mrd. S) auf 70 06 Mrd. S ausgeweitet, die Auslandsverpflichtungen um 17 47 Mrd. S (seit 1971 um 32 87 Mrd. S) auf 70 41 Mrd. S.

Die Expansion der *inländischen Direktkredite* vollzog sich, wenn man von kleineren Abweichungen absieht, gemäß den Zielvorstellungen der Währungsbehörden, wonach das Kreditvolumen monatlich um maximal 1% des Standes vom 30. November 1972, also bis Ende 1973 um 13% wachsen sollte. Mit einem Zuwachs von 13 9% (ohne Bausparkassen 13 3%) wurde die Leitlinie nur geringfügig überschritten.

Die Einhaltung der kreditpolitischen Leitlinie wurde vor allem durch eine konsequente geldpolitische Linie der Notenbank erreicht. Dabei wurde darauf geachtet, daß die Kreditexpansion nicht unter die Leitlinie gedrückt wird. Diesem Zwecke diente auch die Lockerung der Pönalevorschriften im Rahmen der Kreditkontrollabkommen seit dem Sommer 1973, die erst bei Überschreiten der Leitlinie, nicht aber bei Überziehen des Kreditplafonds angewandt wurden. Mäßigenden Einfluß auf die Nachfrage nach inländischen Direktkrediten dürften ausgeübt haben: die flexible Bewilligungspraxis der Notenbank bei der Aufnahme von Auslandskrediten, der mit rund 7 Mrd. S bezifferte Liquiditätseffekt zugunsten der Unternehmen infolge der Umstellung auf die Mehrwertsteuer und die günstige Gewinnentwicklung.

Die Zwölfmonats-Zuwachsrates der Kredite hat sich binnen Jahresfrist nahezu halbiert und betrug im Dezember 1973 10 9%. Die einzelnen Sektoren des Kreditapparates hatten an der Kreditausweitung unterschiedlichen Anteil. Während die Kredite der Bausparkassen (+19 4%) und der Sonderkreditinstitute (+16 1%) weit überdurchschnittlich wuchsen, blieben die Kredite der Aktienbanken und Bankiers sowie der ländlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften mit Zuwachsraten zwischen 8% und 9% darunter. Insgesamt gewährten die Kreditunternehmen inländischen Nicht-Banken 27 78 Mrd. S Direktkredite, um 16 1/2 Mrd. S weniger als 1972. Rechnet man die 4 59 Mrd. S Auslandskredite

**Stand und Veränderung der in- und ausländischen Kredite
und des Umlaufes festverzinslicher Wertpapiere**

	Inländische Kredite		Ausländische Kredite		Kredite insgesamt		Wertpapierumlauf	
	Stand Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Stand Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Stand Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Stand Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1971 I Quartal	181 031	+16,4	33 730	+ 0,9	214 761	+13,6	66 691	+ 9,8
II	191 422	+17,4	34 041	+ 3,1	225 463	+15,0	68 322	+ 9,4
III	198 404	+18,8	33 867	- 1,7	232 271	+15,3	69 600	+10,2
IV	210 589	+19,9	33 820	- 0,5	244 409	+16,6	72 372	+12,5
1972 I Quartal	216 610	+19,7	33 808	+ 0,2	250 418	+16,6	76 123	+14,1
II	228 203	+19,2	34 685	+ 1,9	262 888	+16,6	80 175	+17,3
III	237 543	+19,7	34 423	+ 1,6	271 966	+17,1	84 210	+21,0
IV	254 875	+21,0	35 009	+ 3,5	289 884	+18,6	87 983	+21,6
1973 I Quartal	257 256	+18,8	36 002	+ 6,5	293 258	+17,1	92 677	+21,7
II	266 346	+16,7	36 726	+ 5,9	303 072	+15,3	95 576	+19,2
III	271 629	+14,3	37 455	+ 8,8	309 084	+13,6	96 428	+14,5
IV	282 658	+10,9	39 600	+13,1	322 258	+11,2	100 301	+14,0

(im Vorjahr 1 19 Mrd. S) dazu, so betrug die gesamte nicht-titrierte Kreditversorgung 32 37 Mrd. S (gegen 45 1/2 Mrd. S), was einem Zuwachs um 11 2/3% nach 18 6% im Jahre 1972 entspricht. Auch die Kapitalmarktbeanspruchung wurde in das kreditpolitische Konzept einbezogen. Der Umlauf festverzinslicher Wertpapiere stieg um 14% nach 21 6% ein Jahr zuvor.

Die Kreditunternehmungen stockten ihre *Wertpapierportefeuilles* viel stärker auf als im Vorjahr (+10 36 Mrd. S gegenüber 2 98 Mrd. S). Zum einen mußten sie infolge der schwachen Publikumsnachfrage nach Neuemissionen mehr inländische Obligationen in ihre Bestände übernehmen (4 97 Mrd. S nach 2 54 Mrd. S), zum anderen erhöhte sich der Schatzscheinbestand um 5 39 Mrd. S (0 44 Mrd. S), weil eskontfähige Bundesschatzscheine (4 Mrd. S) nicht — so wie in den vergangenen Jahren — über den Jahresultimo rückgelöst wurden.

Reform der Sparförderungsmaßnahmen gab der Spartätigkeit kräftige Impulse — Umschichtung zu höher verzinsten Einlagen

Das anhaltend kräftige Wachstum des Einkommens führte zusammen mit den neugestalteten Sparförderungsmaßnahmen im Jahre 1973 zu einer regen Spartätigkeit. Überdies sind die Sparer nicht zuletzt angesichts der steigenden Teuerungsraten zinsbewußter geworden und schichteten Spargelder von Konten mit gesetzlicher Kündigungsfrist auf länger gebundene und höher verzinsten Einlagen und zum Versicherungssparen¹⁾ um.

Insgesamt wurden 29 14 Mrd. S netto auf Sparkonten eingezahlt, um 10 2/3 Mrd. S mehr als 1972. Die Zwölfmonats-Zuwachsrates, die zum Jahresende 1972 infolge der Kaufwelle vor Einführung der Mehrwertsteuer auf 12% gesunken war, stieg im Laufe des

Spareinlagen nach der Fristigkeit

	1971	1972	1973
	Veränderung in Mill. S		
Frei	+ 8 127	+ 4 312	- 2 803
6 bis 12 Monate	+ 443	+ 208	+ 404
12 Monate und darüber	+ 9 821	+11 152	+22 870
Bauspareinlagen	+ 2 039	+ 2 411	+ 5 289
Prämienspareinlagen	+ 280	+ 390	+ 3 378
Insgesamt	+20 710	+18 473	+29 138

Jahres 1973 kräftig auf 17%. Von den freien bzw. bis zu einem Jahr gebundenen Spareinlagen wurden 2 40 Mrd. S abgezogen (im Vorjahr +4 1/2 Mrd. S), Spargelder mit mehr als einjähriger Bindung stiegen um 22 87 Mrd. S, mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr. Die Umstellung der steuerlichen Begünstigung des Bausparens auf das Prämiensystem dürfte dieser Sparform neue Schichten, vor allem aus niedrigeren Einkommenskategorien, zugeführt haben. Der Einlagenstand erhöhte sich um 5 29 Mrd. S (im Vorjahr 2 41 Mrd. S). Mit dem nunmehr steuerbegünstigten Prämiensparen (3 38 Mrd. S) wurden dem steuerbegünstigten Kontensparen insgesamt 8 2/3 Mrd. S zugeführt.

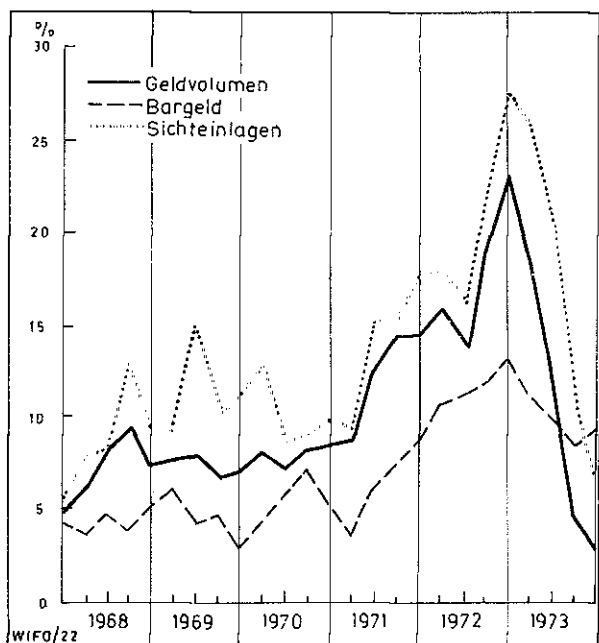
Die *Termineinlagen* nahmen nur geringfügig zu (um 0 61 Mrd. S gegen 5 58 Mrd. S), vor allem weil infolge der knapper werdenden Liquidität Wirtschaftsunternehmungen auf Termingelder zurückgriffen (rund —1 Mrd. S). Aus dem Absatz eigener Emissionen flossen den Kreditunternehmungen 3 41 Mrd. S zu, um gut 3 Mrd. S weniger als 1972.

Rasche Verlangsamung des Geldmengenwachstums

Die restriktive Kreditpolitik dämpfte die Buchgeldschöpfung stark. Darüber hinaus dürfte der Anstieg des Preis- und Zinsniveaus die Wirtschaftsunternehmungen zu einer rationelleren Kassenhaltung veranlassen. Das Wachstum der Sichteinlagen, das im Durchschnitt des IV. Quartals 1972 mit einer Jahresrate von 28% einen Höhepunkt erreicht hatte, verlangsamte sich im 1. Halbjahr 1973 zunächst mäßig

¹⁾ Daten über das Versicherungssparen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Geldmengenwachstum



Quellen der Veränderung des Geldumlaufes

	1972	1973
	Mrd S	
Auslandstransaktionen	+ 6 71	+ 1 16
Notenbank ¹⁾ ...	+ 8 19	- 3 05
Kreditapparat ²⁾ ...	- 1 48	+ 4 21
Inländische Geldanlagen des Kreditapparates	+47 27	+38 15
Abzüglich Geldkapitalzufluß ³⁾	-31 35	-33 82
Sonstiges ...	- 3 45	+ 0 74
Veränderung des Geldvolumens	+19 18	+ 6 23
davon Bargeld ...	+ 5 85	+ 3 64
Sichteinlagen bei Kreditunternehmungen	+11 86	+ 4 94
Sichteinlagen bei der Notenbank ⁴⁾	+ 1 47	- 2 35

¹⁾ Änderung der Währungsreserven (Netto-Bestände) der Notenbank, einschließlich Änderung der Forderung aus der Beteiligung des Bundes am Internationalen Währungsfonds — ²⁾ Änderung der Netto-Auslandsposition — ³⁾ Zunahme wirkt umlaufhemmend — ⁴⁾ Ohne Einlagen von Kreditunternehmungen

(auf 20 1/2% im II. Quartal), dann aber sprunghaft (auf 7% im IV. Quartal) Der Rückgang des Bargeldwachstums (von 13 2% auf 9 6%) verlief ruhiger. Die Expansion des gesamten Geldvolumens verlangsamte sich ähnlich wie die der Sichteinlagen (von 23 5% im IV. Quartal 1972 auf 3% im IV. Quartal 1973).

Mit 6 23 Mrd. S erreichte die Zunahme der Geldmenge kaum ein Drittel des Vorjahrsbetrages. Die Bargeldhaltung stieg um 3 64 Mrd. S (5 85 Mrd. S), die Sichteinlagen wurden um 4 94 Mrd. S (11 86 Mrd. S) aufgestockt Die Sichteinlagen bei der Notenbank sanken um 2 35 Mrd. S, zumal der Bund 2 43 Mrd. S seiner Guthaben abzog

Publikumsnachfrage nach Anleihen durch konkurrierende Sparformen stark gesunken — Geringere Beanspruchung des Kapitalmarktes bei steigenden Zinsen

1973 wurden brutto 21 65 Mrd. S festverzinsliche Werte (im Vorjahr 22 49 Mrd. S) emittiert. Die Netto-Beanspruchung des Kapitalmarktes war mit 12 33 Mrd. S um 3 34 Mrd. S geringer als 1972. Die Bestandszunahme verteilte sich etwa im Verhältnis 2/3 zu 1/3 auf Kreditapparat und inländische Nicht-Banken; im Vorjahr hatten die Nicht-Banken noch einen Anteil von gut 50%, die Kreditunternehmen rund 30% und Ausländer 18%.

Die Brutto-Emissionen an Anleihen betragen 12 62 Mrd. S, um 0 38 Mrd. S weniger als 1972; davon kamen 2 78 Mrd. S nicht zur öffentlichen Zeichnung. Der Kapitalmarkt wurde dadurch mit 7 55 Mrd. S netto (im Vorjahr 8 84 Mrd. S) beansprucht. Der Anteil des Bundes ging gegenüber 1972 von gut einem Drittel auf ein Viertel zurück, die Elektrizitätswirtschaft konnte ihren Anteil erheblich vergrößern (von 7% auf 20 1/2%).

Neuemissionen von festverzinslichen Wertpapieren

	1972	1973
	Mrd S	
Anleihen		
Öffentliche Hand	6 85	5 93
Elektrizitätswirtschaft	1 55	2 55
Sonstige inländische Emittenten	4 60	4 14
Ausländische Emittenten	—	—
Pfandbriefe und Kommunobligationen	4 70	4 67
Kassenobligationen, Fundierte Bankschuldverschreibungen u. Namensschuldversch.	4 79	4 36
Brutto-Emissionen	22 49	21 65
Tilgungen	6 82	9 32
Netto-Emissionen	15 67	12 33
Kapitalmarktunwirksame Transaktionen	-0 06	-0 01
Bestandsveränderung	15 61	12 32
Bestand zu Jahresende	87 98	100 30

Q: Oesterreichische Nationalbank

Die Publikumsnachfrage nach Anleihen litt durch die Konkurrenz steuerbegünstigter Sparformen (Bau-, Prämien- und Versicherungssparen). Um den Markt zu schonen und auch hier den kreditpolitischen Zielvorstellungen der Währungsbehörde zu entsprechen, wurde das Angebot beschränkt und Emissionspausen (im April und September) vereinbart. Da dennoch ein Angebotsüberhang entstand und die Zinssätze hinter jenen auf ausländischen Märkten zurückblieben, wurden die Renditen um fast einen Prozentpunkt auf 8 13% im IV. Quartal 1973 (7 15% im IV. Quartal 1972) erhöht. Die Bankenkundschaft erwarb nur 46% des angebotenen Nominales (im Vorjahr 70%), 54% (30%) mußten die Kreditunternehmen in ihre Portefeuilles nehmen. Steuerbegünstigt wurden 1 86 Mrd. S erworben, um fast 1/2 Mrd. S weniger als im Vorjahr,

Bestandsveränderungen festverzinslicher Werte inländischer Emittenten¹⁾

	1972		1973	
	Mrd S	%	Mrd S	%
Kreditunternehmungen	4 81	31 4	7 79	65 5
Sonstige Inländer ²⁾	7 75	50 7	4 29	36 0
davon Versicherungen ³⁾	0 09	0 1	-	-
Devisenausländer	2 74	17 9	-0 18	- 1 5
Bestandsveränderung	15 30	100 0	11 90	100 0

Q: Oesterreichische Nationalbank und eigene Schätzung. — ¹⁾ Emissionswert geschätzt — ²⁾ Als Differenz errechnet — ³⁾ Privat- und Sozialversicherung

das entspricht 70% (nach 59%) des steuerbegünstigt erwerblichen Nominales.

Auf dem *Sekundärmarkt* gaben die Kurse — insbesondere in der zweiten Jahreshälfte — in nahezu allen Bereichen deutlich nach. Die Sekundärmarkrendite stieg im Laufe des Jahres um gut einen Prozentpunkt auf 8 1/2%.

Auf dem *Aktienmarkt* setzte sich die Aufwärtsbewegung vom Vorjahr bis zur Jahresmitte 1973 fort, das Kursniveau stieg bis Juli um 17%, die Umsätze waren im 1. Halbjahr fast doppelt so hoch wie ein Jahr vorher. Günstige Geschäftsberichte, Dividenderhöhungen, Ankündigungen von Kapitalberichtigungen und Kapitalerhöhungen waren stimulierende Faktoren. In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich die Umsatztätigkeit ab, die Kurse bröckelten ab (bis Jahresende um 7%). Die Liquiditätsverknappung und dann auch die Energiekrise wirkten dämpfend auf den Aktienmarkt. Die Emission neuer Aktien war mit 0 41 Mrd S fast doppelt so hoch wie 1972; sie dürfte durch die Einführung der steuerlichen Begünstigung angeregt worden sein.

Bundshaushalt

Dazu Statistische Übersichten 1 11 und 1 12

Der *Bundshaushalt 1973* wurde von der Einführung der Mehrwertsteuer und der Lohn- und Einkommen-

Der Bundshaushalt 1973

	1972	1973	1973	Ver-
	Erfolg	BVA	Vorläufiger Erfolg	änderung Vorl. Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972
	in Mill S			
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	123 007	134 187	135 285	10 0
Einnahmen ¹⁾	119 854	127 555	128 267	7 0
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	4 882	4 950	5 857	20 0
Einnahmen	355	358	43	-87 9
Gesamtgebarung	7 680	11 224	12 832	67 1
Gesamtausgaben	127 889	139 137	141 142	10 4

BVA = Bundesvoranschlag

¹⁾ Einschließlich Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke. BVA 1973: 8 9 Mrd S. Vorläufiger Erfolg 1973: 4 Mrd S

steuerreform geprägt. Der *vorläufige Gebarungserfolg* weist Gesamtausgaben von 141 14 Mrd. S und Gesamteinnahmen von 128 31 Mrd. S aus. Verglichen mit 1972 lagen die Ausgaben um 10 4%, die Einnahmen um 6 7% höher. Der formale Gebarungserfolg betrug 1973 12 83 Mrd. S (1972: 7 68 Mrd. S)

Steuerausfälle von etwa 13 5 Mrd. S bewirkten expansive Effekte

Die Gesamteinnahmen wie der Gebarungserfolg lassen sich jedoch weder mit dem Vorjahr noch mit dem Voranschlag unmittelbar vergleichen. Nach Artikel XI des Einführungsgesetzes zur Mehrwertsteuer durften 1973 Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke bis 8 9 Mrd. S in den ordentlichen Einnahmen verrechnet werden. Diese Ermächtigung wurde mit 4 Mrd. S ausgenützt. Würden diese Kreditaufnahmen aus den Einnahmen ausgeschaltet werden, dann wären die Einnahmen (124 31 Mrd. S) nur um 3 4% höher gewesen als 1972, und der Gesamtabgang hätte 16 8 Mrd. S betragen. Sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen stiegen schwächer als das nominelle Brutto-Nationalprodukt, der Anteil des Bundshaushaltes am Brutto-Nationalprodukt war somit 1973 rückläufig. Dennoch lassen sowohl der inlandwirksame Saldo als auch die Finanzierungsrechnung erkennen, daß vom Bundshaushalt 1973 *expansive Effekte* ausgingen. Die im Inland nachfragewirksamen Ausgaben (+11 2%) stiegen rascher als jene Einnahmen, die dem privaten Sektor Nachfrage entziehen (+6 9%). Der inlandwirksame Saldo drehte sich (unter Ausschaltung der in den Einnahmen enthaltenen Kreditaufnahmen um etwa 9 Mrd. S) um rund 5 Mrd. S in expansiver Richtung.

Ermittlung des inlandwirksamen Saldos

	1972	1973	1973
	Erfolg	BVA	Vorläufiger Erfolg
	Mrd S		
Gesamtausgaben	127 89	139 14	141 14
Minus nachfrageunwirksame Ausgaben			
Finanzschuldtilgungen	6 25	5 17	5 66
Sonstige Tilgungen	0 11	0 15	0 14
Rücklagenzuführung (einschließlich Reservefonds für Familienbeihilfen)	2 15	0 09	2 90
Sonstige Zahlungen an das Ausland	2 22	2 40	2 17
Nachfragewirksame Ausgaben	117 16	131 33	130 27
Gesamteinnahmen	120 21	127 91	128 27
Minus Rücklagenentnahme ¹⁾	1 27	1 62	1 19
Zahlungen aus dem Ausland	0 22	0 23	0 16
Überweisungen an den Arbeitslosenfonds ²⁾	+0 34	+0 16	+0 31
Bereinigte Einnahmen	119 06	126 22	127 23
Inlandwirksamer Saldo	+1 90	-5 11	-3 04

¹⁾ Diese Einnahmen erhöhen die Nachfrage im Inland. Sie müssen daher von den Gesamteinnahmen abgezogen werden. — ²⁾ Diese Überweisungen werden als Absetzbeitrag auf der Einnahmenseite ausgewiesen (Ansatz 2/1558f). Sie müssen daher zu den Gesamteinnahmen addiert werden.

Die expansiven Effekte wurden ausschließlich durch Einnahmenausfälle im Zusammenhang mit den Steuerreformen verursacht und wirkten daher weniger stark, als wenn sie durch eine entsprechende Ausgabensteigerung zustande gekommen wären. Andererseits wurde die expansive Wirkung dadurch verstärkt, daß die Finanzierung des Defizites zu einem erheblichen Teil durch bisher stillgelegte Guthaben erfolgte.

Die *Steuerausfälle* lassen sich nur grob schätzen; sie dürften insgesamt etwa 135 Mrd. S betragen haben, wovon etwa 10 Mrd. S auf den Bund entfielen. Ihre Wirkungen sind unterschiedlich. Die Einnahmenausfälle aus der Lohnsteuersenkung, die für 1973 mit etwa 45 Mrd. S angenommen werden können¹⁾, erhöhten die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Die Senkung verschiedener Verbrauchsteuern (Tabaksteuer, Bundesmineralölsteuer für Benzin), die dazu diente, Preissteigerungen aus der Umstellung des Umsatzsteuersystems zu vermeiden, kamen großteils ebenfalls privaten Haushalten zugute. Die Mindereinnahmen aus der Einführung der Mehrwertsteuer verbesserten vor allem die Liquidität der Unternehmungen um etwa 7 Mrd. S. Diese Stärkung der Liquidität dämpfte die Kreditnachfrage und erleichterte damit die Einhaltung der Kreditleitlinien, schmälerte aber die Wirksamkeit der Kreditrestriktionen.

ringer als präliminiert. Die sehr vorsichtig veranschlagten Einnahmen lagen dagegen (nach Ausschaltung der Kreditaufnahmen) um 53 Mrd. S höher. Das inlandwirksame Defizit verringerte sich im Budgetvollzug erheblich. Auf Grund der Finanzierungsrechnung des Voranschlages hätte der Bund nur einen Teil seines (geplanten) Vermögenszuwachses aus dem laufenden Überschuß finanzieren können. Der vorläufige Gebarungserfolg zeigt jedoch, daß einerseits der laufende Überschuß (10'50 Mrd. S) erheblich größer war als geplant und andererseits der Bund seine Investitionstätigkeit dämpfte. Der Finanzierungsbedarf des Bundes war daher erheblich kleiner, als ursprünglich erwartet worden war.

Die konjunkturelle Flexibilität im Budgetvollzug ist größer, als allgemein angenommen wird. Das ist zu einem erheblichen Teil *eingebauten Stabilisatoren* (Familienlastenausgleich, Arbeitslosenversicherung und Zuschüsse zur Pensionsversicherung) zu danken. Auf Grund der günstigen Einnahmentwicklung der Pensionsversicherungsanstalten mußte der Bund für Pensionszuschüsse um 0'58 Mrd. S weniger überweisen, als veranschlagt war. Die Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und der Arbeitslosenversicherung sind von der Lohnentwicklung abhängig. Die Ausgaben hingegen (Kinder- und Geburtenbeihilfen) sind von der Konjunkturentwicklung unabhängig oder entwickeln sich sogar antizyklisch (Arbeitslosenunterstützungen). Die stillgelegten Einnahmen dieser beiden Fonds stiegen 1973 auf 1'72 Mrd. S (1972: 1'34 Mrd. S). Die Wirkung dieser automatischen Stabilisatoren wäre allerdings noch größer, wenn nicht aus diesen Fonds in zunehmendem Maße neue Aufgaben, die stark steigende Ausgaben erfordern, finanziert würden. Die konjunkturunabhängigen oder sich antizyklisch verhaltenden Ausgaben dieser beiden Fonds stiegen 1973 um 7 1/2%, die übrigen Ausgaben (ohne Zuführung an die Reservefonds) hingegen um 56%. Sollte diese Entwicklung anhalten, so würde die automatische Stabilisierungswirkung dieser Fonds stark abgeschwächt werden.

Finanzierungsrechnung
(Ohne Bundesbetriebe)

	1972 Erfolg	1973 BVA Mill. S	1973 Vorläufiger Erfolg
Laufende Einnahmen	93 337	90 880	95 837
Laufende Ausgaben	76.215	86.757	85.342
Laufender Überschuß (Sparen)	17 122	4 123	10 495
Minus Brutto-Investitionen	-7 461	-8 985	-7 319
Kapitaltransfer (netto)	-2 717	-3.234	-3 337
Vermögensänderung (netto)	- 651	- 784	- 890
Finanzierungssaldo ¹⁾	+6 293	-8 878	-1 051
Betriebsabgänge laut Gebarung	-5 512	-6 842	-7 037

¹⁾ Der Finanzierungssaldo umfaßt die Finanztransaktionen (netto). Ein positiver Saldo bedeutet eine Kreditgewährung an andere Sektoren (einschließlich der Bundesbetriebe).

Die expansiven Wirkungen des Bundeshaushaltes 1973 waren allerdings nicht so stark, wie auf Grund des Voranschlages zu erwarten gewesen wäre. Das hohe präliminierte Defizit führte zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik. Die im Inland nachfragewirksamen Ausgaben waren um etwa 1 Mrd. S ge-

¹⁾ Dieser Ausfall gilt nur für elf Monate, weil im Jänner 1973 die Lohnsteuereinnahmen von der Steuersenkung noch nicht beeinflusst waren. Auf das ganze Jahr 1973 bezogen dürfte die Lohnsteuersenkung etwa 53 Mrd. S gekostet haben.

Neben den automatischen Stabilisatoren haben auch gezielt getroffene (*diskretionäre*) Maßnahmen zur zurückhaltenden Ausgabenpolitik beigetragen. Zweckgebundene Einnahmen im Ausmaß von 1'30 Mrd. S wurden Rücklagen zugeführt. Weiters wurden Ausgaben von 0'22 Mrd. S nicht getätigt und ebenfalls Rücklagen zugewiesen. Ende 1973 beliefen sich die Rücklagen (einschließlich der Reservefonds) auf 10'8 Mrd. S. Für die Beurteilung des Bundeshaushaltes sind nicht nur die Salden, sondern auch die Entwicklung der einzelnen Ausgaben- und Einnahmenkomponenten entscheidend.

Kräftige Steigerung der Personalausgaben — Investitionen real rückläufig

Die *Ausgabenstruktur* hat sich 1973 leicht zugunsten der Käufe von Gütern und Leistungen verschoben. Sie wuchsen um 13%, und ihr Anteil an den Gesamtausgaben erhöhte sich auf 47,1% (1972: 46,0%). Die Transferzahlungen (+9%) und die Ausgaben für Finanztransaktionen (+2%) wuchsen unterdurchschnittlich. Innerhalb der Käufe von Gütern und Leistungen stiegen die Personalausgaben für die aktiven Bediensteten kräftig (+16%), wogegen die stärker expansiv wirkenden Investitionen nur geringfügig ausgeweitet wurden. Die Steigerung der einzelnen Ausgabenkomponenten läßt darauf schließen, daß von den Verschiebungen keine zusätzlichen expansiven Effekte ausgingen. Die Ausgaben mit stärkerem Multiplikatoreffekt wurden schwächer, jene mit geringerem Multiplikatoreffekt kräftig ausgeweitet.

Bundesausgaben in ökonomischer Gliederung

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Käufe von Gütern und Leistungen ¹⁾	58 824	67 453	66 418	12,9
Transferzahlungen ²⁾	57 996	64 087	63 282	9,1
Finanztransaktionen ³⁾	10 142	6 540	10 366	2,2
Durchlaufposten	926	1 056	1 076	16,2
Gesamtausgaben	127 888	139 136	141 142	10,4

¹⁾ Ohne Personalaufwand für Landeslehrer — ²⁾ Einschließlich Personalaufwand für Landeslehrer. — ³⁾ Einschließlich Überschuß an den Reservefonds für Familienbeihilfen.

Einen Schwerpunkt der Ausweitung der Ausgaben des Bundes bildeten die *Personalausgaben* für die aktiven Bediensteten. Insgesamt wurden für die aktiven Bundesbediensteten 31 60 Mrd. S aufgewendet (+16%). Die starke Steigerung hat vier Ursachen: Auf Grund des längerfristigen Gehaltsabkommens stiegen die Gehälter 1973 um etwas mehr als 7%. Die Einführung einer Verwaltungsdienstzulage und die Neuregelung der Nebengebühren, mit der Überstunden, Nachtdienst, Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen usw. besser abgegolten werden, dürfte etwa 1 Mrd. S gekostet haben. Ferner wurden ab 1. Oktober die Anfangsgehälter angehoben. Der Bund konnte deshalb, aber auch weil wieder eine größere Neigung bestand, in den öffentlichen Dienst einzutreten, freie Dienstposten besetzen. Die Ausweitung des Personalstandes dürfte 1973 2% bis 3% betragen haben. Pro Kopf stiegen die Gehälter der Bundesbediensteten mit 13% etwa gleich stark wie in der privaten Wirtschaft.

Der Bund hat außerdem den Personalaufwand für die Pflichtschul- und Berufsschullehrer zu tragen.

Ausgaben für Güter und Leistungen

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Personalaufwand ¹⁾ (aktive Bedienstete)	27 212	30 895	31 598	16,1
Laufender Sachaufwand	15 180	17 088	17 233	13,5
Zinsen	2 999	3 853	3 238	8,0
Brutto-Investitionen	12 614	14 651	13 177	4,5
Liegenschaftskäufe	819	966	1 172	43,1
Gesamtsumme	58 824	67 453	66 418	12,9

¹⁾ Ohne Personalaufwand für Landeslehrer

(Die Ausgaben sind unter den Transfers an öffentliche Haushalte ausgewiesen.) Für diese (aktiven) Lehrer mußten 6 53 Mrd. S aufgewendet werden (1972: 5 93 Mrd. S). Die Zunahme der Personalausgaben für die Lehrer ist deshalb geringer, weil sie 1973 keine neuen Zulagen bekamen. Unter Einbeziehung der Gehälter der Landeslehrer wurden für aktive Bedienstete 38 13 Mrd. S aufgewendet (1972: 33 14 Mrd. S). Der Anteil der gesamten Personalausgaben für aktive Bedienstete an den Gesamtausgaben belief sich 1973 auf 27,1% (1972: 25,9%).

Neben den Personalausgaben flossen den privaten Haushalten noch *Transfers* von 30 78 Mrd. S zu (1972: 28 33 Mrd. S), wozu noch die Pensionszahlungen an die Landeslehrer von 1 58 Mrd. S (1972: 1 66 Mrd. S) kommen, die den Ländern überwiesen werden. Auch die Überweisungen an die Sozialversicherungsträger von 13 99 Mrd. S (1972: 13 42 Mrd. S) kommen ebenfalls den privaten Haushalten zugute. Insgesamt werden für diese Transfers (einschließlich der Zuschüsse an die Pensionsversicherungen) 46 35 Mrd. S aufgewendet (1972: 43 41 Mrd. S), fast ein Drittel der Gesamtausgaben des Bundes. Da diese Ausgaben fast ausschließlich der Einkommensumverteilung dienen, spielt der Bundeshaushalt

Investitionsaufwand

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Hoheitsverwaltung				
Bauten	6 712	8 154	6 487	- 3,4
Ausrüstung	749	830	832	+ 11,1
Summe	7 461	8 984	7 319	- 1,9
Bundesbetriebe				
Bauten	4 002	4 417	4 361	+ 9,0
Ausrüstung	1 152	1 249	1 497	+ 29,9
Summe	5 154	5 666	5 858	+ 13,7
Investitionsförderung				
Bauten	2 580	2 303	2 940	+ 14,0
Ausrüstung	568	952	1 169	+ 105,8
Summe	3 148	3 255	4 109	+ 30,5
Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder u. Wasserwirtschaftsfonds	5 093	5 920	5 712	+ 12,2

in der Einkommensumverteilung eine wichtige Rolle. 1973 sind diese Ausgaben allerdings mit 6,8% unterdurchschnittlich gestiegen. Die monetäre Einkommensumverteilung über den Bundeshaushalt dürfte sich daher 1973 etwas abgeschwächt haben.

In der *Investitionstätigkeit* war der Bund 1973 zurückhaltend. Für Investitionen wurden insgesamt 13,18 Mrd. S ausgegeben, um 4,1/2% mehr als 1972. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen war das reale Investitionsvolumen 1973 sogar geringer als 1972. Die Ausgaben für Bauinvestitionen, auf die etwas mehr als 80% der Gesamtinvestitionen entfallen, stagnierten auf 10,85 Mrd. S (1972: 10,7 Mrd. S), jene für die Ausrüstungsinvestitionen hingegen stiegen um 22,1/2%. Unter den Bauinvestitionen wurde für den Straßenbau weniger ausgegeben (1973: 4,31 Mrd. S, 1972: 4,81 Mrd. S), für Hochbauten aber um 13,1% mehr (2,59 Mrd. S gegen 2,29 Mrd. S). Auch für Sonderanlagen der Betriebe wurden mehr Mittel bereitgestellt (1,45 Mrd. S gegen 1,24 Mrd. S).

Der Zurückhaltung bei den Bauinvestitionen steht allerdings eine etwas verstärkte *Investitionsförderung* für Bauvorhaben anderer Investoren gegenüber. Dafür wurden 2,94 Mrd. S ausgegeben (1972: 2,58 Mrd. S). Die Investitionszuschüsse für Tiefbauten (Straßen, U-Bahn, Kraftwerke) stagnierten, wogegen jene für Hochbauten kräftig stiegen. Insgesamt hat der Bund, insbesondere im Tiefbau, dämpfend auf die Baunachfrage gewirkt.

Der Schwerpunkt der Ausrüstungsinvestitionen liegt bei den Betrieben, überwiegend bei Bahn und Post. Insgesamt wurden hierfür (einschließlich Sonderanlagen) 2,33 Mrd. S ausgegeben, wovon 1,50 Mrd. S (1972: 1,15 Mrd. S) auf die Betriebe entfallen. Insbesondere für Fahrzeugkäufe der Bundesbahn (1,25 Mrd. S, 1972: 0,87 Mrd. S) und Investitionen im Fernsprechwesen standen mehr Mittel zur Verfügung. Die kräftige Ausweitung der Investitionsförderung für Ausrüstungen ist verzerrt, weil in diesen Ausgaben 1973 auch Darlehen von 0,51 Mrd. S für Entwicklungshilfeprojekte enthalten sind. Wenn man Investitionen und Investitionsförderung zusammen betrachtet, erkennt man, daß sich der Bund 1973 stärker auf die Finanzierung als auf die Direktinvestitionen verlagerte. Wenn diese Entwicklung anhalten sollte, würde die Stabilisierungsfunktion des Bundeshaushaltes erschwert, um so mehr, wenn es sich bei den Investitionsfinanzierungen um gesetzliche Verpflichtungen handelt.

Von den Nachfragewirkungen her betrachtet, bestehen zwischen Investitionen und einem erheblichen Teil der Ausgaben für laufenden Sachaufwand keine großen Unterschiede. Der laufende Sachaufwand ist allerdings eine sehr heterogene Größe. Insgesamt wurden 1973 für den laufenden Sachaufwand

17,23 Mrd. S ausgegeben, um 13,1/2% mehr als 1972. Ein großer Teil dieser Steigerung ist auf die Ausgaben für Schulbücher und Schülerfreifahrten zurückzuführen, die insgesamt 1,47 Mrd. S (1972: 0,88 Mrd. S) erforderten. Die kräftige Steigerung dieser Realtransfers im Vergleich zu der unterdurchschnittlichen Ausweitung der monetären Transfers deutet darauf hin, daß die Umverteilung im Bundeshaushalt verstärkt über Realtransfers und weniger über monetäre Transfers durchgeführt werden soll.

Transferzahlungen

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Laufende Transfers				
Hoheitsverwaltung				
An private Haushalte ¹⁾	22 850	25 097	24 575	7,5
Unternehmungen	1 614	1 839	2 231	38,2
öffentl. Haushalte ²⁾	10 963	12 778	12 449	13,6
Sozialversicherungsträger	13 418	14 566	13 989	4,3
Ausland	245	259	271	10,6
Summe	49 090	54 539	53 515	9,0
Bundesbetriebe				
An private Haushalte	5 267	5 969	5 962	13,2
öffentliche Haushalte	633	166	164	—
Ausland	6	7	—	—
Summe	5 906	6 142	6 126	3,7
Laufende Transfers Summe	54 996	60 681	59 641	8,4
Kapitaltransfers				
An private Haushalte	208	287	239	14,9
Unternehmungen	1 051	980	1 080	2,8
öffentliche Haushalte	1 738	2 107	2 296	32,1
Sozialversicherungsträger	—	10	—	—
Ausland	3	22	26	—
Kapitaltransfers Summe	3 000	3 406	3 641	21,4
Transfers insgesamt	57 996	64 087	63 282	9,1

¹⁾ Ohne Pensionen für Landeslehrer. — ²⁾ Einschließlich Personalaufwand für Landeslehrer

Außer der unmittelbaren Nachfrage nach Gütern und Leistungen fließen den Unternehmungen aus dem Bundeshaushalt Mittel zu, die ohne direkte Gegenleistung für den Bund gegeben werden. Insgesamt wurden 1973 2,23 Mrd. S aufgewendet. Sie dienen vornehmlich der Zinsenstützung für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, der Exportförderung und der Stärkung der Erträge landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe.

Der Bund gewährt neben den Zuschüssen auch Darlehen und führt den Unternehmungen, deren ausschließlicher Eigentümer er ist oder an denen er beteiligt ist, Eigenmittel zu. Diese Transaktionen hat der Bund 1973 stark eingeschränkt. Vor allem für die Aufstockung der Beteiligungen an internationalen Finanzinstitutionen wurde 1973 erheblich weniger aufgewendet als 1972 (45 Mill. S gegen 210 Mill. S).

Finanztransaktionen

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Hoheitsverwaltung				
Schuldentilgung				
Inland	4.634	4.464	5.012	8,2
Ausland	1.613	747	653	-59,3
Summe	6.247	5.211	5.665	-9,3
Darlehensgewährung				
An Gebietskörperschaften und Fonds	1	1	2	100,0
Unternehmungen	289	96	219	-24,2
Private Haushalte	154	182	212	37,7
Ausland	12	11	511	.
Summe	456	290	944	107,0
Erwerb von Wertpapieren	85	163	82	-3,5
Erwerb von Beteiligungen	1.138	639	653	-42,6
Rücklagenzuführung ¹⁾	2.144	91	2.933	36,8
Summe Hoheitsverwaltung	10.070	6.394	10.277	2,1
Bundesbetriebe				
Darlehensgewährung				
An private Haushalte	72	108	89	23,6
Sonstige	-	38	-	-
Gesamtsumme	10.142	6.540	10.366	2,2

¹⁾ Einschließlich Überschuß an den Reservefonds für Familienbeihilfen

Im Inland wurden vor allem den Straßensondergesellschaften weniger Eigenmittel zugeführt.

Nicht nur für Beteiligungen, sondern auch für Schuldentilgungen wurde unter den Ausgaben für Finanztransaktionen weniger ausgegeben. Die Finanzschuldentilgungen erforderten mit 5 67 Mrd. S um 9% weniger Ausgaben als 1972, weil die Auslandsentilgungen um mehr als die Hälfte abnahmen

Schwache Zunahme der Steuereinnahmen

Die *Einnahmen* des Bundes lassen sich in drei große Gruppen unterteilen: a) Steuern und steuerähnliche Einnahmen; b) Betriebseinnahmen; c) übrige Einnahmen. Der Schwerpunkt liegt bei den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die fast drei Viertel der Gesamteinnahmen erbringen (1973: 71,9%, 1972: 72,0%). Auf die Betriebseinnahmen entfällt rund ein Fünftel, auf die übrigen Einnahmen knapp 10% der Gesamteinnahmen.

1973 traten bei nahezu allen wichtigen Steuern dämpfende Einflüsse auf. Die *Steuern* erbrachten Brutto-Einnahmen von 116 35 Mrd. S, um 5% mehr als 1972. Sie stiegen damit erheblich schwächer als das nominelle Brutto-Nationalprodukt. Der Anteil der Steuern am Brutto-Nationalprodukt sank 1973 auf 21,2% (1972: 23,2%), den geringsten Wert seit 1964. Die Steuereinnahmen, die dem Bund verblieben,

Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen 1972 in %	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg
	Mill. S			in %	in % der Gesamteinnahmen		
Steuern (netto) ¹⁾	72.953	70.596	73.933	1,3	60,7	59,3	59,5
Steuerähnliche Einnahmen	13.581	14.435	15.484	14,0	11,3	12,1	12,4
Summe	86.534	85.031	89.417	3,3	72,0	71,4	71,9
davon vom Einkommen ²⁾	25.140	27.501	26.743	6,4	20,9	23,1	21,3
von der Einkommensverwendung ³⁾	40.584	36.161	40.085	-1,2	33,8	30,4	32,2
vom Vermögen und Vermögensverkehr ³⁾	2.687	2.891	2.668	-0,8	2,2	2,4	2,1
Einfuhr (Ausfuhr)abgaben ³⁾	7.180	6.777	7.214	0,5	6,0	5,7	5,8
Dienstgeberbeiträge ³⁾	10.943	11.701	12.707	16,1	9,1	9,8	10,2
Gebühren und Kostenersätze	1.880	2.001	1.952	3,8	1,6	1,7	1,6
Sonstige Transfereinnahmen	3.106	2.055	2.318	-25,4	2,6	1,7	1,9
Vom privaten Sektor	1.175	1.095	1.235	5,1	1,0	0,9	1,0
öffentlichen Sektor	1.807	735	944	-47,8	1,5	0,6	0,8
Ausland	124	225	139	12,1	0,1	0,2	0,1
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	941	1.113	1.194	26,9	0,8	0,9	1,0
Münzgewinne	319	259	240	-24,8	0,3	0,2	0,2
Einnahmen aus Leistungen	134	141	146	9,0	0,1	0,1	0,1
Einnahmen aus Verkäufen (Anlagen und sonstige Güter)	407	499	505	24,1	0,3	0,4	0,5
Darlehensrückzahlungen	211	205	205	-2,8	0,2	0,2	0,2
Rücklagenauflösungen	1.275	1.620	1.191	-6,6	1,1	1,4	1,0
Sonstige Einnahmen	472	193	578	22,5	0,4	0,2	0,4
Durchlaufposten	926	1.056	1.076	16,2	0,8	0,9	0,9
Einnahmen Hoheitsverwaltung	96.205	94.173	98.821	2,7	80,0	79,1	79,5
Betriebseinnahmen	24.004	24.840	25.488	6,2	20,0	20,9	20,5
Einnahmen insgesamt ohne Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke	120.209	119.013	124.309	3,4	100,0	100,0	100,0
Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke	-	8.900	4.001	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt einschließlich Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke	120.209	127.913	128.310	6,7	-	-	-

¹⁾ Einschließlich Beitrag an den Katastrophenfonds — ²⁾ Aufgliederung der (Brutto)einnahmen siehe Übersichten S 123

sind nur um 1,2% auf 72,97 Mrd. S gestiegen. Die schwächere Zunahme der Netto-Einnahmen im Vergleich zu den Brutto-Einnahmen hat zwei Ursachen. Erstens sind die ausschließlichen Bundesabgaben erheblich schwächer gestiegen (+1%) als die gemeinschaftlichen (+7%), deren Ertrag zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt wird. Zweitens hat der neue Finanzausgleich die Steuererträge zugunsten der Länder und Gemeinden verschoben. Von den *Steuereinnahmen des Jahres 1973* bekommen Länder und Gemeinden um rund 1 Mrd. S mehr als

nach dem früheren Finanzausgleich¹⁾, wobei berücksichtigt ist, daß die Länder einerseits keinen Beitrag zur Besoldung der Landeslehrer mehr leisten müssen, andererseits die Länder die hierfür bestimmten Ertragsanteile an Umsatzsteuer nicht mehr erhalten.

Die beiden wichtigsten *Besteuerungsquellen* sind das *Einkommen* und der *Verbrauch* (Einkommensverwendung). Die übrigen Besteuerungsquellen, Vermögen bzw. Vermögensverkehr sowie Einfuhr, haben weit geringere Bedeutung.

Die *Steuern auf Einkommen* erbrachten 49,39 Mrd. S, um 10% mehr als 1972. Von den Steuerreformen wurde vor allem die Lohnsteuer berührt. Obgleich die Lohnsteuersenkung Einnahmefälle von etwa 4,5 Mrd. S verursachte, erheblich mehr als ursprünglich geschätzt wurde, stiegen die Lohnsteuereinnahmen um 10,8% auf 21,13 Mrd. S. Die durchschnittliche Steuerbelastung der Löhne und Gehälter ging 1973 auf 10,9% zurück (1972: 11,6%). Die *gewinnabhängigen Steuern* stiegen um 9,7% auf 27,29 Mrd. S. Die Zuwachsrate der gewinnabhängigen Steuern schwächte sich aus mehreren Gründen ab. Infolge der veranlagungsbedingten zeitlichen Verzögerungen wirkt sich die *Steuersenkung 1971* noch in den Einkommensteuererträgen des Jahres 1973 aus. Die Zuwachsrate der Einkommensteuer (+18%) ist daher etwas geringer als in den vorangegangenen Jahren. In der Gewerbesteuer hat die Erhöhung der Freibeträge, die zu Beginn 1972 in Kraft trat, Steuerausfälle verursacht. Außerdem spiegeln sich im Gewinnsteueraufkommen 1973 die schwächeren Gewinne des Jahres 1971. Im vergangenen Jahr wurde diese zeitliche Verzögerung noch dadurch verstärkt, daß sich bei den Unternehmungen infolge der Mehrarbeiten, die sich aus der Einführung der Mehrwertsteuer ergaben, die Bilanzerstellungen für das Jahr 1972 verzögerten. Die höheren Gewinne dieses Jahres schlugen sich somit noch nicht voll in den Steuereinnahmen nieder. Sehr deutlich zeigt sich das bei der Körperschaftsteuer, deren Erträge 1973 mit 3,98 Mrd. S um 15% unter dem Vorjahrsergebnis lagen. Zu dieser Entwicklung haben jedoch neben den rückläufigen Gewinnen vom Jahr 1971 auch Sonderfaktoren, wie z. B. die Fusionierungen im Bereiche der verstaatlichten Industrie, beigetragen.

Die *Steuern auf die Einkommensverwendung* wurden 1973 durch die Einführung der Mehrwertsteuer stark verzerrt. Diese Umstellung beeinflusste nicht nur die Umsatzsteuereinnahmen, sondern auch Tabaksteuer, Bundesmineralölsteuer, Alkoholsondersteuer und die Einnahmen an Stempelgebühren. Insgesamt erbrachte die Besteuerung der Einkommensverwendung 54,97 Mrd. S, um 1% mehr als im Vorjahr. Die Umsatzsteuereinnahmen (einschließlich Investitionssteuer abzüglich Lagerentlastung) lagen nur gering-

	Steuereinnahmen (Brutto)		1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	1972 Erfolg	1973 BVA		
		Mill. S		
Steuern vom Einkommen	44 789	50 793	49 395	+10,3
davon Einkommensteuer ¹⁾	13 082	15 458	15 438	+18,0
Lohnsteuer ¹⁾	19 072	20 567	21 132	+10,8
Körperschaftsteuer ¹⁾	4 691	5 371	3 978	-15,2
Gewerbesteuern	6 816	8 200	7 537	+10,6
Sonstige	1 128	1 197	1 310	+16,1
Steuern von der Einkommensverwendung	54 359	49 139	54 966	+1,1
davon Umsatzsteuer	35 401 ²⁾	29 200 ³⁾	35 868 ³⁾	+1,3
Mineralölsteuern	8 479	9 200	9 092	+7,3
Tabaksteuer	4 798	4 400	4 436	-7,5
Steuern auf alk. Getr.	2 216	2 514	2 176	-1,8
Versicherungssteuer	817	940	970	+18,7
Kfz-Steuer	861	900	1 064	+23,6
Gebühren	1 513	1 700	1 040	-31,3
Sonstige	274	285	320	+16,8
Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr	3 566	3 945	3 801	+6,6
davon Vermögensteuer	1 531	1 744	1 622	+5,9
Grunderwerbsteuer	896	930	1 007	+12,4
Erbchaftsteuer	325	390	367	+12,9
Erbchaftsteueräquiv.	442	510	408	-7,7
Kapitalverkehrssteuer	120	160	179	+49,2
Sonstige	252	211	218	-15,5
Einfuhr (Ausfuhr) abgaben	7 378	7 050	7 537	+2,2
davon Zölle	6 812	6 400	6 831	+0,3
Außenhandelsförderungsbeiträge	492	550	599	+21,8
Sonst. Einfuhrabgaben	74	100	107	+44,6
Dienstgeberbeiträge				
Wohnbauförderungsbeitrag (zur Hälfte)	543	600	653	+20,3
Steuern insgesamt brutto	110 635	111 527	116 352	+5,2
Abzüglich Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds und Kammern	38 544	41 920	43 380	+12,6
Steuern insgesamt netto	72 091	69 607	72 972	+1,2
Beitrag zum Katastrophenfonds	862	989	961	+11,5

¹⁾ Einschließlich Zuschläge. — ²⁾ Einschließlich Bundeszuschlag, Rechnungstempel und Beförderungsteuer. — ³⁾ Einschließlich Investitionssteuer abzüglich Lagerentlastung.

¹⁾ Die tatsächlichen Überweisungen an Länder und Gemeinden im Jahre 1973 von 31,46 Mrd. S enthalten auch noch Ertragsanteile aus dem Jahre 1972, weil die Überweisungen mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Monaten erfolgen. Andererseits werden Ertragsanteile aus dem Jahre 1973 erst 1974 überwiesen.

fällig (0,47 Mrd. S) über den Umsatzsteuereinnahmen des Vorjahres. Die Lagerentlastung kostete mit 7,50 Mrd. S erheblich mehr, als die Investitionssteuer (3,30 Mrd. S) erbrachte. Diese Übergangsregelungen haben somit das Steueraufkommen im Jahre 1973 um 4,20 Mrd. S verringert. Ursprünglich hatte man damit gerechnet, daß die Lagerentlastung um 0,90 Mrd. S mehr kosten würde, als die Investitionssteuer erbringt. Lagerentlastung und Investitionssteuer bezogen sich 1973 nur auf zehn Monate. Insgesamt kostete die Lagerentlastung 9,38 Mrd. S. Das dürfte einem Lagerbestand zum 31. Dezember 1972 von etwa 110 Mrd. S entsprochen haben. Die Investitionssteuer erbrachte für das ganze Jahr 1973 4,68 Mrd. S, was einem steuerpflichtigen Investitionsvolumen von knapp 40 Mrd. S entsprochen hätte.

Die Mehrwertsteuer erbrachte Einnahmen von 40,08 Mrd. S, um 15,2% mehr als die vergleichbaren Umsatzsteuereinnahmen 1972. In den Mehrwertsteuereinnahmen sind jedoch noch Erträge aus der früheren Umsatzsteuer enthalten (Jännerertrag 1973, Versteuerung der am 31. Dezember 1972 noch offenen Forderungen), andererseits dämpfte die Abwicklung von Exportrückvergütungen aus dem Jahre 1972 das Mehrwertsteueraufkommen. Obgleich sich nur schwer quantifizieren läßt, wie hoch das Umsatzsteueraufkommen gewesen wäre, wenn auch 1973 die alte Umsatzsteuer gegolten hätte, läßt sich doch abschätzen, daß die tatsächlichen Mehrwertsteuereinnahmen für das Jahr 1973 nicht geringer gewesen sein dürften als jene an alter Umsatzsteuer.

Im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer wurden auch die Tabaksteuersätze und (beschränkt auf das Jahr 1973) die Bundesmineralölsteuer auf Benzin gesenkt. Die Tabaksteuereinnahmen blieben daher mit 4,43 Mrd. S um 7 1/2% unter dem Vorjahrswert. Auch die Senkung der Bundesmineralölsteuer um 10 Groschen pro Liter Benzin dämpfte das Steueraufkommen. Die Bundesmineralölsteuereinnahmen lagen mit 7,48 Mrd. S um 6% über dem Vorjahrswert, die Mineralölsteuereinnahmen aber um 14%. Bei den Gebühren und der Alkoholsondersteuer ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr gleichfalls Mindereinnahmen von zusammen etwa 0,6 Mrd. S.

Auch die Abgaben, die von der Einfuhr und vom Vermögen bzw. Vermögensverkehr erhoben werden, haben 1973 nur schwach zugenommen. Trotz einer Zunahme der Importe um rund 14% stagnierten die Zolleinnahmen (6,83 Mrd. S) auf Grund der 30% Zollsenkung im Rahmen der EG-Verträge. Die durchschnittliche Zollbelastung der Importe verringerte sich auf 5% (1972: 5,6%). Die Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr erbrachten 3,80 Mrd. S. Die Steuern auf das Vermögen hängen vom Einheitswert ab. Dieser wird nur alle drei Jahre neu festgestellt.

Die letzte für die Steuereinnahmen des Jahres 1973 relevante Erhebung fand zum 1. Jänner 1971 statt. Außerdem dürften auch die Bewertungsgesetznovellen auf die Erträge an einheitswertabhängigen Steuern dämpfend gewirkt haben. Insgesamt nahmen die einheitswertabhängigen Steuern 1973 um 4% zu. Die Steuern auf den Vermögensverkehr sind hingegen kräftiger gestiegen, vor allem infolge der lebhaften Geschäftstätigkeit auf dem Grundstückmarkt. Insgesamt spielen diese Steuern jedoch keine große Rolle. Sie erbringen 1,18 Mrd. S.

Die *steuerähnlichen Einnahmen*, die in ihrer Wirkung den Steuern gleichgesetzt werden können, sind 1973 um 14% gestiegen. Sie erbrachten 15,48 Mrd. S und sind durchwegs für verschiedene sozialpolitische oder landwirtschaftliche Aufgaben zweckgebunden. 1,71 Mrd. S wurden nicht ausgegeben, sondern stillgelegt. Die steuerähnlichen Einnahmen sind größtenteils vom Lohn abhängig. Allerdings nehmen nur die Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen annähernd proportional zur Lohn- und Gehaltssumme zu. Die übrigen lohnabhängigen Einnahmen sind durch die Höchstbemessungsgrundlagen der Pensionsversicherung oder der Krankenversicherung begrenzt.

Steuerähnliche Einnahmen, die vom Einkommen erhoben werden und das verfügbare Einkommen schmälern, wurden 1973 in Höhe von 2,24 Mrd. S

Steuerähnliche Einnahmen

	1972 Erfolg	1973 BVA	1973 Vorläufiger Erfolg	Veränderung Vorläufiger Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972 in %
	Mill. S			
Steuerähnliche Einnahmen vom Einkommen	2 057	2 202	2 242	+ 9 0
davon Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zur Hälfte)	1 076	1 115	1 163	+ 8 1
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte)	64	64	76	+18 8
Beiträge zum Familienlastenausgleich	917	1 023	1 003	+ 9 4
Steuerähnliche Einnahmen von der Einkommensverwendung				
Preis- und Frachtausgleiche	370	338	354	- 4 3
Steuerähnliche Einnahmen von Einführen				
Importausgleiche	211	194	181	-14 2
Dienstgeberbeiträge	10 943	11 701	12 707	+16 1
davon Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	9 351	10 050	10 978	+17 4
Arbeitslosenversicherungsbeitrag (zur Hälfte)	1 076	1 115	1 163	+ 8 1
Schlechtwetterentschädigung (zur Hälfte)	64	64	76	+18 8
Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbauhilfengesetz	452	472	490	+ 8 4
Steuerähnliche Einnahmen insgesamt	13 581	14 435	15 484	+14 0

eingehoben. Die Steigerungsrate war mit 9% etwas geringer als bei den einkommensabhängigen Steuern, weil die Steigerung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+8%) durch die Höchstbemessungsgrundlage gebremst wird. Die von den Unternehmern als Dienstgeberbeiträge zu entrichtenden steuerähnlichen Einnahmen stiegen um 16% auf 1271 Mrd. S. Der Großteil entfiel auf die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleich (1098 Mrd. S), die um 17% zunahmen. Die steuerähnlichen Einnahmen, die als Importausgleich von landwirtschaftlichen Produkten erhoben werden, waren leicht rückläufig (018 Mrd. S gegen 021 Mrd. S im Vorjahr), weil die Preise auf den ausländischen Märkten stärker stiegen als im Inland und deshalb geringere Abschöpfungsbeträge notwendig waren.

Die *Betriebseinnahmen* — die zweite große Einnahmengruppe — erreichte 1973 2549 Mrd. S (+6%). Die Einnahmen der einzelnen Betriebe sind mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar. Durch die Einführung der Mehrwertsteuer müssen die Betriebe ihre Einnahmen netto (ohne Umsatzsteuer bzw. Beförderungsteuer) ausweisen, wogegen 1972 in den Einnahmen die Umsatzsteuer enthalten war. Die Zuwachsraten der Einnahmen werden dadurch gedrückt. Allerdings wirkte sich diese Umstellung nicht bei allen Betrieben in gleichem Maße aus; die Erträge einiger Betriebe (Post, Glücksspiele) waren schwächer, die anderer stärker (Bahn, Forste) von dieser Umstellung betroffen.

Einnahmen der Bundesbetriebe

	1972	1973	1973	Veränderung Erfolg 1973 gegen Erfolg 1972
	Erfolg	BVA	Vorläufiger Erfolg	
	Mill. S			in %
Bundesbahn	11 076	11 004	11 339	2,4
Post	9 452	10 328	10 399	10,0
Monopole	1 709	1 692	1 765	3,3
Bundesforste	975	928	1 177	20,7
Sonstige Betriebe	792	888	808	2,0
Summe	24 004	24 840	25 488	6,2

Die Entwicklung in den einzelnen Betrieben war ziemlich unterschiedlich. Die Bundesforste profitierten von der starken Verteuerung von Holz und konnten trotz eines rückläufigen Holzeinschlages ihre Einnahmen um mehr als 20% auf 118 Mrd. S steigern. Auch die Einnahmen der Post erhöhten sich um 10% auf 1040 Mrd. S. Die Einnahmen der Bundesbahn stiegen nur geringfügig um 2,4% auf 1134 Mrd. S. Diese geringe Steigerungsrate hat allerdings zum Teil verrechnungstechnische Ursachen. Durch die Einführung der Mehrwertsteuer müssen die Erträge netto (ohne Beförderungsteuer) ausgewiesen werden, außerdem mußten die Bundesbahnen ihre Tarife von kumulativer Brutto-Allphasen-

umsatzsteuer entlasten. Die Personenverkehrseinnahmen blieben hinter den Erwartungen zurück, die Güterverkehrseinnahmen stiegen etwas stärker.

Die *übrigen Einnahmen*, die nur knapp 8% der Gesamteinnahmen erbringen, sind ziemlich heterogen und entwickelten sich sehr unterschiedlich. Ihre Entwicklung wird nur zum Teil von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst, zum anderen auch von Änderungen gesetzlicher Bestimmungen.

Die Einnahmen aus Besitz und Unternehmung stiegen um mehr als ein Viertel auf 119 Mrd. S, weil die Gewinnabfuhr der Notenbank und der Postsparkasse erheblich höher waren (061 Mrd. S gegen 036 Mrd. S). Die Dividendenerträge aus Beteiligungen waren dagegen rückläufig (028 Mrd. S gegen 032 Mrd. S), vor allem weil die ÖIAG ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1972 von 4% auf 3% reduzierte.

Der starke Rückgang der sonstigen Transfereinnahmen (-25%) auf 232 Mrd. S erklärt sich aus dem neuen Finanzausgleich. Die Bundesländer müssen ab 1973 keinen Beitrag zur Besoldung der Landeslehrer mehr leisten, und die Pensionsbeiträge der Landeslehrer fließen nicht mehr an den Bundeshaushalt, sondern direkt an die Länder. Auch der Münzgewinn war 1973 viel geringer als 1972 (024 Mrd. S gegen 032 Mrd. S), weil der Gegenwert der ausgeprägten Scheidemünzen annähernd gleich blieb, die Kosten jedoch kräftig stiegen.

Weitere Verschiebung von Auslandsschuld zu Inlandsschuld

Die *Finanzschuld* des Bundes belief sich Ende 1973 auf 5625 Mrd. S. Sie erhöhte sich im Jahre 1973 um 639 Mrd. S (+12,8%). Diese Zunahme ging zu einem erheblichen Teil auf die Kreditaufnahme zur Finanzierung der Mehrwertsteuerlücke (4 Mrd. S) und von

Entwicklung der Finanzschuld

	Stand	% der	Stand	% der	Veränderung Gesamtsumme gegen 1972 in %
	31. Dez. 1972	Gesamtsumme	31. Dez. 1973 ¹⁾	Gesamtsumme	
	Mill. S		Mill. S		
Inlandsschuld					
Anleihen	20 757	41,6	22 812	40,5	9,9
Schatzscheine	10 802	21,6	16 072	28,6	48,8
Notenbankschuld	3 183	6,4	3 531	6,3	10,9
Sonstige	4 812	9,7	4 817	8,6	0,1
Summe Inland	39 554	79,3	47 232	84,0	19,4
Auslandsschuld					
Anleihen	3 354	6,7	2 992	5,3	-10,8
Auslandskredite	6 372	12,8	5 557	9,9	-12,8
Sonstige	578	1,2	471	0,8	-18,5
Summe Ausland	10 304	20,7	9 019	16,0	-12,5
Gesamtsumme	49 858 ²⁾	100,0	56 251	100,0	12,8

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis — ²⁾ Einschließlich 150 Mill. S Sonderfinanzierung für Investitionen der Bundesbahn

Entwicklungshilfeprojekten (0,5 Mrd. S) zurück. Zur Finanzierung des Budgetabganges reichten die Schuldauflagen nicht aus. Es wurden zum Teil auch Guthaben des Bundes herangezogen.

Schulden wurden auch 1973 ausschließlich im Inland aufgenommen. Die Struktur der Finanzschuld verschob sich damit weiter zur Inlandsschuld. Ihr Anteil an der gesamten Finanzschuld stieg auf 84% (1972: 79,3%), jener der Auslandsschuld ging auf 16% (1972: 20,7%) zurück. Die *Auslandsschuld* verringerte sich um 1,29 Mrd. S auf 9,02 Mrd. S. Dieser Rückgang ist neben den planmäßigen Tilgungen von 0,65 Mrd. S zu einem erheblichen Teil auf Kursgewinne (0,63 Mrd. S), vor allem bei Dollarschulden, zurückzuführen.

Die *Inlandsschuld* erhöhte sich um 7,68 Mrd. S (+19%). Aufnahmen von 12,69 Mrd. S standen Tilgungen von 5,01 Mrd. S gegenüber. Der Großteil der Kreditaufnahmen entfiel auf Schatzscheine. Sie nahmen um 5,27 Mrd. S zu, vor allem weil die Mehrwertsteuerlücke durch Schatzscheinfinanzierung bedeckt wurde. Die Finanzierung des Budgetabganges verschob sich 1973 wieder stärker zu den Schatzscheinen, wodurch in den folgenden Jahren wieder höhere Tilgungen zu erwarten sind. Der Anteil der Inlandanleihen an der gesamten Finanzschuld war leicht rückläufig. Der Bund hat 1973 den Kapitalmarkt mit Brutto-Emissionen von 4,3 Mrd. S in Anspruch genommen, wovon 1 Mrd. S auf Institutsplatzierung entfiel. Unter Berücksichtigung der Tilgungen belief sich die Netto-Inanspruchnahme auf 2,05 Mrd. S. Der Anteil des Bundes an der Beanspruchung des Kapitalmarktes war rückläufig (1973: 25,2% gegen 34,4%). Von den zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten Bundesanleihen hat der Nicht-Banken-Sektor rund ein Drittel gezeichnet, viel weniger als 1972. Die Steuerbegünstigung für Anleihen des Bundes wurde für 0,34 Mrd. S in Anspruch genommen (1972: 0,51 Mrd. S). Zur Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten hat der Bund bei der Notenbank einen Kredit von 0,5 Mrd. S aufgenommen. Direktkredite von Versicherungen, Kreditunternehmungen und sonstigen Kreditgebern wurden in weit geringerem Maß in Anspruch genommen als 1972. Sie waren etwa gleich hoch wie die Tilgungen. Auch die von verschiedenen Körperschaften gewährten Kredite zum Ausbau der Infrastruktur (Schulbau, Telefonautomatisierung usw.) waren geringer (0,16 Mrd. S gegen 0,24 Mrd. S).

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2 1 bis 2 7

In den letzten Jahren hat sich die Inflation weltweit beschleunigt. Die Preissteigerungen im abgelaufe-

nen Jahr waren die stärksten seit Anfang der fünfziger Jahre, auf den internationalen Rohwarenmärkten übertrafen sie sogar jene der Korea-Krise. Im Inland blieb die Inflationsrate trotz Einführung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten, nahm jedoch merklich zu und war die höchste seit 1952. Parallel mit den Preisen zogen die Löhne und Arbeitskosten verstärkt an. Obwohl die in der Lohnrunde vom Herbst 1973 vereinbarten Tarifloohnerhöhungen deutlich über jenen des Vorjahres lagen, war die Lohndrift — vor allem in der Industrie und der Bauwirtschaft — beträchtlich; die leichte Entspannung des Arbeitsmarktes blieb bisher ohne Einfluß auf die Lohnentwicklung.

Entwicklung der Preise (Übersicht)

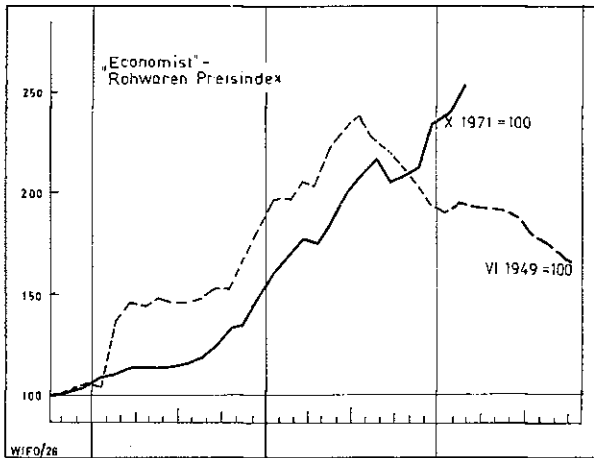
	Jährlicher Durchschnitt 1960/1972	1972 1971	1973 IV Qu. 1973 gegen 1972 IV Qu. 1972	
			Veränderung in %	
Weltmarktpreise				
Insgesamt ¹⁾	3	16	63½	57½
Nahrungsmittel	5	16½	52	41
Faserstoffe	1½	36½	87½	59½
NE-Metalle	5	-1½	63½	103½
Stahlexportpreise ²⁾		8½	71½	96
Preisindex des Brutto-Nationalproduktes				
Insgesamt	4	7	9	8½
Importpreise ³⁾	2	2½	5½	8½
Exportpreise ³⁾	1½	½	5	5½
Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens				
Investitionsgüter	4	7	8½	9
Bauten	4	14½	16	14
Ausrüstungsinvestitionen	3½	5	5½	5
Privater Konsum	3½	6	6	6½

¹⁾ Rohwarenindex des Londoner „Economist“ — ²⁾ Westeuropäische Exportpreise für Walzware in Dollar. — ³⁾ Im engeren Sinn (ohne Dienstleistungen), Institutsschätzung

Preisexplosion auf den internationalen Rohwarenmärkten

Die internationalen *Rohwarenpreise* hatten nach ihrem Höchststand während der Korea-Krise etwa zehn Jahre lang rückläufige Tendenz und erreichten nach einem mäßigen Anstieg in den sechziger Jahren erst 1972 wieder das Niveau von 1951. Im abgelaufenen Jahr zogen die Rohwarennotierungen sprunghaft an und sind bisher noch nicht zum Stillstand gekommen; seit ihrem letzten konjunkturellen Tiefstand im Herbst 1971 erhöhten sie sich bereits stärker (+155%, Stand Februar 1974) als von Mitte 1949 bis Mitte 1951 (+139%, siehe Abbildung). Hauptursache dieser außergewöhnlichen Hausse auf den internationalen Märkten war die rasche und gleichzeitige wirtschaftliche Expansion in nahezu allen westlichen Industriestaaten (die durchschnitt-

Anstieg der Rohwarenpreise stärker als während der Korea-Krise

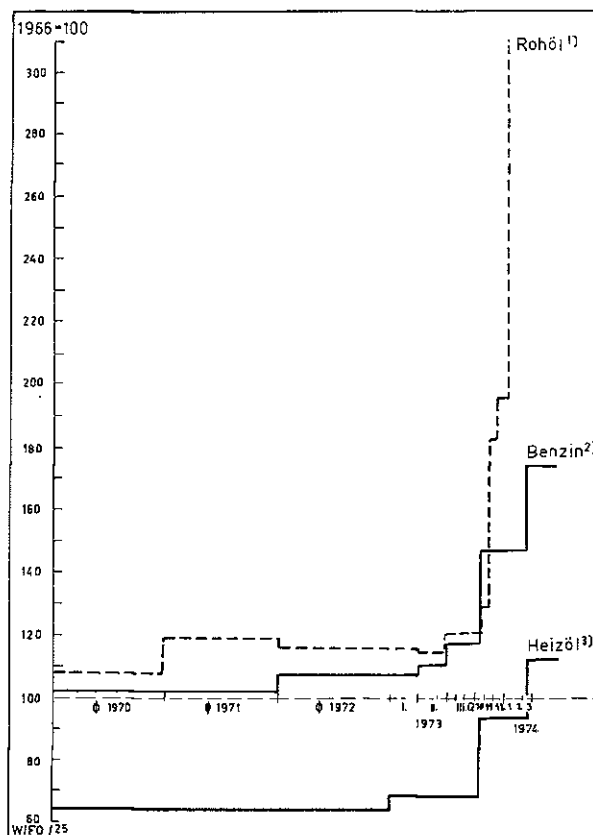


liche Wachstumsrate erreichte fast 7%, die Streuung der Wachstumsraten der OECD-Länder war die geringste, die bisher verzeichnet wurde), die mit einer verstärkten wirtschaftlichen Aktivität in Ost-europa und der Sowjetunion zusammentraf. Das Bestreben der Rohstoffverarbeiter, ihre niedrigen Lagerbestände aufzustocken, führte relativ früh im Aufschwung zu Versorgungsengpässen, zumal zum konjunkturellen Lageraufbau infolge der Währungsunsicherheit und der Energiekrise noch spekulative und Hortungskäufe kamen. Die lebhafte Nachfrage traf auf ein durch das gleichzeitige Auftreten einer Vielzahl von Sonderfaktoren (Streiks, Transportprobleme, politische Krisen, schlechte Ernten auf Grund der weltweit ungünstigen Witterung der letzten Jahre) besonders knappes Angebot. Ein (zumindest in diesem Ausmaß) neues Element war die Bildung von Gruppierungen von Produzenten und Exporteuren mit dem Ziel, durch bewußte abgestimmte Produktionseinschränkungen das Preisniveau zu halten oder zu erhöhen, was in der Politik der Erdölländer den spektakulärsten Ausdruck fand.

Das Niveau der Rohstoffpreise erhöhte sich 1973 im Jahresdurchschnitt, gemessen am Preisindex des Londoner „Economist“, um 63%, gemessen am deutschen HWWA-Index (auf Dollar-Basis) um 51%; im Jahresverlauf (Ende Dezember 1972/73) stieg der „Economist“-Index um 58%, der HWWA-Index, der auch Brennstoffe umfaßt, um 89%. Die Auswirkungen der anziehenden Rohwarennotierungen auf das Inlandspreisniveau wurden im ersten Halbjahr durch die Schilling-Aufwertung (die zur Jahresmitte gegenüber Dollar und Pfund bis zu 33% erreichte) abgeschwächt; bis Jahresende (als sich der Aufwertungssatz auf etwa 20% reduzierte) wurden sie jedoch immer fühlbarer: einschließlich der Brennstoffe dürften sich die für Österreich relevanten Rohwaren auf Schilling-Basis im Jahresverlauf um etwa die Hälfte verteuert haben.

Der Preisauftrieb erfaßte praktisch alle Warengruppen. Abweichungen in den Preissteigerungsraten spiegeln nicht nur unterschiedliche Marktverhältnisse wider, sondern meist einfach den Zeitpunkt, an dem die betreffenden Güterpreise in Bewegung kamen. Die Nahrungsmittelpreise etwa, die schon relativ früh angezogen hatten, stiegen im Jahresverlauf bereits deutlich weniger (38%) als im Jahresdurchschnitt (52%). NE-Metalle, deren Notierungen 1972 noch rückläufig waren, verteuerten sich 1973 durchschnittlich um zwei Drittel, im Jahresverlauf verdoppelten sich die Metallnotierungen; ähnlich entwickelten sich die westeuropäischen Stahlexportpreise. Das eine Extrem bilden die Preise für Häute, Felle sowie Leder, die 1973 im Jahresverlauf fast stabil blieben, nachdem sie sich bereits 1972 annähernd verdreifacht hatten, das andere Extrem die Erdölpreise, die erst Ende 1973 ihren Höhenflug begannen. Die Verteuerung von Erdöl fällt auf den Rohwarenmärkten keineswegs aus dem Rahmen. Lange Zeit waren die Rohölpreise stabil geblieben; Anfang der siebziger Jahre setzten sie sich in Bewegung, blieben jedoch trotzdem zusehends hinter der Entwicklung der übrigen Rohwarenpreise zurück.

Import- und Inlandspreise für Rohöl- und Mineralölprodukte



¹⁾ Durchschnittliche Importwerte für Rohöl, laut Außenhandelsstatistik. — ²⁾ Verbraucherpreisindex 66, Normalbenzin — ³⁾ Verbraucherpreisindex 66, Ofenheizöl.

Die Anhebung der Rohölpreise um etwa 150% seit Mitte 1973 (und damit die annähernde Verdreifachung gegenüber dem Niveau von Anfang der siebziger bzw der fünfziger Jahre) war nur eine Anpassung an das allgemeine Niveau der Rohwarenpreise, die wegen ihrer Plötzlichkeit und der dramatischen Begleitumstände besondere Beachtung fand.

Der weitere Verlauf der Rohwarenpreise ist nicht abzusehen. Die seit etwa einem Jahr von den Experten vorausgesagte Trendumkehr ist bisher ausgeblieben. Die Entspannung der internationalen Konjunktur, die durch die Ölverteuerung noch gefördert werden dürfte, sowie die reichlicheren Ernten der letzten Zeit sollten auf mittlere Sicht allerdings zumindest zu einer Stabilisierung der Weltmarktpreise führen

Angesichts der Preisentwicklung auf den internationalen Märkten — im OECD-Raum stiegen die gesamten Einfuhrpreise um 11½% und die Ausfuhrpreise um 9% — hielt sich die Entwicklung der österreichischen *Außenhandelspreise* in Grenzen, wozu die Aufwertung des Schilling (gegenüber Westeuropa mit Importgewichten 2%, mit Exportgewichten 4½%) entscheidend beigetragen haben dürfte. Die Durchschnittswerte der Einfuhr ebenso wie der Ausfuhr aus der Außenhandelsstatistik erhöhten sich 1973 um 3% (nach einem leichten Rückgang im Vorjahr). Obwohl die Durchschnittswerte die tatsächliche Preisentwicklung unterschätzen dürften (das Institut nimmt an, daß Einfuhr- und Ausfuhrpreise um gut 5% zugenommen haben), lassen sich aus ihnen doch gewisse Tendenzen ablesen. Die Verteuerung im Jahresverlauf (Dezember 1972/73) lag sowohl bei den Einfuhren (+9%) als auch bei den Ausfuhren (+7%) deutlich über dem Jahresdurchschnitt und spiegelt die höheren Rohöl- und Rohwarenpreise sowie den abnehmenden Aufwertungseffekt wider. Von Mitte 1972 bis Mitte 1973 haben sich die terms of trade verbessert, danach hat sich die Tendenz umgekehrt, im Jahresdurchschnitt 1973 blieben sie unverändert. Auf der Einfuhrseite zeigt die Außenhandelsstatistik stark steigende Durchschnittswerte für Nahrungsmittel und Brennstoffe. Der Durchschnittspreis für Rohölimporte, der im 1. Halbjahr 1973 noch etwas niedriger gewesen war als im vorangegangenen Jahr, überstieg im Dezember 1973 das Vorjahrsniveau bereits um 68½% (siehe Abbildung), im Jänner 1974 erhöhte sich der Vorjahrsabstand auf 168½%.

Neuerliche Beschleunigung des Preisauftriebes im Inland

Der Preisauftrieb im Inland hat 1973 weiter zugenommen. Der *Preisindex des Brutto-Nationalproduktes* erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 9% (nach 7% im Vorjahr), im Jahresverlauf (IV. Quartal

1972/73) um 8½% (8½%). 1¼ Prozentpunkte dieser Steigerungsrate sind der Einführung der Mehrwertsteuer zuzurechnen (mechanischer Effekt, dazu kamen noch indirekte Effekte sowohl 1972 als auch 1973). Der Preisindex des Verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens stieg etwas stärker als der Deflator des Brutto-Nationalproduktes, da sich zwar Importe und Exporte im Warenhandel annähernd gleich verteuerten, der Preisindex der Exporte im weiteren Sinn infolge der kräftigen Preissteigerungen im Reiseverkehr (15%) aber stärker zunahm (7½%) als der Deflator der Importe im weiteren Sinn (6%). Investitionsgüter verteuerten sich weiterhin überdurchschnittlich (12% nach 10%), jedoch nur infolge der außergewöhnlichen Preissteigerungen im Bausektor. Die Preise für Bauinvestitionen erhöhten sich 1973 um 16%, nachdem sie schon 1972 um 20% angezogen hatten. Der neue vom Statistischen Zentralamt erstellte Baupreisindex für Wohnhaus- und Siedlungsbau stieg im Jahresdurchschnitt 1973 um 20½%, Baumeisterarbeiten verteuerten sich etwas mehr (21%) als die Leistungen der Professionisten (19%); der starke Preisauftrieb im Hochbau hielt bis Jahresende an (im November kosteten Wohnbauten um 20½% mehr als 1972, davon Baumeisterarbeiten 20%, Professionisten 21%). Für den Tiefbau (Statistiken für diesen Bereich sind erst in Vorbereitung) unterstellt das Institut eine gewisse

Entwicklung der Großhandelspreise

	∅ 1972	∅ 1973 ¹⁾	Dez. 1973 ¹⁾	Jän. 1974 ¹⁾
	gegen			
	∅ 1971	∅ 1972	Dez. 1972	Jän. 1973
	Veränderung in %			
Agrarerzeugnisse Lebens- und Genußmittel	4,8	11,9	9,2	5,0
Getreide	0,8			4,8
Futtermittel	11,4			28,5
Lebendvieh	12,6			4,1
Nahrungsmittel und Getränke	4,9			2,7
Gemüse Obst	11,1			-16,5
Rohstoffe und Halberzeugnisse	2,6	12,2	22,0	24,2
Rohstoffe	4,0			28,3
Rund- und Schnittholz	-2,9			49,7
Brennstoffe	2,2			24,5
Kohle Koks Briketts	2,0			9,6
Mineralölzeugnisse	2,4			40,7
Halberzeugnisse	2,7			21,2
Chemikalien	-0,1			48,7
Baustoffe	4,7			3,2
Tafelglas	3,4			4,0
Eisen und Stahl	0,2			23,5
NE-Metalle	-1,8			23,8
Fertigwaren	4,6	6,9	10,7	11,0
Chem. Erzeugnisse Drogeriewaren	3,1			15,5
Maschinen- und Verkehrsmittel	5,4			5,7
Hausrats- und Eisenwaren	5,1			12,9
Papierwaren	4,5			13,7
Sonstige Fertigwaren	4,2			-2,8
Großhandelspreisindex	3,9	10,6	14,3	13,7
ohne Saisonprodukte	3,7			14,9
ohne Agrarerzeugnisse	3,4	9,9	17,1	18,6

¹⁾ Ohne Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer

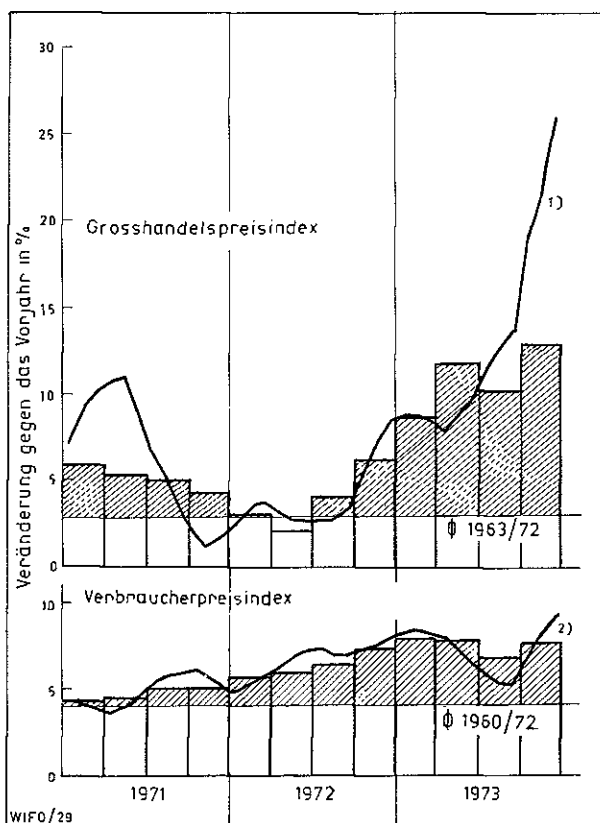
Preisberuhigung und nimmt eine unterdurchschnittliche Teuerungsrate an. Die Preise für Ausrüstungsinvestitionen dürften durch die Abschwächung der Investitionstätigkeit und die Schilling-Aufwertung gedämpft worden sein: sie stiegen 1973 kaum mehr als im Vorjahr (5 1/2% nach 5%) und etwa im Ausmaß der Konsumgüterpreise. Der Preisindex des privaten Konsums nahm ebenfalls etwa gleich stark zu wie im Vorjahr (6% nach 5 3/4%); er stieg damit um 1 1/2 Prozentpunkte weniger als der Verbraucherpreisindex, was vor allem auf die günstigen Preise für Auslandsreisen zurückzuführen war, die im Verbraucherpreisindex nicht berücksichtigt sind.

Der Großhandelspreisindex ist ein guter Indikator des allgemeinen Konjunkturverlaufes, da er sowohl die von der internationalen Preisentwicklung stark beeinflussten Rohwaren als auch Fertigwaren enthält, Investitionsgüter ebenso wie Konsumgüter. In den Jahren 1971 und 1972 spiegelt er deutlich die Abschwächung der internationalen Konjunktur wider, die sich im Inland nur wenig bemerkbar machte; sein Anstieg sank unter den langjährigen Trend (deutlicher noch als im Vorjahrsvergleich wird dies in den Halbjahresveränderungen sichtbar — siehe Abbil-

dung) Im Herbst 1972 — nach der Lohnrunde — und mit dem verstärkten Preisanstieg auf den Weltmärkten kamen die Großhandelspreise wieder in Bewegung. Nach einer kurzen Atempause Mitte 1973 führte das Zusammentreffen der anhaltenden Hausse auf den Rohwarenmärkten, der Energiekrise und der neuen Lohnrunde zu einer seit der Nachkriegszeit unbekanntem Preisexplosion. Im Kontrast dazu haben sich die Verbraucherpreise, die 1971 die Entwicklung der Großhandelspreise noch mit leichter Verzögerung nachvollzogen hatten (siehe Abbildung), 1972 nicht verlangsamt, sondern vielmehr (vorerst durch amtliche Preiserhöhungen, in der Folge durch Verteuerungen von Nahrungsmitteln und schließlich durch den Mehrwertsteuerboom) beschleunigt erhöht. Dieser Preiswelle folgte 1973 auf den Verbrauchermärkten eine ausgeprägte Beruhigung des Preisklimas (die im Großhandel nur ansatzweise sichtbar wurde); dies dürfte zum Teil bloß eine Reaktion auf die Vorwegnahme von Preiserhöhungen vor der Mehrwertsteuereinführung gewesen sein, wäre aber ohne die Stabilisierungsmaßnahmen, die Ende 1972 von Regierung, Notenbank und Sozialpartnern vereinbart wurden und die die Preiserwartungen merklich dämpften, nicht so deutlich ausgefallen. Erst im Herbst 1973 folgten die Verbraucherpreise den Großhandelspreisen und zogen sprunghaft an

Der Index der *Großhandelspreise* erhöhte sich 1973 (ohne indirekte Steuern) um 10,6% nach 3,9% im Vorjahr, im Jahresverlauf stieg er um 14,3%; ohne Agrarerzeugnisse erhöhte sich die Teuerungsrate der Großhandelspreise von 3,4% (1972) auf 9,9% und erreichte im Dezember 1973 bereits 17,1%. Die vorstehende Übersicht weist, um eine Vorstellung von der Verteuerung einzelner Warengruppen im Laufe des Jahres 1973 zu geben, die Preissteigerungsraten von Jänner 1973 bis Jänner 1974 aus, da eine Eliminierung der Umsatzsteuer nur für die Hauptgruppen des Großhandelspreisindex vorgenommen wurde und somit ein allgemeiner Vorjahrsvergleich 1973 nicht möglich ist. Agrarpreise einerseits und Rohwaren- und Fertigwarenpreise andererseits haben sich entgegengesetzt entwickelt. Agrarerzeugnisse kosten im 1. Halbjahr 1973 noch 15% mehr als 1972, in der Folge hat sich ihr Vorjahrsabstand zusehends verringert und betrug im Jahresdurchschnitt 12%. Bloß Futtermittel waren an der Jahreswende 1973/74 noch viel teurer als im Jahr vorher, die Fleischpreise hatten sich normalisiert, die Saisonwaren waren billiger als im Vorjahr. Nichtagrarisches Güter dagegen haben sich zunehmend verteuert und verzeichneten Anfang 1974 neue Preisspitzen. Rohstoffe und Halberzeugnisse kosteten 1973 durchschnittlich 12% mehr als im Vorjahr, am Jahresende 22%; im Jänner 1974 waren Holz und Chemikalien um etwa die Hälfte teurer als Anfang 1973, Mineralölzeugnisse

Großhandelspreise und Verbraucherpreise



1) Sechs-Monatsveränderungen in Jahresraten geglättet ohne Agrarerzeugnisse. — 2) Sechs-Monatsveränderungen in Jahresraten geglättet ohne Saisonprodukte.

um über 40% (auch feste Brennstoffe um fast 10%), Eisen und Stahl sowie NE-Metalle um etwa ein Viertel. Die Fertigwarenpreise zogen 1973 um durchschnittlich 7% an, im Jahresverlauf erreichten sie schon zweistellige Inflationsraten (im Dezember 1972/73 +10 1/2%); überdurchschnittlich stiegen die Preise für chemische Erzeugnisse und Drogeriewaren, Papierwaren sowie Hausrat- und Eisenwaren.

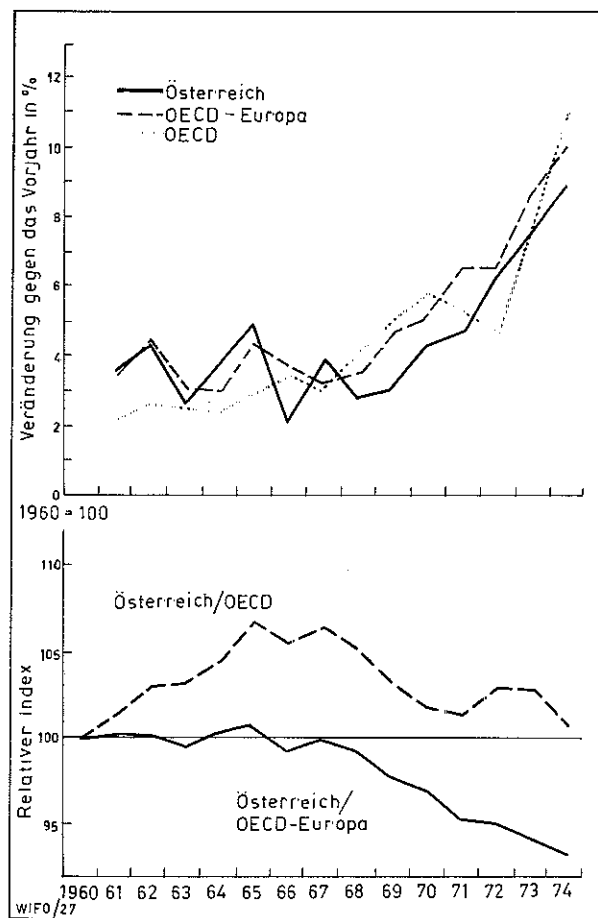
Entwicklung der Verbraucherpreise

Verbrauchsgruppen	Jährlicher Durchschnitt	1972	1973	Dez. 1973
	1960/1972	1971	1972	Dez. 1972
Veränderung in %				
Ernährung und Getränke	3,8	5,8	7,8	6,2
Tabakwaren	3,8	13,9	—	—
Wohnung	6,9	10,8	13,8	16,0
Beleuchtung und Beheizung	3,1	4,0	5,9	7,1
Hausrat	2,6	4,2	4,9	5,3
Bekleidung	2,4	5,0	7,4	8,5
Reinigung	4,3	3,2	5,4	5,1
Körper- und Gesundheitspflege	4,7	8,4	6,7	6,4
Bildung Unterricht Erholung	3,7	3,6	7,1	7,8
Verkehr	4,7	9,2	6,4	10,8
Gliederung nach Preisbildung und Güterart				
Nicht amtlich preisgeregelter Waren und Dienstleistungen		5,9	7,7	7,8
Nahrungsmittel ohne Saisonprodukte		5,5	7,2	6,1
Fleisch und Wurst		6,8	8,3	6,0
Sonstige		4,5	6,3	6,1
Industrielle u. gewerbliche Waren	2,4	4,3	5,2	5,9
Dienstleistungen	6,9	10,0	13,5	13,7
Amtlich preisgeregelter Waren und Dienstleistungen	4,2	6,4	5,4	6,6
Waren		5,0	5,1	6,6
Nahrungsmittel		3,7	6,2	1,3
Sonstige		6,3	4,4	12,1
Tarife (Dienstleistungen)	4,6	8,8	5,7	6,8
Mieten	6,6	10,1	11,6	11,8
Saisonprodukte	3,5	7,3	8,4	10,3
Verbraucherpreisindex	3,9	6,3	7,6	7,8
ohne Saisonprodukte	3,9	6,4	7,5	7,8

Die Verbraucherpreise stiegen 1973 um 7,6% (ohne Saisonwaren um 7,5%) nach 6,3% (6,4%) im Vorjahr; im Jahresverlauf erhöhten sie sich um 7,8% (7,8%), wobei das Jahr sich deutlich in zwei Abschnitte gliedern läßt: von Jänner bis September betrug die monatliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte nahezu kontinuierlich 0,4% (das entspricht einer Jahresrate von knapp 5%), im Zeitraum September bis Dezember erhöhte sie sich auf 1% (das entspricht einer Jahresrate von über 12%). Die Preissteigerungsrate lag 1973 weit über dem langjährigen Trend von knapp 4% (1960/1972). Fast alle Warengruppen verteuerten sich mehr als im Vorjahr, die Teuerungsrate war überwiegend doppelt so hoch wie im langjährigen Durchschnitt (bei Bekleidung und Lederwaren dreimal so hoch). 2 1/2% bis 3% des Anstieges der Verbraucherpreise sind direkt oder indirekt der Einführung der Mehrwertsteuer zuzuschreiben: Der

theoretische Preiseffekt auf Grund des Entlastungskataloges hätte etwa 1/2% betragen sollen; da die Erhöhung amtlicher Preise zum Teil vorgezogen, zum Teil auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde, hätte sich von Dezember 1972 auf Jänner 1973 (auf Grund des Steuersystemwechsels) keine Preiserhöhung oder sogar eine leichte Preissenkung ergeben müssen. Tatsächlich stieg der Verbraucherpreisindex im Jänner um 1,2%; betrachtet man die Preissteigerungen im Herbst 1973, soweit sie sich nicht aus Lohn- und Materialkostenerhöhungen erklären lassen, als indirekte Effekte des Steuersystemwechsels, so ergibt sich der genannte Gesamteffekt.

Verbraucherpreise im internationalen Vergleich



Trotz Einführung der Mehrwertsteuer blieb die Teuerungsrate 1973 unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten. Während die Verbraucherpreise in der ersten Hälfte der sechziger Jahre etwa gleich stark stiegen wie in den europäischen Industriestaaten (siehe Abbildung), lag seither die Inflationsrate regelmäßig unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Verglichen mit dem gesamten OECD-Raum (hier schlägt die Teuerungsrate der USA stark durch) ändert sich das Bild insofern, als sich die Preisrelation bis Mitte der sechziger Jahre zuun-

gunsten Österreichs verschiebt (in diesem Zeitraum hatten die USA noch nahezu stabile Preise); danach liegt die Steigerungsrate der österreichischen Konsumentenpreise nur im Jahre 1972 über dem OECD-Schnitt, als die USA vorübergehend Stabilisierungserfolge verzeichnen konnten.

Trotz zunehmender Inflationsraten hat sich der Anteil der gleichbleibenden oder sinkenden Preise im Verbraucherpreisindex erhöht (die Quote der gleichbleibenden Preise verringerte sich leicht von 7% auf 6%, die Zahl der Preissenkungen verdoppelte sich von 5% auf 10%). Das weist darauf hin, daß die Einführung der Mehrwertsteuer doch Verschiebungen in der Struktur der Einzelpreise gebracht hat, obwohl auf der Ebene der Waren- und Leistungsgruppen keine ins Gewicht fallende Veränderung der Preisstruktur erkennbar ist.

Im Laufe des Jahres 1973 hat sich — obwohl die Preisberuhigung bis zum Herbst allgemein war — die Preissteigerungsrate überwiegend erhöht. Lediglich bei Nahrungsmitteln lag sie im Dezember mit 6% deutlich unter dem Jahresdurchschnitt (8%), vor allem weil landwirtschaftliche Saisonwaren im zweiten Halbjahr nur mehr 5% teurer waren als 1972, gegenüber 12% im ersten Halbjahr (Jahresdurchschnitt 7%) und weil der Vorjahrsabstand der Fleischpreise von +10% im Jänner auf +6% im Dezember zurückging. Einzelne Nahrungsmittel haben sich empfindlich verteuert (Reis etwa auf fast das Doppelte, weiters Geflügel, Eier, Getränke). Der Aufwand für Beleuchtung und Beheizung stieg im Jahresdurchschnitt um 6% und im Jahresverlauf (Dezember 1972/73) um 7%; Ofenheizöl kostete am Jahresende um 47% mehr als im Vorjahr, feste Brennstoffe um 6%. Industrielle und gewerbliche Waren verteuerten sich um 5% (Dezember 1972/73: 6%); Bekleidung und Lederwaren (+8½% im Jahresverlauf) waren stark von den Rohstoffpreissteigerungen betroffen, das andere Extrem bilden Elektrogeräte, die weiterhin ziemlich stabile Preise haben. Die nicht preisgeregelten Dienstleistungen verteuerten sich weiterhin am stärksten (+13½% Jahresdurchschnitt und Dezember 1972/73); zwischen 20% und 30% stiegen im Jahresverlauf die Preise für Hotel- und Pensionsaufenthalte, Arztordination, Malerarbeiten und Installationen. Die Tarife wurden 1973 etwas weniger angehoben als im vorangegangenen Jahr (durchschnittlich um 5½%, Dezember 1972/73 +7%), insgesamt erhöhten sich die Dienstleistungspreise im Jahresdurchschnitt um 11% und im Jahresverlauf um 11½%. Um 11½% stieg auch der Mietaufwand, vor allem im ersten Halbjahr nach Einführung der Mehrwertsteuer, gegen Jahresende hat sich der Auftrieb der Mieten abgeschwächt. Die vom Verbraucherpreisindex ausgewiesene Mieten-

entwicklung wird durch das Ergebnis des Mikrozensus annähernd bestätigt, der im Frühjahr 1973 eine Erhöhung des Wohnungsaufwandes pro Wohnung um 13% und pro Nutzflächeneinheit um 10½% (jeweils gegenüber dem Vorjahr) ermittelte.

Beiträge einzelner Warengruppen zur Erhöhung des Verbraucherpreisindex

	Ø 1973		Dez. 1973	
	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%
	gegen			
	Ø 1972		Dez. 1972	
	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%
Nicht amtlich preisgeregelte Waren und Dienstleistungen	5 2	68	5 2	67
Nahrungsmittel, ohne Saisonprod	1 5	20	1 3	17
Fleisch und Wurst	0 8	11	0 6	8
Sonstige	0 7	9	0 7	9
Industrielle u. gewerbliche Waren	1 6	21	1 8	23
Dienstleistungen	2 1	27	2 1	27
Amtlich preisgeregelte Waren und Dienstleistungen	1 2	16	1 4	18
Waren	0 7	9	0 8	10
Nahrungsmittel	0 4	5	0 1	1
Sonstige	0 3	4	0 7	9
Tarife (Dienstleistungen)	0 5	7	0 6	8
Mieten	0 8	11	0 8	10
Saisonprodukte	0 4	5	0 4	5
Verbraucherpreisindex	7 6	100	7 8	100
ohne Saisonprodukte	7 2	95	7 4	95

Die Aufgliederung der Auswirkung der Verteuerung der einzelnen Warengruppen auf das Preisniveau verdeutlicht die aufgezeigten Tendenzen: der Beitrag der Nahrungsmittelpreise zur Inflationsrate verringerte sich von etwa 30% im Jahresdurchschnitt auf rund 20% im Dezember, die Preise für industrielle und gewerbliche Waren sowie die Brennstoffpreise gewannen etwas an Gewicht, während Dienstleistungen, Tarife und Mieten im Jahresverlauf ziemlich konstant zur Teuerung beigetragen haben.

Kräftige Zunahme der Nominal- und Reallöhne

Ebenso wie die Preise haben sich die Löhne 1973 beschleunigt erhöht und verzeichneten die größten Zuwachsraten seit zwanzig Jahren. Die ungebrochene Konjunktur ließ die Arbeitsmarktsituation bis in den Herbst zunehmen; die sich seither abzeichnende Tendenzwende war noch zu schwach (gemessen am Durchschnitt der sechziger Jahre fiel sie kaum ins Gewicht) und hielt zu wenig lang an, um eine Auswirkung auf die Lohnentwicklung im Jahr 1973 zu haben. Im Einklang mit der Arbeitsmarktsituation und der Preisentwicklung setzten die Gewerkschaften 1973 Tarifloohnerhöhungen durch, die merklich über jenen der Lohnrunde 1972 lagen. Die Anhebung der Mindestlohnsätze reichte gerade aus, die Zunahme des Nachfragedruckes am Arbeitsmarkt zu kompensieren, nicht jedoch, die Lohndrift zu verringern, die zwar nicht mehr die Größenordnung der Jahre 1970/71 aufweist, in einzelnen Wirtschaftszwei-

gen jedoch noch beträchtlich ist und zuletzt Anzeichen einer neuerlichen konjunkturellen Zunahme gezeigt hat. Trotz steigender Inflationsraten erhöhten sich die Netto-Realeinkommen stärker als im Vorjahr und im langjährigen Durchschnitt, da die Zunahme des Lohnauftriebes jene des Preisauftriebes übertraf und die Lohnsteuersenkung Anfang 1973 die Netto-Löhne etwas mehr steigen ließ als die Brutto-Löhne.

Tariflohnindex 66

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	Ø 1973	Dez. 1973	Ø 1973	Dez. 1973	Ø 1973	Dez. 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gewerbe	10,3	11,5	11,4	14,8	10,5	12,0
Baugewerbe	10,7	10,2	10,5	10,1	10,7	10,2
Industrie	11,0	15,9	10,9	15,1	11,0	15,7
Handel	9,7	9,7	10,3	10,3	10,1	10,1
Verkehr	9,8	12,0	10,4 ¹⁾	15,5 ¹⁾	10,3	15,0
Fremdenverkehr	9,1	19,0	12,1	13,3	9,6	18,2
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen			9,4	5,6	9,4	5,6
Land- und Forstwirtschaft	12,0	12,2	14,5	16,5	12,3	12,8
Öffentlicher Dienst			13,4 ¹⁾	9,2 ²⁾	13,4	9,2
Insgesamt	10,7	13,7	11,9 ¹⁾	11,7 ¹⁾	11,2	12,8
ohne öffentlichen Dienst	10,7	13,7	10,7 ¹⁾	13,4 ¹⁾	10,7	13,6

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. — ²⁾ Bedienstete.

Das Tariflohniveau war 1973 im Jahresdurchschnitt um 11,2% (ohne Öffentlichen Dienst 10,7%) höher als im Vorjahr (1971/72 +9,2% bzw. +9,6%); im Jahresverlauf (Dezember 1972/73) stieg der Tariflohnindex um 12,6% (ohne Öffentlichen Dienst 12,5%). Die Schemagehälter im Öffentlichen Dienst erhöhten sich 1973 überdurchschnittlich (+13,1/2%, Dezember 1972/73 +9%), da neben der Lohnerhöhung im Rahmen des langfristigen Gehaltsabkommens eine Verwaltungsdienstzulage eingeführt und die Anfangsgehälter angehoben wurden. In den übrigen Wirtschaftsbereichen schwankten die Mindestlohnerhöhungen zwischen 9,1/2% (Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Fremdenverkehr) und 12,1/2% (Land- und Forstwirtschaft). Die Tariflöhne in der Industrie stiegen durchschnittlich (11% nach 9% im Vorjahr), am Jahresende nach der Lohnrunde waren sie um 15,1/2% höher als 1972.

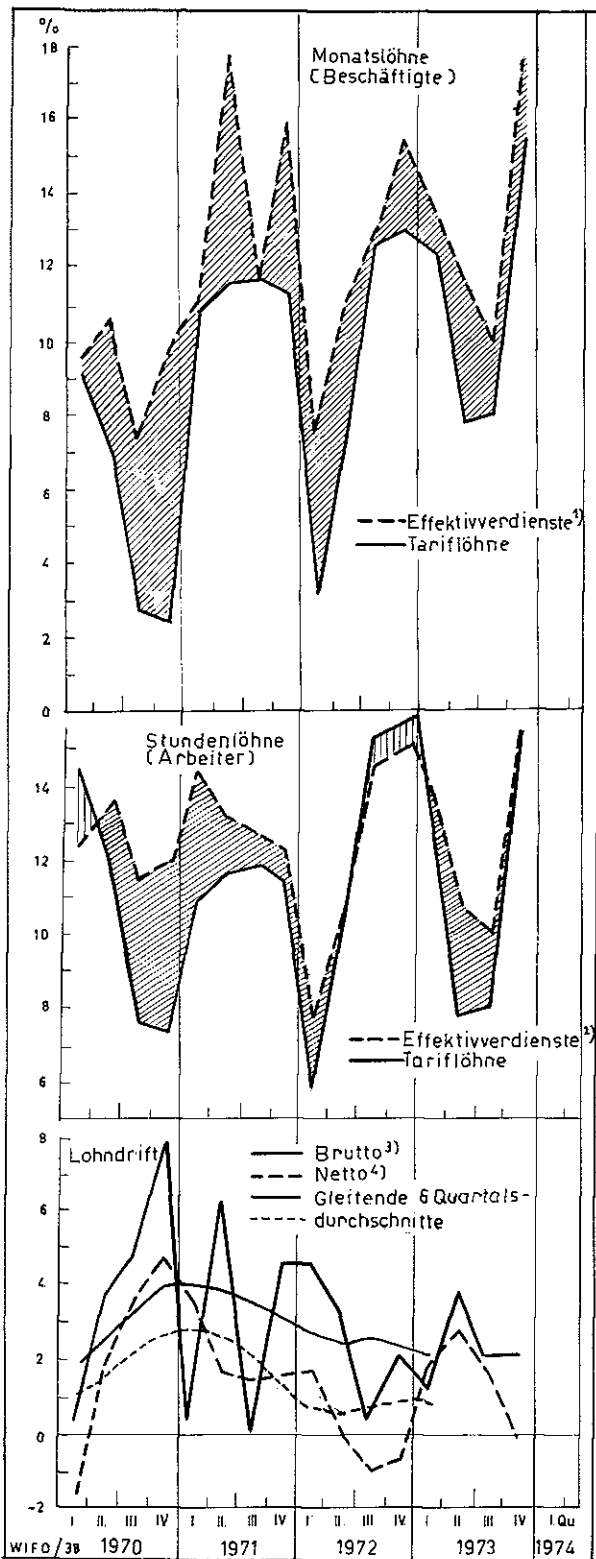
Die Zuwachsraten der Tariflöhne sind nicht immer unmittelbar vergleichbar, da die einzelnen Arbeitnehmergruppen in unterschiedlichen Abständen Lohnverhandlungen führen. Jährlich schließt der Handel ab, der Anfang 1973 eine Tariflohnerhöhung von 10% und Anfang 1974 eine solche von 12,1/2% erreichte. In Jahresabständen werden auch die Mindestlöhne in der Bauwirtschaft und verwandten Industrie- und Gewerbebereichen angehoben (Frühjahr 1973 +10%). Die meisten Arbeitnehmergruppen revidieren jedoch in größeren Abständen (seit Anfang der sechziger Jahre etwa alle 1 1/2 Jahre) ihre Kollektivverträge. Die Vorläufer dieser Bereiche bildeten bereits im Sommer einige Nahrungsmittelbran-

chen sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie; der Schwerpunkt der Lohnrunde fiel diesmal auf den Herbstbeginn: im September traten neue Kollektivverträge für die Metallarbeiter, die Chemiearbeiter und den Großteil der Industriearbeitenden in Kraft, im Oktober folgten Tariflohnerhöhungen für die Gewerbeangestellten sowie für die Beschäftigten im Verkehrs- und Fremdenverkehrswesen. Den Abschluß bildeten die Grundnahrungsmittelbranchen.

Erhöhung der Löhne und Gehälter wichtiger Arbeiter- und Angestelltengruppen im Jahre 1973

	Arbeiter	Angestellte
	Kollektivvertragslöhne	Erhöhung der Mindestgrundgehälter
in %		
Jänner		
Handel	10	10
Speiseöl- und Fettindustrie	12 1/2	
Geld- und Kreditwesen		14
März		
Landwirtschaftliche Gutsbetriebe	12	
Stein- und keramische Industrie	10	
Papier- Zellulose- Holzstoff- u. Pappeindustrie	8	
Luftfahrtunternehmen		12
April		
Baugewerbe	10	10
Baunebengewerbe	10 1/2	
Zuckerindustrie	16	
Speditionsbetriebe	13	
Österreichischer Rundfunk		13
Mai		
Holzverarbeitung	10 1/2	
Sägeindustrie	12	
Spediteure		14
Juni		
Brauereien	15 1/2	
Textilindustrie	14 1/2	14
Juli		
Papierverarbeitung	17 1/2	
Textil- und Bekleidungsindustrie Vorarlberg		14 1/2
Verkehrsbedienstete		7 1/2
Öffentlicher Dienst		7
August		
Schuhindustrie	14 1/2	
Süßwarenindustrie	17	
September		
Lederwaren- und Kofferindustrie	14	
Ledererzeugende Industrie	15	
Metallindustrie	17	17
Erdölindustrie	16	
Chemische Industrie	17 1/2	17 1/2
Bergwerke und Eisenerzeugung	17 1/2	17 1/2
Brauereien	2 1/2	
Bekleidungsindustrie	15	
Oktober		
Eisen- und Metallgewerbe	17 1/2	
Buchdruck	20	
Hohlglasindustrie	16	
Gast-, Schank- und Beherbergungsbetriebe	20	20
Allgemeines Gewerbe		19
Grafisches Gewerbe		18
Nahrungsmittelindustrie		17 1/2
Dezember		
Müller und Mühlenindustrie	15	15
Bäcker	15 1/2	15
Brotindustrie	16 1/2	15
Schuhindustrie		14 1/2

Lohndrift in der Industrie



¹⁾ Monatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen — ²⁾ Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen. — ³⁾ Differenz der Jahressteigerungsraten von Monatsverdiensten einschließlich Sonderzahlungen und Tariflöhnen auf Monatsbasis. — ⁴⁾ Differenz der Jahressteigerungsraten von Monatsverdiensten ohne Sonderzahlungen und Tariflöhnen auf Stundenbasis.

Die wachsende Arbeitsmarkttension äußert sich nicht nur in zunehmenden Tariflohnerhöhungen, sondern auch in einer Verringerung der Abstände zwischen den Lohnrunden. Anfang der siebziger Jahre hatte die Laufzeit der Kollektivverträge überwiegend noch 18 bis 19 Monate betragen, zwischen den Lohnrunden 1972 und 1973 lief die Mehrzahl der Kollektivverträge nur mehr 15 Monate. Die in der abgelaufenen Lohnrunde vereinbarten Erhöhungssätze lagen überwiegend um 2 bis 4 Prozentpunkte über jenen des Jahres 1972: sie betragen bei den großen Arbeitnehmergruppen (Metallarbeiter, Chemiearbeiter, Industrieangestellte) 17½%, die Gewerbeangestellten erreichten eine Tariflohnerhöhung von 19%, die Beschäftigten in der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie dagegen blieben diesmal mit einer Mindestlohnerhöhung von etwa 14% deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Gruppen. Normiert man, um den Effekt der unterschiedlichen Laufzeit auszuschalten, die Steigerungsraten auf den Zeitraum eines Jahres, ergibt sich das gleiche Bild: die Mehrzahl der Tariflohnerhöhungen entspricht einer Jahresrate von 14%, der Textilbereich bleibt mit einer Jahresrate von 11% deutlich dahinter zurück. Die meisten Kollektivverträge enthalten nunmehr bereits Ist-Lohn-Klauseln; die kollektivvertraglich vereinbarten Ist-Lohn-Erhöhungen betragen überwiegend 12½%, das entspricht einer Jahresrate von etwa 10%.

Die *Effektivverdienste* stiegen 1973 in der Gesamtwirtschaft um 12½%, ohne Öffentlichen Dienst um 12%; im Jahresverlauf erhöhten sie sich um 15% (Privatwirtschaft 14½%). Der Lohnauftrieb war bisher nur im Jahr 1971 ebenso stark (allerdings fiel damals die Lohnrunde auf den Jahresbeginn) und lag deutlich über dem langjährigen Trend (+9% 1960/1972). Überdurchschnittlich erhöhten sich die Monatsverdienste in der Industrie (+13%, IV. Quartal 1972/73 +17%). Die Sonderzahlungen wurden wieder überproportional ausgeweitet (+21%, gesamte Lohn- und Gehaltssumme +15½%), sie trugen wie im Vorjahr etwa 1 Prozentpunkt zur Lohnsteigerungsrate bei (ihren Höhepunkt hatte die Expansion der Sonderzahlungen im Jahr 1971 mit 30% erreicht). Ohne Sonderzahlungen waren die Industrieverdienste um 12½% höher als im Vorjahr. Netto stiegen die Monatsverdienste dank der Lohnsteuerreform um rund ½ Prozentpunkt mehr (+13½%, IV. Quartal 1972/73 +18%) als brutto (1972 war das Verhältnis umgekehrt). Bei weiterhin leicht rückläufiger Arbeitszeit verdienten die Industriearbeiter pro Stunde im Jahresdurchschnitt 1973 um 13½% (ohne Sonderzahlungen 12½%) mehr als im Vorjahr, am Jahresende um 16½% (15½% IV. Quartal 1972/73). Der Effektivlohnanstieg in der Bauwirtschaft, der im Vorjahr außergewöhnlich stark gestiegen war (+16½%), ent-

Effektivverdienste

	Jährlicher Durchschnitt	1972	1973 IV	Qu 1973
	1960/1972	1971	1972 IV	Qu 1972
	Veränderung in %			
Industrie				
Brutto-Lohn- und Gehaltssumme	9,6	14,6	15,6	18,7
Beschäftigte	0,6	2,3	2,0	1,4
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten	8,9	12,0	13,2	17,0
ohne Sonderzahlungen		10,8	12,3	15,9
Netto-Monatsverdienst je Beschäftigten	8,3	11,4	13,7	17,8
Bezahlte Arbeitszeit pro Arbeiter	-0,6	-1,4	-0,7	-0,8
Bezahlte Arbeiterstunden (Arbeitsvolumen)	-0,5	-0,1	0,4	-0,5
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter ohne Sonderzahlungen		13,2	13,4	16,7
		12,2	12,6	15,7
Baugewerbe				
Brutto-Lohn- und Gehaltssumme		25,6	17,6	13,9
Beschäftigte		8,0	4,3	2,0
Brutto-Monatsverdienst je Beschäftigten		16,3	12,7	11,6
Bezahlte Arbeitszeit pro Arbeiter		-0,5	-1,1	-3,1
Bezahlte Arbeiterstunden (Arbeitsvolumen)		7,3	2,9	-1,4
Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter		16,8	14,0	15,1

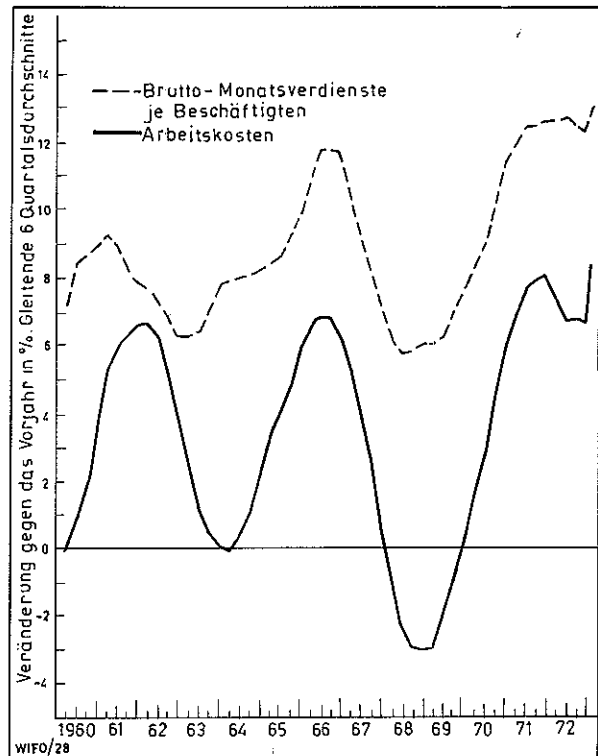
1) Jänner bis November. — 2) Oktober, November.

sprach 1973 annähernd jenem der Gesamtwirtschaft (+12½%), am Jahresende lag er sogar darunter (die Lohnrunde in der Bauwirtschaft steht bevor). Pro Stunde erhöhten sich die Verdienste der Bauarbeiter um 14% (IV. Quartal 1972/73: 15%).

Die *Lohndrift* betrug 1973 in der Gesamtwirtschaft 1% (1972: 1½%), in der Privatwirtschaft 1½% (2%). Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu beachten, daß die Brutto-Drift wahrscheinlich durch die starke Umschichtung der Beschäftigtenstruktur zu (teilzeitbeschäftigten) Frauen gedrückt wurde. In der Bauwirtschaft verringerte sich die Brutto-Drift von 6% im Jahre 1972 auf 2% im Jahre 1973, pro Arbeiterstunde (brutto) nahm sie nur wenig von 4% auf 3½% ab. Auch in der Industrie lag die Brutto-Drift mit 2% (1972: 3%) merklich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Die Netto-Drift (pro Arbeiterstunde, ohne Sonderzahlungen), die 1972 nahezu verschwunden war, erhöhte sich 1973 wieder auf 1½% und dürfte weiter steigende Tendenz haben. Während sie nämlich 1972 im 2. Halbjahr nach der Lohnrunde negativ geworden war (siehe Abbildung), verringerte sie sich 1973 zwar von 3% im II. Quartal auf 2% im III. Quartal, blieb aber auch nach der Lohnrunde im IV. Quartal immer noch positiv. Bildet man gleitende Sechs-Quartals-Durchschnitte, um den Lohnrundeneffekt zu eliminieren, tendiert die Netto-Drift konjunkturell von ihrem Tiefpunkt von ½% Mitte 1972 auf etwa 1% Mitte 1973. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die kumulative Netto-Drift zwischen den letzten beiden Lohnrunden ermittelt: von Juni 1972 bis August 1973 stiegen die Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) um 4½% stärker als die Mindestlöhne der Industrie-

arbeiter; im September 1973 erhöhten sich die Tariflöhne um rund 4% mehr als die Effektivverdienste, konnten also nicht einmal die Inter-Bargain-Drift seit der letzten Lohnrunde ganz aufholen; bis Dezember hat sich bereits neuerlich eine kumulative Drift von 1% gebildet.

Verdienste und Arbeitskosten in der Industrie



Die *Arbeitskosten* je Produktionseinheit erhöhten sich 1973 in der Gesamtwirtschaft mit 10½% beträchtlich mehr als im Vorjahr (+6%), da die Löhne verstärkt anzogen, während der Produktivitätsfortschritt sich verlangsamte. Einen noch größeren Sprung machte die Zuwachsrates der Arbeitskosten in der Industrie (von 5% auf 10½%), da die Produktionsverlagerungen anlässlich der Einführung der Mehrwertsteuer die Produktivität im Jahr 1972 merklich erhöhten und dafür 1973 entsprechend drückten. Etwas klarer wird die Tendenz der Arbeitskosten, wenn man sie zur Eliminierung des Lohnrundeneffektes glättet (siehe Abbildung; der Effekt der Produktionsverlagerungen wird damit freilich nicht ganz ausgeschaltet). Dabei wird eine sehr regelmäßige konjunkturelle Schwankung sichtbar, deren Höhepunkte auf ziemlich gleichem Niveau liegen, obwohl der Lohnauftrieb von Zyklus zu Zyklus stärker wurde: ein Resultat des rascheren Produktivitätsfortschrittes. Außerdem wird deutlich, daß die Arbeitskosten in der Industrie seit 1971 tendenziell um 7% bis 8% pro Jahr zunehmen. Mit dieser Rate erhöhten sich

Masseneinkommen

	Jährlicher Durchschnitt 1960/72	Veränderung in %		
		1972	1973 IV. Qu. 1973 gegen 1972 IV. Qu. 1972	1973
Private Lohn- und Gehaltssumme	9 9	13 8	16 7	19 6
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme	10 1	12 2	16 7	20 8
Leistungseinkommen brutto	10 0	13 0	16 7	19 8
Leistungseinkommen je Beschäftigten	9 2	11 0	12 4	15 1
Transfereinkommen brutto	10 9	12 2	10 4	10 6
Abzüge insgesamt	13 2	15 9	12 3	11 2
Masseneinkommen netto	9 7	12 7	15 7	18 9

in den letzten Jahren auch die Arbeitskosten in den westlichen Industriestaaten.

Die Lohn- und Gehaltssumme in der Privatwirtschaft stieg 1973 um 16 1/2% (nach 14% im Vorjahr). Da die Gehälter im Öffentlichen Dienst im gleichen Tempo zunahmen (im Vorjahr 12%), wuchsen die Leistungseinkommen insgesamt ebenfalls um 16 1/2% (1971/72: 13%); im IV. Quartal 1973 lagen die Leistungseinkommen um 20% über dem Vorjahrsniveau. Bei leicht abgeschwächtem Wachstum der Transfereinkommen und (infolge der Lohnsteuerreform) unterproportionalem Anstieg der Abzüge (+12 1/2%) ergibt sich ein Anstieg der *Netto-Masseneinkommen* von 15 1/2% (nach 12 1/2% im Vorjahr); im Laufe des Jahres (IV. Quartal 1972/73) erhöhten sich die Masseneinkommen um 19%. Real (deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums) nahmen die Masseneinkommen um 9% zu (im Vorjahr 7%), pro Kopf um etwa 5% (4 1/2%). Die Durchschnittseinkommen der Aktiven stiegen 1973 brutto real (deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums) um 6% (1971/72 +5%), netto real um etwa 6 1/2% (nach 4 1/2% im Jahre 1972)¹⁾.

Landwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.9

Wertschöpfung kräftig erhöht

Die *Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft* ist 1973 kräftig gewachsen. Nach ersten Berechnungen und Schätzungen war der Beitrag des Agrarsektors zum Brutto-Nationalprodukt dem Volumen nach (zu konstanten Preisen) um knapp 4% höher als im Vorjahr und erreichte damit etwa das Niveau von 1969. Zu laufenden Preisen²⁾ ergab sich 1973 ein Zuwachs um 13 1/2% auf 31 5 Mrd. S. Zu diesem günstigen Er-

¹⁾ Deflationiert man die Nominallöhne mit dem Verbraucherpreisindex, ergeben sich folgende Steigerungsraten: Brutto real 4 1/2% (1972: 4%), netto real 5% (1972: 3 1/2%)

gebnis haben insbesondere eine sehr gute Getreide- und Obsternte, ein erhöhtes Angebot an Schlachtschweinen und Geflügel, die starke Aufstockung des Rinderbestandes sowie eine günstige Entwicklung der Vieh- und Holzpreise beigetragen. Zugleich stagnierte das Volumen der agrarischen Vorleistungskäufe. Die kräftige Verteuerung landwirtschaftlicher Betriebsmittel und benötigter Dienstleistungen kam daher nicht voll zur Geltung. Der Anteil des Agrarsektors am Brutto-Nationalprodukt war schwach rückläufig (real 1972: 6 5%, 1973: 6 3%, nominell 1972: 5 9%, 1973: 5 8%).

Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft¹⁾

	1971 1972 1973 ²⁾ Zu jeweiligen Preisen in Mill. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzliche	8 570	10 466	11 500	+0 8	+22 1	+10 1/2
Tierische	21.561	23.798	27.100	+2 2	+10 4	+12 1/2
Summe Landwirtschaft	30 131	34 264	38 600	+1 8	+13 7	+12 1/2
Forstliche	6.509	6.457	8.200	-5 2	-0 8	+26 1/2
Summe Land- und Forstwirtschaft	36 640	40 721	46 800	+0 5	+11 1	+15
Minus Vorleistungen	11.624	12.939	15.300	+9 5	+11 3	+18
Beitrag zum Brutto-Nationalprodukt (zu Marktpreisen)	25 016	27 782	31 500	-3 2	+11 1	+13 1/2

¹⁾ Institutsberechnung — ²⁾ Vorläufige Schätzung Werte einschließlich Mehrwertsteuer

Schätzungen über den *Stand der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft* und seine jährliche Veränderung wurden in den letzten Jahren durch die Einführung der Bauernpension erschwert. Die letzte Volkszählung brachte eine weitere Überraschung. Zum 1. Juni 1971 wurden in der Land- und Forstwirtschaft 426.000³⁾ Erwerbstätige gezählt, erheblich weniger als bisher auf Grund der Ergebnisse des Mikrozensus und der Fortschreibung auf Basis der bäuerlichen Sozialversicherung angenommen wurde. Die Abwanderungsrate hat sich demnach von 3 1/2% im Zeitraum 1951/1961 auf etwa 5% jährlich im Zeitraum 1961/1971 erhöht; die Landwirtschaft hat in den sechziger Jahren erheblich mehr Arbeitskräfte verloren, als bisher angenommen wurde. Diese neuen Erkenntnisse erfordern eine genaue Analyse und Revision der bisher gültigen Daten⁴⁾. Für 1973 kann auf Grund bereinigter Sozialversicherungsdaten eine Abnahme der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen um etwa 18.000 Perso-

²⁾ Die Einführung der Mehrwertsteuer führte zu Verschiebungen im Preisgefüge. Dies beeinträchtigt etwas den Vergleich von landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen, von Preisen für Vorleistungen sowie den Vergleich nomineller Aggregate wie Endproduktion oder Vorleistungen zwischen 1972 und 1973.

³⁾ Ohne 34 000 Ehefrauen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichnet haben

⁴⁾ Das Institut hofft, diese Arbeiten noch 1974 abschließen zu können

nen ($-4\frac{1}{2}\%$) angenommen werden, davon 15.000 Selbständige und Familienangehörige und 3.000 Unselbständige. 9.500 Selbständige und Familienangehörige sind infolge von Alter oder Erwerbsunfähigkeit ausgeschieden, etwa 8.600 Personen haben ihren landwirtschaftlichen Beruf aufgegeben. Die *Arbeitsproduktivität* erhöhte sich um etwa $8\frac{1}{2}\%$.

1973 hat das Statistische Zentralamt die Bodennutzung in Form einer Vollerhebung ermittelt. Die Ergebnisse weichen teils stark von den Schätzwerten für 1972 ab. Ein Vergleich zwischen 1973 und 1972 ist wegen der wahrscheinlich hohen Schätzfehler 1972 nur bedingt aussagekräftig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche wurde für 1973 mit 3.79 Mill. ha ausgewiesen ($-2\frac{1}{2}\%$). Danach wäre die *Flächenproduktivität* 1973 um etwa 7% gestiegen.

Die Endproduktion (Rohertrag) der Land- und Forstwirtschaft war nach ersten Berechnungen und Schätzungen nominell mit 46.8 Mrd. S um 15% höher als im Vorjahr. Das Volumen stieg um $2\frac{1}{2}\%$, die Preise (einschließlich Mehrwertsteuer) um 11%.

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft¹⁾

	1971	1972	1973 ²⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Ø 1962/66 = 100			1971	1972	1973
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzliche	98.3	103.6	112.1	-12.6	+5.4	+8.2
Tierische	112.3	113.8	116.1	-1.5	+1.3	+2.0
Summe Landwirtschaft	107.8	110.5	114.8	-5.0	+2.5	+3.9
Forstliche	112.4	112.3	108.6	-3.8	-0.1	-3.3
Summe Land- und Forstwirtschaft	108.5	110.8	113.8	-4.8	+2.1	+2.7
Minus Vorleistungen	115.9	122.1	122.5	+3.5	+5.3	+0.3
Beitrag zum Brutto-Nationalprodukt (zu Marktpreisen)	105.7	106.5	110.6	-7.9	+0.8	+3.8
Futtermittelimport	76.4	67.1	69.5	+33.6	-12.2	+3.6
Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft	110.2	113.8	118.3	-6.5	+3.3	+4.0
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft				-6.4	-7.9	-4.5
Arbeitsproduktivität ³⁾				-1.6	+9.5	+8.7
Landwirtschaftliche Nutzfläche	97.7	97.7	95.1	0.0	0.0	-2.7
Flächenproduktivität, netto ⁴⁾	112.8	116.5	124.4	-6.4	+3.3	+6.8

¹⁾ Institutsberechnung — ²⁾ Vorläufige Schätzung — ³⁾ Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft je Beschäftigten. — ⁴⁾ Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft je ha

Gute Ergebnisse im Pflanzenbau

Der *Pflanzenbau* hat sich 1973 günstig entwickelt. Die pflanzliche Endproduktion war real um 8% höher als 1972 und erreichte damit wieder das hohe Niveau von 1970. Dem Werte nach war der Rohertrag aus Pflanzenbau mit 11.5 Mrd. S um $10\frac{1}{2}\%$ höher, der Preisindex für pflanzliche Erzeugnisse (einschließlich Mehrwertsteuer) blieb unverändert.

Die Getreideernte war nach Menge und Qualität überdurchschnittlich. Es gab 6% mehr Brotgetreide, $11\frac{1}{2}\%$ mehr Futtergetreide und 33% mehr Körnermais. Die schwache Ernte 1972 ließ die Importe im

Kalenderjahr 1973 auf 222.000 t ansteigen (1972: 111.000 t), davon 61.000 t Hartweizen, 63.000 t Gerste, 74.000 t Mais und 23.000 t Hafer. Die Futtergetreidepreise wurden im Jänner 1974 um 20 S je q erhöht und damit dem Weizenpreis angeglichen. Über einen neuen Preisantrag der Landwirtschaft wird verhandelt. Auf den internationalen Getreidemärkten war seit Mitte 1972 eine Verknappung und ein starker Preisauftrieb zu beobachten. Die Lager sanken auf den tiefsten Stand seit 25 Jahren. Gute Ernteergebnisse haben ab Herbst 1973 den Markt etwas entspannt, die Preise blieben auf Rekordhöhe. Eine Normalisierung ist erst nach Aufstockung der Lager zu erwarten. Die gute Qualität der heimischen Ernte und hohe Weltmarktpreise lassen erwarten, daß die Industrie ihren Bedarf an Gerste (rund 180.000 t im Jahr) großteils im Inland decken wird. Die Stärkeindustrie prüft den Anbau von Mais im Wege von Kontrakten. Der Jahresbedarf liegt bei 10.000 t bis 14.000 t.

Hackfrüchte gab es 1973 etwas weniger als im Vorjahr. Die Zuckerindustrie hat nach Angaben des Fachverbandes in der Kampagne 1973/74 2.22 Mill. t Rüben übernommen, 3% mehr als im Vorjahr. Bei einer geringeren Ausbeute (15.0%) fielen 334.000 t Weißzucker an. Diese Menge übersteigt kräftig den Inlandbedarf für Ernährung (ca. 280.000 t). Die Weltmarktpreise für Zucker liegen zur Zeit über dem amtlich geregelten Inlandniveau. Exporte sind genehmigungspflichtig. Anfang 1974 wurden 20.000 t für die Ausfuhr freigegeben. Die Bauern erhalten aus dem dabei erzielten Mehrerlös für die 1973 gelieferten Rüben zum Erzeugergrundpreis von 44.05 S je q zuzüglich Mehrwertsteuer einen Zuschlag von 1.95 S. Angesichts der günstigen Marktlage haben Bauern und Industrie für 1974 eine Ausweitung der Anbauflächen vereinbart. Das Lieferrecht wurde mit 105% des Grundkontingentes festgelegt. Daneben werden etwa 0.30 Mill. t „Zusatzrüben“ kontrahiert (1973: 0.25 Mill. t). *Kartoffeln* wurden 1973 etwas weniger geerntet. Frühe und mittelfrühe Sorten ergaben bessere Erträge, spätreifende Sorten gediehen schwächer. Die Stärkeindustrie hat 98.000 t Kartoffeln übernommen, etwas weniger als 1972. Der Preis war 67 g je kg zuzüglich Mehrwertsteuer. Etwa 33.000 t wurden zu Alkohol verarbeitet. Der Export aus der Ernte 1973 wird auf 30.000 t geschätzt. Die Stärkeindustrie plant für 1974 eine Ausweitung der Anbaukontrakte auf 110.000 t.

Nach zwei schwachen Jahren war die *Obsternte* 1973 zufriedenstellend. *Feldgemüse* gab es etwas mehr als im Vorjahr. Die *Weinernte* wird vom Österreichischen Statistischen Zentralamt mit 2.40 Mill. hl ausgewiesen (1972: 2.60 Mill. hl); die Qualität des Jahrganges 1973 ist überdurchschnittlich. Ende No-

Volumen des Feldfrucht- und Futterbaues¹⁾

	1971	1972	1973 ²⁾	Veränderung gegen 1972 in %
	1 000 t Getreideeinheiten			
Getreide	3 546 3	3 318 9	3 787 5	+14 1
Hackfrüchte	1 144 0	1 182 4	1 114 8	- 5 7
Ölfrüchte	180 7	185 5	230 4	+24 2
Feldgemüse	44 0	46 0	47 3	+ 2 8
Obst	136 9	93 3	162 4	+74 1
Wein	181 3	259 6	239 8	- 7 6
Grünfutter Heu u Stroh	4 209 4	4 373 2	4 315 2	- 1 3
Sonstiges	4 7	5 5	4 4	-20 0
Insgesamt	9 447 3	9 464 4	9 901 8	+ 4 6

¹⁾ Institutsberechnung — ²⁾ Vorläufige Angaben.

vember 1973 lagerten bei den Winzern, Genossenschaften, Großhändlern und Verarbeitungsbetrieben 3 73 Mill. hl Wein (1972: 3 65 Mill. hl). 1973 wurden 543 000 hl Wein importiert (+20%), die Exporte beliefen sich auf 181 000 hl (-20%). Auch 1974 ist mit hohen Einfuhren zu rechnen. In Niederösterreich und im Burgenland wurden die Landes-Weinbaugesetze novelliert. Die Rebflächen sollen um etwa 13 000 ha (Niederösterreich 8 000 ha, Burgenland 5 000 ha) auf rund 70 000 ha ausgeweitet werden.

Mehr Schweine und Geflügel, Rinderbestände aufgestockt

Die tierische Endproduktion nahm 1973 dem Volumen nach um etwa 2% zu. Ein kräftiger Preisanstieg (+11%, einschließlich Mehrwertsteuer) erhöhte den Wert der Endproduktion aus Tierhaltung auf 27 1 Mrd. S (+13 1/2%).

Die Rinderhaltung¹⁾ (einschließlich Kälber) erbrachte real (zu konstanten Preisen) eine Steigerung der Endproduktion um 5%. Den größten Anteil davon hatte eine kräftige Aufstockung der Bestände. Die Schlachtungen von Rindern und Kälbern nahmen zwar zu, der Export blieb jedoch erheblich unter dem Vorjahrswert. Der reale Rohertrag aus der Schweinehaltung¹⁾ nahm um 3% zu. Die Schlachtungen wurden nach dem Tief im Jahre 1972 etwas ausgeweitet, der Bestand schwach aufgestockt. Geflügel fiel um ein Zehntel mehr an, Eier etwas weniger (-2%). Der Absatz und Eigenverbrauch an Milch war voraussichtlich leicht rückläufig. Die Erzeugerpreise lagen im Jahresdurchschnitt 1973 kräftig über den Vorjahrswerten. Schlachtrinder waren nach Erhebungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (einschließlich Mehrwertsteuer) um 15%, Schlachtschweine um 18%, Geflügel um 12%, Eier um 16%, Milch um 2 1/2% teurer.

Auf der Basis von Großvieheinheiten berechnet verfügte die Landwirtschaft am 3. Dezember 1973 über einen Viehbestand von 2 29 Mill. Stück, 3 1/2% mehr als im Vorjahr. Der kräftige Zuwachs ist überwiegend

¹⁾ Schlachtungen im Inland, Exporte, Viehstockänderungen.

auf eine Ausweitung der Rinderbestände zurückzuführen. Es gab mehr Jungvieh, die unbefriedigende Absatzlage zu Jahresende führte zu einem Rückstau an schlachtreifen Tieren. Die Zahl der Kühe ist erstmals seit sechs Jahren gestiegen. Schweine gab es knapp mehr, Pferde weniger als 1972.

Die Produktion von Milch, Fleisch (einschließlich Viehstockänderungen) und Eiern war (berechnet zu Preisen 1962/1966) um 2% höher als im Vorjahr; bezogen auf den Viehstock Ende 1972 stieg sie um 1 1/2%. Die Milchleistung je Kuh wird auf 3 099 kg (-1 1/2%) geschätzt, der Fleischertrag je Rind²⁾ war mit 86 kg um 5% höher als 1972.

Entwicklung der Tierproduktion¹⁾

	Viehstock ²⁾	Tierproduktion ³⁾		Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mill S ⁴⁾	Mill S ⁴⁾	S je 1.000 S Bestandswert	
1969	14 265	18 778	1 316	+2 9
1970	14 170	19 116	1 349	+2 5
1971	14 500	19 224	1 326	-1 7
1972	14 139	19 201	1 358	+2 4
1973 ⁵⁾	14 249	19 618	1 377	+1 4

¹⁾ Institutsberechnung — ²⁾ Jeweils Dezember vom Vorjahr. — ³⁾ Milch Fleisch Eier Viehstandsänderung — ⁴⁾ Preis \varnothing 1962/66. — ⁵⁾ Vorläufige Angaben

Das heimische Angebot an Schlachtvieh ist nach einem Rückschlag im Jahre 1972 sei Anfang 1973 tendenziell steigend. Die Tendenzumkehr wurde durch eine Belebung des Angebotes an Schweinen etwa zur Jahreswende 1972/73 eingeleitet. Das Angebot an Schlachtrindern war im ersten Halbjahr rückläufig, seit Jahresmitte ist eine kräftige Belebung eingetreten. Nach amtlichen Angaben über Schlachtungen, Schlachtgewichte und Außenhandel mit Schlachtvieh war die Fleischproduktion (einschließlich Schlachtfett) 1973 mit 536 500 t um 2 1/2% höher als im Vorjahr. Der hohe Wert von 1971 konnte jedoch nicht erreicht werden. Das Angebot an Schlachtschweinen entsprach nicht ganz den Erwartungen. Schlachtrinder konnten gegen Jahresende nur schleppend abgesetzt werden, verblieben teils auf den Höfen und scheinen daher nicht als Produktion auf. Von der gesamten Fleischproduktion wurden 466 700 t verkauft (+3%), 69 800 t (-1 1/2%) entfielen auf nicht beschaute Hausschlachtungen für den Eigenbedarf der Bauern.

Auf dem Schweinemarkt gelang es, Angebot und Nachfrage im Wege des Außenhandels auszugleichen. Parallel zur steigenden inländischen Marktleistung wurden die Einfuhren eingeschränkt. Insgesamt wurden 239 000 St. lebende Schweine und 13 300 t Schweinefleisch importiert (1972: 366 000 St. und 7 700 t). Auf dem stark exportorientierten Rinder-

²⁾ Schlachtungen, Exporte und Viehbestandsänderungen in Fleisch umgerechnet, bezogen auf den Gesamtbestand an Rindern vom 3. Dezember 1972

Produktion, Marktleistung und Absatz von Fleisch

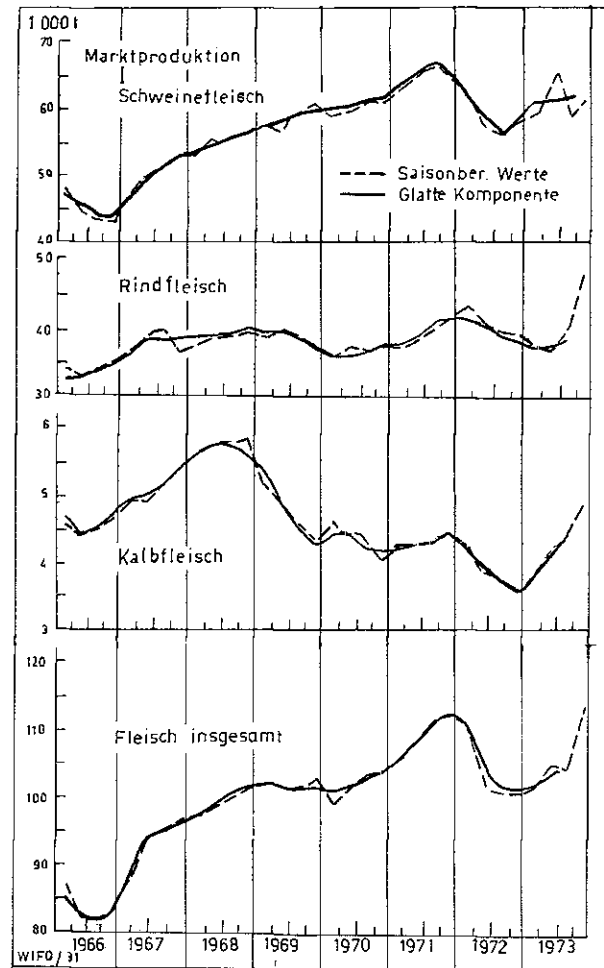
	1972	1973	Veränderung gegen 1972 in %
	1 000 t		
Gesamtproduktion²⁾			
Rindfleisch	165,3	165,3	0,0
Kalbfleisch	15,9	17,7	+11,3
Schweinefleisch	305,6	312,1	+2,1
Jungmasthühner	36,8	41,4	+12,5
Fleisch Summe	523,6	536,5	+2,5
Marktproduktion³⁾			
Rindfleisch	165,3	165,3	0,0
Kalbfleisch	15,6	17,4	+11,5
Schweinefleisch	235,7	242,6	+2,9
Jungmasthühner	36,8	41,4	+12,5
Fleisch Summe	453,4	466,7	+2,9
Ausfuhr			
Schlachtvieh und Fleisch	27,6	24,3	-12,0
Einfuhr			
Schlachtvieh und Fleisch	60,6	57,2	-5,6
Lagerveränderung	-0,1	-1,4	
Inlandsabsatz			
Rindfleisch	147,1	151,7	+3,1
Kalbfleisch	19,4	18,8	-3,1
Schweinefleisch	273,3	275,9	+1,0
Jungmasthühner	46,5	51,8	+11,4
Fleisch Summe	486,3	498,2	+2,4
Ausfuhr			
Zucht- und NutZRinder (Stück)	91 740	56 621	-38,3
Lagerstand ⁴⁾	0,8	2,2	

¹⁾ Institutsberechnung. Berechnungsmethode siehe Monatsberichte Jg 1973 Heft 6 — ²⁾ Schlachtungen insgesamt — ³⁾ Ohne nicht beschaute Haus-schlachtungen. — ⁴⁾ Zu Jahresende.

markt kam es ab Jahresmitte zu Absatzschwierigkeiten und Preiseinbußen. Die Rinderpreise waren seit dem Frühjahr 1972 bei knappem Angebot und lebhafter Exportnachfrage kräftig gestiegen. Ab dem Frühjahr 1973 ließen die Auftriebstendenzen nach. Zur Jahresmitte behinderte die Maul- und Klauen-seuche die Exporte. Nach Erlöschen der Seuche gelang es trotz Verwertungszuschüssen seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft nicht, die Exporte im gewünschten Ausmaß auszuweiten. Ein Konsumrückgang in Italien, steigendes Angebot in den EWG-Ländern und Kursverluste der italienischen Lira erschwerten den Absatz auf diesem bedeutendsten Auslandsmarkt. 1973 wurden 24.000 t Schlachtvieh¹⁾ und Fleisch exportiert (-12%). Die Ausfuhr von Zucht- und NutZRindern war mit 56.600 St. um 38% geringer als 1972. Anfang 1974 wurden verstärkte Bemühungen unternommen, den Rinderabsatz zu forcieren und damit einer unerwünschten zyklischen Einschränkung der Rindermast vorzubeugen. Die öffentlichen Verwertungszuschüsse wurden erhöht; auf dem Inlandmarkt wird Rindfleisch verbilligt angeboten.

¹⁾ Auf Fleisch umgerechnet

Entwicklung auf dem Fleischmarkt



Die *Ausfuhrerlöse* für Lebendvieh und Fleisch waren 1973 mit 1,90 Mrd. S um 18% geringer, für *Importe* wurden 1,81 Mrd. S aufgewendet (+24%).

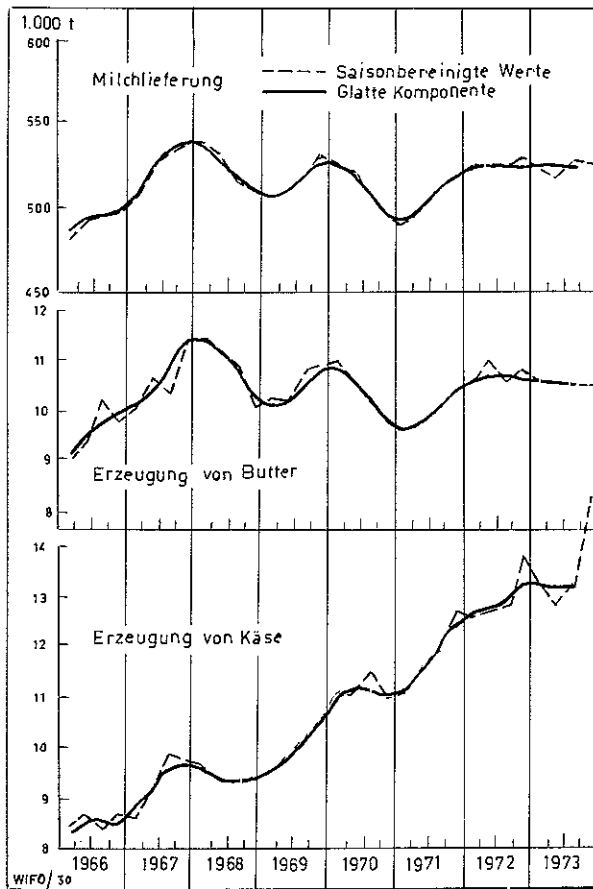
Das *Angebot an Milch* war 1973 anhaltend stabil bis leicht rückläufig. Die gesamte Milcherzeugung war nach Angaben des Statistischen Zentralamtes mit 3,28 Mill. t um 0,3% geringer als 1972. Da der Kuhbestand etwas aufgestockt wurde, würde dies eine Abnahme der Milchleistung je Kuh bedeuten. Die Milchanlieferung an die Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe war nach Angaben des Fonds um 1/2% geringer. Der durchschnittliche Fettgehalt der ange-

Produktion und Marktleistung an Milch

	1971	1972	1973 ¹⁾	Veränderung gegen 1972 in %
	1.000 t			
Produktion insgesamt ²⁾	3 282	3 286	3 277	-0,3
Ertrag je Kuh in kg	3 095	3 148	3 138	-0,3
Milchlieferung ³⁾	2 018	2 110	2 097	-0,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt und Milchwirtschaftsfonds. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen. — ²⁾ Mit verfütterter Milch und Schwund — ³⁾ Milch-anlieferung an Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe Ortsverkauf und Verrechnungsmilch Rahmanlieferung. Bauernbutter und Alpkäse (in Milch umgerechnet)

Entwicklung auf dem Milchmarkt



lieferten Milch betrug ca. 3,88%, der Erzeugerelerös mit Zu- und Abschlägen und einschließlich Mehrwertsteuer 272 S je kg gegen 265 S im Vorjahr. Ab 1. April wurde der Erzeugermilchpreis um 30 Groschen (1. Qualität) und 20 Groschen (2. Qualität) je Liter angehoben. Der „Siloverzichtszuschlag“ wurde um 10 Groschen je Liter erhöht.

Der *Milchabsatz* hat sich nach Angaben des Fonds günstig entwickelt. 1973 (1972 Schaltjahr) wurden 2% mehr Trinkvollmilch und 4 1/2% mehr Schlagobers und Rahm verkauft, Kondensmilch 7% weniger. Der Absatz von Butter (einschließlich Rückgabe an die Erzeuger) nahm um 3% ab. Die Nachfrage nach Käse wird als günstig bezeichnet. Die Erzeugung von Butter konnte um 2% eingeschränkt werden; Käse wurde um 4 1/2% mehr produziert.

Die Ausfuhr von Butter (2.200 t ohne Vormerkverkehr) konnte um ein Drittel verringert werden, Käse (27.000 t) wurde um 12% mehr exportiert. Die Einfuhr von Käse (4.600 t) nahm um 17% zu. Die Exportpreise für Butter waren rückläufig, auch Käse erbrachte etwas geringere Erlöse. Von der abgelieferten Milch wurden 1973 (in Fetteinheiten gerechnet) rund 85% im Inland verkauft und 15% exportiert

(einschließlich Lagerveränderungen), 1972 waren es 84 1/2% und 15 1/2%

Die im Inland konsumierten *Grundnahrungsmittel* stammten 1973 zu 81% aus der heimischen Erzeugung (1972: 81%), einschließlich der Ausfuhren waren es 83% (82%). Die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Futtermitteln belief sich auf 11,06 Mrd. S (1972: 9,02 Mrd. S), die Ausfuhr auf 4,10 Mrd. S (1972: 4,50 Mrd. S).

Vorleistungsbezüge real unverändert, nominell +18%

Über die Bezüge des Agrarsektors an *Vorleistungen* liegen zur Zeit viel weniger konkrete Angaben vor als über die agrarischen Erträge. Nach ersten Berechnungen und Schätzungen waren sie 1973 real etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Die Preise sind kräftig gestiegen (+20% einschließlich Mehrwertsteuer). Insbesondere Reparaturleistungen, Handelsdünger und Futtermittel wurden durch die Einführung der Mehrwertsteuer sowie Verknappungen auf dem Weltmarkt stark verteuert. Zu laufenden Preisen hat die Land- und Forstwirtschaft Betriebsmittel und Leistungen im Wert von etwa 15,3 Mrd. S bezogen (+18%).

Die Aufwendungen für *Futtermittel*¹⁾ waren mit rund 4,5 Mrd. S (einschließlich Mehrwertsteuer) viel höher als 1972 (3,2 Mrd. S). Der Hauptgrund ist die Verteuerung der importierten Eiweißfuttermittel auf nahezu das Doppelte; auch die Mehrwertsteuer fällt ins Gewicht. Eiweiß blieb 1973 auf dem Weltmarkt knapp und teuer. Insbesondere Mitte des Jahres gab es Engpässe in der Versorgung; in der zweiten Jahreshälfte hat sich auf Grund guter Sojaernten die Lage etwas gebessert, ein Ende der „Eiweißkrise“ ist jedoch nicht abzusehen.

Experten vertreten die Ansicht, daß langfristig mit Versorgungsengpässen bei hochwertigem Eiweißfutter zu rechnen ist. Das Angebot an Futtereweiß (hauptsächlich Fischmehl und Sojaschrot) hält mit der starken Expansion der Nachfrage (Tendenz zu

Futtermittelleinfuhr

	1971	1972	1973	Veränderung gegen 1972 in %
	1.000 t			
Futtergetreide ¹⁾	164,5	85,6	81,0	- 5,4
Ölkuchen	175,6	207,2	202,0	- 2,5
Fisch- und Fleischmehl ²⁾	72,3	66,2	40,4	-39,0
Insgesamt	412,4	359,0	323,4	- 9,9

¹⁾ Einschließlich Kleie und Futtermehl 1971 einschließlich Futterweizen. 1972 einschließlich Reis für Futterzwecke — ²⁾ Einschließlich Grieben, Blutmehl und sonstigen tierischen Abfällen

¹⁾ Importe, industrielle Nebenprodukte, Kosten des innerlandwirtschaftlichen Austausches von Futtergetreide sowie Bearbeitungs- und Verteilungsspanne der Mischfüttererzeuger.

hochwertigen Nahrungsmitteln in den Industriestaaten) nicht Schritt. Weiters ist damit zu rechnen, daß Fisch- und Sojaprotein bei der derzeitigen Entwicklung der Weltbevölkerung künftig zunehmend direkt als Nahrungsmittel verwendet werden muß. Als möglicher Ausweg wird eine Erhöhung des Eiweißgehaltes der Grundfuttermittel (insbesondere Getreide) durch züchterische und pflanzenbauliche Maßnahmen sowie eine Ausweitung des Anbaues von Eiweißfutterpflanzen empfohlen. In Österreich sollen heuer durch verschiedene Anbauversuche die Möglichkeiten einer Ausweitung des Anbaues von Ölfrüchten und Eiweißfutterpflanzen getestet werden. Eine wichtige Voraussetzung für eine eventuelle Ausweitung der heimischen Produktion ist eine langfristige Sicherung des Absatzes und ausreichende finanzielle Anreize für die Produzenten. Auch entsprechende Verarbeitungskapazitäten wären notwendig. In den letzten Jahren ist der Anbau von Ölfrüchten stark geschrumpft (1973: 2.400 ha Raps, Rüben und Sonnenblumen).

1973 haben die Landwirte den Kauf von *Handelsdünger* stark eingeschränkt. Besonders betroffen waren Phosphat- und Kalidüngemittel. Der Rückschlag ist zum Teil auf Vorratskäufe Ende 1972 zurückzuführen. Im Durchschnitt der Jahre 1972 und 1973 wurde etwa gleich viel Dünger abgesetzt wie 1970/71. Die kräftigen Preiserhöhungen der letzten Jahre haben die Rentabilität des Produktionsmittels Dünger gedrückt. Die in der Nachkriegszeit laufend verbesserte Versorgung der Böden mit mineralischen Nährstoffen (Aufdüngung) wirkt in die gleiche Richtung. Wie stark diese Faktoren den künftigen Düngemittelverbrauch der heimischen Landwirtschaft beeinflussen werden, hängt unter anderem auch vom agrarischen Erzeugerpreisniveau ab. Steigende Preise für importierte Rohstoffe und Energie führten Anfang 1974 zu kräftigen Preiserhöhungen für Düngemittel. Phosphatdünger wurden Anfang Februar teurer (Superphosphat +30%, Thomasmehl +7%), Stickstoff (+15%) und Mischdünger Anfang März. Die Kalipreise werden voraussichtlich Mitte des Jahres erhöht.

Absatz von Mineräldünger¹⁾

	1971	1972	1973	Veränderung gegen 1972 in %
		1.000 t		
Stickstoff	128,3	159,0	127,3	-19,9
Phosphorsäure	125,6	158,2	97,3	-38,5
Kali	161,0	195,6	124,0	-36,6
Insgesamt	414,9	512,8	348,6	-32,0
Kalk	55,6	49,6	37,5	-24,4
		Mill. S		
Insgesamt ²⁾	1.977	2.631	2.167	-17,6

Q: Österreichische Düngerberatungsstelle. — ¹⁾ Reinnährstoffe. — ²⁾ Bewertet zu Verbraucherpreisen 1973 einschließlich 16% Mehrwertsteuer.

Maschinenkäufe stark verringert

1973 sind die Brutto-Ausrüstungsinvestitionen der Landwirtschaft im Vergleich zu 1972 real um ein Fünftel gefallen. Das Kaufinteresse war das ganze Jahr über sehr schwach. In Traktoren wurde um 25%, in Landmaschinen um 18% weniger investiert. Nach Erhebungen der Landesbuchführungsgesellschaft waren die Preise im Jahresdurchschnitt um 11½% höher als 1972 (IV Quartal +11½%). Berechnet zu laufenden Preisen (einschließlich Mehrwertsteuer) haben die Landwirte 1973 für Traktoren und Landmaschinen 397 Mrd. S ausgegeben, einschließlich Anhänger und Lastkraftwagen waren es rund 46 Mrd. S. Bei Traktoren konnten die heimischen Erzeuger ihren Marktanteil (51%) halten, bei Landmaschinen auf 69% ausweiten.

Als Ursachen für den Rückschlag im Landmaschinenabsatz werden neben einer zunehmenden Sättigung des Bedarfes die Kreditverknappung und der starke Preisauftrieb genannt. Die Vorkäufe Ende 1972 (Mehrwertsteuer) drückten zusätzlich den Absatz im Jahre 1973.

Brutto-Investitionen in Traktoren und Landmaschinen¹⁾

	1972	1973	Veränderung gegen 1972	
	zu jeweiligen Preisen Mill. S	zu jeweiligen Preisen Mill. S	nominal	real
			in %	
I Quartal	994,2	996,3	+0,2	-12,8
II	1.120,0	969,1	-13,5	-23,1
III	1.047,3	926,2	-11,6	-18,5
IV	1.325,0	1.076,7	-18,7	-27,1
Insgesamt	4.486,5	3.968,3	-11,6	-20,8

¹⁾ Institutsberechnung (die Angaben für 1973 sind vorläufig) 1973 einschließlich 16% Mehrwertsteuer.

Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3 10 bis 3 13

Holzmarkt 1973 im Zeichen der Rohstoffhaussse

Nach jahrelanger Stagnation hat sich der Holzmarkt kräftig belebt. Die Sägerundholzpreise zogen bereits im 2. Halbjahr 1972 spürbar an. Der Auftrieb verstärkte sich im 1. Halbjahr 1973. Schleifholz wurde erst im 2. Halbjahr 1973 von der Konjunkturwelle erfaßt. Die Endproduktion der Forstwirtschaft 1973 lag trotz geringerem Einschlag um 26½% über dem Vorjahrswert.

Gesamteinschlag —4½%

Der Starkholzeinschlag war 1973 um 3½% geringer als im Vorjahr, obwohl die Sägerundholzpreise von Jänner bis Dezember um 46% anstiegen. Die Schleif-

holzpreise wurden von Juli bis Dezember um 20% angehoben. Die Waldbesitzer steigerten daraufhin im letzten Quartal den Schwach- und Brennholzeinschlag, in der Jahressumme blieb jedoch ein Rückstand gegen das Vorjahr von 5 1/2%. Der Gesamteinschlag war mit 97 Mill. efm um 4 1/2% niedriger als im Vorjahr. 64% des Einschlages entfielen auf Starkholzsortimente.

Holzeinschlag

	1972		1973		1973	
	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	Veränderung gegen 1972 in %
	1.000 fm ohne Rinde					
Starkholz	6.492,3	2.299,6	6.250,9	-11,9	-3,7	
Schwachholz u. Brennholz	3.661,1	1.438,5	3.463,0	-4,9	-5,4	
Insgesamt	10.153,4	3.738,1	9.713,9	-9,3	-4,3	

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Die Holzproduktion konnte 1973 mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Der späte Wintereinbruch im März und die hohe Schneelage ab Ende November behinderten die Schlägerungen im I. Quartal (-11 1/2%) und IV. Quartal (-9 1/2%). Insbesondere die Holznutzung der Bundesforste mit ihrem hohen Anteil am Hochgebirgswald wurde durch die Witterung stark beeinträchtigt (-8 1/2%). Außerdem stellten die Bundesforste einen Holzerntezug für die Aufarbeitung des norddeutschen Windwurfes ab, wodurch besonders in den Sommermonaten Arbeitskapazitäten fehlten. Der planmäßige Hiebsatz wurde um 7 1/2% unterschritten. Die Kleinwaldbesitzer konnten die günstigen Marktverhältnisse zum Teil nützen und erhöhten ihren Einschlag um 1/2%. Der private Großwald meldete einen Einschlagrückgang von 6 1/2%. Angesichts des starken Preisanstieges dürften Waldbesitzer die Holznutzung auch aus steuerlichen Überlegungen eingeschränkt haben.

Am stärksten ging der Einschlag in Oberösterreich (-10%) und Tirol (-8%) zurück, in Kärnten und Niederösterreich sank die Holznutzung nur geringfügig (-1 1/2%).

1973 waren um 5% weniger Forstarbeiter beschäftigt als im Vorjahr (laut Versichertenstand der Landwirt-

Einschnitt, Absatz und Vorräte an Holz

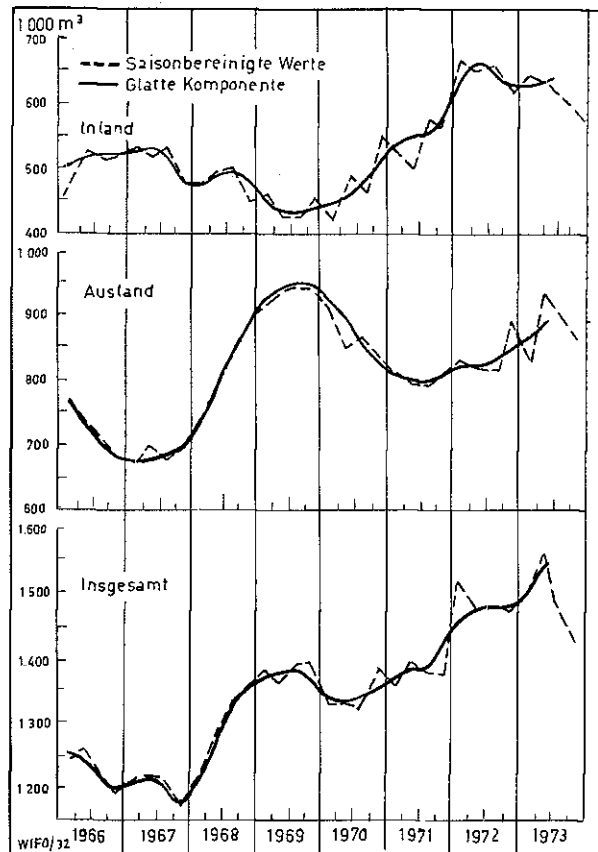
	1972		1973		1973	
	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	Veränderung gegen 1972 in %
	1.000 m³					
Einschnitt von Sägerundholz ¹⁾	8.269,2	2.152,3	8.614,8	+6,7	+4,2	
Produktion von Schnittholz	5.516,4	1.443,6	5.765,2	+7,0	+4,5	
Schnittholzabsatz im Inland ²⁾	2.586,2	599,7	2.443,7	-5,9	-5,5	
Schnittholzexport ³⁾	3.386,2	877,5	3.527,8	+4,9	+4,2	
Schnittholzlager ⁴⁾	808,5	865,6	865,6	+7,1	+7,1	

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — ¹⁾ In 1.000 fm. — ²⁾ Anfangslager — Endlager + Produktion + Import — Export. — ³⁾ Nadel- und Laubschnittholz, bezimmertes Bauholz, Kisten und Steigen. — ⁴⁾ Stand Ende des Jahres bzw. Quartals

schaftskrankenkasse Ende Juli). Die Arbeitskapazität wurde verstärkt der Endnutzung gewidmet, die Vornutzung ist um 8 1/2% zurückgegangen.

Die Endproduktion der Forstwirtschaft war 1973 nach vorläufigen Berechnungen des Institutes nominell mit 8,2 Mrd. S um 26 1/2% höher als im Vorjahr. Die Preise stiegen (einschließlich Mehrwertsteuer) um etwa 30 1/2%, das Volumen war um 3 1/2% geringer.

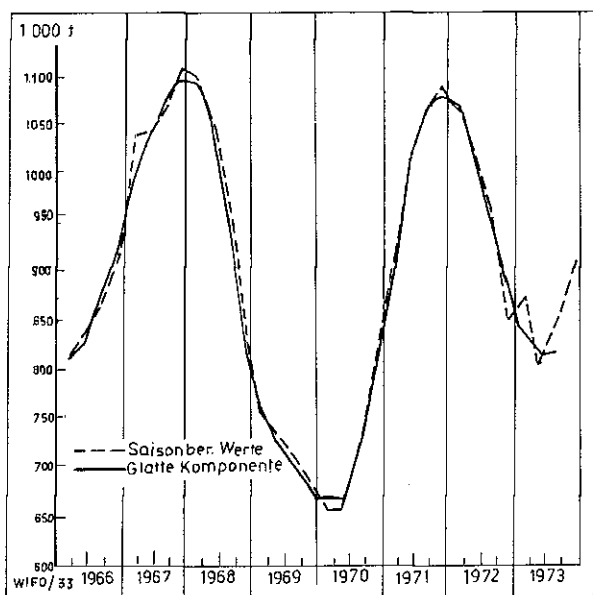
Absatz von Schnittholz



Schnittholz: Exporte gestiegen, Inlandsabsatz rückläufig

Die weltweite Hausse auf den Schnittholzmärkten trieb auch die österreichischen Exportpreise um mehr als 40% über das Niveau von 1972. Die Inlandspreise zogen entsprechend mit, wobei der Preisanstieg in den nördlichen Bundesländern etwas schwächer war als in den südlichen. Die Inlandsnachfrage ließ etwas nach (-5 1/2%), die Exporte (+4%) waren trotz Transportschwierigkeiten und der Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen durch die Aufwertungseffekte höher als im Vorjahr. Eine beträchtliche Ausweitung des Exportes in den Mittelmeerraum und in die Niederlande konnte die Einbußen des Exportes in die Bundesrepublik Deutschland (-33 1/2%) und in die Schweiz überkompensieren.

Schnittholzlager



Holzpreise

	Inlandpreis				Schnittholz ¹⁾		Ausfuhrpreis Nadel-schnittholz ²⁾ S je m ²
	Sägerundholz ¹⁾ Güteklasse B Stärke 3a Stmk. ³⁾ O.Ö. ⁴⁾	Schleifholz ¹⁾ Stärkeklasse 1b Stmk. ³⁾ O.Ö. ⁴⁾	S je fm	S je m ²	O—III Breitware sägefallend Stmk. ³⁾ O.Ö. ⁴⁾	S je m ²	
∅ 1969	519	548	331	300	1 137	1 169	1 077
∅ 1970	635	677	427	433	1 354	1 378	1 310
∅ 1971	652	679	428	423	1 426	1 458	1 328
∅ 1972	683	682	406	401	1 390	1 489	1 293
∅ 1973	916	871	407	401	1 911	1 852	1 823
1971 I. Qu.	668	703	440	440	1 463	1 460	1 365
II. Qu.	652	683	435	440	1 447	1 460	1 337
III. Qu.	638	664	421	405	1 397	1 460	1 313
IV. Qu.	648	665	415	405	1 397	1 453	1 301
1972. I. Qu.	658	667	414	405	1 373	1 450	1 284
II. Qu.	663	665	407	405	1 375	1 477	1 271
III. Qu.	690	679	403	405	1 377	1 503	1 289
IV. Qu.	722	716	398	390	1 433	1 527	1 324
1973. I. Qu.	760	733	382	377	1 533	1 533	1 454
II. Qu.	867	813	383	380	1 843	1 760	1 656
III. Qu.	1 007	939	408	398	2 083	2 000	2 008
IV. Qu.	1 032	1 000	455	450	2 183	2 113	2 139

Q: Preismeldungen der Landesholzwirtschaftsräte Steiermark und Oberösterreich ab 1973 ohne Mehrwertsteuer. — ¹⁾ Fichte Tanne. — ²⁾ Frei autofahrbare Straße. — ³⁾ Bahnablage — ⁴⁾ Waggonverladen. — ⁵⁾ Durchschnittlicher Erlös frei Grenze

Volumen der Holzexport
(Rohholzbasis)

	1972		1973		1973	
	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.
	1.000 fm					
Schnittholz ¹⁾	5 005 3	1 291 9	5 196 7	- 4 8	+ 3 8	
Rundholz ²⁾	306 0	87 1	328 4	+ 2 0	+ 7 3	
Brenn- u. Spreißeholz ³⁾	91 6	27 1	113 3	+21 0	+23 7	
Insgesamt	5 402 9	1 406 1	5 638 4	- 4 0	+ 4 4	

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — ¹⁾ Nadel-schnittholz (Umrechnungsfaktor auf Rohholz: 1 484) Laubschnittholz (1 404) Schwellen (1 818) Kisten und Steigen Bauholz. — ²⁾ Grubenholz Telegrafstangen Nadel- und Laubrundholz, Waldstangen, Rammpfähle, Schichtnutzderholz — ³⁾ Umrechnungsfaktor: Brennholz 0 7, Spreißeholz 0 5.

Durch vermehrte Rundholzimporte (+90%) und den Einschnitt von schwächeren Rundholzsortimenten gelang es der Sägeindustrie, die Schnittholzproduktion 1973 um 4 1/2% zu erhöhen, obwohl der Starkholzeinschlag zurückging.

Im IV Quartal war die Schnittholzproduktion um 7% höher, Export (-5%) und Inlandsabsatz (-6%) hingegen niedriger als im Vorjahr. Die Schnittholzlager der Sägeindustrie wurden dadurch um 7% aufgestockt. Ende 1972 waren allerdings die Schnittholzlager der Sägewerke vor der Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem (in Österreich und Italien) dezimiert worden (-22 1/2% gegen Ende 1971), während jene der Bauwirtschaft entsprechend stiegen

Volumen der Holzeinfuhr
(Rohholzbasis)

	1972		1973		1973	
	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.	IV. Qu.
	1 000 fm					
Schnittholz ¹⁾	268 8	71 1	299 9	- 18 7	+ 11 6	
Rundholz						
Nadelholz	245 2	343 6	973 0	+238 9	+296 8	
Laubholz	645 1	205 8	717 6	+ 21 8	+ 11 2	
Schleifholz						
Nadelholz	251 6	142 8	439 1	+ 71 4	+ 74 5	
Laubholz	417 4	101 5	535 9	- 33 8	+ 28 4	
Brenn- und Spreißeholz	137 1	55 2	211 4	+ 50 8	+ 54 2	
Insgesamt	1 965 2	920 0	3 176 9	+ 45 8	+ 61 7	

Q: Bundesholzwirtschaftsrat — ¹⁾ Nadel-schnittholz (Umrechnungsfaktor auf Rohholz: 1 587) Laubschnittholz (1 724) Schwellen (1 818).

Belegung der Schleifholznachfrage

Der Rohholzverbrauch der heimischen Papierindustrie überschritt das Vorjahrsniveau um 5%. Da das inländische Schwachholzaufkommen zurückging, mußten die Importe um 46% erhöht werden und erreichten fast das Ausmaß von 1970

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4 1 bis 4 5

„Rohölkrise“ zieht massiven Aufbau an Energievorräten nach sich

Der Energiebedarf der heimischen Wirtschaft wuchs 1973 merklich rascher als im Vorjahr, obwohl sich das industrielle Wachstum verlangsamt (Industrieproduktion ohne Elektrizitätswirtschaft, unbereinigt, 1972: +7 7%, 1973: +5 1%), der Energiebedarf für die Stromerzeugung dank besseren Erzeugungsbedingungen für Wasserkraftwerke sank (Erzeugungskoeffizient 1972: 0 85, 1973: 0 92), die Tem-

Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft

	1970		1971		1972		1973	
	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %
Kohle	6 732	+ 5,8	5 702	-13,3	5 993	+ 5,1	6 060	+ 1,1
Wasserkraft	6 322	+19,3	5 667	-10,4	6 288	+10,9	7 055	+12,2
Erdölprodukte	11 563	+10,5	12 889	+11,5	13 477	+ 4,6	15 182	+12,6
Erdgas	3 256	+22,0	3 736	+14,7	4 014	+ 7,4	4 402	+ 9,7
Insgesamt	27 873	+12,4	27 994	+ 0,4	29 772	+ 6,4	32 699	+ 9,8

peraturverhältnisse während der Heizperiode ungefähr jenen des Vorjahres entsprachen (Zahl der Heizgradtage 1972: 2.666, 1973: 2.653) und obwohl die Treibstoffpreise empfindlich anzogen. Die kräftige Zunahme des Energiebedarfes erklärt sich aus der unterschiedlichen Lagernachfrage: 1972 wurden Lager abgebaut und nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß ergänzt, 1973 nahmen sie stark zu.

Die Bestimmungsgründe der Lagernachfrage differierten je nach Verbrauchergruppe und änderten sich im Zeitablauf. Die Elektrizitätswirtschaft trachtete, die niedrigen Vorräte von Ende 1972 wieder aufzufüllen und ihre seit dem Vorjahr stark gestiegene Lagerkapazität zu nutzen. Die industriellen Großverbraucher ergänzten anfangs wegen der niedrigen Bestände und aus Angst vor steigenden Energiepreisen (vor allem für Heizöl) ihre Vorräte, die „Rohölkrise“ am Jahresende und die Befürchtung einer weiteren Verknappung des Mineralölangebotes erhöhten dann die Lagernachfrage sowohl der Industrie wie der Haushalte panikartig.

Die Bedarfsdeckung bereitete bis zur „Rohölkrise“ kaum Schwierigkeiten. Die Produktionskapazität der heimischen Raffinerie war erst im Herbst 1972 um nahezu 50% erhöht worden, zusätzlich drängten erhebliche Mengen Mineralölprodukte aus dem Ausland auf den Inlandsmarkt. Nur die Elektrizitätswirtschaft sah sich vorübergehend Schwierigkeiten gegenüber, weil zeitweise ungünstige Witterungsbedingungen die volle Nutzung der hydraulischen Kraftwerkskapazität behinderten.

Der Ausbruch des dritten Krieges im Nahen Osten am 6. Oktober beeinflusste den österreichischen Energiemarkt nachhaltig. Der Lieferboykott arabischer Erdöl exportierender Staaten traf auch Österreich, wenngleich in viel geringerem Ausmaß als an-

dere Staaten. Die mengenmäßigen Beschränkungen wirkten sich weit schwächer aus als die empfindlichen Preissteigerungen für Rohölimporte¹⁾.

Trotz rückläufiger Rohölimporte in den Monaten Oktober und November konnte die Raffineriekapazität voll genutzt werden, wodurch allerdings der sprunghaft gestiegene Bedarf im gesamten Bundesgebiet nicht gedeckt werden konnte, insbesondere im Dezember, als Produktenimporte aus den Nachbarstaaten fehlten.

Der österreichischen Wirtschaft kam der im Vergleich zu anderen europäischen Industriestaaten hohe Selbstversorgungsanteil mit Energie zugute. Neben den administrativen Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage und zur volkswirtschaftlich wünschenswerten Verteilung der knappen Energie verhinderten die forcierte Rohöl- (+4%) und Erdgasförderung (+16%) stärkere Störungen der Gesamtwirtschaft durch die internationale „Rohölkrise“. Die höhere heimische Erdgasförderung ersetzte etwa 100.000 t Heizöl, das entspricht etwa 6% des Gesamtverbrauches im letzten Quartal.

Die Struktur der Energienachfrage verlagerte sich trotz der Versorgungsstörungen im letzten Quartal von den festen (Kohle +1%) zu den flüssigen und gasförmigen Brennstoffen (Erdölprodukte +13%, Erdgas +10%), deren Anteil am Gesamtenergieverbrauch bereits mehr als 71% erreicht. Der starke Nachfragesog am Jahresende erfaßte aber auch die festen Brennstoffe. Industrie und Haushalte kauften in erheblichem Umfang Kohle und Koks, die für den Fall anhaltender Störungen in der Versorgung mit Mineralölprodukten als Ersatzbrennstoff gelagert wurden.

¹⁾ Siehe auch Außenhandel S 176 sowie Monatsberichte, Jg. 1974, Heft 1, S 2 f.

Inländisches Rohenergieaufkommen

	1970		1971		1972		1973	
	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %
Kohle	1 835	- 4,4	1 885	+ 2,7	1 878	-0,4	1 797	- 4,3
Wasserkraft	8 496	+27,1	6 708	-21,0	6 895	+2,8	7 666	+11,2
Erdöl	4 197	+ 1,5	3 774	-10,0	3 717	-1,5	3 868	+ 4,1
Erdgas	2 524	+27,9	2 515	- 0,4	2 611	+3,8	3 019	+15,6
Insgesamt	17 052	+15,9	14 882	-12,7	15 101	+1,5	16 350	+ 8,3

Energieimporte

	1970		1971		1972		1973	
	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %	1 000 t SKE	Veränderung in %
Kohle	4 989	+10 2	3 976	-20 3	4 232	+ 6 4	4 344	+ 2 7
Wasserkraft	551	-12 9	868	+57 5	1 202	+38 5	1 320	+ 9 8
Erdgas	1 220	+11 5	1 776	+45 6	2 031	+10 1	2 018	+13 7
Erdöl und Erdölprodukte	7.895	+29 1	10.333	+30 9	12.167	+14 4	13.832	- 0 6
Insgesamt	14 655	+18 4	16 953	+15 7	19 632	+11 1	21 515	+ 9 6

Energieimporte nach Herkunftsbereichen

	Insgesamt			Oststaaten ¹⁾			Übrige Staaten		
	1972	1973	Veränderung in %	1972	1973	Veränderung in %	1972	1973	Veränderung in %
Kohle	4 232	4 344	+ 2 7	3 411	3 539	+ 3 8	821	805	- 2 0
Elektrischer Strom	1 140	1 303	+14 3	391	527	+34 7	749	776	+ 3 6
Rohöl	7 808	9 062	+16 1	1 365	1 455	+ 6 6	6 443 ²⁾	7 607 ²⁾	+18 1
Mineralölprodukte	3 600	4 391	+22 0	1 090	1 324	+21 5	2 510	3 067	+22 2
Erdgas	2.031	2.018	- 0 6	2.024	2.011	- 0 6	7	7	.
Insgesamt	18 811	21 118	+12 3	8 281	8 856	+ 6 9	10 530	12 262	+16 5

	Anteil an den Gesamtimporten in %							
Kohle	100 0	100 0	80 6	81 5	19 4	18 5		
Elektrischer Strom	100 0	100 0	34 3	40 4	65 7	59 6		
Rohöl	100 0	100 0	17 5	16 1	82 5 ³⁾	83 9 ³⁾		
Mineralölprodukte	100 0	100 0	30 3	30 2	69 7	69 8		
Erdgas	100 0	100 0	99 7	99 7	0 3	0 3		
Insgesamt	100 0	100 0	44 0	41 9	56 0	58 1		

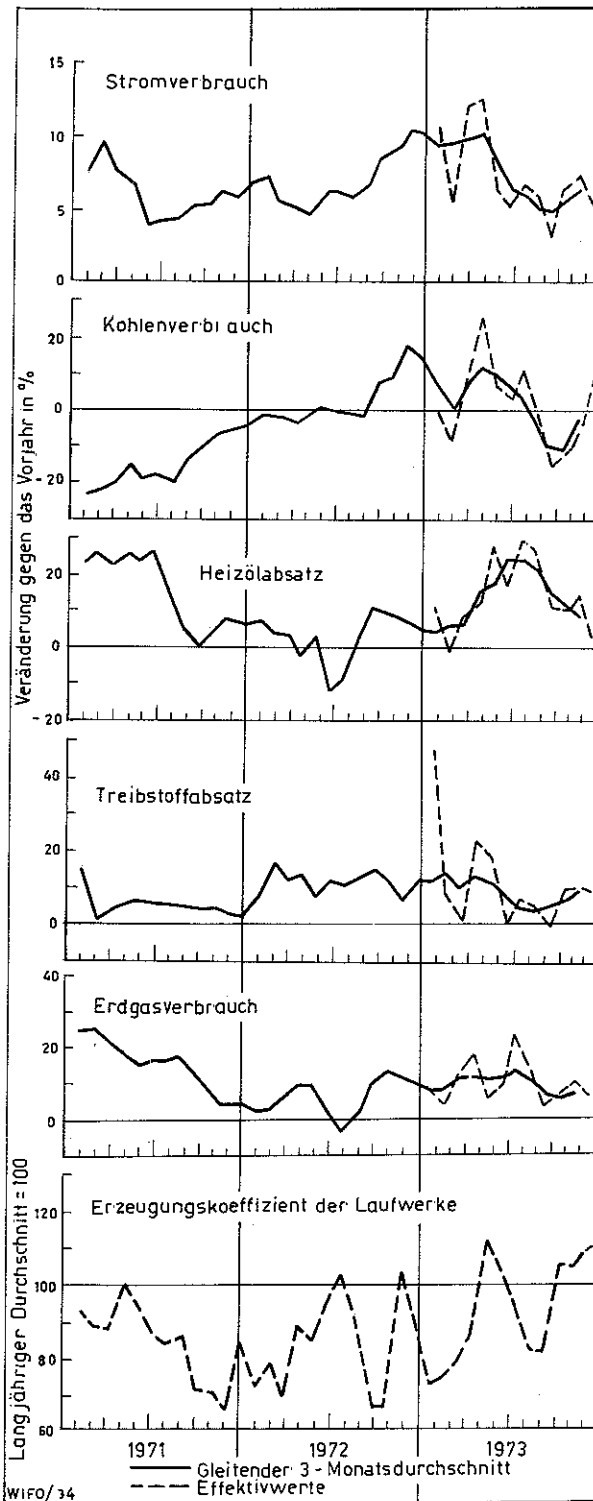
¹⁾ Ohne Jugoslawien. — ²⁾ Davon OPEC-Staaten 1972: 5 853 985 t SKE 1973: 7 472 503 t SKE. — ³⁾ Davon OPEC-Staaten 1972: 75 0%, 1973: 82 5%

1974 dürfte sich die Versorgungslage wieder weitgehend normalisieren. Die politische Situation im Nahen Osten hat sich bereits fühlbar entspannt: eine entscheidende Voraussetzung für die ungestörte Rohölbeflieferung Europas. Der Boom in der Rohölnachfrage ist merklich abgeklungen, weil Handel und Verbraucher erhebliche Lager aufbauten, wodurch die Position der Rohölexporteurs merklich geschwächt wurde. Das wirkte sich bereits jetzt auf die im freien Rohölverkauf erzielten Preise deutlich aus. Österreich wird 1974 zur vollen Auslastung seiner Raffineriekapazität etwa 10 Mill. t Rohöl benötigen (+13%), zur Deckung seines Produktionsbedarfes zusätzlich etwa 2 bis 2 1/2 Mill. t Produkte (1973 wurden 2 9 Mill. t Produkte importiert). Wenn es möglich ist, die heimische Rohölförderung von 2 6 Mill. t zu halten, müssen etwa 7 1/2 Mill. t (+18%) Rohöl importiert werden. Auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung auf dem internationalen Rohölmarkt scheint die Aufbringung der zusätzlichen Mengen — etwas mehr als 1 Mill. t — durchaus möglich zu sein.

Die Nachfrage nach Mineralölprodukten wird voraussichtlich auch 1974 kräftig wachsen, wengleich schwächer als 1973. Die empfindlichen Preissteigerungen und das zusätzliche Erdgasangebot (500 Mill. Nm³) werden aber zweifellos dämpfend auf die Nachfrageentwicklung wirken. Auch von der Lagernachfrage sind geringere Impulse zu erwarten. Die „Rohölkrise“ wird den Substitutionskonkurrenten

des Erdöles deutlich zugute kommen; wie die vergangenen Monate zeigten, auch den festen Brennstoffen. Die relative Preisstruktur hat sich deutlich zuungunsten der flüssigen Energieträger verlagert. Heizöl extraleicht wurde seit dem Vorjahr für den Letztverbraucher um 62% teurer (3 00 S je Liter gegen 1 85 S je Liter), der Preis für Heizöl leicht und mittel hat sich (im Raum Wien) mehr als verdoppelt (derzeit betragen die Konsumentenpreise einschließlich Mehrwertsteuer für Heizöl mittel 2 384 20 S je Tonne, für Heizöl leicht 2 808 84 S je Tonne). Dagegen sind die Preise für feste Brennstoffe nur um etwa 3% bis 5%, für Gas um 7% und für Strom um 20% bzw. 30% (Nachtstrom) gestiegen. Die spezifischen Wärmepreise für beispielsweise Heizöl extraleicht sind derzeit um 20% höher als für Linzer Hüttenkoks (Brech 2 und 3, im Sack), wogegen im Vorjahr Koks noch um 30% teurer war. Die Preisrelationen haben sich auch bei den von der Industrie benötigten Brennstoffen deutlich geändert. Nach wie vor ist zwar polnische Steinkohle (Nuß 2, in Fuhren) teurer als Heizöl schwer, der Abstand hat sich aber von mehr als 100% auf 26% verringert. Eine ähnliche Entwicklung der Preisrelation ist auch für heimische Braunkohle zu beobachten. Die starke Verteuerung der Treibstoffe (Normalbenzin +61%, Superbenzin +59%, Gasöl +66%) seit dem Vorjahr wird dagegen mangels entsprechender Substitutionskonkurrenz weder zu erheblichen Verbrauchsumschichtungen führen, noch sind drastische Verbrauchsein-

Die Energiewirtschaft im Jahre 1973



schränkungen zu erwarten. Insgesamt dürfte daher der Verbrauch von Mineralölprodukten 1974 um etwa 6% auf 11 Mill. t steigen, verglichen mit einer durchschnittlichen Verbrauchszunahme in der Periode 1955/72 von 11,4% und einer Steigerung im Jahr 1973 von etwa 10%.

Unvermindert kräftige Zunahme des Stromverbrauches

Der *Stromverbrauch* (ohne Pumpstrom) nahm 1973 um 7,2% zu, gleich rasch wie im Vorjahr (Jänner 1974 +2,8%). Damit liegt die Steigerungsrate bereits in sechs aufeinanderfolgenden Jahren deutlich über dem bisherigen Trendwert. Von 1955 bis 1967 wuchs der Stromverbrauch durchschnittlich um 6,1% jährlich, seither um mehr als 1 Prozentpunkt rascher.

Das Zeitprofil für 1973 zeigt eine rückläufige Tendenz der Zuwachsraten bis Oktober und seither wieder höhere Steigerungsraten (I. Quartal +9%, II. Quartal +8%, III. Quartal +5%, IV. Quartal +6%). Die Entwicklung bis Oktober läßt sich wegen der gegenläufigen Bewegung der Wachstumsraten im Vorjahr (I. Quartal +5%, II. Quartal +6%, III. Quartal +7%) statistisch erklären, dagegen dürfte am Jahresende der Verbrauch auch saisonbereinigt wieder stärker zugenommen haben. Sicher trug dazu die Heizölknappheit bei, die die Verbraucher veranlaßte, für die Raumheizung elektrisch betriebene Geräte zu verwenden. (Auch in der Kohlenkrise 1969/70 wichen die Verbraucher kurzfristig auf elektrische Heizgeräte aus.)

Erzeugung und Verbrauch elektrischer Energie¹⁾

	1970	1971	1972	1973	Veränderung in %
	GWh				
Erzeugung	30 036	28 755	29 388	31 333	+ 6,6
Wärme-kraftwerke	8 796	11 985	12 150	12 168	+ 0,1
Wasser-kraftwerke	21 240	16 770	17 238	19 164	+11,2
Lauf-kraftwerke	14 680	11 474	11 969	13 097	+ 9,4
Speicher-kraftwerke	6 560	5 296	5 269	6 067	+15,2
Export	6 785	4 771	4 524	4 828	+ 6,7
Import	1 371	2 170	3 006	3 301	+ 9,8
Verbrauch					
mit Pumpstrom	24 622	26 154	27 870	29 761	+ 6,8
ohne Pumpstrom	23 908	25 364	27 209	29 181	+ 7,2

Q: Bundeslastverteiler — ¹⁾ Gesamte Stromversorgung

Die Deckung des Strombedarfes war bei weitem nicht so schwierig wie 1973. Nach der Stromknappheit in den Wintermonaten 1972/73 erhöhte sich im Frühjahr das Stromangebot dank günstiger Erzeugungsbedingungen für Wasserkraftwerke fühlbar. Seither hat sich die Versorgungslage weitgehend entspannt, weil neue hydraulische Kraftwerkskapazitäten in Betrieb gingen und die Wasserführung der Flüsse keine extremen Schwankungen aufwies.

Die gesamte Stromerzeugung nahm um 6,6% zu (Bedarfszunahme einschließlich Pumpstrom +6,8%), die Produktionsstruktur verlagerte sich wieder von den Wärmekraftwerken, die 1973 nicht mehr voll eingesetzt werden mußten, zu den Wasserkraftwerken. Die Wasserkraftwerke lieferten um 11% mehr Strom

als 1972 (Erzeugungsbedingungen +10%), die Stromerzeugung in den kalorischen Anlagen mußte nicht erhöht werden. Da sich seit dem Vorjahr die Kapazität der kalorischen Stromerzeugung vergrößerte, sank sogar die durchschnittliche Einsatzzeit der Kraftwerke (die Ausnützungsdauer der Engpaßleistung).

Die günstigeren Produktionsbedingungen ermöglichten auch wieder eine Steigerung der Exporte (+6,7%), allerdings hat sich der Außenhandelssaldo kaum gebessert (Importe +8,3%). Im wasserreichen Jahr 1970 exportierte Österreich netto 5.400 GWh Strom, 1973 dagegen nur 1.600 GWh.

Von den kalorischen Kraftwerken standen vor allem Anlagen mit Heizölfuehrung im Einsatz (+8%), wogegen die Verwendung von Kohle (-7%) und Erdgas (-6%) eingeschränkt wurde. Auch die „Rohölkrise“ im letzten Quartal änderte die Einsatzstruktur kaum. Die Ende 1972 sehr knappen Brennstoffvorräte der Elektrizitätswirtschaft konnten trotz der Heizölknappheit ergänzt werden. Dazu trug vor allem der geringe Strombedarf aus kalorischen Kraftwerken (-11%) im IV. Quartal bei. Zwar sanken die Heizöllieferungen (-2%) gegen Jahresende, da der Verbrauch aber viel stärker zurückging (-15%), konnten die Bestände weitgehend geschont werden. Am Jahresende lagerten bei den Kraftwerken 386.000 t Heizöl, 42% mehr als 1972, die Reserven erreichten die Höhe des halben Jahresverbrauches 1973. Auch die Kohlenvorräte stiegen um 43% auf etwa zwei Drittel des Jahresverbrauches 1973.

Gesamte Stromerzeugung

	1969	1970	1971	1972	1973	Veränderung in %
	GWh					
EVU ¹⁾	22.244	25.516	24.090	24.413	26.147	+7,1
Industrie-Eigenanlagen ²⁾	3.461	3.665	3.928	4.186	4.384	+4,7
ÖBB	641	855	737	789	800	+1,4
Insgesamt	26.346	30.036	28.755	29.388	31.331	+6,6

Q: Bundeslastverteiler — ¹⁾ Elektrizitätsversorgungsunternehmen ohne Industrie-einspeisung. — ²⁾ Einschließlich Hütte Linz und Industrie-einspeisung in das öffentliche Netz.

Ölknappheit kommt der Kohlenwirtschaft zugute

Kohlenabsatz (einschließlich im Inland erzeugten Koks) und **Kohlenverbrauch** nahmen 1973 annähernd gleich rasch zu (+2%). Die gute Konjunktur in der eisenerzeugenden Industrie, die hohen Käufe am Jahresende als Ersatz für die knappen Mineralölprodukte oder als Vorrat steigerten die Kohlennachfrage, die geringeren Bezüge der Elektrizitätswirtschaft (-1%) dämpften sie. Infolge des hohen Koksbedarfes für die Eisenerzeugung erzeugte die Kokerei Linz um 3% mehr Koks, und der Gesamtabsatz fester Brennstoffe an die Industrie wuchs um

3%. Der Absatz fester Brennstoffe an die Haushalte (+7%) (einschließlich Verkehr, da die österreichischen Bundesbahnen Kohle überwiegend an Betriebsangehörige abgeben), stieg in den ersten drei Quartalen nur wenig (I./III. Quartal +2,5%), im letzten Quartal dagegen kräftig (IV. Quartal +14%, Dezember +38%).

Kohlenbezüge der Hauptverbrauchergruppen

	1969	1970	1971	1972	1973	Veränderung in %
	1 000 t SKE					
Verkehr	470,3	474,2	418,3	356,7	357,4	+0,2
Stromerzeugung	878,5	771,4	909,5	1.224,0	1.209,7	-1,2
Fernheizwerke	198,7	209,4	168,1	215,0	236,8	+10,1
Kokerei Linz	2.239,9	2.482,1	2.164,7	2.284,6	2.249,1	-1,6
Industrie ¹⁾	2.359,5	2.414,4	2.185,1	2.164,8	2.204,4	+2,7
Haushalte	1.961,8	2.171,3	1.471,8	1.346,6	1.460,9	+8,5

Q: Oberste Bergbehörde — ¹⁾ Einschließlich Hochöfen

Die Nachfrage entwickelte sich je nach Kohlenart unterschiedlich. Der Absatz von Braunkohle sank um 4%, die Steinkohlenkäufe stagnierten, und der Absatz von Koks stieg um 9%. Braunkohle wurde von allen Verbrauchern, Steinkohle nur von der Kokerei Linz (-2%), die ihre Lager abbaute, weniger bezogen. Industrie und Haushalte erhöhten sowohl

Absatz in- und ausländischer Kohle

	1971	1972	1973	Veränderung in %
	1 000 t			
Braunkohle insgesamt	4.050,0	4.435,8	4.277,7	-3,6
davon inländische	3.453,2	3.521,7	3.430,5	-2,6
ausländische	596,7	914,1	847,2	-7,3
Steinkohle ausländische	2.806,3	2.872,1	2.865,3	-0,2
Koks	870,9	902,6	1.055,6	+16,9
Gesamtkohlenabsatz (SKE)	5.702,2	5.992,7	6.059,7	+1,1
davon inländischer	1.726,6	1.760,9	1.715,2	-2,6
ausländischer	3.975,5	4.231,8	4.344,5	+2,7

Q: Oberste Bergbehörde

Kohleneinfuhr nach Herkunftsländern

	1971		1972		1973		Veränderung in %
	1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%	
Polen	1.136	28,5	1.246	29,5	1.253	28,8	+0,6
BRD	541	13,6	486	11,5	496	11,4	+2,1
UdSSR	859	21,6	827	19,5	827	19,0	
ČSSR	1.177	29,6	1.116	27,6	1.290	29,7	+10,6
DDR	122	3,1	118	2,8	109	2,5	-7,6
USA	—	—	—	—	—	—	
Ungarn	35	0,9	54	1,3	60	1,4	+11,1
Italien	22	0,5	22	0,5	33	0,8	+50,0
Niederlande	10	0,3	6	0,1	5	0,1	-16,7
Jugoslawien	66	1,7	281	6,6	251	5,8	-10,7
Belgien	1	0,0	1	0,0	0	—	
Frankreich	—	—	—	—	—	—	
Schweiz	6	0,2	25	0,6	20	0,5	-20,0
England	—	—	—	—	—	—	
Insgesamt	3.975	100,0	4.232	100,0	4.344	100,0	+2,7
davon Steinkohle	2.806	70,6	2.871	67,9	2.865	66,0	-0,2
Braunkohle	298	7,5	457	10,8	424	9,7	-7,3
Koks	871	21,9	903	21,3	1.055	24,3	+16,9

Q: Oberste Bergbehörde

ihre Steinkohlen- (+5%) wie ihre Kokskäufe (+9%) beträchtlich.

Trotz starker Preiserhöhungen keine Abschwächung des Treibstoffabsatzes

Der Absatz von Mineralölprodukten (+13%) nahm 1973 außergewöhnlich kräftig zu, der Verbrauch (+10%) wuchs etwa dem Trend entsprechend. Die Treibstoffkäufe (Benzin +12%, Dieselöl für Fahrzwecke +8%) stiegen um 9%, Heizöle (Heizöl +12%, Gasöl für Heizzwecke +28%) wurden um 14% mehr abgesetzt. Die im Vergleich dazu 1972 gegenläufige Lagerbewegung vermehrte die Heizölnachfrage fühlbar. Soweit die Lager statistisch erfaßt werden (Lager der Elektrizitätswirtschaft) zeigt sich 1973 ein deutlicher Lageraufbau. Die Zuwachsrate des tatsächlichen Heizölverbrauches dürfte daher erheblich unter 9% gelegen sein.

Absatz von Mineralölprodukten

	1969	1970	1971	1972	1973	Veränderung in %
	1 000 t					
Benzin	1 436	1 583	1 798	1 990	2 218	+11 5
Dieselöl	1 241	1 615	1 675	2 042	2 374	+16 3
Petroleum	13	12	11	10	13	+25 2
Heizöl	4 287	4 499	5 108	4 943	5 517	+11 6

Q: Pressestelle des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie

Die zweimalige empfindliche Erhöhung der Treibstoffpreise (Juni 8% bis 13%, November 22% bis 26%) hat die Nachfrage nur für kurze Zeit gedämpft, die Kraftfahrer reagierten primär nicht mit Konsumeinschränkungen, sondern mit Umschichtungen der Nachfrage von Superbenzin auf Normalbenzin (Normalbenzin: Jänner bis Oktober +4%, gegen November/Dezember 1972 +23%, Superbenzin: +16% und +2%). Nach der jüngsten Anhebung der Treibstoffpreise Ende Februar 1974 (um 16% bis 22%) liegt das Preisniveau 59% bis 66% über dem Vorjahr. Damit befindet sich Österreich im internationalen Vergleich etwa im Mittelfeld.

Preisentwicklung der Mineralölprodukte

Datum der Preisänderung	Benzin		Gasöl	Steuerbegünstigt
	Normal	Super		
	Schilling je Liter an der Pumpe			
1954 1. Mai	3 90	—	—	—
1955 1. Februar	—	4 15	—	—
14. Februar	3 70	3 95	2 11—2 50	—
14. November	3 10	3 65	—	—
1961 1. Jänner	3 20	3 70	2 30	—
1966 1. Juni	3 40	3 90	2 50	—
1. Dezember	—	—	—	1 70
1971 1. Jänner	—	—	3 20	—
1972 1. Jänner	3 60	4 10	—	—
1973 1. Jänner	—	—	—	1 85
1. Juni	3 90	4 50	3 60	—
14. November	4 90	5 60	4 40	2 50
1974 23. Februar	5 80	6 50	5 30	3 00

Internationaler Vergleich der Benzinpreise (Stand Mitte März 1974)

	Normalbenzin		Superbenzin	
	S je Liter an der Pumpe		S je Liter an der Pumpe	
Niederlande	6 70	—	Frankreich	7 20
Frankreich	6 60	—	Bundesrepublik Deutschland	7 00
Italien	6 50	—	Niederlande	6 90
Bundesrepublik Deutschland	6 40	—	Italien	6 85
Schweiz	5 90	—	Spanien	6 60
Spanien	5 80	—	Österreich	6 50
Österreich	5 80	—	Schweiz	6 15
Großbritannien	4 90	—	Großbritannien	5 10
Jugoslawien	4 60	—	Jugoslawien	4 90

Die internationale „Rohölkrise“ erschwerte Ende 1973 die Bedarfsdeckung, insbesondere als Panikkäufe im Oktober die Versorgung ernstlich gefährdeten. Der gesamte Absatz energetischer Mineralölprodukte stieg um 13% auf 10 1 Mill. t, das Produktionsaufkommen (Produktion + Importe) um 15% auf 10 9 Mill. t. 7 96 Mill. t des Aufkommens stammten aus der heimischen Produktion (+10%), 2 93 Mill. t aus Importen (+22%). Bis zur „Rohölkrise“ stieg das Aufkommen um durchschnittlich 20%, danach nur um 4%. Der Vorjahresvergleich überschätzt aber den Einfluß der internationalen Rohölverknappung stark, weil zwar die Zuwachsrate der Importe von 24% auf 14% sank, bei der heimischen Produktionsentwicklung aber die Inbetriebnahme der zusätzlichen Verarbeitungskapazität in der Raffinerie Schwechat im Herbst 1972 berücksichtigt werden muß.

Den heimischen Raffinerien standen 8 87 Mill. t Rohöl für die Verarbeitung zur Verfügung, um 8% mehr als im Vorjahr. Die heimische Förderung mußte um 4% auf 2 58 Mill. t gesteigert werden, aus dem Ausland kamen 6 29 Mill. t (+10%). Die Rohölimporte sanken im IV. Quartal erheblich (—8%) unter das allerdings extrem hohe Vorjahresniveau.

Erdöl- und Erdgasförderung

	1971	1972	1973	Veränderung in %
Erdölförderung 1 000 t	2 515 9	2 477 9	2 578 5	+ 4 1
Niederösterreich und Wien	2 177 1	2 130 3	2 231 5	+ 4 8
Oberösterreich	338 8	347 6	347 0	— 0 2
Erdgasförderung Mill. Nm ³	1 891 3	1 963 1	2 270 0	+15 6
Niederösterreich und Wien	1 639 5	1 568 1	1 639 2	+ 4 5
Oberösterreich	251 8	395 0	630 8	+59 7

Der Erdgasabsatz konnte 1973 um 10% gesteigert werden, allerdings ausschließlich dank der höheren inländischen Förderung (+16%). Die zusätzlichen Mengen, die vor allem im IV. Quartal viel zur Milderung der angespannten Versorgungslage beitrugen, kamen der Industrie (+18%) und den Haushalten (+62%) zugute.

1974 wird Österreich aus der UdSSR zusätzlich 500 Mill Nm³ Erdgas erhalten, wodurch sich das Erdgasangebot um nahezu 32% erhöhen wird. Die zusätzlichen Importe werden das gesamte Energieangebot merklich erhöhen, da sie etwa 2% des gesamten Energieverbrauches des Jahres 1973 entsprechen. 1974 wird mit der Fertigstellung der Transaustria-Gasleitung erstmals die Belieferung der südlichen Gebiete des Bundesgebietes mit Erdgas möglich werden.

Erdgasverbrauch						
	1969	1970	1971	1972	1973	Veränderung in %
	Mill Nm ³					
Gesamtverbrauch	2 006 0	2 448 0	2 809 6	3 018 0	3 310 1	+ 9,7
Gaswerke	452 6	477 7	468 3	461 5	457 6	- 0,8
E-Werke	599 7	792 0	926 5	882 6	817 0	- 7,4
Fernheizwerke	22 8	26 1	38 6	62 4	61 3	- 1,7
Industrie	756 2	965 8	1 160 3	1 326 8	1 570 3	+18,3
Petro-Chemie	430 1	131 1	130 9	130 1	154 0	+18,4
Hausbrand	44 6	55 3	85 0	154 5	249 8	+61,7

Q: Oberste Bergbehörde

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27 und Sonderdruck Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industriebranchen

Weiterhin günstige Produktionsentwicklung

Die Konjunkturlage der Industrie war im Jahre 1973 weiterhin günstig. Das kommt allerdings in den ausgewiesenen Daten nicht ganz zum Ausdruck. Nach diesen Daten erzeugte die Industrie (ohne Elektrizitätswirtschaft) insgesamt um 5%, je Arbeitstag um 4 1/2% mehr als im vorangegangenen Jahr. Gleichzeitig wurde die Industriebeschäftigung um 2% ausgeweitet, die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme nahm um 15 1/2% zu. Die Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) stieg um 2 1/2%, die Stundenproduktivität (Produktion je geleistete Arbeitsstunde) um 5%. Die Arbeitskosten (je Produktionseinheit) erhöhten sich um 10 1/2%.

Diese Daten verzeichnen die Konjunkturlage insofern, als der Mehrwertsteuerbedingte Vorzieheffekt im letzten Quartal 1972 die Wachstumsrate dieses

Produktion¹⁾, Beschäftigung und Produktivität

	1973 ²⁾				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Produktion ohne E-Wirtschaft	+ 6,3	+ 6,7	+ 6,9	- 0,9	+ 4,5
Beschäftigung	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,0
Produktivität ³⁾	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,0	- 2,3	+ 2,5

¹⁾ Nach Arbeitstagen bereinigt. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Produktion ohne E-Wirtschaft je Beschäftigten.

Jahres überhöhte und die für 1973 drückte. Wenn man die Wachstumsrate 1972 von dieser Produktionsverlagerung bereinigt (indem man einen Teil der im Dezember 1972 gemeldeten Produktion in die ersten Monate 1973 verlegt), erhält man für das gesamte Jahr 1972 ein Industriewachstum von 7 1/2% je Arbeitstag (statt 8 1/2%). Vergleicht man nun das (in den ersten Monaten vergrößerte) Produktionsergebnis 1973 mit dem so errechneten für 1972, folgt eine konjunkturell plausible Wachstumsrate von 6 1/2% (ohne Stromerzeugung).

Diese grobe Glättung der Reihe zeigt, daß die Industrie auch 1973 ein über dem langjährigen Durchschnitt liegendes Wachstum erreichte, das nur wenig hinter jenem von 1972 zurückblieb. Hauptträger des Wirtschaftswachstums im Jahre 1973 war die Gruppe Bergbau und Grundstoffe, in der die Produktion von Grundstoffen (+8 1/2%) besonders stark ausgeweitet wurde. Ausschlaggebend war die lebhaftere Auslandsnachfrage. Die Konsumgüterproduktion stieg etwas schwächer als in den Vorjahren, doch noch immer kräftig (+6%). Langlebige Konsumgüter und Verbrauchsgüter expandierten stärker als Nahrungsmittel und Produkte der Bekleidungsbranchen. Nach Bereinigung um die Vorzieheffekte im letzten Quartal 1972 ergibt sich für das Jahr 1973 in allen Quartalen ein gleichmäßiges Wachstum der Konsumgüterbranchen. Dieses Ergebnis entspricht ungefähr der Ausweitung des privaten Konsums.

Industrieproduktion nach Gruppen und Untergruppen (Nach Arbeitstagen bereinigt)

	1973 ¹⁾				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I./IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Insgesamt mit E-Wirtschaft	+ 6,3	+ 7,0	+ 6,5	- 0,3	+ 4,7
Insgesamt ohne E-Wirtschaft	+ 6,3	+ 6,7	+ 6,9	- 0,9	+ 4,5
Bergbau und Grundstoffe	+ 9,4	+12,7	+ 8,4	+ 1,7	+ 7,8
Bergbau und Magnesit	+ 3,5	+ 6,4	+ 6,8	+ 4,8	+ 5,4
Grundstoffe	+10,6	+13,9	+ 8,7	+ 1,1	+ 8,3
Elektrizitätswirtschaft	+ 5,4	+11,4	+ 1,9	+10,5	+ 7,3
Investitionsgüter	+ 4,6	+ 4,9	+ 5,1	- 6,8	+ 1,6
Vorprodukte	+ 5,9	+ 6,9	+ 3,6	+ 1,2	+ 4,3
Baustoffe	+12,4	+ 9,0	+ 4,1	-10,7	+ 2,9
Fertige Investitionsgüter	+ 1,2	+ 1,9	+ 6,7	- 9,9	- 0,7
Konsumgüter	+ 6,7	+ 6,4	+ 7,8	+ 2,8	+ 5,8
Nahrungs- und Genußmittel	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,8	- 0,9	+ 2,4
Bekleidung	+ 5,0	+ 5,7	+ 8,7	+ 1,5	+ 5,1
Verbrauchsgüter	+ 5,1	+ 5,2	+ 8,2	+ 6,9	+ 6,4
Langlebige Konsumgüter	+14,3	+11,1	+ 9,2	+ 3,1	+ 9,1

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse

Am schwächsten von den Industriebranchen expandierte die Investitionsgüterbranche (+1 1/2%). Relativ gut hielten sich die Vorprodukte, wogegen die Erzeugung von Baustoffen und fertigen Investitionsgütern deutlich schwächer wuchs als in den Vorjahren. Dieses Ergebnis entspricht der Entwicklung der nunmehr weit weniger überhitzt wachsenden

Bauwirtschaft (+7%) und der langsameren Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 1973.

Auslandsnachfrage nach wie vor wichtige Konjunkturstütze

Das starke Wachstum der OECD-Länder im Jahre 1973, an dem die wichtigsten Handelspartner Österreichs partizipierten, gab den heimischen Industrieexporten weiteren Auftrieb. Wie schon 1972, als sie nominell um 14% wuchsen, waren sie auch 1973 mit einer Steigerungsrate von 12% eine der Hauptstützen der Industriekonjunktur. Im Gegensatz zu 1972 kam die Exportausweitung den Grundstoffbranchen besonders zugute, doch beschleunigten sich auch die Exporte von Vorprodukten kräftig. Am stärksten stieg die Ausfuhr in Bergbau, Metallhütten, Glas-, Chemie-, papiererzeugender und holzverarbeitender Industrie.

Auch für 1974 optimistische Konjunkturbeurteilung

Im 1. Halbjahr 1973 hatten die Unternehmer die Konjunktur recht günstig beurteilt. Das dürfte in engem Zusammenhang mit der Konjunkturbelebung im Ausland gestanden sein. In der Juli- und Oktober-Befragung wurde die Konjunkturlage etwas schlechter eingeschätzt, zum Teil wegen der nunmehr ungünstigeren Beurteilung der Auslandskonjunktur, zum anderen auf Grund der Unsicherheit, die die kritische Lage auf dem Rohölsektor mit sich brachte. Die Daten der Oktober-Befragung lagen jedoch fast durchwegs über den Durchschnittswerten für das Jahr 1972. In der Jänner-Befragung 1974 besserte sich die Einschätzung der Konjunktur wieder bei allen Indikatoren. In dieser Befragung wurde der gesamte Auftragsbestand überwiegend als hoch eingeschätzt, insbesondere die Exportaufträge wurden (saisonbereinigt) zum erstenmal seit Oktober 1972 wieder vorherrschend als hoch angesehen. Die Ergebnisse der seit Oktober 1972 erhobenen Auftragsstatistik bestätigen die Richtigkeit dieser Einschätzung. Ende Jänner wurden die Fertigwarenlager als ausreichend empfunden, nachdem sie während des 2. Halbjahres 1973 überwiegend als hoch eingestuft worden waren. Die Produktionserwartungen waren

Beurteilung der Auftragslage im Konjunkturtest

	Industrie insgesamt	Grundstoffe	Investitions- güter	Konsum- güter
Salden aus den Prozentanteilen der Firmen, die hohe bzw. niedrige Auftragsbestände melden				
Ø 1972	+ 4	+11	+ 1	+ 4
1973 Jänner	+13	+18	+15	+10
April	+ 7	+ 1	+ 2	+15
Juli	+ 5	+ 5	+ 4	+ 4
Oktober	+ 5	+22	+ 6	+ 1
1974 Jänner	+ 7	+22	+ 3	+ 5

Anmerkung: + = Hohe Auftragsbestände
- = Niedrige Auftragsbestände

Beurteilung der Exportauftragslage im Konjunkturtest

	Industrie insgesamt	Grundstoffe	Investitions- güter	Konsum- güter
Salden aus den Prozentanteilen der Firmen, die hohe bzw. niedrige Exportauftragsbestände melden				
Ø 1972	-13	+ 9	-21	-10
1973 Jänner	- 7	+ 7	-13	- 5
April	+ 2	0	- 5	+ 9
Juli	- 5	+ 5	-10	- 4
Oktober	- 9	+ 4	- 7	-14
1974 Jänner	+ 1	+35	0	- 6

Anmerkung: + = Hohe Exportauftragsbestände
- = Niedrige Exportauftragsbestände

Beurteilung der Fertigwarenlager im Konjunkturtest

	Industrie insgesamt	Grundstoffe	Investitions- güter	Konsum- güter
Salden aus den Prozentanteilen der Firmen, die hohe bzw. niedrige Lagerbestände melden				
Ø 1972	+ 4	+ 4	+ 3	+ 4
1973 Jänner	- 2	- 5	- 9	+ 6
April	+ 2	+13	- 9	+ 3
Juli	+ 5	+ 7	+ 8	+ 3
Oktober	+ 8	+11	+ 6	+ 6
1974 Jänner	0	-24	+ 6	+ 5

Anmerkung: + = Hohe Lagerbestände
- = Niedrige Lagerbestände

Beurteilung der Kapazitätsauslastung im Konjunkturtest

	Industrie insgesamt	Grundstoffe	Investitions- güter	Konsum- güter
% der meldenden Firmen, die mit den vorhandenen Produktionsmitteln mehr produzieren könnten				
Ø 1972	36	17	43	36
1973 Jänner	38	19	41	42
April	33	20	38	34
Juli	35	18	42	36
Oktober	40	7	44	47
1974 Jänner	35	9	43	36

Beurteilung der Produktionserwartungen im Konjunkturtest

	Industrie insgesamt	Grundstoffe	Investitions- güter	Konsum- güter
Salden aus den Prozentanteilen der Firmen, die steigende bzw. fallende Produktion erwarten				
Ø 1972	+11	+ 9	+ 2	+20
1973 Jänner	+16	+14	+12	+18
April	+12	+ 4	+13	+13
Juli	+ 4	+11	+ 5	+ 2
Oktober	0	- 6	- 7	+ 7
1974 Jänner	+ 8	+ 2	+ 3	+15

Anmerkung: + = Steigende Produktion
- = Fallende Produktion

zuletzt vorwiegend positiv, die Kapazitätsauslastung hat sich im Jänner gegenüber dem Wert der letzten Erhebung leicht gebessert.

Sondereinflüsse erschweren Konjunkturbeurteilung

Das Jahr 1973 war von einer Reihe von Sondereinflüssen gekennzeichnet, die eine Beurteilung der Konjunkturlage erschweren. Die Nachfrageausfälle, die Anfang 1973 den Vorzieheffekten im letzten Quartal 1972 auf Grund der Einführung der Mehrwertsteuer (und damit Investitionssteuer) mit 1. Jänner

1973 folgten, verzerren die Wachstumsrate 1973 nach unten. Ein weiterer dämpfender Effekt auf die Wachstumsrate 1973 ging vom Exportboom im letzten Quartal 1972 aus, der dem Interimsabkommen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften zu danken war (vorzeitige Zollsenkung um 30% ab 1. Oktober 1972) und ebenfalls Nachfrage- und Produktionsausfälle im I. Quartal 1973 nach sich zog. Die Folgen der Neuordnung der beiden europäischen Integrationsblöcke EWG und EFTA mit 1. Jänner 1973 auf die Wachstumsrate der österreichischen Industrie lassen sich a priori nicht abschätzen. Erst eine längere anhaltende Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse im europäischen Außenhandel wird eine Beurteilung dieser Situation ermöglichen.

Als weiterer Sondereinfluß ist die Unsicherheit auf dem Ölsektor im letzten Quartal 1973 zu nennen, die sich jedoch auf die Industrieproduktion des Jahres 1973 höchstens indirekt über psychologische Faktoren ausgewirkt haben kann und etwa die Investitionsneigung beeinträchtigte. Die Effekte, die sich über die höheren Rohöl- und damit Produktenpreise ergeben, werden erst im Jahre 1974 voll zum Tragen kommen¹⁾.

Die Lage in den einzelnen Branchen

Die *Bergwerke* produzierten 1973 um 2 1/2% mehr als im Vorjahr, obwohl weniger Kohle gefördert wurde als 1972. Infolge der relativ guten Wasserführung der Flüsse war es nicht notwendig, mehr Kohle für die Elektrizitätserzeugung zu verwenden. Fast alle anderen Produkte, insbesondere jedoch Eisenerz und Salz wurden verstärkt gefördert. Die Exporte der Bergwerksprodukte stiegen kräftig. Im Jänner 1974 verbesserte sich die Konjunkturbeurteilung schlagartig, sie ist derzeit sehr optimistisch. Die *Erdölindustrie* produzierte 1973 im Durchschnitt um 9 1/2% mehr. Wie in den vergangenen Jahren stieg die Verarbeitung schneller als die Förderung. Die unsichere Versor-

gungslage bewog die Erzeuger, die Verarbeitungskapazitäten im Jahre 1974 bedeutend zu erhöhen.

Die Produktion der *Eisenhütten* wurde 1973 um 4% ausgeweitet. Zu Ende des Jahres reichten die Auftragsbestände für die Produktion von ungefähr vier Monaten. Die Unternehmer beurteilten die Konjunktur Ende Jänner günstig, insbesondere befriedigte die Auftragslage aus dem In- und Ausland. Die *Metallhütten* erzeugten 1973 nur wenig mehr als im Vorjahr. Die Produktion von Primäraluminium nahm zwar wieder zu, der Trend zu den Halbfabrikaten setzte sich aber fort. Die Konjunktur wurde von den Unternehmern im ganzen Jahr 1973 und im Jänner 1974 sehr positiv beurteilt. Die Kapazitäten waren ständig

Inlandbezug und Export von Edelfahlwalmaterial

	1973				
	I Qu.	II Qu.	III Qu.	IV Qu.	I/IV Qu.
	in t				
Inlandbezug	25 716	23 719	24 403	25 821	99 659
Export	37 243	44 255	39 155	49 073	169 726
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Inlandbezug	- 7,2	-18,7	-17,8	-23,3	-17,1
Export	+17,6	+22,9	+ 3,8	+ 5,0	+11,6

Q: Walzstahlbüro

fast voll ausgelastet, die Auftragseingänge aus In- und Ausland hatten steigende Tendenz.

Das Abklingen der Überhitzung im Baugewerbe dämpfte 1973 auch das Wachstum der *Stein- und keramischen* Industrie. Trotz des hohen Niveaus von 1972 wurde die Produktion um 4 1/2% ausgeweitet. Die Konjunkturbeurteilung durch die Unternehmer hat sich im Laufe des Jahres verschlechtert, die Produktionserwartungen waren überwiegend pessimistischer. In der Jänner-Befragung jedoch wurde die künftige Produktionsentwicklung wieder etwas günstiger eingeschätzt.

In der *Glasindustrie* setzte sich 1973 die schon Ende 1972 feststellbare Besserung der Lage fort (+6 1/2%). Die Produktionszuwächse gehen hauptsächlich auf Ausweitungen bei Glasfasern und -geweben sowie

¹⁾ Siehe dazu auch Monatsberichte, Jg 1974 Heft 1, S. 1 ff

Auftragseingänge und Auftragsbestand von Kommerzwalmware

	I. Quartal		II. Quartal		1973 III. Quartal		IV. Quartal		I./IV. Quartal	
	1 000 t	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1 000 t	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1 000 t	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1 000 t	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1 000 t	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Auftragseingänge										
Insgesamt	734,5	- 1,8	717,3	- 0,8	708,7	+ 0,4	634,3	- 8,0	2 794,7	- 2,5
Inland	377,1	+14,6	380,9	+ 6,4	393,3	+18,2	334,0	+ 2,4	1 485,2	+10,6
Export	259,1	-21,6	244,4	-13,6	223,9	-24,0	206,2	-26,5	933,6	-21,4
Auftragsbestand¹⁾										
Insgesamt	711,3	+30,3	728,2	+19,5	787,1	+21,6	755,1	+14,2	745,4	+21,0
Inland	397,6	+38,9	429,6	+24,2	476,7	+29,7	463,7	+25,2	441,9	+29,0
Export	313,7	+20,8	298,7	+13,3	310,4	+11,0	291,3	+ 0,2	303,5	+11,0

Q: Walzstahlbüro. - ¹⁾ Durchschnitt der Auftragsbestände zu den Monatsenden.

Die Produktion in 23 Industriezweigen
(Nach Arbeitstagen bereinigt)

	1973 ¹⁾				
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I/IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Insgesamt mit E-Wirtschaft	+ 63	+ 70	+ 65	- 03	+ 47
Insgesamt ohne E-Wirtschaft	+ 63	+ 67	+ 69	- 09	+ 45
Bergwerke	+ 48	+ 61	+ 07	- 09	+ 26
Magnesitindustrie	+ 18	+ 69	+163	+133	+ 94
Erdölindustrie	+ 92	+193	+ 98	+ 27	+ 97
Eisenhütten	+ 55	+ 81	+ 31	- 01	+ 41
Metallhütten	+ 39	+ 73	- 22	- 14	+ 18
Stein- und keramische Industrie	+107	+120	+ 68	- 99	+ 44
Glasindustrie	+ 07	+ 43	+ 71	+128	+ 64
Chemische Industrie	+ 86	+ 78	+ 74	+ 42	+ 69
Papierherzeugung	+ 52	+116	+116	+104	+ 97
Papierverarbeitung	- 00	+ 38	+112	- 27	+ 28
Holzverarbeitung	+148	+ 88	+ 83	- 86	+ 47
Nahrungs- und Genußmittelind.	+ 24	+ 50	+ 51	- 10	+ 25
Tabakindustrie	+109	- 53	+ 01	+ 03	+ 14
Lederherzeugung	-158	-196	-192	-307	-214
Lederverarbeitung	+ 17	+ 38	+ 33	- 32	+ 12
Textilindustrie	+ 83	+ 72	+115	+ 17	+ 69
Bekleidungsindustrie	- 20	+ 35	+ 46	+ 26	+ 20
Gießereiindustrie	+ 14	- 26	+ 07	- 03	- 02
Maschinenindustrie	- 68	- 38	+ 31	-142	- 62
Fahrzeugindustrie	+146	+ 59	- 12	-190	- 12
Eisen- und Metallwarenindustrie	+ 66	+ 59	+119	+ 52	+ 73
Elektroindustrie	+206	+150	+112	+105	+141
Elektrizitätswirtschaft	+ 54	+114	+ 19	+105	+ 73

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse

Glasschmuck zurück. Die Exporte der Glasindustrie (insbesondere Schmuck) stiegen kräftig. In der letzten Konjunkturbefragung wurde die Lage von den Unternehmern nicht sehr günstig beurteilt (vor allem die Auftragsbestände wurden überwiegend als zu klein eingeschätzt, doch werden künftig überwiegend Produktionssteigerungen erwartet). Der Auslastungsgrad hat sich im Jahresverlauf verringert, doch zeigten die Auftragseingänge in den letzten Monaten steigende Tendenz.

Die *chemische Industrie* gehörte auch 1973 zu den raschest expandierenden Industriebranchen und erhöhte ihre Produktion um 7%. Die Exporte zählten auch hier zu den Wachstumsstützen. Die Grundstoffchemie verlor im Laufe des Jahres etwas an Dynamik, wogegen die Produktion von Verbrauchsgütern gleichmäßig stark ausgeweitet wurde. Die Auslandsnachfrage nahm in den letzten Monaten des Jahres zu, dementsprechend wurden im Jänner 1974 die Konjunkturlage und die Aussichten überwiegend positiv beurteilt.

Die *Papierherzeugung* produzierte 1973 um 9½% mehr als im Vorjahr und konnte sich damit sehr gut behaupten. Das gute Produktionsergebnis dieser Branche war zu einem großen Teil der ausländischen Nachfrage zu danken (Exporte +20½%), doch war auch die inländische Nachfrage befriedigend. Die Kapazitäten der Papierherzeugung waren 1973 und Anfang 1974 voll ausgelastet. Besonders stark expandierten Pappe, graphisches Papier und Packpapier. Weniger gut schnitt die *Papierverarbeitung* ab

(+3%), obwohl die Auftragsbestände das ganze Jahr über als überwiegend hoch bezeichnet wurden. Die Kapazitäten waren nur mäßig ausgelastet. Die Exportaufträge wurden im allgemeinen schlecht beurteilt, doch waren die Produktionserwartungen im Jänner überwiegend optimistisch.

In der *holzverarbeitenden Industrie* verringerten sich die Zuwachsraten im Jahresverlauf in fast allen Sparten, im Durchschnitt wurde die Produktion um 4½% ausgeweitet. Die Produktion von Grundstoffen (Platten) und Möbeln konnte noch beträchtlich erhöht werden, die Schiproduktion hingegen war rückläufig. Die Exporte expandierten noch immer stark, obwohl die Auftragseingänge aus dem Ausland im Jahresverlauf leicht zurückgingen. Die im Jahre 1972 neu geschaffenen Kapazitäten konnten nicht ganz ausgelastet werden. Die Auftragsbestände aus dem In- und Ausland wurden im Jänner 1974 überwiegend als niedrig angesehen, doch erwartete die Mehrzahl der Unternehmer künftig Produktionssteigerungen.

Die *Lederherzeugung* erlitt die stärksten Produktionseinbußen aller Branchen (-21½%). Auch die Beschäftigung ging um 13% zurück, und die Exporte, die 1972 nominell um 45% gewachsen waren, stagnierten. Die Flaute dürfte auf die starke Verteuerung von Häuten und Fellen zurückgehen, die eine Substitution von Leder durch Kunststoffmaterialien auslöste. Außerdem wuchs auch die *lederverarbeitende Industrie* (+1%), der Hauptabnehmer der Produkte der Lederherzeugenden Industrie, sehr schwach. Die Konjunktur der Lederherzeugung wurde im Jänner bei allen Indikatoren sehr ungünstig beurteilt, doch wurde für die Zukunft eine Steigerung der Produktion erwartet. Rund 90% der Firmen waren nicht voll ausgelastet. In der Lederverarbeitung hat sich die Auftragsbeurteilung durch die Unternehmer seit dem Jahre 1972 stark verschlechtert, hier waren im Jänner auch die Produktionserwartungen pessimistisch. Zu diesem Zeitpunkt verfügten fast drei Viertel der Firmen über freie Kapazitäten.

Die Produktion der *Textilindustrie* expandierte 1973 um 7%. Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland nahmen fast das gesamte Jahr hindurch zu, wodurch auch die Auftragsbestände wuchsen. Die Beurteilung der Auftragslage durch die Unternehmer hat sich etwas verschlechtert, doch war sie im Jänner noch immer positiv. Die Exporte wuchsen 1973 weniger stark als in den letzten Jahren, wogegen die Importe stärker expandierten. Die *Bekleidungsindustrie* weitete 1973 ihre Produktion viel schwächer aus als im Jahr zuvor. Auch hier standen geringeren Steigerungsraten im Export höhere im Import gegenüber. Die Beurteilung der Konjunkturlage hat sich im Lauf des Jahres bei allen Indikatoren ständig verschlechtert, im Jänner erwartete man künftig Produk-

tionseinbußen. Mehr als die Hälfte der Firmen verfügte über freie Kapazitäten

Das schwache Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen im Inland, aber auch ungenügende Nachfrage aus dem Ausland drückten die Produktion der *Maschinenindustrie* 1973 unter das Vorjahrsniveau (—6%). (Auf Grund der kräftigen Zunahme der Beschäftigung und der Entwicklung des Produktionswertes wird jedoch angenommen, daß die ausgewiesene Wachstumsrate nach unten verzerrt ist und das Produktionsergebnis 1973 ungefähr dem des Jahres 1972 entspricht.) Die Auftragseingänge aus dem Inland nahmen das ganze Jahr über sehr stark zu. Ende des Jahres deckten die Auftragsbestände die Produktion für ungefähr zehn Monate. Daraus und auf Grund der günstigen Beurteilung der Konjunkturlage durch die Unternehmer kann man schließen, daß sich die Lage der Maschinenindustrie künftig bessern wird. Im Jänner wurde der Auftragsbestand wieder überwiegend günstig eingeschätzt, die Exportaufträge wurden als ausreichend angesehen, die Produktionserwartungen waren überwiegend optimistisch. Allerdings verfügten noch 40% der Unternehmer über freie Kapazitäten.

Die *Elektroindustrie* erzielte mit einem Produktionszuwachs von 14% im Jahre 1973 das beste Ergebnis aller Branchen. Sowohl fertige Investitionsgüter wie langlebige Konsumgüter expandierten kräftig. Die Exportzuwachsrate war etwas geringer als vor einem Jahr, doch noch immer hoch (+17%). Ende Jänner wurden keine weiteren Produktionszuwächse erwartet, zwei Drittel der Firmen verfügten über freie Kapazitäten. Die Auftragseingänge hatten das Jahr hindurch leicht steigende Tendenz, Ende des Jahres war die Produktion für mehr als fünf Monate gesichert.

Bauwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 6.1 und 6.2

Produktionszunahme 1973 blieb hinter Kapazitätswachstum zurück

Nach steigenden Produktionszuwächsen in den vergangenen Jahren hat sich 1973 die Tendenz der Wachstumsraten umgekehrt. Nach vorläufigen Schätzungen wurde um 7% mehr produziert als 1972, dem Jahr der größten konjunkturellen Anspannung. Die Zunahme war zwar erheblich geringer als in den vergangenen Jahren, erreichte aber noch immer etwa den längerfristigen Durchschnitt. Die Steigerung der realen Bauleistungen übertraf weiterhin die Wach-

tumsrate der österreichischen Wirtschaft. Die Ausweitung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der weitere Zustrom ausländischer Arbeitskräfte ermöglichte eine weitere, beträchtliche Ausweitung der Beschäftigung, die Baustoffproduzenten, die in den letzten Jahren ihre Kapazitäten stark ausgeweitet hatten, konnten mit Ausnahme der Baustahlerzeuger den Baumaterialbedarf kurzfristig decken, die Investitionstätigkeit der Baufirmen blieb nur knapp unter dem hohen Niveau des Vorjahres, und die Witterungsverhältnisse waren wieder überdurchschnittlich baufreundlich

Beitrag des Baugewerbes zum Brutto-Nationalprodukt (Zu Preisen 1964)

	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Jahresdurchschnitt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1967	+ 0,5	+ 2,5	+ 4,5	+ 2,5	+ 2,8
1968	+ 3,3	+ 6,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 6,2
1969	- 9,2	- 3,5	- 1,7	- 1,7	- 3,3
1970	+ 6,7	+10,9	+11,9	+11,9	+10,9
1971	+19,2	+16,1	+16,1	+13,0	+15,6
1972 ¹⁾	+18,7	+13,4	+14,4	+18,6	+16,0
1973 ¹⁾	+ 9,0	+ 8,0	+ 8,0	+ 4,2	+ 7,0

¹⁾ Vorläufige Werte

Die zunehmenden Produktionsengpässe hatten schon in den vergangenen Jahren zu erheblichen Kosten- und Preissteigerungen geführt. Im Berichtszeitraum beschleunigte sich die Preisentwicklung nicht zuletzt auf Grund der Umstellung auf die Mehrwertsteuer weiter. Im Durchschnitt aller Bausparten dürften die Preise (einschließlich Mehrwertsteuereffekt) um rund

Brutto-Produktionswert der Bauwirtschaft

	Brutto-Produktionswert ¹⁾		Funktionelles Bauvolumen ²⁾	
	Mill. S	Veränderung in %	Mill. S	Veränderung in %
Bauvolumen zu laufenden Preisen				
1968	44 098	+ 2,6	54 718	+ 2,8
1969	45 078	+ 2,2	55 819	+ 2,0
1970	52 203	+15,8	64 180	+15,0
1971	63 852	+22,3	77 837	+21,3
1972	84 760	+32,7	101 830	+30,8
1973	105 100	+24,0	126 300	+24,0

	1973				Jahresdurchschnitt
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bauvolumen nach Bausparten					
Bauwirtschaft insgesamt ³⁾	+27,7	+26,2	+26,3	+18,6	-24,0
Bauhauptgewerbe ⁴⁾	+25,5	+22,5	+23,0	+ 3,2	+17,1
Hochbau	+25,1	+21,7	+16,6	- 1,3	+13,9
Tiefbau	+29,3	+24,5	+30,6	+ 8,8	+22,0
Anlagenbau	+ 9,1	+16,0	+22,5	+ 2,3	+12,4
Installationsgewerbe ⁵⁾	-26,4	- 9,8	-11,6		

¹⁾ Ohne Eigenleistung im Wohnbau. — ²⁾ Einschließlich selbsterstellter Bauten und Materialbeistellung. — ³⁾ Vorläufige Werte. — ⁴⁾ Österreichisches Statistisches Zentralamt Ergebnis der monatlichen Bauproduktionsstatistik. — ⁵⁾ Österreichisches Statistisches Zentralamt vorläufige Ergebnisse der Großgewerbestatistik

16% gestiegen sein. Der Brutto-Produktionswert des gesamten institutionellen Baugewerbes (Bauhauptgewerbe, alle Baunebengewerbe sowie Bauinstallation) erreichte 105 1 Mrd. S. Berücksichtigt man auch die funktionell erbrachten Bauleistungen (selbsterstellte Bauten), so betrug der Gesamtwert 126 3 Mrd. S.

Die Belegung der Baunachfrage, die sich in der zweiten Jahreshälfte 1969 anbahnte, führte zum kräftigsten und längsten Konjunkturaufschwung der Nachkriegszeit. Ab 1970 nahm die Nachfrage sprunghaft zu, und die Produktionsausweitung wurde in der Folge zunehmend durch angebotsbedingte Engpässe behindert. Am stärksten wurde Mangel an Arbeitskräften empfunden. Besonders nachteilig wirkte sich das geringe Angebot an qualifizierten Fachkräften aus. Hilfskräfte waren hingegen dank großzügiger Gastarbeiterpolitik weniger knapp. Trotz stürmischer Ausweitung der maschinellen Ausstattung (die Investitionen wurden zwischen 1968 und 1972 verdreifacht) vermehrte sich der Bestand an übernommenen Aufträgen. Die Hochkonjunktur im Baugewerbe strahlte auch auf vor- und nachgelagerte Wirtschaftszweige aus, und die Baustoffproduzenten kamen zunehmend in Lieferschwierigkeiten. Nach der kräftigen Ausweitung der Baustoffkapazitäten waren im Berichtszeitraum die Versorgungsschwierigkeiten bei Baustoffen aus der Stein- und keramischen Industrie behoben. Die Erzeuger von Baustahl, die 1972 den Bedarf kurzfristig decken konnten, erlebten hingegen einen neuen Baustahlboom, der längere Lieferfristen nach sich zog. Er war auch am Jahresende 1973 noch nicht abgeklungen.

Starke Umsatzausweitung im Bauhauptgewerbe — Weiterer Beschäftigungszuwachs

Das Bauhauptgewerbe erbrachte im Jahre 1973 Umsätze im Wert von 43 6 Mrd. S. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht unmittelbar möglich, da bis 1972 die Umsatzsteuer in den Werten enthalten war, ab 1973 aber die Umsätze netto (ohne Mehrwertsteuer) erhoben werden. Nach Schätzung und Ausschaltung der in den Daten von 1972 enthaltenen Umsatzsteuer haben sich die Umsätze im Bauhauptgewerbe im Jahresdurchschnitt um 17 1% erhöht. Die Expansion war im I. Quartal am größten (25 5%) und verringerte sich in der Hauptsaison auf 23 0%. Auch im IV. Quartal 1973 wurde, trotz der hektischen Bautätigkeit im IV. Quartal 1972, das Vorjahrsniveau übertroffen (+3 2%).

Im Gegensatz zum Vorjahr, als Hoch- und Tiefbau nahezu gleich stark wuchsen, hat sich 1973 der Tiefbau viel rascher entwickelt. Die Zuwachsrate schwankte in den ersten drei Quartalen nur wenig um 28%, im letzten Quartal ging sie auf 9% zu-

rück; im Hochbau hat sich die Zuwachsrate seit dem I. Quartal laufend verringert, und im letzten Quartal stagnierte sie (—1%)

Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft hat auch 1973 das Vorjahrsniveau beträchtlich überschritten. Die Tendenz steigender Zuwachsraten hat sich jedoch im Laufe des Jahres umgekehrt, und im letzten Quartal war die Zunahme nur mehr gering. Im Bauhauptgewerbe ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Durchschnittlich wurden 147 700 unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt, 3 8% mehr als vor einem Jahr, die Expansion verringerte sich aber von 8 5% im I. Quartal auf rund 1% im IV. Quartal 1973. Ähnlich wie in der Produktion war der Verlauf im Tiefbau günstiger als im Hochbau. Die Zuwachsrate sank von 10% auf 6%, im Hochbau aber von ebenfalls 10% auf —2%

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

	I. Qu.	II. Qu. Quartalsdurchschnitt	III. Qu.	IV. Qu.	Jahres- durchschnitt
1971	104 284	138 830	146 874	137 399	131 855
1972	114 671	149 129	155 654	150 048	142 375
1973	124 370	154 001	161 654	150 964	147 747
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1972	+ 9 9	+ 7 4	+ 6 0	+ 9 2	+ 8 0
1973	+ 8 5	+ 3 3	+ 3 9	+ 0 6	+ 3 8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt: Bauproduktionsstatistik. Mit der Erbringung von Bauleistungen befaßte Beschäftigte (ohne Zentralverwaltung ohne Urlauber)

Die Ausweitung der Beschäftigung ist nahezu zur Gänze der zusätzlichen Beschäftigung von Ausländern zu danken. Das Kontingent für 1973 war gegenüber dem Vorjahr nur wenig erhöht worden (von 30 300 auf 32 600). Es erwies sich als ungenügend und wurde ab September um weitere 2 400 Personen auf 35 600 aufgestockt. Die gesamte Ausweitung war dennoch nur etwa halb so groß wie 1972. Das Kontingent wurde ebenso wie im Vorjahr fast ganz genutzt, und im Jahresdurchschnitt waren auf österreichischen Baustellen um 12% mehr ausländische Arbeitskräfte tätig als vor einem Jahr.

Die Zahl der außerhalb des Kontingentes beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte ist ebenfalls gestiegen. Die Zunahme war stärker als die der Kontingentbeschäftigung, blieb aber ebenso unter dem Vorjahrswert. Insgesamt hat der Anteil der Ausländer an der gesamten Baubeschäftigung weiter zugenommen und erreichte bereits rund 20%, im Bauhauptgewerbe war der Anteil noch weit höher.

Aus der Entwicklung der offenen Stellen geht die Verringerung der konjunkturellen Anspannungen deutlich hervor. Das Stellenangebot blieb bereits hinter jenem des Vorjahres zurück. Im Jahresdurchschnitt wurden rund 9 000 offene Stellen angeboten

(1972 durchschnittlich 11.000) Die Periode besonders hohen Arbeitskräftebedarfes, die 1972 ihren Höhepunkt erreichte, scheint damit überwunden zu sein. Die Arbeitsmarktlage läßt sich etwa mit der des Jahres 1971 vergleichen (damals waren im Jahresdurchschnitt im Baugewerbe fast 9.500 Stellen unbesetzt). Im Jahresverlauf zeigt sich die fortschreitende Entspannung des Arbeitsmarktes. Im I. Quartal wurden rund 13 1/2% weniger Stellen angeboten als im Vorjahr, im IV. Quartal schließlich 28% weniger.

Langsameres Wachstum der Baustoffproduktion, doch neuer Boom auf dem Baustahlmarkt

Die günstige Entwicklung des Baumarktes gab auch den vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen starke Impulse. So konnten die Baustoffproduzenten ihre Produktion in den letzten zwei Jahren um 15% und 18% erhöhen. 1973 verlief die Baustoffkonjunktur in ruhigeren Bahnen, die Produktion wurde nach vorläufigen Ergebnissen um 3% über das Vorjahresniveau ausgeweitet. Die Zuwachsrate sank von 12 1/2% im I. Quartal auf 9% und 4%, im IV. Quartal wurde schließlich um rund 11% weniger erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Produktionssteigerungen in den letzten Monaten des Jahres 1972 besonders groß waren und somit die Entwicklung der Vorjahresveränderungen ein zu pessimistisches Bild ergibt.

Von den einzelnen Sparten entwickelten sich die Ziegeleien überdurchschnittlich. Hohlziegel wurden um 8%, Deckenziegel um 18% mehr erzeugt als im Vorjahr. Auch die Produktion von Vollziegeln und Dachziegeln, die in den letzten Jahren gesunken war, konnte wieder etwas erhöht werden (Vollziegel +2%, Dachziegel +6%). Am günstigsten entwickelte sich die Produktion moderner, technisch anspruchsvoller Ziegelprodukte; ihre Erzeugung hat sich im abgelaufenen Jahr vervielfacht. (Das Gewicht dieser Produkte ist allerdings gering.) Die Grundstoffe hielten etwa das Vorjahresniveau: Zement wurde um 1% weniger erzeugt als 1972, Baukalk

um 2% mehr, ungebrochener Sand und Spezi­alsand um 6% weniger, und die Produktion von Baugips stieg auf mehr als das Doppelte. Fertigbeton (+15%) und aus Beton erzeugte Baustoffe expandierten unvermindert weiter (Betonmauersteine +8%, Betonfertigteile für Decken +13%, Betonfertigteile für Betonsteinerzeugnisse +13%)

Die Baustahlkonjunktur hat sich im Gegensatz zur Konjunktur auf den übrigen Baustoffmärkten gegenüber dem Vorjahr verstärkt. Insgesamt wurden nahezu 300.000 t, um 10% mehr als 1972, an Inlandskunden ausgeliefert. (Im Vorjahr war die Expansion mit +4 1/2% nur etwa halb so groß.) Naturharte Bewehrungsstähle (Stem- und Tenaxstahl) haben sich besonders gut entwickelt (+17%). Dennoch ist das Gewicht der naturharten Stähle am gesamten Baustahlverbrauch noch relativ niedrig (etwa 10%), und weiterhin wird überwiegend Rippentor­stahl verarbeitet (+9% auf rund 250.000 t). Aus den Zuwachsraten lassen sich jedoch keine unmittelbaren Schlüsse auf Substitutionsprozesse ableiten, da 1973 die Lieferfähigkeit der Baustahlerzeuger die Entwicklung des Absatzes bestimmte. Nahezu das ganze Jahr hindurch war der Bedarf höher als die Produktion, und die Aufträge konnten trotz voller Auslastung aller Kapazitäten nur nach Lieferfristen ausgeführt werden. Nur im I. Quartal blieb die Nachfrage etwas unter dem Vorjahrsweert (-8%). Im weiteren Jahresverlauf entwickelte sich der Bedarf stürmisch und war in den einzelnen Quartalen um 30% bis 50% höher als vor einem Jahr. Die Baustahlproduzenten sind auch für 1974 optimistisch. Sie erwarten trotz Preiserhöhung ab Jänner, daß die Marktentwicklung weiterhin von der Angebotsseite bestimmt wird und die Kapazitäten auch künftig voll genützt werden.

Nachfrage nach Baustahl

	1973				Jahresdurchschnitt
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Auftragseingänge	- 8.2	+51.6	+39.9	+32.8	+37.8
Baustahllieferungen	- 0.8	+ 8.4	+29.5	+ 3.4	+ 9.7
Auftragsbestände	+39.2	+35.9	+62.0	+59.4	+48.5

Q: Walzstahlbüro

Baustoffproduktion¹⁾

	insgesamt	Mauerziegel ²⁾	Hohlziegel	Davon		
				Zement	Betonmauersteine	Betonfertigteile für Decken
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1965	+ 3.2	- 7.7	+ 0.4	+ 7.3	+ 6.7	+ 7.4
1966	+ 7.7	- 6.9	+ 8.3	+11.3	+11.9	+ 7.0
1967	+ 2.2	-10.9	- 2.0	+ 1.0	-29.7	- 9.6
1968	+ 2.5	-14.7	+ 1.0	+ 0.1	-22.0	- 8.1
1969	+ 3.7	-10.5	- 3.9	+ 0.1	+11.1	- 6.3
1970	+ 5.3	-16.6	- 4.9	+ 5.4	- 2.2	- 1.0
1971	+14.7	- 3.5	+15.5	+14.2	+38.9	+27.2
1972 ²⁾	+17.9	-14.1	+ 6.8	+15.2	+ 7.6	+41.8
1973 ³⁾	+ 2.9	+ 1.9	+ 8.2	- 0.7	+ 8.1	+13.0

¹⁾ Produktionsindex Baustoffe (Investitionsgüter) - ²⁾ Vollziegel - ³⁾ Vorläufige Ergebnisse

Preisentwicklung durch Mehrwertsteuereffekt verzerrt

Seit Mitte 1971 wird die Preisentwicklung im Wohnhaus- und Siedlungsbau amtlich erhoben. Auf Grund von vierteljährlichen Erhebungen werden ein Gesamt­preisindex sowie Teilindizes für Baumeisterarbeiten und sonstige Bauarbeiten (Ausbauarbeiten) ermittelt. Dieser Index beleuchtet einen bisher statistisch nicht erfaßten wichtigen Bereich der Bauwirtschaft. Die Preise im Wohn- und Siedlungsbau zogen 1973 mit rund 20% noch stärker an als im vorhergehenden

Jahr, wobei sich die Baumeisterarbeiten etwas stärker verteuerten als die sonstigen Bauarbeiten. Die Umstellung auf die Mehrwertsteuer verstärkte den Auftrieb der Baupreise. Ohne diese zusätzlichen Effekte wäre die Preissteigerung etwas schwächer gewesen als im Vorjahr.

Da dem Wohnbau rund das halbe Gewicht des institutionellen Hochbaues zukommt, verringert die Berechnung des Wohnbaupreisindex den Unsicherheitspielraum bei der Abschätzung der Preisbewegung im gesamten Hochbau bedeutend. Weit unsicherer und wegen des nur in einigen Bausparten halbwegs homogenen Produktionsausstoßes auch schwieriger erfaßbar ist die Preisentwicklung im Tiefbau. Das Österreichische Statistische Zentralamt hat hier die Vorarbeiten für die Erfassung der Preisbewegungen auf einem wichtigen und am ehesten homogenen Teilmarkt dem Straßenbau bereits weit vorangetrieben. Mit den Erhebungen wird wahrscheinlich noch im laufenden Jahr begonnen werden.

Die *Baukosten* erhöhten sich nur wenig schwächer als die Baupreise. Die beiden Teilaggregate veränderten sich nicht nur im Niveau sehr unterschiedlich (die Arbeitskosten haben um 25%, die Materialkosten um 4 1/2% zugenommen), sondern auch ihre Entwicklungstendenz war verschieden.

Bei den Materialkosten ging die Zuwachsrate nach zunehmenden Steigerungsraten in den vorangegangenen Jahren etwas zurück (von +5 4% 1972 auf +4 4% einschließlich Mehrwertsteuer 1973). Die Arbeitskosten verhielten sich umgekehrt. Nach Zuwachsraten von 17% im vorangegangenen Jahr hat sich die Steigerung 1973 weiter beschleunigt (auf +25% einschließlich Mehrwertsteuer). Auch für das laufende Jahr dürfte mit hohen Kostensteigerungen zu rechnen sein. Die gestiegenen Energiepreise tragen dazu ebenso bei wie die hohen Steigerungen bei Baumaterial und die Lohnkosten, über deren Höhe man bisher noch keine Einigung erzielen konnte.

Konjunkturtest bestätigt Milderung der Anspannungen

Mit Stichtag 31. Jänner wurde die sechste Erhebung der im Herbst 1972 neueingeführten Konjunkturumfrage durchgeführt. Die Beteiligung war etwa ebenso hoch wie bei der vorhergehenden Befragung und die Repräsentation betrug gemessen an den Beschäftigten rund 75% der Firmen des Bauhauptgewerbes.

Da die Erhebung nun bereits fast 1 1/2 Jahre läuft, lassen sich den Ergebnissen bereits fundiertere Aussagen ableiten als nach den ersten Befragungen. Nun sind nicht nur Vorjahrsvergleiche möglich, die es gestatten, Saisonschwankungen auszuschalten, sondern aus der zeitlichen Aneinanderreihung der Ergebnisse sind auch Tendenzen erkennbar.

Aus der Beurteilung der Unternehmer im Zeitablauf geht deutlich die Milderung der konjunkturellen Anspannungen im abgelaufenen Jahr hervor. Ende 1972, aber auch noch in den ersten Monaten 1973 hatte mehr als die Hälfte der Firmen über Arbeitskräftemangel geklagt. Dieser Produktionsengpaß hat seither immer mehr an Bedeutung verloren, und Ende Jänner 1974 berichteten nur noch 8% der Firmen über Arbeitskräftemangel. Die Versorgung mit Baumaterial hatte 1972 noch erhebliche Schwierigkeiten verursacht, 1973 gab es kaum mehr Engpässe. Nach jüngsten Meldungen haben sich die Schwierigkeiten in letzter Zeit wieder vermehrt, doch dürfte es sich dabei nicht um keramische Baustoffe gehandelt haben.

Die Kapazitätsauslastung der Baufirmen dürfte nach dem Mehrwertsteuerboom (Ende 1972) in den ersten Monaten 1973 zurückgegangen sein, seither aber etwa dieses Niveau gehalten haben. Dafür spricht sowohl die Produktionsentwicklung im Jahresverlauf wie die Beurteilung der Konjunktur durch die Unternehmer in den letzten drei Monaten. Der Nachfrage- druck hat zweifellos nachgelassen. Seit Anfang 1973 werden die Auftragsbestände per Saldo als niedriger angesehen, als saisongemäß zu erwarten wäre.

Preisentwicklung im Wohnhaus- und Siedlungsbau

	Insgesamt		Baumeisterarbeiten		Sonstige Bauarbeiten	
	Ø 1972/73 =100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1972/73 =100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 1972/73 =100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1971 III Qu	95 0		94 7		95 4	
IV	96 7		95 9		97 8	
1972 I Qu	100 6		100 1		101 5	
II	107 7		109 4		105 3	
III	111 4	+17 3	111 3	+17 5	111 4	+16 8
IV	114 2	+18 1	114 4	+19 3	113 7	+16 3
1973 I Qu	123 1	+22 4	124 0	+23 9	121 7	+19 9
II	128 4	+19 2	130 7	+19 5	125 1	+18 8
III	132 9	+19 3	135 7	+21 9	128 8	+15 6
IV	137 5	+20 4	137 2	+19 9	137 8	+21 2

Baukostenindex

	Baumeisterarbeiten		Davon			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Arbeit	Baustoffe		
Ø 1970	+11 1		+15 5	+4 4		
Ø 1971	+ 7 3		+ 8 1	+6 1		
1972 I Qu	+ 8 7		+10 3	+6 2		
II	+13 5		+19 4	+3 6		
III	+14 2		+19 2	+5 7		
IV	+14 3		+19 0	+6 2		
Ø 1972	+14 3		+17 1	+5 4		
	ohne Mehrwertsteuer	mit Mehrwertsteuer	ohne Mehrwertsteuer	mit Mehrwertsteuer	ohne Mehrwertsteuer	mit Mehrwertsteuer
1973 I Qu	+ 4 3	+21 0	+11 8	+29 7	- 8 7	+ 6 0
II	+ 1 1	+17 3	+ 6 6	+23 7	- 9 9	+ 4 5
III	+ 0 5	+17 1	+ 6 6	+23 7	- 9 9	+ 4 5
IV	+ 0 9	+17 1	+ 6 6	+23 7	- 9 9	+ 4 5
Ø 1973	+ 1 6	+17 9	+ 7 8	+25 0	-10 0	+ 4 4

Ergebnisse des Konjunkturtestes
(Stichtag 31. Jänner 1974)

Erhebungsumfang	Die Ausführung der Bauaufträge während der Monate August bis Oktober 1973 war									Einschätzung der gegenwärtigen Lage				Erwartete Entwicklung der										
	Größenklassen der Firmen ¹⁾		beginnert durch							Auftragsbestände		Geschäftslage		Geschäftslage			Baupreise							
			Zahl der mitarbeitenden Firmen	Gewicht der Meldungen in % ²⁾	nicht behindert	Arbeitskräftemangel	Materialknappheit	Mangel an Maschinen und Geräten	Schlechtwetter	Auftragsmangel	Sonstige Gründe	groß	saisonüblich	gering	keine	besser	saisonüblich	schlechter	günstig	saisonüblich	ungünstig	stehend	gleichbleibend	fallend
Hochbau																								
1 000 und mehr		8	250	66	5	—	—	10	19	0	—	44	56	—	—	54	46	—	44	56	28	14	58	
500 bis 999		8	110	42	—	—	—	26	27	5	10	33	57	—	10	63	27	10	51	39	30	55	15	
100 499		122	415	51	10	—	1	15	20	3	2	35	63	—	1	41	58	2	32	66	41	20	39	
50 99		180	239	48	13	—	3	13	18	5	2	41	56	1	1	49	50	1	39	60	53	21	26	
1 49 ...		237	187	55	11	1	1	10	21	1	1	34	58	7	1	39	60	3	38	59	52	29	19	
Zusammen		555	1 201	53	9	—	1	14	20	3	2	37	59	2	2	47	51	2	38	60	41	24	35	
Tiefbau																								
1 000 und mehr		5	214	50	7	20	—	—	14	9	—	—	100	—	—	9	91	—	—	100	19	—	81	
500 bis 999		6	85	19	—	4	—	26	33	18	—	18	82	—	—	36	64	—	36	64	—	19	81	
100 499		42	166	42	13	1	1	18	23	2	5	36	59	—	—	57	43	—	30	70	22	30	48	
50 99		39	54	41	7	4	2	11	35	—	5	32	63	—	—	47	53	2	41	57	31	26	43	
1 49 ...		54	42 5	56	5	4	1	22	12	—	6	37	52	5	—	47	53	5	44	51	40	36	24	
Zusammen		146	561 5	43	7	9	1	12	21	7	3	19	78	—	—	34	66	—	22	78	20	17	63	
Insgesamt		701	1 762 5	50	8	3	1	13	21	4	2	32	65	1	1	43	56	2	33	65	34	22	44	

Anmerkung: — = Keine Meldung

¹⁾ Mit Beschäftigten — ²⁾ Gewichtet mit den Beschäftigten.

Vor einem Jahr war der Saldo mit 7% der mitarbeitenden Firmen (gewichtet mit den Beschäftigten) noch relativ gering, bei den jüngsten Befragungen betrug er jedoch bereits 64% der Firmen. Auch die vom Statistischen Zentralamt halbjährlich erhobenen Auftragsbestände deuten auf einen Abbau des Nachfrageüberhangs hin. Von der Angebotsseite her trugen kräftige Kapazitätserweiterungen im Jahre 1973 sowie die relativ starke Zunahme der Beschäftigung bei, die eine beachtliche Steigerung der Bauproduktion ermöglichten. Auch die günstigen Witterungsbedingungen und Lieferfähigkeit der Vorlieferanten wirkten in dieser Richtung. Dadurch scheinen die übernommenen Aufträge rascher aufgearbeitet worden zu sein, als die Nachfrage nach Bauleistungen zunahm. Auch im IV. Quartal 1972, als die Konjunkturlage besonders angespannt war und infolge der hohen Auftragsbestände eine günstige Entwicklung offenkundig schien, waren die Unternehmererwartungen per Saldo pessimistisch. Bei einer realistischen Betrachtung dürfte vorsichtiger Optimismus angebracht sein. Der Auftragspolster ist wohl geringer als vor einem Jahr, der Rückgang ist jedoch nicht allzu groß, und einige Firmen sind bereits langfristig mit Aufträgen versorgt. Auf der anderen Seite dürfte die öffentliche Hand, die 1973 nur zögernd Bauaufträge vergeben hat, wieder stärker die Bau-nachfrage beleben, und schließlich wird die Elektrizitätswirtschaft auf Grund der gestiegenen Rohölpreise vermehrt in Kraftwerksbauten investieren. Ins-

gesamt dürften daher die realen Bauleistungen auch im laufenden Jahr das Vorjahrsniveau übertreffen, die Zunahme wird voraussichtlich jedoch nicht den langfristigen Durchschnitt erreichen, und das Bauwachstum wird sich wieder dem mittelfristigen Wachstumspfad nähern.

Handel und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.7

Zuwachs des privaten Konsums durch Sondereinflüsse gedämpft

Die Nachfrage der Konsumenten wuchs 1973 zwar noch immer kräftig, aber schwächer als seit Beginn der siebziger Jahre. Insgesamt wurden für Konsumzwecke etwa 288 Mrd. S ausgegeben, nominell um 11%, real um 5% mehr als im Vorjahr. Demgegenüber betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 1970 bis 1972 real 6 1/2%. Diese Abschwächung ist allerdings nur die Folge der außergewöhnlich hohen, durch die Einführung der Mehrwertsteuer bedingten Konsumsteigerung im Jahre 1972 (+7%). Faßt man die Jahre 1972 und 1973 zusammen, so wuchs der private Konsum ähnlich wie 1970/71 real um durchschnittlich 6% pro Jahr. Auch 1973 zeich-

Privater Konsum, Masseneinkommen, Spareinlagen und Teilzahlungskredite

	Privater Konsum	Netto-Einkommen der Unselbständigen	Spareinlagen ¹⁾	Teilzahlungskredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1969	+ 6,5	+ 7,4	+51,5	+ 5,6
1970	+ 9,7	+ 8,2	+17,3	+15,7
1971	+10,4 ³⁾	+14,8 ³⁾	+13,7	+19,1
1972	+12,9 ³⁾	+12,7 ³⁾	-11,8	+26,8
1973	+11,1 ³⁾	+15,7 ³⁾	+58,8	+12,4

¹⁾ Zuwachs der Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten bei den Kreditinstituten einschließlich Zinsgutschriften — ²⁾ Aushaftende Kredite der Teilzahlungsinstitute für Konsumgüter zu Ende des Zeitabschnittes einschließlich Barkredite für Investitionsgüter — ³⁾ Vorläufige Zahlen

nete sich daher noch kein Nachlassen der privaten Nachfrage ab.

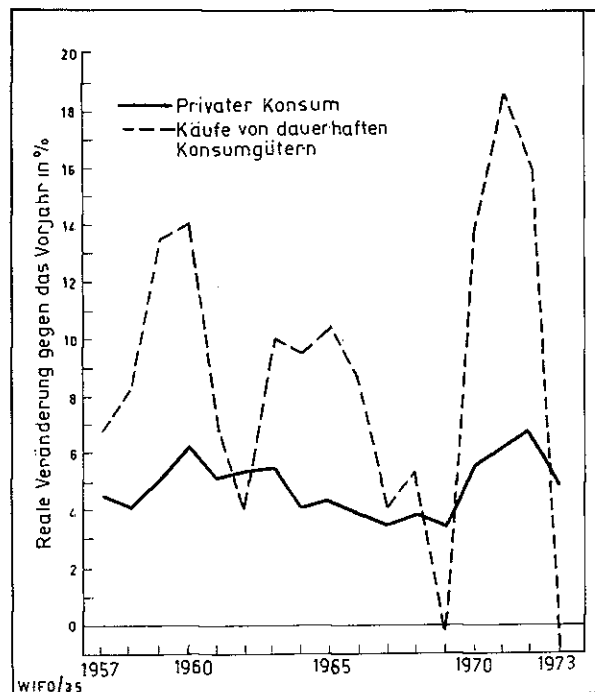
Der schwächeren Zunahme der Konsumausgaben stand eine stärkere Steigerung der *Masseneinkommen* gegenüber. Das Netto-Einkommen der Unselbständigen war um 15 1/2% höher als im Vorjahr nach 12 1/2% im Jahre 1972. Der nominelle Konsumzuwachs verminderte sich dagegen von 13% auf 11%. Dadurch ist die *Sparquote*, die 1972 gesunken war, wieder kräftig gestiegen. Das spiegelt sich auch in der Entwicklung des Kontensparens. 1973 wurde von Wirtschaftsunternehmen und Privaten per Saldo um 59% mehr auf Sparkonten eingelegt als im Vorjahr, 1972 aber um 12% weniger. Noch stärker ausgeprägt ist diese Tendenz in den Spareinlagen bei Sparkassen (einschließlich Bausparkassen), Postsparkasse und landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, die überwiegend von Privathaushalten stammen. Der Zuwachs betrug 1973 77% (bei den Bausparkassen 119%), der Rückgang 1972 15%. Über das Versicherungssparen liegen derzeit noch keine Unterlagen für 1973 vor. Es dürfte jedoch stark zugenommen haben, weil die Einkommensteuerreform den Abschluß von Versicherungsverträgen Ende 1972 begünstigte (kürzere Laufzeit) und weil durch die Umstellung der Bausparförderung auf das Prämiensystem die steuerfreien Beträge für Versicherungen erhöht wurden. Gleichzeitig hat die *Verschuldung der Haushalte* teils nachfragebedingt, teils als Folge der Kreditrestriktionen schwächer zugenommen als im Vorjahr. Die Teilzahlungsinstitute gewährten für die

Anschaffung von Konsumgütern nur um 6% mehr Kredite als im Vorjahr, 1972 aber um 22% mehr. Das aushaftende Kreditvolumen für diese Anschaffungen war Ende 1973 um 12 1/2% höher als im Vorjahr nach 27% Ende 1972. Auch die Personalkredite der Kreditinstitute wuchsen viel schwächer (+7%) als 1972 (+45 1/2%).

Die schwächere Zunahme des privaten Konsums als im Vorjahr erklärt sich ausschließlich aus der rückläufigen Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern als Folge der Vorkäufe von Ende 1972. Ohne dauerhafte Konsumgüter ist der private Konsum stärker (nominell +12 1/2%, real +6%) gewachsen als im Vorjahr (+11 1/2% und +5 1/4%). Von den *dauerhaften Konsumgütern* wurden vor allem Personenkraftwagen für Privatzwecke weniger gekauft als im Vorjahr (-17% nach +22% im Jahre 1972). Die Käufe von Motorrädern nahmen zwar noch immer kräftig zu (+42 1/2%), aber bedeutend schwächer als vor einem Jahr (+70 1/2%). Einrichtungsgegenstände und Hausrat erzielten im Einzelhandel nur um 5% höhere reale Umsätze als im Vorjahr (1972 +14%). Vor allem Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe (real -11 1/2%) sowie Geschirr und Hausrat (+ 1/2%) gingen sehr schwach. Möbel und Elektrowaren wurden dagegen noch um 3 1/2% und 9% mehr gekauft als vor einem Jahr.

Von den *übrigen Gütern und Leistungen* verzeichneten insbesondere Nahrungsmittel und Getränke (+4%), Tabakwaren (+10%), feste Brennstoffe und öffentliche Verkehrsmittel (je +3 1/2%), Bücher

Privater Konsum und Käufe von dauerhaften Konsumgütern



Entwicklung des privaten Konsums

	1969	1970	1971 ¹⁾	1972 ¹⁾	1973 ¹⁾
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nahrungsmittel u. Getränke	+1,3	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,6	+ 3,9
Tabakwaren	+5,8	+ 6,9	+ 5,9	- 2,6	+ 9,8
Bekleidung	+3,4	+ 8,0	+ 6,1	+ 7,4	+ 1,6
Wohnungseinrichtung u. Hausrat ²⁾	+6,0	+ 5,3	+ 9,1	+15,2	+ 4,2
Heizung u. Beleuchtung	+6,6	+13,5	- 0,3	+ 6,8	+11,8
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+8,3	+ 7,2	+ 9,2	+10,6	+15,7
Verkehr	-1,2	+11,9	+17,7	+13,2	- 1,1
Sonstige Güter u. Leistungen	+4,6	+ 3,4	+ 3,6	+ 4,1	+ 5,7
Privater Konsum insgesamt	+3,3	+ 5,5	+ 6,2	+ 6,8	+ 4,8

¹⁾ Vorläufige Schätzung. — ²⁾ Einschließlich Haushaltsführung

(+5%), Photoartikel (+15½%) und Parfumeriewaren (+11%) höhere Nachfragezuwächse als im Vorjahr. Die realen Ausgaben für Bekleidung und persönliche Ausstattung (+1½%), die Käufe von Ofenheizöl (+27½%), der Kino- (-11%) und Theaterbesuch (-3%), die Aufwendungen für Rundfunk- und Fernsehgebühren (+4½%) nahmen weniger zu oder stärker ab als im Vorjahr. Der relativ starke Zuwachs der Ernährungsausgaben geht vor allem auf die Vorratskäufe der Konsumenten im Herbst 1973 zurück. In den ersten drei Quartalen wurde real nur um 3%, im IV. Quartal aber um 6½% mehr für Nahrungsmittel und Getränke ausgegeben als im Vorjahr. Die überdurchschnittliche Steigerung der Käufe von Tabakwaren beruht darauf, daß das Ergebnis 1972 durch Vorratskäufe vor der Preiserhöhung im Dezember 1971 gedrückt war. Im Durchschnitt der Jahre 1972/73 war die Zuwachsrates dagegen mit knapp 3½% niedriger als in den meisten Jahren vorher (6% bis 7%).

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branche bzw. Branchengruppe ¹⁾	1970	1971	1972	1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Lebensmittel	+ 7,9	+ 9,3	+ 8,7	+11,8
Tabakwaren	+ 7,9	+ 7,2	+11,3	+ 9,8
Bekleidung	+ 9,1	+11,7	+11,9	+ 9,6
Textilien	+ 9,0	+11,3	+11,2	+ 6,4
Schuhe	+10,3	+ 9,0	+ 8,0	+ 6,9
Hausrat und Wohnbedarf	+ 8,2	+12,7	+17,4	+ 7,4
Möbel	+ 8,5	+13,4	+17,8	+ 6,4
Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe	+ 7,4	+11,0	+11,7	- 1,1
Hausrat und Eisenwaren	+ 7,6	+11,4	+15,5	+ 5,0
Elektrowaren	+ 7,7	+12,9	+18,6	+ 7,6
Sonstige Waren	+ 9,9	+ 9,3	+11,2	+14,0
Fahrräder Nähmasch u. Zubehör	+12,4	+11,4	+12,3	+10,7
Photoartikel	+ 7,8	+15,3	+16,3	+16,9
Leder- und Galanteriewaren	+ 9,7	+11,7	+11,3	+ 7,2
Sportartikel Spielwaren	+ 9,5	+11,3	+11,4	+12,3
Parfumerie- und Drogeriewaren	+ 5,1	+ 7,3	+ 8,2	+13,5
Papierwaren und Büroartikel	+11,1	+12,2	+12,8	+16,8
Bücher	+ 7,6	+13,0	+18,9	+13,9
Uhren und Schmuckwaren	+ 8,1	+12,0	+15,1	+ 9,0
Brennstoffe	+16,4	+ 1,3	+ 3,0	+14,2
Einzelhandel insgesamt	+ 8,4	+ 9,9	+10,8	+11,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 8,5	+12,6	+17,1	+ 8,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 8,4	+ 9,4	+ 9,6	+11,7

¹⁾ Aufgliederung nach Einzelbranchen nur für den Fachhandel.

Guter Geschäftsgang im Einzelhandel, schwächere Expansion des Großhandels

Der *Einzelhandel* (ohne Personenkraftwagen) wurde von der Abschwächung des Nachfragezuwachses kaum betroffen. Seine Umsätze nahmen ebenso wie im Vorjahr nominell um 11%, real um 5½% zu. Wohl wurden dauerhafte Konsumgüter real nur um 5½% mehr verkauft als im Vorjahr nach 13½% im Jahre 1972. Dieser Ausfall wurde aber dadurch ausgeglichen, daß die Umsätze kurzlebiger Waren hauptsächlich wegen der Vorratskäufe als Folge der Nahost-Krise stärker stiegen (real +5½% gegen

+4½%). Der Geschäftsgang war in allen *Betriebsformen* gut, die Großunternehmen schnitten jedoch im allgemeinen überdurchschnittlich gut ab. Ebenso wie in den Vorjahren expandierten die *Konsumgenossenschaften* vor allem durch Errichtung neuer Großraumläden (Verbrauchermärkte) und Schließung kleiner unrentabler Geschäfte besonders stark. Ihre Umsätze stiegen nominell um 22½% (im Vorjahr um 17%), während die Zahl der Abgabestellen gleichzeitig um 3½% sank. Dadurch konnten die konsumgenossenschaftlichen Unternehmen (einschließlich ihrer Kaufhäuser) ihren Marktanteil gemessen am gesamten Einzelhandelsumsatz in den letzten zehn Jahren von etwa 5½% auf 8½% erhöhen. Die *Warenhäuser* erzielten in allen Abteilungen höhere Umsatzzuwächse als die entsprechenden Fachgeschäfte und meist auch als im Vorjahr. Besonders groß war der Unterschied in der Warengruppe Hausrat und Artikel des Wohnbedarfes, wo die Umsätze der Warenhäuser dreieinhalbmal so stark wuchsen wie die des Fachhandels. Auch die großen *Filialunternehmen* des Lebensmittel- und Schuheinzelhandels expandierten stärker als die einschlägigen Einzelgeschäfte. Das Vordringen der Großunternehmen des Einzelhandels beruht hauptsächlich auf Wettbewerbsvorteilen, die eine günstigere Preisgestaltung ermöglichen. Da die Konsumenten mit zunehmendem Preisauftrieb immer preisbewußter werden, nimmt die Attraktivität dieser Geschäfte zu.

Einzelhandelsumsätze nach Betriebsformen

Branchengruppe und Betriebsform	1969	1970	1971	1972	1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Lebensmittel					
Einzelgeschäfte	+ 3,3	+ 7,3	+ 8,6	+ 7,6	+10,6
Filialbetriebe	+ 6,9	+ 6,9	+10,9	+12,4	+13,2
Bekleidung					
Fachhandel	+ 3,6	+ 9,3	+10,8	+10,5	+ 6,5
Warenhäuser	+ 0,1	+ 5,4	+ 9,1	+11,5	+13,9
Schuhe					
Einzelgeschäfte	+ 2,7	+10,4	+ 8,8	+ 8,5	+ 5,8
Filialbetriebe	+ 6,5	+10,0	+ 9,0	+ 6,5	+ 9,8
Hausrat und Wohnbedarf					
Fachhandel	+ 5,9	+ 7,9	+12,4	+16,9	+ 5,8
Warenhäuser	- 0,4	+ 6,0	+13,1	+30,1	+20,5
Sonstige Waren					
Fachhandel	+ 8,1	+ 9,9	+ 9,2	+11,1	+13,6
Warenhäuser	+ 7,3	+12,1	+12,5	+12,2	+26,8
Alle Branchen					
Fachhandel	+ 4,7	+ 8,1	+ 9,4	+10,1	+10,2
Warenhäuser	+ 1,2	+ 6,8	+10,4	+14,6	+17,7
Konsumgenossenschaften	+ 9,6	+16,1	+17,4	+17,2	+22,7
Ländl. Gemischtwarenhandel	+ 4,3	+ 8,1	+ 8,0	+11,9	+12,0

Der *Großhandel* expandierte nominell zwar stärker, infolge des kräftigen Preisauftriebes real jedoch schwächer als im Vorjahr. Wegen der Einführung der Mehrwertsteuer müssen für einen brauchbaren Vergleich zwischen 1973 und 1972 die Umsätze 1972 von der Umsatzsteuer entlastet werden. Dies ist aller-

dings nur grob mit Hilfe von Entlastungssätzen für einzelne Warengruppen möglich. Die Nettoumsätze des Großhandels (ohne Mehrwertsteuer) waren nominell um 6 1/2% höher als die Bruttoumsätze (einschließlich der kumulierten Umsatzsteuer), aber um 16 1/2% höher als die geschätzten Nettoumsätze des Vorjahres. 1972 haben die Umsätze nur um 12% zugenommen. Real sank aber, da sich der Preisauftrieb sehr verstärkte¹⁾, die Zuwachsrate von 8% auf 5%. Besonders schwach gingen Agrarprodukte (real + 1/2% nach +7% im Vorjahr), aber auch Rohstoffe und Halberzeugnisse (+6 1/2%) sowie Fertigwaren (+6 1/2%) konnten die realen Zuwachsraten des Vorjahres nicht erreichen (+9 1/2% und +8%).

Umsätze und Wareneingänge im Großhandel

Branchengruppe	Umsätze			Wareneingänge		
	1971	1972	1973 ¹⁾	1971	1972	1973 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Agrarerzeugnisse	+ 9.8	+12.4	+ 5.1	+ 8.7	+12.6	+ 9.3
Rohstoffe u. Halberzeugnisse	+13.0	+12.0	+ 8.9	+10.6	+11.4	+ 9.2
Fertigwaren	+ 9.9	+13.2	+ 3.1	+ 8.9	+11.6	+ 4.3
Sonstiges	+ 6.7	+ 6.6	+10.1	+ 7.6	+ 6.2	+ 8.3
Großhandel insgesamt	+10.8	+11.9	+ 6.5	+ 9.4	+11.0	+ 8.2

¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer

Leichte Zunahme des Verbrauches von Grundnahrungsmitteln

Der Verbrauch von Grundnahrungsmitteln (Getreideprodukte, Fleisch, Fette, Zucker, Milch, Eier, Gemüse, Obst einschließlich Südfrüchte, Kartoffeln), der 1972 nur geringfügig stieg, nahm um fast 2% zu²⁾. Eine höhere Zuwachsrate wurde in den letzten zehn Jahren nur 1971 erreicht (+2 1/2%). Diese Entwicklung hängt zum Teil mit den durch die Nahost-Krise Ende 1973 ausgelösten Vorratskäufen von verschiedenen Nahrungsmitteln zusammen. Dafür spricht vor allem die überdurchschnittliche Zunahme der Nachfrage nach Fetten (+4%). Speiseöle und sonstige Pflanzenfette wurden um 12 1/2% mehr abgesetzt als im Vorjahr, wogegen Margarine nur um 3 1/2% mehr, Schlachtfette und Butter sogar weniger verbraucht wurden. Relativ kräftig ist auch der Konsum von Gemüse (+5 1/2%) und Obst einschließlich Südfrüchte (+9 1/2%) gestiegen. Während der Verbrauchszuwachs von Gemüse hauptsächlich durch eine

¹⁾ Der implizite Preisindex des Großhandels (mit variabler Gewichtung) hat 1973 um fast 11% 1972 aber nur um 4% zugenommen

²⁾ Der Index des Verbrauches von Grundnahrungsmitteln wird durch Gewichtung der verbrauchten Mengen der erfaßten Nahrungsmittel mit den Verbraucherpreisen 1964 (für Erzeugnisse mit starken erntebedingten Schwankungen mit den durchschnittlichen Verbraucherpreisen 1964/66) berechnet. Dieser Index weicht zum Teil von der Kalorienberechnung in den amtlichen Ernährungsbilanzen ab, da das Gewicht der einzelnen Nahrungsmittel nach Kalorien und Wert verschieden ist

starke Erhöhung der Importe (+22 1/2%) gedeckt wurde, konnte die zusätzliche Nachfrage nach Obst ausschließlich aus der Inlandproduktion befriedigt werden. Infolge des verstärkten Preisauftriebes³⁾ nahm der Fleischverbrauch ähnlich wie im Vorjahr nur um 1 1/2% zu. Entsprechend der unterschiedlichen Preisentwicklung der einzelnen Fleischarten stieg der Verbrauch von Rindfleisch stärker (+3 1/2%) als der von Schweinefleisch (+1%). Der Kalbfleischkonsum, der schon bisher rückläufig war, ging abermals um 2 1/2% zurück. Schaffleisch wurde vor allem infolge des weiteren Zustromes von Gastarbeitern um 8 1/2% mehr verbraucht als im Vorjahr. Der Milchverbrauch veränderte sich ebenso wie in den Vorjahren nur wenig (+1%), Getreideprodukte (-2 1/2%), Zucker (-3%), Eier (-2%), Speisekartoffeln (-2%) wurden weniger verbraucht als im Vorjahr

Verbrauch wichtiger Nahrungsmittel

	1972			1973 ¹⁾		
	Ins-gesamt 1 000 t	je Kopf kg	davon aus der Inland- produk- tion ²⁾ %	Ins-gesamt 1 000 t	je Kopf kg	davon aus der Inland- produk- tion ²⁾ %
Mehl ³⁾	615.0	81.7	95.9	600.0	79.4	92.1
Fleisch ⁴⁾	457.1	60.8	90.5	464.0	61.4	91.0
Fette ⁵⁾	165.4	22.0	42.8	172.3	22.8	40.6
Zucker ⁶⁾	282.0	37.5	98.2	274.0	36.3	98.5
Milch ⁷⁾	1 036.2	137.7	100.0	1 046.7	138.5	100.0
Eier, Milch Stück	1 851.0	246.0	84.5	1 819.2	240.8	84.4
Kartoffeln	470.0	62.5	96.5	460.0	60.9	96.8
Gemüse	538.0	71.5	86.4	566.7	75.0	84.1
Obst einschl. Südfrüchte	682.4	90.7	36.2	746.3	98.8	43.0

¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Bei lagerfähigen Waren, insbesondere Mehl und Zucker wird unter Inlandproduktion die im entsprechenden Zeitraum aus der inländischen Erzeugung (auch verschiedener Jahre) tatsächlich verbrauchte Menge ausgewiesen. Infolge der starken Lagerbewegung inländischer und eingeführter Ware decken sich diese Zahlen nicht mit der Inlandproduktion des gleichen Jahres — ³⁾ Weizen und Roggen umgerechnet auf Mehl — ⁴⁾ Rind- Kalb- Schweine- und Schaffleisch. — ⁵⁾ Reinfett — ⁶⁾ Angaben für Wirtschaftsjahre, einschließlich Zucker für verarbeitende Industrien und Gewerbe — ⁷⁾ Trinkmilch (nur Voll- bzw. Konsummilch).

Infolge der unterschiedlichen Nachfrageentwicklung hat sich die Zusammensetzung des Nahrungsmittelverbrauches, die sich in den letzten Jahren kaum veränderte, etwas zugunsten von pflanzlichen Produkten verschoben. Ihr Anteil am Gesamtkonsum von Grundnahrungsmitteln erhöhte sich auf mehr als 45%, während er vorher darunter lag. Dementsprechend sank der Anteil tierischer Erzeugnisse unter 55%. Nach der kräftigen Abnahme in den letzten Jahren hat sich die Inlandversorgung 1973 nur wenig verändert. Vom Gesamtverbrauch an Grundnahrungs-

³⁾ Die Preise für Rind- Schweine- und Kalbfleisch haben 1973 im Durchschnitt (gewogen mit der jeweiligen Verbrauchsstruktur) um 8 1/2% zugenommen, nach 5 1/2% im Jahre 1972. Kalbfleisch verteuerte sich weitaus am stärksten (+14 1/2%). Die Preise für Schweinefleisch nahmen im Durchschnitt (gewogen nach Zerfällstabellen um 9% die für Rindfleisch um 7%) zu.

mitteln wurden ähnlich wie im Vorjahr rund 81% aus der Inlandproduktion gedeckt. Wohl hat sich die Eigenversorgung mit Getreide, Fetten und Gemüse etwas vermindert, vor allem der Verbrauch von Obst einschließlich Südfrüchte konnte aber stärker (zu 43%) aus der Inlandproduktion gedeckt werden als im Vorjahr (36%).

Struktur und Deckung des Nahrungsmittelverbrauches¹⁾

	1970	1971	1972	1973 ²⁾	1973 in % von 1972
	in % des Verbrauches				
Tierische Erzeugnisse	55,3	55,1	55,3	54,7	100,8
Pflanzliche Erzeugnisse	44,7	44,9	44,7	45,3	103,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	101,8
davon Inlandproduktion	85,4	84,7	81,1	80,8	101,4
Einfuhr	14,6	15,3	18,9	19,2	103,9

¹⁾ Berechnet durch Gewichtung der verbrauchten Mengen mit den Verbraucherpreisen 1964 bzw. Ø 1964/1966 — ²⁾ Vorläufige Zahlen

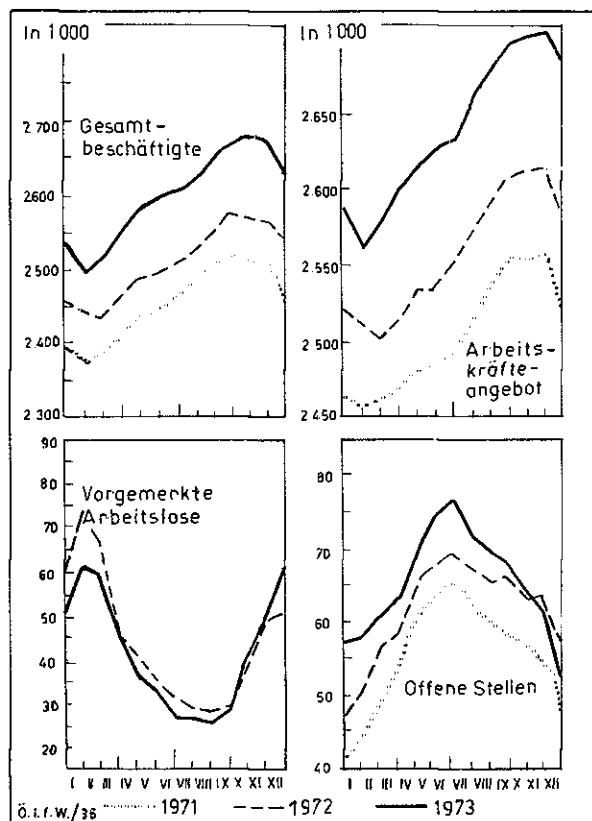
Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.16

Der Arbeitsmarkt blieb im Jahre 1973 angespannt. Die Beschäftigung verzeichnete die höchsten Zuwachsraten seit den fünfziger Jahren. Vor allem verstärkte sich der Fremdarbeiterzustrom und erhöhte sich die Frauenbeschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen unterschritt den Vorjahrsstand, und das Stellenangebot nahm im Jahresdurchschnitt weiter zu. In der zweiten Jahreshälfte bahnte sich allerdings eine leichte Entspannung der Arbeitslage an: Die Zuwachsraten des Stellenangebotes gingen deutlich zurück.

Die Bevölkerung wuchs im letzten Jahrzehnt durchschnittlich um 1/2% jährlich. Die Zahl der Berufstätigen nahm jedoch in diesem Zeitraum ab. Die Erwerbsquote — der Anteil der Berufstätigen an der

Der Arbeitsmarkt 1973



Wohnbevölkerung — sank damit von 47,6% auf 42,0% (bereinigt). Der Rückgang der Erwerbsquoten erklärt sich im wesentlichen aus dem verstärkten Schulbesuch (vor allem Verlängerung der Schulpflicht), aus früherer Pensionierung (Einführung der Frührente), der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit ihrer hohen Erwerbsbeteiligung und der ungünstigen Alterstruktur der Wohnbevölkerung.

Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung

	Männlich	Weiblich	Zusammen
1961 Berufstätige	2.009.929	1.359.886	3.369.815
Wohnbevölkerung	3.296.400	3.777.407	7.073.807
Erwerbsquote ¹⁾	61,0	36,0	47,6
1971 Berufstätige	1.898.331	1.199.655 ²⁾	3.097.986 ²⁾
Wohnbevölkerung	3.501.719	3.954.684	7.456.403
Erwerbsquote ¹⁾	54,2	30,3 ³⁾	41,5 ³⁾

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt. Ergebnisse der Volkszählungen — ¹⁾ Berufstätige in Prozent der Wohnbevölkerung. — ²⁾ Ohne 34.378 Ehefrauen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichneten — ³⁾ Zählt man die 34.378 Ehefrauen von Landwirten die sich als Hausfrauen bezeichneten wie 1961 zu den Berufstätigen hinzu dann erhöht sich 1971 die Erwerbsquote insgesamt von 41,5% auf 42,0% und bei den Frauen von 30,3% auf 31,2%

Der Arbeitsmarkt 1973

	Beschäftigte		Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
	in 1.000					
Ø 1969	2.357,7	+ 18,3	67,1	- 3,7	33,9	+ 6,3
Ø 1970	2.389,2	+ 31,5	58,4	- 8,7	45,3	+ 11,4
Ø 1971	2.454,9	+ 65,7	52,0	- 6,4	55,9	+ 10,6
Ø 1972	2.512,7	+ 57,9	43,2 ¹⁾	.	62,0	+ 6,1
Ø 1973	2.608,3	+ 95,6	41,3 ¹⁾	- 1,9	66,1	+ 4,1
1973						
Ø I. Qu.	2.524,7	+ 81,2	55,8	- 6,2	60,9	+ 6,3
Ø II. Qu.	2.597,5	+ 97,9	31,9	- 3,5	74,5	+ 6,8
Ø III. Qu.	2.654,6	+ 97,7	27,6	- 1,2	69,6	+ 4,4
Ø IV. Qu.	2.656,5	+ 103,6	50,0	+ 3,3	59,3	- 1,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Ab 1972 Vorgemerkte Arbeitslose ohne Pensionsbewerber

In den siebziger Jahren sind die demographischen Voraussetzungen für das inländische Arbeitskräfteangebot wieder günstiger. Laut Schätzung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen nahm 1973 die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 9.500 (ausschließlich Männer) zu. Bei einer durchschnitt-

lichen Erwerbsbeteiligung der erwerbsfähigen Männer von rund 85% bedeutet das einen positiven Einfluß auf die Zahl der männlichen Berufstätigen in der Größenordnung von 8.000.

Die Zahl der Erwerbstätigen (Selbständige + Mithelfende + Unselbständige), die im Laufe der sechziger Jahre um rund 200.000 zurückgegangen ist, nahm 1973 um schätzungsweise 50.000 zu. Die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden in der Landwirtschaft sank um etwa 17.000; die Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft nahmen mit rund 9.000 — vermutlich infolge der Einführung der Mehrwertsteuer — stärker ab als in den letzten Jahren. Darüber hinaus wurden mithelfende Ehegattinnen in der Größenordnung von 20.000 zu den Unselbständigen umgemeldet

Ungewöhnlich kräftige Beschäftigungsexpansion

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wuchs 1973 trotz der leichten Abschwächung des Wirtschaftswachstums um 95.600 (3,8%) auf den Rekordstand von 2.608.300. Ein Teil der Zunahme (schätzungsweise 20.000) geht auf eine Ummeldung von mithelfenden Ehegattinnen zu den Unselbständigen — ohne Änderung der Tätigkeit — zurück. Sie erfolgte wegen der Einführung der Individualbesteuerung und der Streichung des Betriebsausgabenpauschales ab 1. Jänner 1973. Selbst ohne diese Umschichtung bleibt ein Beschäftigungszuwachs, wie er seit den fünfziger Jahren nicht mehr erreicht wurde. Besonders stark wuchs die Beschäftigung von Frauen, was sicherlich zum Teil mit der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung zusammenhängt.

Auch die ausländischen Arbeitskräfte waren wieder in hohem Maße an der Beschäftigungsausweitung beteiligt. Ihre Zahl stieg um rund 40.000 auf 226.400, das sind 8,7% der Unselbständigen. Dieses hohe Niveau gab Anlaß für verschiedene politische und publizistische Aktivitäten¹⁾. Für 1974 wurde der Ausländerbeschäftigung ein Plafond von 250.000 gesetzt. Ein gutes Drittel der ausländischen Arbeitskräfte

Beschäftigte ausländische Arbeitskräfte

	Beschäftigte Ausländer insgesamt ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
∅ 1969	82.400	+19.900	+31,8
∅ 1970	109.200	+26.800	+32,5
∅ 1971	148.500	+39.400	+36,1
∅ 1972	186.465	+37.929	+25,5
∅ 1973	226.384	+39.919	+21,4

¹⁾ Bis einschließlich 1971 Schätzung auf Grund der Statistiken des Bundesministeriums für soziale Verwaltung über die Beschäftigung von Ausländern

²⁾ Auch das Institut wird demnächst eine Untersuchung über das Gastarbeiterproblem veröffentlichen.

sind in der Industrie und rund ein Viertel in der Bauwirtschaft tätig. Am höchsten ist der Ausländeranteil in der Textil- und Lederindustrie, in der Bauwirtschaft sowie im Fremdenverkehr. Nahezu vier Fünftel der Fremdarbeiter stammen aus Jugoslawien, gut 10% aus der Türkei.

Über die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland stehen heuer leider keine Daten zur Verfügung. Auf Grund der Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt dürfte die Abwanderung leicht rückläufig gewesen sein.

Expansion des Dienstleistungssektors

Der Schwerpunkt der Beschäftigungsausweitung lag im tertiären Sektor (57%) und in der Bauwirtschaft (5,4%). Die Steigerung der Baubeschäftigung ging praktisch ausschließlich auf Fremdarbeiter zurück. Die Zahl der im Dienstleistungssektor beschäftigten Unselbständigen lag nach der Juli-Zählung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger um 70.300 über dem Vorjahrsstand (Handel +27.600, öffentlicher Dienst +14.900). Dabei ist allerdings zu

Struktur der Beschäftigung

	1972 1973		Beschäftigte Ende Juli 1973	Veränderung gegen das Vorjahr	
	% - Anteile			absolut	in %
Land- und Forstwirtschaft	2,23	2,02	53.635	- 2.841	- 5,0
Bergbau Industrie u. Gewerbe	49,12	48,75	1.292.355	+ 45.817	+ 3,7
Energie- u. Wasserversorgung	1,20	1,16	30.648	+ 316	+ 1,0
Bergbau Steine u. Erden	1,26	1,15	30.581	- 1.327	- 4,2
Nahrungsmittel Getränke u. Tabak	4,26	4,19	110.961	+ 2.833	+ 2,6
Textilien	2,95	2,79	73.835	- 1.025	- 1,4
Bekleidung u. Schuhe	3,13	2,98	79.048	- 275	- 0,3
Leder- u. -ersatzstoffe	0,27	0,25	6.659	- 291	- 4,2
Holzverarbeitung	3,00	3,05	80.752	+ 4.675	+ 6,1
Papierherzeugung u. -verarbeitung	1,16	1,10	29.264	- 77	- 0,3
Graphisches Gewerbe. Verlagswesen	1,36	1,37	36.243	+ 1.664	+ 4,8
Chemie	3,06	2,99	79.347	+ 1.645	+ 2,1
Stein- u. Glaswaren	1,74	1,69	44.696	+ 646	+ 1,5
Erzeugung u. Verarbeitung von Metallen	15,11	15,31	405.944	+ 22.457	+ 5,9
Bauwesen	10,63	10,73	284.377	+ 14.576	+ 5,4
Dienstleistungen	48,65	49,22	1.304.744	+ 70.271	+ 5,7
Handel	11,61	12,15	322.173	+ 27.644	+ 9,4
Beherbergungs- u. Gaststättenwesen	3,70	3,75	99.282	+ 5.423	+ 5,8
Verkehr	5,84	5,73	151.888	+ 3.721	+ 2,5
Geld u. Privatversicherung	2,56	2,60	68.872	+ 4.033	+ 6,2
Rechts- u. Wirtschaftsdienste	1,64	1,79	47.362	+ 5.684	+13,6
Körperpflege u. Reinigung	1,38	1,33	35.346	+ 350	+ 1,0
Kunst, Unterhaltung Sport	0,63	0,61	16.109	+ 227	+ 1,4
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	1,94	2,09	55.288	+ 5.980	+12,1
Unterricht u. Forschung	1,23	1,30	34.444	+ 3.155	+10,1
Öffentliche Körperschaften	16,19	16,06	425.775	+ 14.910	+ 3,6
Haushaltung	0,54	0,46	12.289	- 1.495	-10,8
Hauswartung	1,39	1,35	35.916	+ 639	+ 1,8
Insgesamt	100,00	100,00	2.650.734	+113.247	+ 4,5
Männer	62,87	62,17	1.648.091	+ 52.803	+ 3,3
Frauen	37,13	37,83	1.002.643	+ 60.444	+ 6,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

berücksichtigen, daß die Ummeldungen von mithelfenden Ehegattinnen im Handel und Fremdenverkehr (ebenso wie im Gewerbe) sehr zahlreich waren. Besonders kräftig expandierte die Beschäftigung in den Rechts- und Wirtschaftsdiensten sowie in den Bereichen Gesundheit und Bildung.

Der sekundäre Sektor wuchs unterdurchschnittlich. In Metall- und Holzverarbeitung waren die Steigerungsraten am höchsten, in den Textil- und Bekleidungsarten ging die Beschäftigung ebenso wie in den Bergwerken sowie in der Land- und Forstwirtschaft zurück.

Ausweitung der Industriebeschäftigung verlangsamte sich im Laufe des Jahres

Im Jahresdurchschnitt 1973 beschäftigte die Industrie 676.300 Arbeitnehmer, um 13.600 (2%) mehr als im Vorjahr. Das Schwergewicht der Expansion lag im Metallbereich (Elektro- und Fahrzeugindustrie). Verglichen mit der übrigen Wirtschaft war die Ausweitung der Industriebeschäftigung relativ gering. Die Zuwachsraten der Beschäftigung nahmen im Laufe des Jahres ab.

Die Ausweitung der Industriebeschäftigung geht ausschließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurück (+14.400). Die Zahl der Inländer in der Industrie nahm leicht ab. Die höchsten Ausländerquoten in der Industrie haben die Textil- und Gießereindustrie.

Die Industriebeschäftigung 1973¹⁾

	Beschäftigte in der Industrie			
	Ins- gesamt im Ø 1973	Veränderung absolut	Veränderung in %	Davon Ausländer absolut in %
Bergwerke	17 478	- 653	- 3,6	345 2,0
Eisenerzeugende Industrie	41 170	+ 656	+ 1,6	2 456 6,0
Erdölindustrie	8 356	- 93	- 1,1	42 0,5
Stein- u. keramische Industrie	30 854	+ 460	+ 1,5	3 962 12,8
Glasindustrie	10 179	+ 245	+ 2,5	1 402 13,7
Chemische Industrie	64 491	+ 1 556	+ 2,5	7 437 11,5
Papierherstellende Industrie	16 225	- 519	- 3,1	605 3,8
Papierverarbeitende Industrie	10 491	+ 230	+ 2,2	1 626 15,5
Filmindustrie	1 711	- 140	- 7,6	87 5,1
Holzverarbeitende Industrie	29 654	+ 925	+ 3,2	4 197 14,2
Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	52 998	+ 214	+ 0,4	5 300 10,0
Lederherstellende Industrie	2 147	- 317	- 12,9	355 16,5
Lederverarbeitende Industrie	16 450	- 726	- 4,2	1 766 10,7
Gießereindustrie	12 354	- 45	- 0,4	3 008 24,3
Metallindustrie	8 597	+ 349	+ 4,2	1 056 12,3
Maschinen- u. Stahlbauindustrie	74 358	+ 2 726	+ 3,8	6 315 8,5
Fahrzeugindustrie	32 262	+ 1 472	+ 4,8	2 080 6,4
Eisen- u. Metallwarenindustrie	66 522	+ 2 351	+ 3,7	8 389 12,6
Elektroindustrie	71 034	+ 5 374	+ 8,2	7 609 10,7
Textilindustrie	65 749	- 631	- 1,0	16 743 25,5
Bekleidungsindustrie	39 758	- 638	- 1,6	5 031 12,7
Gaswerke	3 457	+ 760	+ 28,2	21 0,6
Insgesamt	676 294	+ 13 557	+ 2,0	79 831 11,8
Männer	440 491	+ 10 122	+ 2,4	
Frauen	235 803	+ 3 435	+ 1,5	

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Industrie insgesamt ohne Sägeindustrie und Elektrizitätswerke. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Im Jahresdurchschnitt betrug der Anteil der Fremdarbeiter an den Industriebeschäftigten 11,8%.

Die Effektivarbeitszeit je Industriearbeiter ging 1973 um rund 1% zurück, wobei es heuer um einen Arbeitstag mehr gab.

Entwicklung der Arbeitszeit je Arbeiter in der Industrie

	Geleistete monatliche Arbeitsstunden je Arbeiter ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
Ø 1969	167,1	-0,3	-0,2
Ø 1970	162,2	-4,9	-2,9
Ø 1971	160,6	-1,6	-1,0
Ø 1972	157,5	-3,1	-1,9
Ø 1973 ²⁾	156,1	-1,4	-0,9

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie) und Österreichisches Statistisches Zentralamt. — ¹⁾ Ohne Heimarbeiter. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Die Zahl der Lehrlinge hatte in den letzten Jahren wieder steigende Tendenz, weil bei den Schulentlassenen stärkere Geburtenjahrgänge nachrückten. Die Struktur der Lehrlingsausbildung verschiebt sich langsam vom Gewerbe zur Industrie (zum Teil Lehrwerkstätten). Dennoch wird nach wie vor noch mehr als die Hälfte der Lehrlinge im Gewerbe ausgebildet.

Lehrlinge nach Sektionen

	Lehrlinge insgesamt	Gewerbe	Industrie	Davon		
				Handel	Fremden- verkehr	Verkehr
Stand am 31. Dezember						
1970	137 400	78 700	18 900	28 700	7 900	1 800
1971	142 300	79 300	20 700	29 900	8 500	2 100
1972	147 100	79 100	22 800	31 600	9 200	2 200
1973 ¹⁾	154 600	81 600	25 100	33 100	9 800	2 200
% - Anteile						
1970	100,0	57,2	13,7	20,9	5,7	1,3
1971	100,0	55,7	14,6	21,0	6,0	1,5
1972	100,0	53,8	15,5	21,5	6,2	1,5
1973 ¹⁾	100,0	52,8	16,2	21,4	6,4	1,4

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft — ¹⁾ Vorläufige Zahlen

Niedrige Arbeitslosigkeit

Auch die Verringerung der Arbeitslosigkeit trug etwas zur Steigerung der Beschäftigung bei. Die Zahl der Arbeitslosen sank 1973 um 1.900 auf 41.300. Nach einem relativ deutlichen Rückgang im 1. Halbjahr war die Arbeitslosigkeit im letzten Quartal des Jahres allerdings wieder etwas höher als im Vorjahr (vor allem in den Bauberufen). Die Arbeitslosenrate lag 1973 bei 1,6%, bereinigt um die bedingt Vermittlungsgerechten bei 0,6%.

Niedriger war die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt vor allem in den Hilfsberufen, etwas höher lag sie in den Bekleidungsberufen.

Die Arbeitslosigkeit 1973

	Vorgemerkte Arbeitslose					
	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
	in 1 000 Personen					
∅ 1969	30,6	-1,4	36,5	-2,2	67,1	-3,7
∅ 1970	23,7	-6,9	34,7	-1,8	58,4	-8,7
∅ 1971	17,3	-6,4	34,7	+0,0	52,0	-6,4
∅ 1972 ¹⁾	11,6	.	31,7	.	43,2	.
∅ 1973	10,5	-1,1	30,8	-0,8	41,3	-1,9

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Ab 1972 Vorgemerkte Arbeitslose ohne Pensionsbewerber

Die Arbeitslosigkeit in einzelnen Berufsgruppen

	Vorgemerkte Arbeitslose			
	Insgesamt im ∅ 1973	Veränderung gegen das Vorjahr		Davon vollvermittlungsgerechtigt absolut in %
		absolut	in %	
Land- u. forstwirtschaftliche Berufe	3 472	- 248	- 6,7	2 739 78,9
Steinarbeiter	570	- 52	- 8,4	359 63,0
Bauberufe	3 980	- 272	- 6,4	3 088 77,6
Metallarbeiter Elektriker	1 997	- 150	- 7,0	460 23,0
Holzverarbeiter	459	- 129	-21,9	190 41,4
Textilberufe	1 014	- 43	- 4,1	156 15,4
Bekleidungs- u. Schuhhersteller	3 618	+ 185	+ 5,4	613 16,9
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	521	- 21	- 3,9	210 40,3
Hilfsberufe allgemeiner Art	2 522	- 807	-24,2	592 23,5
Handelsberufe	3 812	- 28	- 0,7	826 21,7
Hotel-, Gaststätten- u. Küchenberufe	6 038	- 90	- 1,5	3 625 60,0
Reinigungsberufe	1 888	- 112	- 5,6	517 27,4
Allgem. Verwaltungs- u. Büroberufe	5 225	+ 65	+ 1,3	886 17,0
Sonstige	6 210	- 207	- 3,2	2 437 39,2
Insgesamt	41 327	-1 908	- 4,4	16 699 40,4
Männer	10 478	-1 105	- 9,5	7 216 68,9
Frauen	30 849	- 803	- 2,5	9 483 30,7

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Wendepunkt in der Entwicklung des Stellenangebotes

Die Zahl der offenen Stellen lag im Jahresdurchschnitt 1973 mit 66.100 nur noch wenig (+4.100 oder 6,6%) über dem Vorjahrsstand. Nach einer Zuwachsrate von mehr als 10% im ersten Halbjahr ging die Veränderungsrate rasch zurück und erreichte im Dezember -8,1%. Diese Entwicklung traf Männer und Frauen in gleicher Weise. Offenbar führt die konjunkturelle Abschwächung gemeinsam mit der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes zu einer leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

Das Stellenangebot 1973

	Offene Stellen					
	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
	in 1 000					
∅ 1969	16,5	+3,9	17,4	+2,4	33,9	+ 6,3
∅ 1970	26,3	+9,8	19,0	+1,6	45,3	+11,4
∅ 1971	35,5	+9,2	20,4	+1,4	55,9	+10,6
∅ 1972	39,5	+4,0	22,5	+2,1	62,0	+ 6,1
∅ 1973	41,7	+2,2	24,3	+1,8	66,1	+ 4,1

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Die Zahl der offenen Stellen lag allerdings auch am Jahresende noch deutlich über dem Stand von 1971. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Mehrwertsteuervorkäufe gegen Jahresende 1972 zu einer sehr hohen Nachfrage nach Arbeitskräften geführt hatten. Im Jahresdurchschnitt ging vor allem das Stellenangebot in den Bauberufen (-2 400 oder 21%) sowie in den Textil- und Bekleidungsberufen (-1 000) zurück, mehr Vormerkungen als 1972 verzeichneten insbesondere Büroberufe, Gesundheitsberufe, Metallberufe und Verkaufspersonal.

Das Stellenangebot in einzelnen Berufsgruppen

	Offene Stellen im ∅ 1973	Veränderung gegen das Vorjahr	
		absolut	in %
Land- u. forstwirtschaftliche Berufe	671	+ 48	+ 7,7
Steinarbeiter	906	+ 19	+ 2,1
Bauberufe	8.831	-2.353	-21,0
Metallarbeiter Elektriker	16.917	+1.948	+13,0
Holzverarbeiter	2.645	+ 85	+ 3,3
Textilberufe	1.012	- 348	-25,6
Bekleidungs- u. Schuhhersteller	5.062	- 673	-11,7
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	1.251	- 61	- 4,6
Hilfsberufe allgemeiner Art	2.415	+ 12	+ 0,5
Handelsberufe	2.970	+ 370	+14,2
Hotel-, Gaststätten- u. Küchenberufe	4.583	+ 250	+ 5,8
Reinigungsberufe	2.454	+ 175	+ 7,7
Allgemeine Verwaltungs- u. Büroberufe	5.320	+1.948	+57,8
Sonstige	11.023	+2.642	+31,5
Insgesamt	66.060	+4.062	+ 6,6
Männer	41.712	+2.234	+ 5,7
Frauen	24.348	+1.828	+ 8,1

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung

Verkehr

Dazu Statistische Übersichten 9 1 bis 9 11

Die Belegung der Transportnachfrage, die sich 1972 anbahnte, hielt auch im Berichtsjahr an. Vor allem im Güterverkehr wurden hohe Expansionsraten erzielt; im Personenverkehr war die Zuwachsrate geringer als 1972, da der stimulierende Effekt durch die Schülerfreifahrt wegfiel.

Das Schwergewicht der Verkehrspolitik lag 1973 beim Schienenverkehr, nachdem im Jahr zuvor Schifffahrt, Luftfahrt und Straßenbau im Vordergrund standen. Die Novelle zum Bundesbahngesetz vom 4. Juli und das Investitionsprogramm in Höhe von 40 Mrd. S sollen dem Verkehrskonzept entsprechend die Marktstellung der Bundesbahn bessern.

Der Nachrichtenverkehr expandierte weiter kräftig. Die Fernsprechanchlüsse wurden um knapp 11% vermehrt und alle Hauptanschlüsse an automatische Zentralen angeschlossen. Der Selbstwählfernverkehr mit dem Ausland, bisher auf die Bundesrepublik

Deutschland, die Schweiz und Liechtenstein beschränkt, konnte auf weitere europäische Länder ausgedehnt werden.

Kräftige Belegung im Güterverkehr

Die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen nahm im Berichtsjahr nach der relativ mäßigen Steigerung im Jahre 1972 kräftig zu. Die Zahl der im Bahn-, Schiffs- und gewerblichen Straßenfernverkehr geleisteten netto-t-km war um 9% höher als 1972, wobei diesmal alle Verkehrsträger von der Nachfragesteigerung profitierten.

Transportleistungen im Güterverkehr nach Verkehrsträgern

	1972	1973	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mill	n-t-km	
Bahn	9.883 4	10 350 1	+ 4 7
Straße ¹⁾	3 518 9	4 011 4 ²⁾	+14 0 ²⁾
Schiff	2.075 4	2.470 9	+19 1
Insgesamt	15 477 7	16 832 4 ²⁾	+ 8 8 ²⁾

¹⁾ Gewerblicher Fernverkehr — ²⁾ Schätzung

Im *Bahnverkehr* erhöhte sich die Verkehrsleistung um 5% und ohne Transit um 4%. Das Frachtaufkommen (in t) stieg vor allem bei Importen (+7%), wogegen der Laderaumbedarf für Exporte weniger stark (+3%) zunahm. Im Transit wuchs die Leistung in n-t-km erheblich stärker (+7%) als die beförderte Transportmenge (+3%); die durchschnittliche Transportweite war daher größer als 1972. Trotz höherer Transportleistung blieb die Zahl der Wagenstellungen annähernd gleich groß (-0,8%), weil mehr großräumige Güterwagen zur Verfügung standen. Nur für Kohle, Koks, Eisen und Metalle sowie Zuckerrüben wurden mehr Wagen bereitgestellt als im vorangegangenen Jahr.

Das Leistungsangebot der Bahn im Güterverkehr wurde weiter verbessert. Im Städteverkehr verkürzt der sogenannte Nachtsprung¹⁾ die Transportzeit erheblich; er entspricht der Überlegung, daß die Transporte nachts, die Produktion und Verarbeitung aber tags erfolgen soll. Der weitere Ausbau des Gleisanschlußverkehrs, über den bereits 53% des Güterverkehrs laufen, sowie des Straßenrollerverkehrs vermehrte die Haus-Haus-Bedienung, die eine entscheidende Voraussetzung für die Entlastung des Straßenverkehrs ist. Ebenso wurden die betrieblichen Anlagen für den Containerverkehr, der zwar ständig steigt, aber doch erst 1% des Transportvolumens ausmacht, weiter ausgebaut. Im Huckepackverkehr konnten die betrieblichen Probleme auch im Berichtsjahr nicht gelöst werden; die Nachfrage der

¹⁾ Güter, die in den Abendstunden aufgegeben werden, sind innerhalb bestimmter Relationen (bis etwa 800 km) in den Morgenstunden am Bestimmungsort

Wirtschaft ist wegen der geringen Kosteneinsparung schwach. Das Wagenangebot konnte zwar durch die Neueinstellung von Wagen für automatische bzw. mechanische Lademöglichkeiten verbessert werden, führte jedoch zunächst zu Engpässen in der Versorgung mit diesen Waggons, da sie von den Verladern bevorzugt wurden. Für die älteren Wagentypen, insbesondere offene Wagen, ging der Bedarf entsprechend zurück.

Verkehrsleistungen der ÖBB

	1971	1972	1973	1972	1973
		Mill		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Güterverkehr					
Zug-km	34 0	34 3	35 2	+1 0	+2 5
Wagenachs-km	2 077 5	2 098 4	2 166 3	+1 0	+3 2
n-t-km	9 896 7	9 883 4	10 350 1	-0 1	+4 7
davon Binnen- u. Außenhandelsverkehr	7 611 1	7 495 2	7 798 7	-1 5	+4 0
Transit	2 285 6	2 388 2	2 551 4	+4 5	+6 8
Wagenstellungen ¹⁾	6 506 0	6 596 0	6 491 0	+1 4	-1 6
Beförderte Güter ²⁾ t	50 8	51 3	54 6 ³⁾	+0 9	+6 6 ³⁾
Personenverkehr					
Zug-km	54 1	54 5	54 1	+0 8	-0 8
Wagenachs-km	1 125 8	1 157 7	1 160 4	+2 8	+0 2
n-t-km	1 161 1	1 195 3	1 068 3	+2 9	
Beförderte Personen	163 8	177 4		+8 3	
Verkaufte Karten	54 9	52 8	52 4	-3 8	-0 7

¹⁾ Normal- und Schmalspur, Jahresdurchschnitt Stück je Arbeitstag — ²⁾ Einschließlich Stück- und Dienstgut — ³⁾ Schätzung

In der finanziellen Gebarung der ÖBB konnte die Kostenerhöhung durch die Leistungszuwächse und durch die Auswirkungen der Tarifreform vom 1. März 1972 teilweise ausgeglichen werden. Einer Steigerung der Betriebsausgaben um 6,2% stehen (steuerlich bereinigt) um 5,5% höhere Einnahmen gegenüber. Der Bundeszuschuß für Pensionen und Tarifsubventionen blieb trotz der erhöhten Aufwendungen mit 2.050 Mill. S unverändert; er wurde allerdings im Voranschlag 1974 kräftig auf 5,6 Mrd. S angehoben. Der Betriebsabgang betrug im Berichtsjahr 3,49 Mrd. S und der Gesamtabgang, einschließlich der außerordentlichen Aufwendungen von 1,75 Mrd. S,

Finanzielle Gebarung der ÖBB

	1972	1973	Veränderung gegen das Vorjahr in %
	Mill. S		
Betriebsausgaben	15 562 3	16 530 9	+ 6 2
Betriebseinnahmen ¹⁾	12 356 4	13 038 8	+ 5 5
davon Personenverkehr	2 633 6	2 834 3	+ 8 0
Güterverkehr (Kassenerfolg)	6 329 5	6 753 5	+ 7 0
Güterverkehr (Wirtschaftserfolg)			+ 5 7
Sonstige Einnahmen	1 343 3	1 392 0	+ 3 6
Bundeszuschuß	2 050 0	2 050 0	0 0
Betriebsabgang	3 205 9	3 492 1	+ 8 9
Außerordentlicher Aufwand	1 339 3	1 751 9	+30 8
Gesamtabgang	4 545 2	5 244 0	+15 4
Gesamtausgaben	16 901 6	18 282 8	+ 8 2

¹⁾ Nettoeinnahmen ohne Steuer.

5,24 Mrd. S, um 8,9% bzw. 8,2% mehr als 1972. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 18,3 Mrd. S werden 7,3 Mrd. S (einschließlich Bundeszuschuß), d. s. 40% der Ausgaben, praktisch aus Steuermitteln gedeckt.

Für den *Schiffsverkehr* auf der Donau herrschten im Berichtsjahr günstigere Schiffsverkehrsbedingungen als 1972. Die Zunahme der beförderten Gütermenge um 8% war vor allem dem weit höheren Transitverkehr (+47%) zu danken. Die mit der österreichischen Wirtschaft zusammenhängenden Transporte nahmen um 2% zu, wobei der Inlandverkehr schwächer war (-4%) als 1972, der Auslandverkehr über Passau hingegen um 7% und jener über Hainburg um 3% zunahm. Das Schwergewicht der Transporte lag wieder bei Mineralölprodukten, Eisenerz und Kohle sowie Koks.

Güterverkehr auf der Donau

	1972	1973	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Insgesamt	6 683 929	7 207 627	+ 7,8
<i>davon Einfuhr</i>	3 878 759	3 926 211	+ 1,2
<i>Ausfuhr</i>	806 471	941 360	+16,7
<i>Transit</i>	810 859	1 194 131	+47,3
<i>Inland</i>	1 187 840	1 145 925	- 3,5
Wichtige Waren (ohne Transit)			
Kohle Koks	1 217 224	1 423 003	+16,9
Eisenerz	1 412 569	1 436 787	+ 1,7
Metalle	575 505	588 388	+ 2,2
Mineralöle und Produkte	1 903 092	1 766 939	- 7,2
Getreide	48 277	62 452	+29,4
Hafenumschlag			
Linz	4 747 013	4 900 119	+ 3,2
Wien	1 951 800	1 861 724	- 4,6
Internationaler Verkehr mit dem Westen	1 219 880	1 299 243	+ 6,5
Internationaler Verkehr mit dem Osten	3 465 350	3 568 328	+ 3,0

Die österreichischen Schiffsverkehrsgesellschaften DDSG und COMOS konnten die beförderte Gütermenge (+7,5%) etwa im gleichen Maß steigern wie die anderen Schiffsverkehrsgesellschaften. Der Transportbedarf stieg vor allem für russische Kohle und Erze (+40%), Mineralöl von Wien donauaufwärts (+10%), Erzimporte über Passau (+9%) sowie Bleche und Eisenwaren donauabwärts bis Wien (+23%).

Kräftig belebte sich der Donau-Seeverkehr, der von den österreichischen Gesellschaften und der sowjetischen Schiffsverkehrsgesellschaft betrieben wird. Er nahm um 126% auf 207.492 t zu, d. s. knapp 3% der im gesamten Donauverkehr beförderten Güter oder 6% der über Hainburg verschifften Außenhandels-güter Österreichs. Von den österreichischen Gesellschaften wurden allerdings nur 28% der Gütermenge befördert; die Zunahme war mit 78% auch erheblich geringer als jene der sowjetrussischen Gesellschaft. Für die DDSG und die COMOS ist der Donau-

Seeverkehr wirtschaftlich als Ergänzungsverkehr zu den Kohle-/Erztransporten von Ismail nach Linz interessant; er ermöglicht eine Teilauslastung der eingesetzten Einheiten in der Talfahrt.

Der *Straßengüterverkehr* expandierte wieder kräftig. Der gewerbliche Straßengüterverkehr leistete in den ersten drei Quartalen um 21% mehr netto-t-km als im Vorjahr, die beförderte Gütermenge nahm um 18% zu. Einschließlich Werkverkehr und Nahverkehr dürfte die Steigerung allerdings geringer sein. Für das Jahr 1973 ergeben Schätzungen eine Zunahme des gesamten Straßengüterverkehrs um rund 11%. Der Dieselölverbrauch war um 8% höher als 1972.

Transportleistungen im gewerblichen Güterverkehr auf der Straße über mehr als 80 km Entfernung in den ersten drei Quartalen

	I/III Quartal 1973		
	t in 1 000	t-km	t-km Veränderung gegen 1972 in %
1. Insgesamt	7 064 0	2 974 335	+17,8 +20,9
davon			
2. Inlandverkehr	3 693 2	835 263	+16,0 +16,2
3. Grenzüberschreitender Verkehr (4 + 5)	2 901 0	1 649 693	+18,2 +19,6
4. davon Inland	2 901 0	462 413	+18,2 +21,8
Ausland	2 901 0	1 187 280	+18,2 +18,7
6. Leistungen auf Inlandstrecken (2 + 4)	6 594 2	1 371 094	+17,0 +19,0

Der Bedarf an fabrikneuen Lastkraftwagen war erheblich geringer als 1972; es wurden 30% weniger Zugfahrzeuge und 12% weniger Anhänger nachgefragt. Die Abschwächung war bei den Schwerfahrzeugen von 7 t und mehr am stärksten (-36%). Der Rückgang beruht teils auf steuerlich bedingten Vorkäufen Ende 1972 (Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1973), teils auf einer geringeren Kaufneigung Ende 1973 infolge der Ölkrise. Nimmt man an Stelle der tatsächlichen Zulassungen von November und Dezember 1972 (+40% und +130%) eine Wachstumsrate von 18% und 20% an, dann ergibt sich ein vermutlicher Vorkauf von 2.431 Lastkraftwagen, die sonst erst im Jahre 1973 angeschafft worden wären. Zählt man diese Vorkäufe zum Jahr 1973 hinzu, dann ergibt sich für 1973 eine Veränderungsrate von -4% statt -30%. Die Ölkrise senkte die Neukäufe im November und Dezember auf 2.070 gegen 3.200 Lastkraftwagen in Normaljahren. Eliminiert man auch diesen Einfluß, dann bleibt eine Wachstumsrate gegen 1972 von +2% bis +3%. Der Rückgang der Zulassungen erklärt sich somit aus Sondereinflüssen. Eine allmähliche Sättigung des Marktes wird allerdings auch künftig wachstumsdämpfend wirken. Der Bestand an Kraftfahrzeugen aller Art nahm um 3% zu; nur für zweispurige Fahrzeuge ergab sich ein Rückgang von 6%. Die im Vergleich zu früheren Jahren geringen Zuwachsraten bei den einzelnen

Neuzulassungen von Lastkraftwagen nach Größenklassen im Jahre 1973

Nutzlast in kg	Stück			Nutzlast in t		
	Insgesamt	Fuhrgewerbliche	Übrige	Insgesamt	Fuhrgewerbliche	Übrige
	Veränderung gegen 1972 in %	Veränderung gegen 1972 in %	Veränderung gegen 1972 in %	Veränderung gegen 1972 in %	Veränderung gegen 1972 in %	Veränderung gegen 1972 in %
Bis 499	541	3	538	189 4	1 1	188 3
500— 999	2 468	27	2 441	1 851 0	20 2	1 830 8
1 000—1 499	4 953	49	4 904	6 191 3	61 3	6 130 0
1 500—1 999	530	11	519	927 5	19 3	908 2
Summe bis 1 999	8 492	90	8 402	9 159 2	101 9	9 057 3
2 000—2 999	515	19	496	1 287 5	47 5	1 240 0
3 000—3 999	440	44	396	1 540 0	154 0	1 386 0
4 000—4 999	396	38	358	1 782 0	171 0	1 611 0
5 000—5 999	362	40	322	1 991 0	220 0	1 771 0
6 000—6 999	394	42	352	2 561 0	273 0	2 288 0
7 000 u. mehr	2 724	931	1 793	23 154 0	7 913 5	15 240 5
Summe 2.000 und mehr	4 831	1 114	3 717	32 315 5	8 779 0	23 536 5
Insgesamt	13 323	1 204	12 119	41 474 7	8 880 9	32 593 8
Anhänger	3 491			18 362 4		
Insgesamt	16 814			59 837 1		

Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	Bestand ¹⁾		Veränderung gegen 1972 in %	Neuzulassungen		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1972	1973 ²⁾		1972	1973	1972	1973
	Stück			Stück			
Insgesamt	2 486 529	2 567 887	+ 3 3	309 370 ³⁾	268 322 ³⁾	+14 5	-13 3
davon							
Personenkraftwagen	1 460 163	1 562 787	+ 7 0	221 624	186 982	+13 5	-15 6
Motorräder, -roller	92 656	81 642	-11 9	2 543	3 625	+70 7	+42 5
Motorfahrräder	486 601	465 727	- 4 3	41 875	44 129	+12 9	+ 5 4
Lastkraftwagen	137 805	140 889	+ 2 2	18 890	13 323	+24 2	-29 5
Zugmaschinen	269 813	276 403	+ 2 4	13 901	10 725	+10 1	-22 8
Spezialfahrzeuge	32 222	33 053	+ 2 6	2 178	1 955	+ 8 7	-10 2
Omnibusse	7 269	7 386	+ 1 6	634	449	+36 9	-29 2
Anhänger (aller Art)	100 782	107 151	+ 6 3	7 725	7 134	+25 5	- 7 7

¹⁾ Stand 31. Dezember — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse — ³⁾ Einschließlich Motorfahrräder

Fahrzeugarten beruhen vorwiegend auf den oben erwähnten Ursachen.

Der **Güterflugverkehr** erreichte mit +17% die höchste Expansionsrate von allen Verkehrsträgern. Vom Frachtaufkommen wurden 93% im Flughafen Wien umgesetzt. Außer Innsbruck, wo der Frachtumsatz weiter zurückging, erzielten jedoch die übrigen Flughäfen höhere Umschlags-Zuwachsraten als Wien (+16%). Mengenmäßig folgten auf Wien Graz (+33%) und Salzburg (+28%), danach Linz (+47%) und Klagenfurt (+33%).

Die österreichische Luftfahrtgesellschaft Austrian Airlines konnte ihren Anteil am Frachtaufkommen von 26,4% auf 31,6% steigern; ihre Zuwachsrate war mehr als doppelt so hoch wie die der übrigen Gesellschaften.

Lebhafter Personenverkehr

Der Bedarf an Personenverkehrsleistungen nahm zwar im Berichtsjahr weiter zu, die Belegung war aber schwächer als im vorangegangenen Jahr, als

Der Güterflugverkehr (Ohne Transit)

	Insgesamt			Davon AUA ¹⁾			Anteil der AUA %	
	Veränderung gegen das Vorjahr			Veränderung gegen das Vorjahr			1972	1973
	t	in %		t	in %			
Fracht	27 144	+24 1	+17 2	8 510	+86 6	+38 9	26 4	31 6
Post	3 756	+ 8 2	+ 0 6	1 708	+12 7	+ 0 2	45 6	46 9
Insgesamt	30 900	+21 6	+14 9	10 218	+63 3	+30 5	29 1	33 4

¹⁾ Ohne Auslandsverkehr d. h. Start und Landung im Ausland

Entwicklung des Personenverkehrs mit Massenverkehrsmitteln

	Beförderte Personen in 1 000			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
	1971	1972	1973	1972	1973
Bahn	163 824	177 384		+ 8 3	
Straße — Überland	189 291	220 045	233 039	+16 2	+ 5 9
Donauschiffahrt	505	368	402	-27 1	+ 9 1
Luft (einschl. Transit)	2 046	2 342	2 583	+14 4	+10 3
Insgesamt	355 666	400 139		+12 5	

die Ende 1971 eingeführten Schülerfreifahrten die Frequenz stark steigerten. Nur im Omnibusverkehr wirkte sich der Nulltarif noch aus, da neue Strecken bedient wurden. Der stagnierende Fremdenverkehr, die Verkehrsbeschränkungen im Zuge der Treibstoffkrise dämpften die Nachfrage, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr. Die Entwicklung war bei den einzelnen Verkehrsträgern unterschiedlich

Im *Bahnverkehr* stagnierte das Fahrgastaufkommen auf dem Vorjahrsniveau. Zuwächsen auf der Wiener Schnellbahn stehen Abgänge im übrigen Verkehr gegenüber. Die Stagnation im Fremdenverkehr wirkte sich auch auf die Zahl der Sonderzüge und Gesellschaftsreisen aus dem Ausland negativ aus. Die Steigerung des Benzinpreises führte zu keiner Substitution zugunsten der Bahn. Sie wäre auch nur im Nahverkehr in Ballungsgebieten zu erwarten, insbesondere im Berufsverkehr und bei Fahrten von und zur Arbeitsstätte. Im Urlaubsverkehr ist dagegen eine Substitution unwahrscheinlich, da bei stärkerer Personenkraftwagen-Besetzung die Preisschwelle, ab der ein Umsteigen vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr in Frage kommt, sehr hoch ist. Der autofreie Tag steigerte die Frequenz der Bahnen nur geringfügig.

Das Reiseangebot der Bahn konnte auch im Berichtsjahr mangels ausreichender finanzieller Mittel nur wenig verbessert werden. Im Rahmen des längerfristigen Beschaffungsprogramms für Reisezugwagen wurden 25 neue Wagen eingestellt und überalterte ausgemustert oder modernisiert. Das Zugangebot wurde in einigen Relationen erhöht, zum Teil um Überbesetzungen zu vermeiden, die vor allem im Transalpin, Orient-Expreß und Wiener Walzer auftraten. Die Aufhebung der Platzkartenpflicht für einige Reisezüge erhöhte zwar die Frequenz in diesen Zügen, verminderte aber zeitweise durch Überbesetzung den Reisekomfort. Vermehrt wurde auch das Angebot an Auto-Reisezügen. Die tarifpolitischen Werbeangebote, wie Fahrpreisermäßigung für Senioren, Hochzeitspaare und für diverse Europareisearrangements, wurden beibehalten. Der finanzielle Erfolg dieser Maßnahmen wird dadurch geschmälert, daß auch potentielle Bahnkunden diese Angebote nutzen, wie der Rückgang im Verkauf der Touristenkarte zeigt. Die Reisegeschwindigkeit konnte bei einigen Zugverbindungen, insbesondere im Städteschnellverkehr, erhöht werden. Leider sind in Österreich die verkehrsstrukturellen und topografischen Gegebenheiten für hohe Geschwindigkeiten — wie in Frankreich mit 260 Stundenkilometer — nicht sehr günstig

Der Passagier-*Luftverkehr* expandierte weiter kräftig (+11%), wenn auch etwas schwächer als 1972 (+15%). Infolge des Einsatzes größerer Flugzeuge

nahm die Zahl der An- und Abflüge nur um 3% zu. Es ist anzunehmen, daß sich dadurch die Auslastung der angebotenen Sitzplatzkapazität verbesserte. In den Flughäfen Wien, Linz und Graz war das Passagieraufkommen um 13% höher, in Klagenfurt und Salzburg um 2% und 3%; nur in Innsbruck sank die Frequenz infolge der Flugsicherungsproblematik um 39%. In Linz konnte die Nachfrage nicht immer befriedigt werden, für 1974 wurde daher die bisherige Linie Graz—Linz—Frankfurt in zwei Direktflügen ab Graz und Linz geteilt. Die österreichische Luftfahrtgesellschaft Austrian Airlines war im Berichtsjahr erfolgreicher als die anderen Gesellschaften; ihr Passagieraufkommen stieg um 20% (ohne Cabotageverkehr im Ausland), wobei Inland- und Auslandverkehr gleich stark expandierten. Die Passagierauslastung stieg im Linienverkehr von 45% auf 48%, im Durchschnitt wurden 45 Passagiere pro Flug befördert. Vom Gesamtflugaufkommen entfielen 79,7% auf Wien, in weiterem Abstand folgten Salzburg (10,8%), Klagenfurt (3,8%), Graz (3,6%), und Linz (2,0%). Am stärksten war der Flugverkehr (ab und nach Wien) im Auslandverkehr mit Frankfurt und Zürich, die Passagieranteile von 14,3% und 13,8% erreichten, dahinter liegen Amsterdam (6,9%), München (5,8%), London (5,4%), Brüssel (4,4%) und Paris (3,9%).

Passagierflugverkehr von und nach Österreich
(Einschließlich Charter)

	Insgesamt ohne Transit	Davon AUA ¹⁾	Anteil AUA in %
1972	2 108 752	686 131	32,5
1973	2 343 485	824 468	35,2
Veränderung 1972 gegen 1971 in %	+15,0	+22,8	
Veränderung 1973 gegen 1972 in %	+11,1	+20,2	

¹⁾ Ohne Auslandsverkehr, d. h. Start und Landung im Ausland

Der *Personenverkehr auf der Straße* nahm schwächer zu als im Vorjahr. Im Überland-Busverkehr stieg die Zahl der beförderten Personen um 6% (1972:

Neuzulassungen von Personenkraftwagen nach Größenklassen im Jahre 1973
(Einschließlich Kombifahrzeuge)

Hubraum ccm	1972	1973	Veränderung 1973 gegen		
			1972	1970	1967
		Stück	in %		
Bis 500	1 324	774	-41,5	-45,5	-9,2
501—1 000	24 517	26 588	+8,4	+59,4	+63,4
1 001—1 500	95 427	83 807	-12,2	+36,8	+18,4
1 501—2 000	83 497	62 101	-25,6	+61,2	+105,5
2 001—3 000	15 028	12 061	-19,7	+41,8	+222,5
3 001—4 000	1 240	840	-32,3	+89,2	+611,9
4 001 und mehr	591	811	+37,2	+51,6	+83,5
Insgesamt	221 624	186 982	-15,6	+46,8	+52,7

16%), im Individualverkehr nahm der Benzinverbrauch um 11% (11%) zu. In den Sommermonaten Juni bis September wurde infolge des flauen Fremdenverkehrs nur um 7% mehr Benzin abgesetzt gegen 15% in der gleichen Zeit 1972.

Die Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen waren um 16% niedriger als 1972. Bezieht man die steuerlich bedingten Vorkäufe gegen Jahresende 1972 in die Zulassungen 1973 mit ein, vermindert sich der Rückgang auf 2%. Die Abschwächung ist auch eine Folge der Benzinpreiserhöhungen vom 1. Juni und 14. November um rund 36% sowie der undurchsichtigen Energielage am Jahresende. Dadurch wurde der Kaufreiz sowohl für Erstwagen wie für Ersatzfahrzeuge stark gedämpft. Im Jahre 1974 dürfte sich diese Tendenz zunächst fortsetzen; die privaten Haushalte werden weit strengere Budgetmaßstäbe bei der Anschaffung eines Neuwagens anlegen als bisher. Eine fühlbare Verbesserung im Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel könnte die Kaufneigung ebenfalls dämpfen. Positive Effekte könnten durch eine entsprechende Preispolitik des Autohandels ausgelöst werden¹⁾. Langfristig ist zu erwarten, daß die Einkommenssteigerungen gegenüber der abrupten Benzinpreiserhöhung wieder aufholen werden und die Relation zwischen Einkommen und Aufwand für die Personenkraftwagen-Haltung wieder als tragbar angesehen wird. Die jüngsten Treibstoffpreiserhöhungen werden daher kurzfristig die Nachfrage dämpfen, ein anhaltender Nachfragerückgang ist aber unwahrscheinlich. Für das Jahr 1974 ergeben Schätzungen einen Bedarf von 181.000 fabrikneuen Personenkraftwagen, 33% weniger als 1973.

Im Personenverkehr auf der Donau übertraf die Nachfrage das Verkehrsangebot, teils infolge des zu kleinen Schiffsparks, teils wegen der Maul- und Klauenseuche, die zur Sperre bestimmter Ufergebiete führte. Im innerösterreichischen Verkehr wurden rund 402.000 Personen befördert, 9% mehr als 1972. Die DDSG setzte fünf Linienschiffe, drei Donaubusse und ein Tragflügelboot ein. Der kombinierte Bahn-Schiff-Fahrausweis wurde ebenso wie der Autolotsendienst Passau—Linz—Wien wieder stark in Anspruch genommen. Im grenzüberschreitenden Verkehr der ausländischen Reedereien wurden rund 48.000 Personen befördert, um 17% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang wurde ausschließlich durch die Sperre der tschechoslowakischen Grenze wegen der Maul- und Klauenseuche verursacht.

¹⁾ Für Deutschland stellte eine Meinungsbefragung des Schwalbacher Mafo-Institutes fest: Bei einer weiteren Mehrbelastung der Fahrzeughaltung würden 16% der befragten Personen den Wagen abschaffen, 33% den Fahrbetrieb einschränken, 17% auf kostengünstigere Fahrzeuge umsteigen

Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 10.1 bis 10.3

Geringes Wachstum des internationalen Reiseverkehrs

Während sich der internationale Reiseverkehr in den vergangenen Jahren weitgehend parallel zur Konjunktur der wichtigsten Herkunftsländer entwickelte, zeigte sich im Fremdenverkehrsjahr 1972/73 (1. November bis 31. Oktober) ein unterschiedlicher Verlauf. Obwohl das Wirtschaftswachstum der westlichen Industriestaaten Spitzenwerte erreichte, entwickelte sich der internationale Fremdenverkehr nur durchschnittlich. So stagnierten die Ausländernächtigungen in Österreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, und in Italien wuchsen sie (+2½%) geringer als auf Grund der starken Lira-Abwertung zu erwarten war. In Spanien, dem bedeutendsten Fremdenverkehrsland der Welt, nahmen die Ausländernächtigungen nach vorläufigen Ergebnissen um 6% zu, geringer als in den vorangegangenen Jahren (1972: +14%, 1971 und 1970: +11%). Nur in Jugoslawien kam es nach der Stagnation von 1972 im abgelaufenen Jahr zu einem kräftigen Nachfrageboom: Die Nächtigungen von Ausländern stiegen um 24%.

Die gesamte touristische Nachfrage expandierte stärker als der internationale Reiseverkehr, da zunehmend Inlandsaufenthalte nachgefragt wurden. In Italien, der Schweiz sowie der Bundesrepublik Deutschland nahmen die Inländernächtigungen stärker zu als jene von Ausländern. In Österreich verlief die Entwicklung im Sommerhalbjahr erstmals seit 1967 ebenso.

Fremdenverkehr in Österreich und in einigen Nachbarländern 1972/73

	Österreich ¹⁾		Schweiz		Deutschland		Italien	
	1972/73	1972/72	1972/73	1971/72	1972/73	1971/72	1972/73	1971/72
Über-nachtungen	=100		=100		=100		=100	
in 1.000		in 1.000		in 1.000		in 1.000		in 1.000
Inländer	20.606	100,2	15.520	105,5	196.188 ²⁾	105,4	78.842 ²⁾	103,5
Ausländer	70.485	100,0	22.199	101,3	16.404 ²⁾	100,0	46.767 ²⁾	102,5
Insgesamt	91.091	100,0	37.719	103,0	212.592 ²⁾	105,0	125.609 ²⁾	103,1

¹⁾ Ohne Zollausschlußgebiet Mittelberg und Jungholz in gewerblichen Berührungsbetrieben, Privatquartieren und Erholungsheimen — ²⁾ Schätzung

Die unterschiedliche Entwicklung von internationaler Konjunktur und Ausländertourismus ist in erster Linie eine Folge der Verschiebung in der Struktur der Wechselkurse, die mit Beginn des Fremdenverkehrsjahres 1972/73 begann. Dabei lassen sich drei Effekte unterscheiden. Die Reisen von Touristen aus Abwertungsländern (in erster Linie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien) gingen stark zurück (um etwa 15%), die internationale Nachfrage

nach Aufenthalt in diesen Ländern nahm aber nicht annähernd so stark zu. Dieser Effekt erklärt sich einerseits daraus, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien für den internationalen Tourismus als Herkunftsländer von weit größerer Bedeutung sind, und andererseits daraus, daß die Nachfrage nach Italienbesuchen auf Grund von Sonderinflüssen gedämpft wurde. Als zweiter Effekt der Wechselkursänderungen wäre eine deutliche Verlagerung der Reiseströme im internationalen Tourismus zu erwarten gewesen (Substitutionseffekt). Das war deswegen nicht der Fall, weil individuelle Präferenzen für bestimmte Länder sowie außerökonomische Faktoren die Nachfrage zumindest kurzfristig stärker beeinflussen als die Änderung relativer Preisverhältnisse. So expandiert etwa der Fremdenverkehr in Jugoslawien im Gegensatz zu Italien kräftig, obwohl der Dinar nicht so stark abgewertet wurde wie die Lira. Vielmehr dürften zum Teil die internationalen Pressemeldungen vom Frühjahr 1973 über die Verschmutzung der italienischen Badestrände zu einer Verlagerung der Nachfrage zugunsten Jugoslawiens beigetragen haben. Auch die Cholera in Süditalien könnte im Herbst ähnlich gewirkt haben. Als dritter Effekt haben die Wechselkursänderungen wegen der damit verbundenen Unsicherheit zu einer allgemeinen Dämpfung der Nachfrage nach Auslandsreisen geführt. Dafür spricht die Verlagerung zur Inlandsnachfrage in Aufwertungs-ländern, wie in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz.

Starke Preissteigerungen schwächten Stellung des österreichischen Fremdenverkehrs

Das Preisniveau des touristischen Konsums stieg im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr in Österreich um 14 1/2%, stärker als in fast allen anderen Ländern¹⁾; nur in Jugoslawien zogen die Preise noch stärker an (+15%). Überdurchschnittlich wurde das touri-

¹⁾ Zu den Ursachen der Preisentwicklung siehe Monatsberichte, Jg. 1973, Heft 12, S. 583 f.

Preisentwicklung des touristischen Konsums 1972/73

	Winterhalbjahr 1972/73	Sommerhalbjahr 1973	Fremdenverkehrsjahr 1972/73
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+14 0	+15 0	+14 7
Bundesrepublik Deutschland	+ 7 5	+ 6 8	+ 7 0
Frankreich	+ 7 4	+ 8 5	+ 9 7
Großbritannien	+ 8 4	+ 3 5	+ 5 0
Italien	+ 9 4	+12 5	+12 0
Jugoslawien	+26 3	+14 4	+15 1
Schweiz	+ 8 0	+ 4 3	+ 5 6
Spanien	+ 9 2	+11 4	+10 8
Alle Länder	+ 9 6	+ 9 5	+ 9 5

stische Preisniveau auch in Italien (+12%) und Spanien (+11%) angehoben.

Die Preisentwicklung ist neben den Wechselkursänderungen der zweite Grund für das ungünstige Abschneiden des österreichischen Fremdenverkehrs. Während der starke Rückgang an Gästen aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Italien durch die Abwertung der Währungen dieser Länder erklärt wird, gilt dies nicht für das Stagnieren der Nächtigungen von Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland (+1%), dem dominierenden Herkunftsland im österreichischen Fremdenverkehr mit einem Anteil an den Ausländernächtigungen von 78%; denn für die deutschen Gäste wurde der Schilling sogar geringfügig billiger. Auch die relative Verteuerung Österreichs im Vergleich zu den Abwertungsländern wie etwa Italien spielt für den typischen deutschen Österreichbesucher keine große Rolle: Er bevorzugt Österreich wegen seiner Landschaft sowie der sprachlichen und sozialen Ähnlichkeit. Er ersetzt einen Österreichurlaub eher durch einen Aufenthalt im eigenen Land als in einem der Mittelmeerländer. Für seine Urlaubswahl ist daher das relative Preisverhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland wichtiger als jenes zwischen Österreich und den Mittelmeerländern. Diese These wird durch die Entwicklung des Binnentourismus in der Bundesrepublik Deutschland be-

Fremdenverkehr in Österreich 1972/73¹⁾

	Inländer		Ausländer		Insgesamt		Zahl der Grenzübertritte einreisender Ausländer	
	1972/73 Übernach- tungen in 1 000	1971/72= 100	1972/73 Übernach- tungen in 1 000	1971/72= 100	1972/73 Übernach- tungen in 1 000	1971/72= 100	1972/73	1971/72= 100
I. Unterkünfte in gewerblichen Beherbergungsbetrieben, Privatquartieren und Erwachsenen-Erholungsheimen								
Winterhalbjahr	6.988	102 4	16.153	106 7	23.141	105 4	34.961	112 1
Sommerhalbjahr	13.618	99 1	54.332	98 2	67.950	98 3	79.432	112 5
	20.606	100 2	70.485	100 0	91.091	100 0	114.393	112 4
II. Andere Unterkünfte ²⁾	2.951	103 1	6.375	104 9	9.326	104 3		
	23.557	100 6	76.860	100 4	100.417	100 4		

¹⁾ Ohne Zollausschlußgebiet Mittelberg und Jungholz — ²⁾ Kinderheime Jugendherbergen Campingplätze und sonstige Massenunterkünfte.

Der Ausländerfremdenverkehr 1972/73 nach Herkunftsländern
(Gewerbliche Betriebe und Privatquartiere)

	Winterhalbjahr			Sommerhalbjahr			Fremdenverkehrsjahr		
	1972/73 Über- nachtungen in 1.000	1971/72= 100	Anteil in %	1973 Über- nachtungen in 1.000	1972= 100	Anteil in %	1972/73 Über- nachtungen in 1.000	1971/72= 100	Anteil in %
Insgesamt	16 659	106 7	—	54 947	98 2	—	71 606	100 1	—
Mittelberg und Jungholz	506	105 0	—	615	103 4	—	1 121	104 1	—
Rest	16 153	106 7	100 0	54 332	98 2	100 0	70 485	100 0	100 0
Deutschland	11 140	108 1	69 0	43 667	99 4	80 4	54 807	101 1	77 8
England	1 200	100 1	7 4	1 773	78 3	3 3	2 973	85 9	4 2
Italien	195	117 5	1 2	353	87 2	0 6	548	96 0	0 8
Schweiz	213	113 3	1 3	713	109 2	1 3	926	110 0	1 3
Frankreich	302	95 6	1 9	797	102 2	1 5	1 099	100 3	1 6
Holland	1 049	111 7	6 5	2 958	98 0	5 4	4 007	101 3	5 7
Belgien-Luxemburg	319	117 3	2 0	947	104 1	1 8	1 266	107 0	1 8
Schweden	313	98 4	1 9	341	90 2	0 6	654	94 0	0 9
Dänemark	196	88 7	1 2	471	98 5	0 9	667	95 4	0 9
USA	526	95 8	3 3	1 079	83 4	2 0	1 605	87 1	2 3
Ungarn	47	134 3	0 3	130	108 3	0 2	177	114 9	0 2
Andere	653	104 1	4 0	1 103	97 6	2 0	1 756	99 9	2 5
Ausland ohne Deutschland	5 013	103 8		10 665	93 3		15 678	96 4	

kräftigt: die Inländernächtigung wuchsen stärker als in den letzten Jahren (+5%). Im Winterhalbjahr nächtigten um 6% mehr Deutsche im Inland und um 8% mehr in Österreich; der Binnentourismus nahm auch im Sommerhalbjahr kräftig zu (+5½%), in Österreich gingen jedoch die Nächtigungen von Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland zurück (—½%), in erster Linie als Folge der starken Preissteigerungen.

Insgesamt stagnierten die Nächtigungen in Österreich im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr sowohl bei den Inländern wie bei den Ausländern auf dem Vorjahrsniveau.

Die Deviseneinnahmen wuchsen mit 11½% viel schwächer als in den vorangegangenen Jahren. Bei einer durchschnittlichen Preissteigerung von 14½% ergibt sich ein Rückgang des realen Aufwandes je Ausländernächtigung um 2½%.

Unterschiedliche Entwicklung in Winter und Sommer

Die Nächtigungen in Österreich entwickelten sich im Sommer 1973 ungünstiger (—1½%) als in der voran-

gegangenen Wintersaison (+5½%). Der Unterschied war im Inländerfremdenverkehr (Winter: +2½%, Sommer: —1%) geringer als bei den ausländischen Besuchern (Winter: +6½%, Sommer: —2%), da sich die Wechselkurse erst im Lauf der ersten Jahreshälfte stark änderten und der sprunghafte Anstieg der Binnenpreise seit Jahresbeginn in den Herkunftsländern (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland) erst mit zeitlicher Verzögerung bekannt wurde.

Innerhalb des Sommerhalbjahres kam es wie im Jahr zuvor zu einer Vorverlagerung der Hochsaison, da die Sommerferien in der Bundesrepublik Deutschland um durchschnittlich eine Woche früher begannen. Heuer wird sich diese Entwicklung umkehren, weil sich der Ferienbeginn in Nordrhein-Westfalen (dem für den österreichischen Fremdenverkehr wichtigsten Land innerhalb der Bundesrepublik Deutschland) von Mitte Juni auf Ende Juli verschiebt.

Annähernd gleichmäßige regionale Entwicklung

Die gesamten Nächtigungen entwickelten sich in den einzelnen Bundesländern annähernd gleich, da sich

Die regionale Verteilung des Fremdenverkehrs 1972/73
(Gewerbliche Betriebe, Privatquartiere und Erholungsheime)

	Übernachtungen in 1.000			Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil der Bundesländer in %			Anteil in %	
	Inländer	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer
Österreich ¹⁾	20 606	70 485	91 091	+0 2	— 0 0	+0 0	100 0	100 0	100 0	22 6	77 4
Wien	489	3 032	3 521	+7 7	— 1 5	—0 3	2 4	4 3	3 9	13 9	86 1
Niederösterreich	4 093	1 226	5 319	+0 5	+ 2 1	+0 9	19 8	1 7	5 8	77 0	23 0
Burgenland	508	538	1 046	—7 6	+10 5	+0 9	2 5	0 8	1 1	48 6	51 4
Oberösterreich	3 160	4 849	8 009	—2 1	+ 5 9	+2 6	15 3	6 9	8 8	39 5	60 5
Salzburg	3 046	13 390	16 436	+2 1	+ 1 7	+1 8	14 8	19 0	18 1	18 5	81 5
Steiermark	5 003	3 016	8 019	—0 9	+ 7 4	+2 1	24 3	4 3	8 8	62 4	37 6
Kärnten	2 152	11 792	13 944	—2 6	— 6 0	—5 5	10 4	16 7	15 3	15 4	84 6
Tirol ¹⁾	1 684	27 862	29 546	+7 3	— 0 5	—0 1	8 2	39 5	32 4	5 7	94 3
Vorarlberg ²⁾	471	4 780	5 251	+4 3	+ 3 4	+3 5	2 3	6 8	5 8	9 0	91 0

¹⁾ Ohne Jungholz — ²⁾ Ohne Mittelberg

Nächtigungen nach Unterkunftsarten 1972/73¹⁾

	Inland			Ausland			Insgesamt		
	1972/73 Über- nachtungen in 1 000	1971/72= 100	Anteil in %	1972/73 Über- nachtungen in 1 000	1971/72= 100	Anteil in %	1972/73 Über- nachtungen in 1 000	1971/72= 100	Anteil in %
Hotels Gasthöfe Pensionen	15 101	99,8	64,1	43 686	98,8	56,8	58 787	99,1	58,5
Privatquartiere	5 505	101,2	23,4	26 799	102,0	34,9	32 304	101,9	32,2
Kinder- und Erholungsheime	1 083	86,4	4,6	980	95,3	1,3	2 063	90,4	2,1
Jugendherbergen	544	100,0	2,3	670	92,9	0,9	1 214	95,9	1,2
Sonstige Massenunterkünfte	847	125,8	3,6	873	125,7	1,1	1 720	125,7	1,7
Campingplätze	477	121,3	2,0	3 853	105,4	5,0	4 330	107,0	4,3
Insgesamt	23 557	100,5	100,0	76 861	100,4	100,0	100 418	100,4	100,0

¹⁾ Ohne Mittelberg und Jungholz.

die unterschiedliche Entwicklung bei den In- und Ausländern meist kompensierte. In den Ländern mit dem geringsten Anteil an Ausländernnächtigungen nahmen diese zu, jene der Inländer waren gleichzeitig rückläufig oder stagnierten (Burgenland, Steiermark, Oberösterreich, Niederösterreich). Umgekehrt stiegen die Inländernächtigungen in Ländern mit geringem Inländeranteil, während die Ausländernächtigungen dort zurückgingen (Wien und Tirol). In Kärnten ($-5\frac{1}{2}\%$) und Vorarlberg ($+3\frac{1}{2}\%$) wich das Ergebnis am stärksten vom Durchschnitt ab, da sich In- und Ausländerfremdenverkehr in gleicher Richtung entwickelten.

Stark verschlechterte Kapazitätsauslastung

Die Nächtigungen in Privatquartieren wuchsen um 2%, jene in gewerblichen Betrieben gingen um 1% zurück. Die Verschiebung zugunsten der Privatquartiere war bei den Ausländern etwas stärker ausgeprägt als bei den Inländern. 58% aller Nächtigungen fielen auf gewerbliche Betriebe, 32% auf Privatquartiere. Der Anteil der Privatquartiere ist bei den Ausländern (35%) größer als bei den Inländern (23 $\frac{1}{2}\%$). In Privatquartieren ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer (10 Tage) höher als in gewerblichen Betrieben (5 $\frac{1}{2}$ Tage), da einmalige Nächtigungen (Geschäftsreisen, Durchfahrten) fast ausschließlich nur auf gewerbliche Beherbergungsbetriebe entfallen und den Durchschnitt drücken.

Die Nächtigungen auf Campingplätzen nahmen insgesamt um 7% zu. Die Steigerungsrate der Inländer war weit höher ($+21\frac{1}{2}\%$) als die der Ausländer ($+5\frac{1}{2}\%$), ihr Anteil an allen Nächtigungen auf Campingplätzen erreichte dennoch nur 11%.

Kapazität und Nachfrage entwickelten sich im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr gegenläufig. Die Zahl der Betten in gewerblichen (-1%) und privaten ($+2\%$) Unterkünften stagnierte in der Wintersaison (Stichtag 28. Februar 1973), als die Nachfrage noch wuchs. In der Sommersaison, als die Nachfrage stagnierte, stieg die Beherbergungskapazität am stärksten seit mehr als 10 Jahren. Insgesamt wurden

am Stichtag 31. August 1973 um 7% mehr Betten gezählt als im Jahr zuvor (gewerbliche Beherbergungsbetriebe: $+7\frac{1}{2}\%$, Privatquartiere: $+7\%$). Diese starke Steigerung des Beherbergungsvolumens ist eine Folge des Investitionsbooms in Hotelgewerbe und Privatvermietung, der begann, als sich der Fremdenverkehr im Jahr 1971 ebenso günstig entwickelte wie 1970. Zur Jahresmitte 1971 war das Volumen der Kredite an das Fremdenverkehrsgewerbe um 16 $\frac{1}{2}\%$ höher als im Vorjahr, in der Folge beschleunigte sich das Wachstum kräftig: auf 23 $\frac{1}{2}\%$ Ende 1971, 26 $\frac{1}{2}\%$ Mitte 1972 und im Höhepunkt zu Jahresende 1972 auf 33%. Am Stichtag 30. Juni 1973 lag das Kreditvolumen noch immer um 27 $\frac{1}{2}\%$ über dem Vorjahrsniveau. Da diese hohen Investitionen erst im vergangenen Jahr zu einer deutlichen Ausweitung der Beherbergungskapazität führten, als die Fremdenverkehrskonjunktur zurückging, hat sich die Kapazitätsauslastung stark verschlechtert. Im Durchschnitt waren die Betten im Sommerhalbjahr in gewerblichen Beherbergungsbetrieben zu 37 $\frac{1}{2}\%$ (Vorjahr: 41 $\frac{1}{2}\%$) und in Privatquartieren zu 33 $\frac{1}{2}\%$ (Vorjahr: 35 $\frac{1}{2}\%$) ausgelastet. Im Winterhalbjahr war die Kapazitätsauslastung infolge der günstigeren Nächtigungsentwicklung und des geringeren Bettenzuwachses noch etwas besser gewesen als vor einem Jahr: die gewerblichen Beherbergungsbetriebe waren im Durchschnitt zu 24% ausgelastet (Vorjahr: 23%), die Privatquartiere zu 10% (Vorjahr: 9%). Die Privatquartiere sind zwar im Saisondurchschnitt schlechter ausgelastet als die gewerblichen Betriebe, im Spitzenmonat Juli jedoch sind sie besser besetzt (74 $\frac{1}{2}\%$) gegen (64 $\frac{1}{2}\%$); doch selbst in diesem Monat sank die Auslastung im Vorjahrsvergleich (Privatquartiere: 77 $\frac{1}{2}\%$, gewerbliche Betriebe 70%).

Die gewerblichen Betriebe erreichten auch im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr in Wien die bei weitem höchste Kapazitätsauslastung (Winter: 45 $\frac{1}{2}\%$, Sommer: 63%), in erster Linie, weil das Saisonmuster weniger stark ausgeprägt ist und Privatquartiere fehlen. In der Wintersaison folgen Vorarlberg (33 $\frac{1}{2}\%$), Salzburg (27 $\frac{1}{2}\%$) und Tirol (26%), in der

Kapazitätsauslastung nach Unterkunftsarten und Bundesländern

	Winterhalbjahr 1972/73		März 1973		Sommerhalbjahr 1973		Juli 1973	
	Gewerbliche Betriebe	Privatquartiere	Gewerbliche Betriebe	Privatquartiere	Gewerbliche Betriebe	Privatquartiere	Gewerbliche Betriebe	Privatquartiere
	Durchschnittliche Nächtigungen pro Tag in % der Bettenanzahl							
Österreich	23,9	10,2	30,1	12,2	37,6	33,4	64,5	74,4
Burgenland	14,9	1,8	16,4	1,9	35,7	25,9	53,7	51,5
Kärnten	13,0	2,7	15,4	2,3	35,4	31,8	70,3	78,7
Niederösterreich	17,4	5,1	18,3	3,9	34,0	27,6	47,1	48,6
Oberösterreich	18,9	4,9	20,8	4,1	40,6	34,8	62,6	76,7
Salzburg	27,5	13,0	36,6	14,7	40,8	37,1	70,4	84,8
Steiermark	18,9	8,4	21,3	8,2	32,7	29,9	50,4	60,0
Tirol	26,1	12,6	34,6	15,9	36,9	34,3	69,2	74,9
Vorarlberg	33,6	16,8	50,3	24,1	32,8	34,6	57,3	68,8
Wien	45,4	—	46,5	—	63,0	—	61,7	—

Sommersaison Salzburg (41%) und Oberösterreich (40 1/2%).

Die Privatquartiere sind im Winter nur schwach frequentiert und daher allgemein schlecht ausgelastet. In der Sommersaison sind in Salzburg 37% und in Oberösterreich 35% der Betten belegt; am schlechtesten ist im Sommer die Kapazitätsauslastung im Burgenland (26%) und in Niederösterreich (27 1/2%). Nur im Juni nähern sich die Privatquartiere der Kapazitätsgrenze: Sie sind in Salzburg zu 85%, in Kärnten zu 78 1/2% und in Oberösterreich zu 77% ausgelastet.

Weiterhin kräftige Expansion der Devisenausgänge

Die Devisenausgänge stiegen im abgelaufenen Fremdenverkehrs-jahr um 25%. Im Winterhalbjahr (+30 1/2%) nahmen sie weit stärker zu als im Sommer (+21 1/2%). Das geht jedoch in erster Linie auf die in den Devisenausgängen miteinbehaltenen Fremdarbeitertransfers zurück, die sich im Winter wegen der geringen Zahl von Auslandsreisen statistisch stärker auswirken als im Sommer. So stiegen die Devisenausgänge nach Jugoslawien im I. Quartal 1973 um 67 1/2%, im III. Quartal jedoch nur um 31%. Bereinigt man die Devisenausgänge von den Fremdarbeitertransfers, so ergibt sich ein Wachstum der Reiseausgaben von Österreichern im Ausland von etwa 18%.

Der Aktivsaldo der Devisenbilanz stieg viel schwächer als in früheren Jahren, um 5% auf 20.074 Mill. S.

Devisenbilanz des Reiseverkehrs 1972/73¹⁾

	Einnahmen		Ausgaben		Saldo		Einnahmen je Übernachtung	
	1972/73 Mill. S	1971/72 =100	1972/73 Mill. S	1971/72 =100	1972/73 Mill. S	1971/72 =100	1972/73 S	1971/72 =100
Winterhalbjahr	14.598	117,0	5.608	130,6	8.990	109,8	904	109,6
Sommerhalbjahr	27.975	108,6	9.891	121,7	18.084	102,5	515	110,5
Fremdenverkehrs-jahr	42.573	111,3	15.499	124,8	27.074	104,8	604	111,2

¹⁾ Statistik der Oesterreichischen Nationalbank.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 11.1 bis 11.5

Sondereinflüsse verdecken Außenhandelskonjunktur

Der österreichische Außenhandel wurde 1973 von drei Ereignissen geprägt: der Umgruppierung in den Wirtschaftsböcken EWG und EFTA, den Erschütterungen im internationalen Währungsgefüge und der Erdölkrise im Gefolge des Nahost-Konfliktes. In den seit Anfang der sechziger Jahre konsolidierten Wirtschaftsböcken EWG und EFTA änderte sich ab Jahresbeginn 1973 die Situation. Dänemark, Großbritannien und Nordirland sowie Irland wurden ab 1. Jänner 1973 Vollmitglieder der nunmehr auf neun Staaten angewachsenen EG-1973¹⁾, die EFTA-1973²⁾ schrumpfte auf sieben Staaten zusammen. Zwischen den Staaten der EFTA-1973 und den Europäischen Gemeinschaften traten mit der ersten 20%igen Zollsensung am 1. April 1973 (Norwegen am 1. Juli 1973 und Finnland am 1. Jänner 1974) Freihandelsverträge in Kraft. Österreich konnte bereits ab 1. Oktober 1972 durch ein Interimsabkommen eine 30%ige Zollsensung in Anspruch nehmen. Dieser Vorsprung in der Zollsensung gegenüber den übrigen EFTA-Staaten trug zum starken Export- und Importanstieg im IV. Quartal 1972 bei (+27,5%, +32,7%). Die Zuwachsraten der österreichischen Exporte und Importe war im IV. Quartal 1972 höher als in allen EG- und EFTA-Ländern (mit Ausnahme der Exporte Portugals). Die Marktanteile Österreichs haben sich im IV. Quartal 1972 insbesondere in den EG-Ländern deutlich erhöht. Der kräftige Außenhandelsboom zu Jahresende 1972 ist allerdings nur teilweise auf das Interimsabkommen zurückzuführen, sondern in höherem Maße auf die Umstellung des österreichischen Umsatzsteuersystems auf die Mehrwertsteuer, die eine Vorverlagerung von Handelsgeschäften nach sich zog.

¹⁾ Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Nordirland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande.

²⁾ Finnland, Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz.

Für die Länder der EFTA-1973 wird es zunehmend schwieriger, dem starken Konkurrenzdruck zu begegnen, mit dem die (vorwiegend) großen Staaten der EG durch den Abbau der Diskriminierungsschranken für den Warenaustausch zwischen den EG- und den EFTA-Staaten auf den Markt der EFTA-1973 drängen. Die neue Konkurrenzkonstellation wird sich erst Mitte 1977 in voller Schärfe erkennen lassen, wenn der große Freihandelsraum zwischen EG-1973 und EFTA-1973 durch Beseitigung jeglicher Zollschränken realisiert sein wird 1973 blieb die relative Konkurrenzverhärtung für die EFTA-1973 auf ihrem Integrationsgebiet auf 20% beschränkt.

Das internationale Währungsgefüge wurde 1973 weiter erschüttert¹⁾. Die diversen Kurskorrekturen bewirkten, daß der Schilling gegenüber den westeuropäischen Währungen von Jänner 1973 bis Juli 1973 — verglichen mit der Vorperiode — de facto aufgewertet wurde, besonders kräftig in den Aufwertungsmonaten März (+0,95%) und Juli (+3,42%). Von August 1973 bis Dezember 1973 verschlechterte sich der Schilling gegenüber den westeuropäischen Währungen wieder²⁾. Die De-facto-Aufwertung bis Juli erschwerte den Absatz österreichischer Waren auf den europäischen Auslandsmärkten, die de-facto-Abwertung ab August besserte die Konkurrenzlage.

Auch die von den arabischen Ölförderländern im Oktober ausgelöste Erdölkrise beeinflusste das österreichische Außenhandelsgeschehen 1973. Wenn auch die anfängliche Mengenkrise in eine Preiskrise umschlug, löste das Unbehagen über die zu befürchtende mengenmäßige Drosselung der Erdöllieferungen im IV. Quartal 1973 beachtliche Reaktionen im Welthandel und im österreichischen Außenhandel aus.

Die genannten einschneidenden institutionellen und politischen Ereignisse des Jahres 1973 fielen teils in eine Periode gemeinsamer Hochkonjunktur aller Industrieländer (1. Halbjahr 1973), teils in eine Zeit weltweiter konjunktureller Entspannung (besonders im IV. Quartal 1973). Die verschiedenen Einflüsse wirkten insgesamt auf den österreichischen Außenhandel eher dämpfend, um so bemerkenswerter sind die hohen Zuwachsraten des Jahres 1973. Die Ausfuhr stieg gegenüber dem Vorjahr um 13,9% (1972: 13,4%), die Einfuhr um 14,5% (1972: 15,2%), der Einfuhrüberschuß erhöhte sich um 16,2% (1972: 21,0%). Die Deckung der Importe durch Exporte verringerte sich etwas, von 74,3% auf 74,0%. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1973 waren trotz der de-facto-Aufwertung gegenüber den wichtigsten Währungen Westeuropas und trotz verschärftem

Konkurrenzdruck auf dem EFTA-1973-Markt durch die EG-1973-Staaten keine Exporteinbußen festzustellen. Die anhaltend gute Konjunkturlage in den wichtigsten Abnehmerländern Österreichs begünstigte weiterhin die österreichische Exportentwicklung. Im IV. Quartal verlangsamte sich das Exportwachstum (+8,6%) noch mehr aber das Importwachstum (+2,1%). Dadurch ging der Einfuhrüberschuß gegenüber dem Vorjahrsquartal um 15,6% zurück, und die Deckung der Importe durch Exporte erreichte mit 77,8% einen sehr hohen Wert.

Entwicklung der Aus- und Einfuhr¹⁾

	Ausfuhr		Einfuhr		Einfuhr- überschuß		Deckung der Importe durch Exporte	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
1971	+ 6,3	+ 6,4	+13,3	+13,2	+42,0	+41,6	75,6	75,6
1972	+13,4	+13,6	+15,2	+15,4	+21,0	+21,0	74,3	74,4
1973	+13,9	+13,6	+14,5	+14,3	+16,2	+16,4	74,0	74,1
1973 I Qu.	+10,9	+10,8	+18,6	+18,5	+38,4	+38,3	67,5	67,2
II.	+19,7	+19,3	+18,0	+18,0	+13,4	+14,1	74,1	74,5
III.	+17,6	+17,7	+23,2	+23,1	+44,5	+42,1	75,4	75,7
IV.	+ 8,6	+ 7,9	+ 2,1	+ 1,8	-15,6	-11,3	77,8	77,8

¹⁾ Bereinigt um den Außenhandel mit Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr. *Kursiv*: Unbereinigte Werte.

Das geringe Wachstum im IV. Quartal ist aber nur zu einem Teil auf die Konjunkturabkühlung in Westeuropa zurückzuführen, die sich bereits im III. Quartal ankündigte und durch die „Ölkrise“ beschleunigt wurde. Ausschlaggebend waren vielmehr die Sondereinflüsse von Ende 1972, die durch Vorkäufe wegen der bevorstehenden Einführung der Mehrwertsteuer sowie die 30%ige Zollsenkung ab 1. Oktober 1973 im Handel zwischen Österreich und der EG den Außenhandel im IV. Quartal 1972 außergewöhnlich anregten. Außerdem wurden im IV. Quartal 1973 zweifellos Außenhandelsgeschäfte aufgeschoben, weil ab 1974 die Zölle im Handel mit den EG neuerlich gesenkt wurden.

Verschiebung der Außenhandelsstruktur zugunsten der Rohstoffe und Halbfertigwaren

Die Warenstruktur der *Ausfuhr* hat sich 1973 von Fertigwaren zu Halbfertigwaren sowie Rohstoffen verschoben. Das relativ mäßige Wachstum der Fertigwarenxporte um 11% (1972: +16%) bzw. von Maschinen und Verkehrsmitteln um 10% (1972: +19%) erklärt sich allerdings zum Großteil aus den Sondereinflüssen, die in erster Linie eine Verlagerung der Fertigwarenxporte — ins IV. Quartal 1972 und I. Quartal 1974 — bewirkten. Investitionsgüter schnitten viel schlechter ab (+4%) als Konsumgüter (+14%). Zum Teil trugen zur Strukturverschiebung auch Nachfrageveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland — dem wichtigsten Handelspartner Österreichs — bei, wo 1973 der Anteil der

¹⁾ Siehe Währung, Geld- und Kapitalmarkt, S. 111 ff.

²⁾ Siehe dazu Monatsberichte, Jg. 1974, Heft 1, S. 3.

Aus- und Einfuhr nach Warengruppen

	1971	1972	1973	1971	1972	1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an der Gesamtausfuhr in %		
<i>Ausfuhr</i>						
Nahrungs- u. Genußmittel	10,8	30,4	-7,7	4,7	5,4	4,4
Rohstoffe	-3,6	5,0	30,6	11,4	10,5	12,1
Halbfertigwaren	0,1	7,3	20,5	21,5	20,3	21,6
Fertigwaren ¹⁾	10,4	15,7	10,9	62,3	63,6	61,9
Fertigwaren ²⁾	10,4	16,1	10,4	62,4	63,8	62,0
davon						
Maschinen u. Verkehrsmittel ¹⁾	10,0	18,8	10,0	24,8	25,9	25,1
Maschinen u. Verkehrsmittel ²⁾	10,2	19,8	8,9	24,9	26,3	25,2
Andere Fertigwaren	10,6	13,7	11,7	37,5	37,5	36,9
oder						
Investitionsgüter ¹⁾	9,5	13,6	5,5	23,3	23,4	21,7
Investitionsgüter ²⁾	9,6	14,7	4,4	23,5	23,8	21,8
Konsumgüter	10,9	16,9	14,0	38,9	40,0	40,3
<i>Einfuhr</i>						
	Einfuhrveränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an der Gesamteinfuhr in %		
Nahrungs- u. Genußmittel	15,4	11,6	21,1	7,4	7,2	7,6
Rohstoffe	2,5	3,1	21,0	16,9	15,1	16,0
Halbfertigwaren	0,9	9,1	22,0	18,0	17,1	18,2
Fertigwaren ¹⁾	21,2	21,2	10,0	57,7	60,6	58,2
Fertigwaren ²⁾	21,1	21,5	9,8	57,7	60,8	58,3
davon						
Maschinen u. Verkehrsmittel ¹⁾	24,5	22,4	4,1	34,1	36,2	32,9
Maschinen u. Verkehrsmittel ²⁾	24,3	22,9	3,7	34,2	36,4	33,1
Andere Fertigwaren	16,8	19,5	18,8	23,5	24,4	25,3
oder						
Investitionsgüter ¹⁾	23,8	21,5	3,6	20,3	21,4	19,4
Investitionsgüter ²⁾	23,5	22,4	2,9	20,4	21,7	19,5
Konsumgüter	19,9	21,1	13,5	37,3	39,2	38,9

¹⁾ Bereinigt um den Außenhandel mit Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr. — ²⁾ Unbereinigt

Entwicklung nach Warengruppen im Jahresverlauf

	1972		1973		
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Ausfuhr</i>					
Nahrungs- u. Genußmittel	25,5	-6,8	-10,8	-5,4	-7,7
Rohstoffe	14,0	4,4	38,6	40,9	35,8
Halbfertigwaren	19,5	21,7	23,9	18,5	18,5
Fertigwaren ¹⁾	32,4	10,2	17,5	15,1	3,2
Fertigwaren ²⁾	33,8	9,9	17,0	15,3	2,2
davon					
Maschinen u. Verkehrsmittel ¹⁾	36,4	15,6	20,2	9,6	-0,4
Maschinen u. Verkehrsmittel ²⁾	40,0	15,0	18,9	10,1	-2,7
Andere Fertigwaren	29,6	6,8	15,7	19,7	5,8
Investitionsgüter ¹⁾	32,7	6,0	12,1	9,3	-2,5
Investitionsgüter ²⁾	36,5	5,3	11,0	9,9	-5,1
Konsumgüter	32,2	12,4	20,8	18,3	6,7
<i>Einfuhr</i>					
Nahrungs- u. Genußmittel	27,4	31,3	28,0	17,7	11,1
Rohstoffe	16,8	13,6	20,5	26,4	22,7
Halbfertigwaren	25,0	24,9	24,4	30,6	10,5
Fertigwaren ¹⁾	40,0	16,7	14,4	20,9	-5,8
Fertigwaren ²⁾	41,1	16,5	14,2	20,7	-6,2
davon					
Maschinen u. Verkehrsmittel ¹⁾	50,6	12,7	10,7	17,1	-15,0
Maschinen u. Verkehrsmittel ²⁾	52,5	12,5	10,5	16,8	-15,5
Andere Fertigwaren	25,4	22,3	19,8	26,1	9,5
oder					
Investitionsgüter ¹⁾	45,6	9,0	13,8	11,7	-12,4
Investitionsgüter ²⁾	48,8	8,6	13,4	11,2	-13,4
Konsumgüter	36,9	20,7	14,7	26,1	-1,8

¹⁾ Bereinigt um den Außenhandel mit Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr. — ²⁾ Unbereinigt

Fertigwaren am Gesamtimport zurückging, während jener der Halbfertigwaren und Rohstoffe stieg.

Dagegen beschleunigte sich das Exportwachstum der Rohstoffe — teilweise auch wegen der kräftigen Preissteigerungen — um 31% (1972: +5%) und der Halbfertigwaren um 21% (1972: +7%). Die Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln ging gegenüber 1972 absolut zurück (-8%; 1972: +30%).

Die Exporte in die EG (EG-1972: +15%, 1972: +13%; EG-1973: +15%, 1972: +15%) wuchsen kräftiger — und zwar in allen vier Quartalen — als jene in die EFTA (EFTA-1972: +10%, 1972: +18%; EFTA-1973: +8%, 1972: +17%). Der Anteil der Fertigwaren- und Investitionsgüterexporte in die EG ging — wie bisher — zurück, in die EFTA nahm der Export dieser Waren entgegen dem Trend in der Gesamtausfuhr anteilmäßig weiter zu. Die Rohstoffexporte (SITC 2, 3) in die EG stiegen stärker als die Gesamtexporte in die EG, im EFTA-Raum wuchsen sie nur durchschnittlich. Die Nahrungsmittelausfuhr (SITC 0, 1, 4) ging sowohl im EFTA-Handel wie im EG-Handel zurück.

Regionalstruktur der Aus- und Einfuhr¹⁾

	1971	1972	1973	1971	1972	1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an der Gesamtausfuhr in %		
<i>Ausfuhr</i>						
OECD-Europa	7,6	15,2	13,4	69,0	70,1	69,8
EG 1972	4,5	13,4	14,7	38,7	38,7	29,0
EG 1973	7,2	14,8	14,6	48,3	48,8	49,2
EFTA 1972	12,2	17,8	10,4	28,0	29,0	28,2
EFTA 1973	8,8	16,6	8,2	18,6	19,1	18,2
Osteuropa	-0,3	7,5	16,8	12,2	11,8	11,9
Sonstiges Europa (OECD - Europa - EG 1972 - EFTA 1973 + Jugoslawien)	-0,2	-4,7	30,4	6,4	5,4	6,2
USA plus Kanada	1,1	22,1	4,6	5,4	5,8	5,3
Andere Industriestaaten in Übersee	4,5	22,4	10,7	6,6	7,3	7,0
Entwicklungsländer	14,2	13,0	8,7	7,3	7,3	7,0
<i>Einfuhr</i>						
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			Anteil an der Gesamteinfuhr in %		
OECD-Europa	13,1	17,0	14,4	76,7	77,8	77,8
EG 1972	12,8	19,6	15,0	55,9	57,9	58,2
EG 1973	12,5	18,0	13,0	63,9	65,3	64,5
EFTA 1972	14,5	10,5	11,3	19,6	18,8	18,3
EFTA 1973	16,3	12,9	19,4	11,7	11,4	12,0
Osteuropa	8,7	5,2	15,1	9,1	8,5	8,4
Sonstiges Europa	-0,8	4,5	24,4	2,3	2,1	2,3
USA plus Kanada	19,3	3,0	7,8	4,1	3,6	3,4
Andere Industriestaaten in Übersee	20,9	16,3	11,6	5,9	5,9	5,8
Entwicklungsländer	19,3	7,7	22,4	6,9	6,4	6,9

¹⁾ Bereinigt um den Außenhandel mit Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr.

EG 1972: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande.

EG 1973: EG 1972 plus Dänemark, Großbritannien und Nordirland, Irland
EFTA 1972: Norwegen, Schweden, Dänemark, Schweiz, Österreich, Portugal, Finnland, Island, Großbritannien.

EFTA 1973: EFTA 1972 minus Dänemark, Großbritannien und Nordirland.

Die Exporte nach Osteuropa expandierten noch stärker (+17%; 1972: +8%) als die in die EG. Das höchste Wachstum wurde im Export in die blockfreien europäischen Länder (Jugoslawien, Spanien, Griechenland, Türkei) mit 30% (1972: -5%) verzeichnet.

Innerhalb der beiden Integrationsblöcke war die Entwicklung unterschiedlich. Im EG-Bereich stiegen die Warenbezüge Italiens (+24%), Dänemarks (+28%) und Belgien-Luxemburgs (+20%) am stärksten. Unterdurchschnittlich wuchsen die Exporte in die Bundesrepublik Deutschland (+10%) und nach Großbritannien (+11%). Innerhalb der EFTA konnten die österreichischen Exporteure die Lieferungen nach Island (+29,9%), Portugal (+19%) und Finnland (+17%) am kräftigsten steigern. Auf dem anteilmäßig wichtigeren Schweizer Markt wurden jedoch nur um 8% mehr Waren als im Vorjahr abgesetzt.

Im Fertigwarenbereich war die Auslandsnachfrage nach konsumnahen Fertigwaren relativ mäßig. Nur Möbel wurden — und zwar insbesondere in der EG — gut abgesetzt (+16%). Im Schuhexport lag die Zuwachsrate mit 9% weit unter den Verkaufserfolgen des Vorjahres (+32%). Auch die Gruppe Maschinen und Verkehrsmittel (+10%) expandierte verhältnismäßig schwach (Maschinen +5%, Verkehrsmittel +10%). Nur die Exporte der teils den Konsumgütern zurechenbaren elektrotechnischen Maschinen (+19%) lagen dank hoher EG-Nachfrage über dem Durchschnitt. Die Halb- und Fertigwarenexporte (SITC 6) erreichten im II. Quartal den höchsten Zuwachs (+18%), der sich im Jahresdurchschnitt auf 14% verringerte. Holz- und Korkwaren stießen vor allem im I. Quartal auf lebhafte ausländische Nachfrage (insbesondere in den EG), auch im Jahresdurchschnitt wurde mit +35% eine kräftige Exportsteigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Auch Papier wurde lebhaft im Ausland abgesetzt, wenn auch die Steigerungsrate nicht so hoch ausfiel (+18%).

Die Eisen- und Stahlexporte (+14%) haben sich gegenüber dem Vorjahr (+4%) deutlich erholt. Die Steigerung ist aber größtenteils preisbedingt; die Exportmengen stiegen nur um 6% (Roheisen) und 4% (Stahl). Bemerkenswert gut wurden die Absatzchancen für Nichteisenmetall genützt (+19%), vor allem auf dem Rest-EFTA-Markt. Im Bereich der chemischen Produkte (+27%) expandierten die Grundstoffe besonders kräftig (+42%), medizinisch-pharmazeutische Erzeugnisse und Farbstoffe wurden schwächer nachgefragt. Die hohen Zuwachsraten im Rohstoffexport (vor allem in den EG-Raum) stützten sich auf den hohen Absatz von Holz (+45%) sowie von Eisen und Schrott (+33%), wobei ein Großteil des Zuwachses auf Preissteigerungen zu-

rückzuführen ist. Trotz der Krisenstimmung im IV. Quartal erreichte die Brennstoff- und Energieausfuhr dank hohen Exporten im II. Quartal im Jahresdurchschnitt die beachtliche Zuwachsrate von 23%. Stark stieg vor allem die Ausfuhr von elektrischer Energie (+27%), die allerdings in den niederschlagsarmen Jahren 1971 und 1972 besonders niedrig war. Die insgesamt rückläufigen Nahrungsmittelexporte entwickelten sich in den einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich. Während die Getreideausfuhr um 28% zunahm, sank die Ausfuhr von lebenden Tieren um 26%, da infolge der Maul- und Klauenseuche Importsperrungen verhängt wurden, wovon besonders die Italien-Exporte betroffen waren. Recht gut konnten sich die Molkereierzeugnisse im Exportgeschäft behaupten (+16%).

Die *Einfuhr* (+14,5%) nahm etwas stärker zu als die Ausfuhr. Auch hier verschob sich die Warenstruktur zugunsten der Halbfertigwaren und Rohstoffe, die überdurchschnittlich expandierten (+22% und +21%). Die Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln wuchs ähnlich kräftig (+21%), die Bezüge von Fertigwaren (+10%), Maschinen und Verkehrsmitteln (+4%) sowie Investitionsgütern (+4%) wurden relativ schwach ausgeweitet. Im Gegensatz zu den Exporten expandierte die Einfuhr aus der EFTA-1973 (+19,4%, EFTA-1972: +11,3%) kräftiger als jene aus der EG-1973 (+13,0%, EG-1972: +15,0%).

Unter den konsumnahen Fertigwaren wuchs die Nachfrage nach Kleidung (+26%) und Möbeln (+21%) am stärksten. In der Warengruppe Maschinen und Verkehrsmittel (+4%) wirkte sich die rückläufige Entwicklung der Personenkraftwagen-Einfuhr (-10,7%) und die mäßige Einfuhrsteigerung der Maschinenimporte (+5%) dämpfend aus, wobei die Bezüge aus der EFTA weit rascher zunahm als jene aus der EG. Der absolute Rückgang der Personenkraftwagen-Importe im Jahre 1973 gegenüber 1972 hat seine Ursache in den enorm hohen Vorkäufen im IV. Quartal 1972 auf Grund der 30%igen Zollsenkung für Personenkraftwagen-Importe aus der EG sowie der erwarteten Preissteigerung durch die Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1973. Die Personenkraftwagen-Importe lagen mengenmäßig unter jenen von 1972, waren aber knapp höher als 1971. Der Durchschnittswert der Personenkraftwagen-Importe ist seit 1971 steil gestiegen.

Unter den Halbfertigwaren stiegen die Eisen- und Stahlbezüge — vorwiegend aus der EG — sprun-

Entwicklung der Personenkraftwagen-Importe

	Wert Mill S	Stück	Durchschnitts- wert je St.
1971	7 011 20	200.646	34 900
1972	9 293 30	238 009	38 600
1973	8 297 50	207 059	40 100

haft (+42%). Die volle Auslastung der heimischen Stahlindustrie trug maßgeblich zu diesem Importboom bei. Auch Nichteisenmetalle (+30%) wurden viel mehr — vor allem aus der EFTA — importiert. Die Papierwarenimporte erhöhten sich um 22%, die Textileinfuhr um 17%. Unter den Rohstoffen (+23%) wurden die Holzimporte (+63%), die vorwiegend aus der EG stammen, am kräftigsten ausgeweitet. Die Papierindustrie deckte im vergangenen Jahr ihren hohen Bedarf an Holz vorwiegend durch Zukäufe aus dem Ausland. Zudem trugen die empfindlichen Preissteigerungen zum wertmäßig steilen Importwachstum bei. Von den Nahrungsmittelimporten ragen die Getreideimporte (+63%), die Importe von Fleisch und Fleischwaren (+46%) sowie die Futtermittelimporte (+32%) hervor.

Mehrkosten für teurere Erdölimporte ca. 1 Mrd. S

Die Einfuhr von Brennstoffen und Energie belief sich im Vorjahr auf 10,3 Mrd. S und machte 7,5% der gesamten österreichischen Importe aus. Von der Importzunahme gegenüber 1972 (+18 Mrd. S bzw. +20,5%) entfiel nach einer überschlagsmäßigen Schätzung etwas mehr als die Hälfte (1 Mrd. S)¹⁾ auf die Verteuerung von Erdöl und Erdölprodukten, der Rest auf „reale“ Mehrimporte. Trotz „Energiekrise“ sind im Vorjahr die Mengenbezüge von Erdöl und -produkten kräftig gestiegen²⁾. An Erdöl wurde 1973 mit 6,0 Mill. t um 16% mehr eingeführt als 1972 (auch 1972 betrug die Steigerungsrate 16%), an Erdölprodukten (mengenmäßig) um 20 1/2% mehr (Benzin +25%, Heizöl +17%). Die Verteuerung fiel durchwegs sehr deutlich aus: Der Durchschnittspreis für 100 kg Erdöl frei österreichische Grenze stieg von 52,10 S im Jahre 1972 (und 51,90 S im 1. Halbjahr 1973) auf 79,40 S im III. Quartal bzw. 88,40 S im Dezember. Die höchsten Preise mußten zuletzt für Erdöl aus Libyen gezahlt werden (122,80 S), das auch bisher überdurchschnittlich teuer war, sowie für sowjetisches Öl (96,10 S), das früher zu den billigsten zählte. Der Durchschnittspreis für 100 kg Erdölprodukte (wegen der Vielfalt von Produkten und Produktqualitäten sind in dieser Warengruppe Preisvergleiche nur bedingt möglich) stieg von 78,60 S im Jahre 1972 auf 94,10 S (IV. Quartal 108,00 S, Dezem-

¹⁾ Unter der Annahme daß für die 1973 eingeführten Mengen nur die Durchschnittspreise des Jahres 1972 zu zahlen wären, ergibt sich für Erdöl ein Mehraufwand von 0,5 Mrd. S, für Benzin von 0,3 Mrd. S und für Heizöl von 0,2 Mrd. S (die Auswirkung eventueller Qualitätumschichtungen mußten unberücksichtigt bleiben). Auf die Verteuerung im letzten Quartal entfällt vom gesamten Mehraufwand von 1,0 Mrd. S fast genau die Hälfte (0,5 Mrd. S)

²⁾ Zur Versorgung Österreichs mit Erdöl und -produkten 1972 sowie in den ersten zehn Monaten 1973 vgl. Monatsberichte, Jg. 1973, Heft 12, S. 588 f., zur Entwicklung im November und Dezember vgl. Monatsberichte, Jg. 1974, Heft 2 S. 55.

Einfuhr von Erdöl, roh¹⁾, nach Ursprungsländern

	Welt ²⁾	UdSSR	Irak	Iran	Saudi-Arabien	Libyen	
1973	1 000 t	6 041,5	970,3	2 511,4	1 122,8	364,3	554,3
	Anteile %	100,0	16,1	41,6	18,6	6,0	9,2
	Mill. S	3 644,7	598,8	1 473,5	624,6	217,7	410,0
	S je 100 kg	60,3	61,7	58,7	55,6	59,7	74,0
1973 IV Qu.	1 000 t	1 715,8	284,7	665,5	267,9	115,8	239,2
	S je 100 kg	79,4	85,2	77,8	67,6	69,8	101,3
1973 Dez.	1 000 t	765,8	133,4	363,7	174,3	61,9	32,7
	S je 100 kg	88,4	96,1	91,7	72,0	81,0	122,8

¹⁾ Handelsstatistische Nummer 2709.10. — ²⁾ Einschließlich der Einfuhren aus Katar (Anteil am Gesamtimport 1973: 2,5%) Algerien (2%) Jugoslawien (1,2%) und Nigerien (2,5%)

Einfuhr von Erdölprodukten nach Ursprungsländern

	Erdölprodukte ¹⁾ insgesamt		Benzin		Heizöl		
	1 000 t	Mill. S	S je 100 kg	1 000 t	S je 100 kg	1 000 t	S je 100 kg
Insgesamt	3 464,1	3 259,5	94,1	994,9	113,2	1 865,0	63,6
davon aus							
Bundesrepublik Deutschland	1 184,4	1 244,2	105,0	278,7	140,3	662,5	68,3
Italien	951,8	923,8	97,1	375,8	131,3	420,6	58,8
Schweiz	214,6	181,0	84,3	1,3	100,0	210,6	76,8
Polen	198,6	116,9	58,9	—	—	197,0	58,6
Rumänien	179,5	130,8	72,9	9,2	177,4	142,9	50,3
Ungarn	366,5	251,3	68,6	107,8	66,3	195,9	58,1
ČSSR	184,8	126,7	68,6	154,8	65,2	0,0	—
UdSSR	37,4	31,2	83,4	37,1	80,2	—	—

¹⁾ SITC-rev. 332

Preise, Mengen und Werte der Erdöl- und Erdgaseinfuhr

	1972	1973	Veränderung gegen das Vorjahr in %	IV. Qu. 1973	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Dez. 1973
Erdöl, roh¹⁾						
1 000 t	5 205,3	6 041,5	16,1	1 715,8	- 4,3	765,8
Mill. S	2 711,7	3 644,7	34,4	1 362,8	45,4	677,3
S je 100 kg	52,09	60,33	15,7	79,43	52,1	88,44
Erdölprodukte²⁾						
1 000 t	2 876,0	3 464,1	20,4	813,4	—	202,7
Mill. S	2 261,6	3 259,5	44,1	878,3	—	270,8
S je 100 kg	78,64	94,09	19,6	107,98	—	133,60
Benzin						
1 000 t	795,5	994,9	25,1	181,9	- 7,4	48,1
Mill. S	681,5	1 126,0	65,2	252,0	46,3	70,6
S je 100 kg	85,66	113,18	32,1	138,50	57,9	146,78
Heizöl						
1 000 t	1 593,5	1 865,0	17,0	437,1	13,8	106,0
Mill. S	819,1	1 186,9	44,9	305,1	58,0	100,8
S je 100 kg	51,40	63,64	23,8	69,82	38,8	95,11
Erdgas						
Mill. m ³	1 527	1 517	- 0,7	347	- 5,0	—
Mill. S	537	456	- 15,1	98	- 23,3	—

¹⁾ Handelsstatistische Nr. 2709.10. — ²⁾ SITC-rev. 332.

ber 133,60 S). Bei Benzin kam es zu einem „Preissprung“ von 85,70 S (1972) auf 113,20 S im Jahresdurchschnitt 1973 (Dezember 146,80 S), bei Heizöl von 51,40 S auf 63,60 S (Dezember 95,10 S).

Die Verteuerung von Erdölprodukten wird zu einer stärkeren Verlagerung des Verbrauches zu anderen Energieträgern führen, von denen kurzfristig vor allem Kohle und Koks in Frage kommen. In der Ver-

gangenheit hatte die zunehmende Verwendung von Erdölprodukten und Erdgas eine Stagnation der Koks-Importe und einen Rückgang der Einfuhr von Steinkohle zur Folge. Die zu erwartende Belegung der Nachfrage nach festen Brennstoffen dürfte den „traditionellen“ Lieferanten zugute kommen, wozu Polen, die ČSSR und UdSSR (Steinkohle und Koks), die Bundesrepublik Deutschland (Koks und Briketts), die DDR (Braunkohlebriketts) und Jugoslawien (Braunkohle) zählen. Die Durchschnittspreise von Steinkohle und Koks waren in den vergangenen Jahren rückläufig, im Dezember 1973 war noch keine deutliche Tendenzumkehr zu erkennen, da offensichtlich auf der Basis längerfristiger Kontrakte geliefert wird. Bei Braunkohlebriketts ist hingegen eine merkliche Verteuerung festzustellen (von 628'70 S je t in den ersten drei Quartalen 1973 auf 761'10 S im IV. Quartal), die darauf zurückgeht, daß die DDR ihre bisher niedrigen Preise jenen der BRD-Konkurrenz anglich (Preisanstieg von 548'90 S in den ersten drei Quartalen auf 758'60 S im Dezember).

Einfuhr von Kohle und Koks

		1965	1970	1971	1972	1973	1973 = 1970 = 100
Steinkohle	1.000 t	3.596	3.452	2.752	2.790	2.819	81,7
	Mill. S	1.499	1.586	1.520	1.409	1.285	81,0
Koks ¹⁾	1.000 t	966	1.082	883	906	1.052	97,2
	Mill. S	570	951	854	764	795	83,6
Braunkohle	1.000 t	116	139	155	512	467	336,0
	Mill. S	27	42	37	101	100	238,1
Braunkohlenbriketts	1.000 t	580	553	444	410	378	68,4
	Mill. S	260	296	242	239	254	85,8
Kohle Koks insgesamt ²⁾	1.000 t	5.298	5.515	4.325	4.700	4.804	87,1
	Mill. S	2.387	3.176	2.747	2.605	2.530	79,7

¹⁾ SITC 321 B. — ²⁾ SITC 32 (Einschließlich Steinkohlenbriketts und Torf)

Preisentwicklung bei Kohle und Koks

	1971	1972	1973	1973 Dezember
	Durchschnittspreise ¹⁾ frei österreichische Grenze S je t			
Steinkohle	552,6	505,0	455,6	477,1
Koks	967,6	843,6	755,4	790,9
Braunkohle	235,9	198,0	213,8	256,4
Braunkohlenbriketts	544,6	581,6	671,3	784,8

¹⁾ Ohne Berücksichtigung eventueller Qualitätsumschichtungen.

Ostexport mit Ausnahme der UdSSR befriedigend

Die Zunahme der Ausfuhr in die Oststaaten war im Vorjahr mit 17%¹⁾ nicht nur am österreichischen Gesamtexport gemessen überdurchschnittlich, sondern

¹⁾ In der amtlichen Statistik wird eine Zunahme der Ostexporte um 14,4% (hier um 16,8%), der Ostimporte um 13,3% (15,3%) ausgewiesen. Die Differenz ergibt sich aus der Bereinigung der Aus- und Einfuhr um Lieferungen von Schiffen im Reparaturverkehr. Sie fällt vor allem im Außenhandel mit der Sowjetunion ins Gewicht (Exporte unbereinigt -18,4%, bereinigt -11,1%, Importe +1,1% und +7,7%)

auch die höchste seit 1960. Der Anteil der Ostexporte an der Gesamtausfuhr war seit 1967 (16,2%) von Jahr zu Jahr gesunken (1972: 11,5%); 1973 ist er erstmals leicht gestiegen (11,8%). Die Ausfuhr in die UdSSR, die seit Mitte 1970 — mit Ausnahme der zweiten Jahreshälfte 1972 — stagnierte bzw. rückläufig war, ist im Berichtsjahr weiter gesunken (-11%). Sie war 1973 nominell geringer als vor fünf Jahren (1968) und nur um 1,5% höher als vor zehn Jahren (1963). Die Ursache für die mäßige Entwicklung könnte zum Teil in den „Spätfolgen“ der Clearing-Auflösung (Jahresende 1970) liegen: Die Umstellung vom Verrechnungs-Dollar auf freie Währung führte offensichtlich sowohl im sowjetischen Außenhandelsapparat als auch auf Seiten der österreichischen Exportwirtschaft zu gewissen Anpassungsschwierigkeiten, die bisher noch nicht überwunden werden konnten. Überdies dürften in letzter Zeit bei den sowjetischen Importen aus dem Westen komplette Industrieanlagen im Vordergrund stehen, wobei bei der Erteilung von Aufträgen offensichtlich Großfirmen bevorzugt werden. 1974 kann mit einer Belegung der österreichischen Ausfuhr in die UdSSR gerechnet werden, weil die ersten zwei Einheiten (im Wert von 0,3 Mrd. S) eines sowjetischen Auftrages auf vier Donauschiffe sowie weitere sowjetische Bestellungen ausgeliefert werden. Das Zustandekommen eines neuen „Erdgas-Röhren-Vertrages“²⁾ könnte dem österreichisch-sowjetischen Außenhandel neue Impulse geben.

Österreichs Osthandel 1973

	Ausfuhr		Einfuhr		Saldo
	Mill. S	Ver- änderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S	Ver- änderung gegen das Vorjahr in %	Mill. S
Albanien	7,2	-63,1	42,1	+24,6	-34,9
DDR	1.392,3	+37,1	1.030,9	+15,3	+361,4
Bulgarien	648,6	+18,0	373,7	+2,4	+274,9
Polen	2.491,7	+36,6	1.710,1	+7,8	+781,6
Rumänien	1.232,7	+3,6	1.014,2	+35,7	+218,5
ČSSR	1.984,2	+20,4	2.213,7	+10,7	-229,5
Ungarn	2.580,7	+19,4	2.550,7	+29,1	+30,0
UdSSR ¹⁾	1.636,2	-11,1	2.468,7	+7,8	-832,5
Osteuropa ²⁾	11.973,6	+14,8	11.404,1	+15,3	+569,5
Jugoslawien ³⁾	3.928,3	+36,9	1.405,2	+14,8	+2.523,1
VR China	339,5	+5,4	239,5	+23,3	+100,0
Mongolische VR	5,5	-36,0	-	-	+5,5
Nordkorea	87,9	+52,9	16,2	+326,3	+71,7
Nordvietnam	0,5	-	4,1	+57,7	-3,6
Kuba	44,6	+75,6	10,2	+137,2	+34,4
Sozialistische Länder ³⁾	16.379,9	+21,0	13.079,3	+15,5	+3.300,6
RWG ³⁾	11.971,9	+16,9	11.362,0	+15,3	+609,9

¹⁾ Bereinigt um die Aus- bzw. Einfuhr von Schiffen im Reparaturverkehr. — ²⁾ Europäische und asiatische Oststaaten. Jugoslawien sowie Kuba — ³⁾ Europäische Oststaaten (ohne Albanien) und Mongolische VR

³⁾ Zum ersten österreichisch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Abkommen vom 1. Juni 1968 (Umfang 110 Mill. \$) vgl. Monatsberichte Jg. 1968 Heft 6, S. 258 f.

Die Ausfuhr in die übrigen osteuropäischen Länder (+23%) nahm im Berichtsjahr kräftig zu, wobei ebenso wie 1972 Polen (1973: +36½%; 1972: +46%) und die DDR (37%, 20½%) „Spitzenreiter“ waren. Nur die Ausfuhr nach Rumänien expandierte kaum (+3½%).

Ein Vergleich mit der Entwicklung der Ostausfuhr der Bundesrepublik Deutschland, unseres wichtigsten Konkurrenten auf diesem Markt, in den Jahren 1972 und 1973 (von den Ostexporten der westlichen Industriestaaten entfielen 1972 23,4% auf die Bundesrepublik Deutschland, 4,8% auf Österreich) zeigt, daß Österreich nicht imstande war, in diesem Raum alle Marktchancen zu nützen¹⁾: Österreich bleibt nicht nur im Export nach Rußland zurück, sondern schneidet auch auf dem bulgarischen und rumänischen Markt relativ schlecht ab; im Export nach Polen erreichte die Bundesrepublik Deutschland dop-

pelt so hohe Zuwächse. Fast im gleichen Maße konnte 1972 und 1973 der Export in die ČSSR gesteigert werden (Österreich war 1972 nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte westliche Handelspartner der ČSSR), im Export nach Ungarn blieb Österreich 1973 nur knapp hinter der Bundesrepublik Deutschland. Nur im Handel mit der DDR konnte Österreich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland aufholen.

Die Einfuhr aus den Oststaaten nahm ebenfalls überdurchschnittlich zu (+15,3%); ihr Anteil am Gesamtimport belief sich 1973 auf 8,3%. Kräftig stiegen vor allem die Bezüge aus Rumänien und Ungarn (35½%, 29%). Das Handelsbilanzaktivum mit den Oststaaten hat sich von 359 Mill. S im Jahre 1972 auf 570 Mill. S vergrößert.

Die Ausfuhr nach Jugoslawien, die zwei Jahre hindurch rückläufig war, wuchs um 38%, die Einfuhr um 17%. Im Außenhandel mit der Volksrepublik China stiegen die Exporte um 5½% (nach +165% im Jahre 1972), die Importe um 23½%. Der Warenaustausch mit allen sozialistischen Ländern nahm im Export um 21%, im Import um 15½% zu; der Anteil dieser Staatengruppe am österreichischen Außenhandel belief sich auf 16% und 9½%.

Am Wachstum der österreichischen Ostexporte partizipierten die meisten im Osthandel wichtigen Warengruppen; nur elektrotechnische Maschinen wurden um 11% weniger exportiert. An Maschinen i. e. S. wurde um 26%, an Verkehrsmitteln um 146%, an Maschinen und Verkehrsmitteln (diese Position kann im Osthandel weitgehend Investitionsgütern gleichgesetzt werden) insgesamt um 24% mehr ausgeführt, wobei Polen sowohl absolut als auch in der Steigerungsrate (872 Mill. S, +62%) an erster Stelle

Ostexport Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland 1972 und 1973

Exporte nach	1972		1973	
	Österreich	Bundesrepublik Deutschland	Österreich	Bundesrepublik Deutschland
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Bulgarien	-26,8	22,4	18,0	32,7
Polen	46,2	86,9	36,6	81,4
Rumänien	6,1	41,0	3,6	23,4
ČSSR	-4,9	-4,8	20,4	21,2
Ungarn	-2,7	19,1	19,4	25,0
UdSSR	14,8	42,8	-11,1	35,7
DDR	20,6	17,2 ¹⁾	37,9	2,4 ¹⁾
Osteuropa	7,5	33,3 ²⁾	16,8	39,3 ²⁾

Q: Statistisches Bundesamt Wiesbaden Außenhandel Reihe 1; DIW Wochenbericht 9/74. — ¹⁾ Innerdeutscher Handel. — ²⁾ Ohne innerdeutschen Handel

¹⁾ Die Exportzunahmen wurden aus Daten in DM bzw Schilling errechnet, so daß sich keine Verzerrung durch unterschiedliche Wechselkursänderungen ergibt

Österreichische Ostexporte nach Ländern und Warengruppen 1973

	Ernährung	Rohstoffe	Brennstoffe	Chemische Erzeugnisse	Eisen und Stahl	Andere Halb- u. Fertigwaren	Maschinen und Verkehrsmittel	Sonstige Fertigwaren	Insgesamt	Anteil am Gesamtexport in % ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
DDR	-83,9	-74,7	4,1	134,3	0,7	2,6	33,1	211,0	37,0	1,4
Bulgarien	-96,3	5,7	56,9	23,3	35,6	9,6	23,8	20,9	18,0	0,6
Polen	-6,4	-37,8	-6,1	32,6	22,5	46,0	61,8	31,8	36,5	2,4
Rumänien	527,7	-56,3	-17,0	7,8	13,8	-14,0	31,0	1,7	3,6	1,2
ČSSR	-16,8	46,8	32,3	21,5	23,7	20,1	21,7	8,7	20,4	1,9
Ungarn	42,9	51,2	39,5	35,5	34,5	5,7	8,5	14,6	19,4	2,5
UdSSR	-96,1	-98,2	-78,5	-12,9	0,2	-26,7	-6,5 ¹⁾	-27,3	-11,1 ¹⁾	1,6
Osteuropa ¹⁾	16,6	-3,4	4,5	23,5	12,7	10,1	24,1 ²⁾	26,3	16,8 ²⁾	11,8
Anteil am Export nach Osteuropa in % ¹⁾	1,3	3,8	2,6	18,2	15,6	23,3	27,9	7,0	100,0	
Anteil am Gesamtexport der Warengruppe in %	3,7	4,5	14,3	32,9	18,6	10,0	13,1 ²⁾	5,6	11,8 ²⁾	
Jugoslawien	111,5	136,0	43,5	31,5	17,6	30,7	21,3 ²⁾	13,9	36,9 ²⁾	3,9
Anteil am Export nach Jugoslawien in %	3,7	14,8	1,4	13,6	9,5	26,5	23,1	7,0	100,0	
Anteil am Gesamtexport der Warengruppe in %	3,6	5,8	2,4	8,1	3,7	3,7	3,6 ²⁾	1,8	3,9 ²⁾	

¹⁾ Einschließlich Albanien. — ²⁾ Bereinigt um die Ausfuhr von Schiffen im Reparaturverkehr.

Österreichische Ostimporte nach Ländern und Warengruppen 1973

	Ernährung	Rohstoffe	Brennstoffe	Chemische Erzeugnisse	Eisen u. Stahl	Andere Halb- u. Fertig-	Maschinen und Verkehrs-	Sonstige Fertigwaren	Insgesamt	Anteil am Gesamtimport in % ²⁾
Veränderung gegen das Vorjahr in %										
DDR	80.1	25.9	-2.6	-15.3	-34.2	7.9	-12.5	20.6	15.3	0.7
Bulgarien	-2.3	35.7	28.6	-18.0	208.3	2.2	-58.2	149.8	2.4	0.3
Polen	-27.8	26.6	0.2	22.4	30.1	90.4	30.3	51.3	7.8	1.2
Rumänien	19.5	14.9	267.8	0.3	-61.1	-42.9	-23.1	29.9	35.7	0.7
ČSSR	6.5	58.8	-9.3	21.7	77.2	21.1	2.6	11.3	10.7	1.6
Ungarn	4.4	30.6	34.8	25.7	141.3	8.8	-7.0	17.3	29.1	1.9
UdSSR	-44.3	37.3	1.8	-12.6	-12.4	111.2	9.7 ³⁾	34.3	7.8 ³⁾	1.8
Osteuropa ¹⁾	7.0	36.3	6.5	5.0	68.1	22.4	-0.8 ³⁾	22.5	15.3 ³⁾	8.3
Anteil am Import aus Osteuropa in % ²⁾	16.6	16.9	33.3	6.4	6.4	8.7	4.7 ³⁾	2.6	100.0	
Anteil am Gesamtimport der Warengruppe in %	17.1	18.4	36.8	5.9	13.7	4.0	1.2 ³⁾	1.9	8.3 ³⁾	
Jugoslawien	26.7	7.5	-10.9	38.6	14.1	13.9	36.7 ³⁾	18.9	14.8 ³⁾	1.0
Anteil am Import aus Jugoslawien in %	18.7	11.2	12.2	3.3	3.8	23.2	13.4 ³⁾	12.6	100.0	
Anteil am Gesamtimport der Warengruppe in %	2.4	1.5	1.7	0.4	1.0	1.3	0.4	1.1	1.0	

¹⁾ Einschließlich Albanien — ²⁾ Bereinigt um die Einfuhr von Schiffen im Reparaturvorwerkverkehr

unter den Oststaaten lag und die Ausfuhr in die Sowjetunion um 6 1/2% zurückging¹⁾.

Die Exporte konsumnaher Fertigwaren stiegen um 26% (davon Schuhe +113 1/2%, Kleidung -14%), wobei die DDR (+211%) wichtigster osteuropäischer Abnehmer wurde.

Die Ausfuhr von Eisen und Stahl (+12 1/2%) hat sich erst in der 2. Jahreshälfte (+17 1/2%) belebt. Die Lieferungen in die Sowjetunion und in die DDR stagnierten (0%, +1/2%), in die übrigen Oststaaten wurde erheblich mehr als im Vorjahr geliefert. Bei den übrigen Halb- und Fertigwaren (+10%) stand einem Rückgang der Exporte von Kautschuk- und Holzwaren (-2%, -10%) sowie einer Stagnation bei Metallwaren und Erzeugnissen aus mineralischen Stoffen (+4%, +4 1/2%) eine kräftige Zunahme der Exporte von Textilien (+26 1/2%) sowie NE-Metallen und Papier (+17%, +15%) gegenüber.

Der Chemieexport (+23 1/2%, davon DDR +134 1/2%) stützte sich auf Mehrlieferungen von Grundstoffen sowie Kunststoffen (+40%, +31%). An Rohstoffen wurde um 3 1/2% weniger geliefert, hauptsächlich weil die Exporte von Spinnstoffen um 8 1/2% zurückgingen. Nahrungsmittel werden von den Oststaaten hauptsächlich zur Überbrückung von Engpaßsituationen eingeführt. Im Vorjahr (+16 1/2%) konnten österreichische Firmen u. a. Zucker (21 Mill. S) sowie lebende Tiere (44 Mill. S) absetzen.

Die Zunahme der Importe aus den Oststaaten um 15 1/2% ist vor allem höheren Bezügen von Rohstoffen sowie von Halb- und Fertigwaren zuzuschreiben. Die lebhaftere Nachfrage nach Rohstoffen (+36 1/2%), die allen Oststaaten zugute kam (ČSSR +59%),

¹⁾ Infolge von Bereinigungen ergeben sich in dieser Position große Unterschiede gegenüber der amtlichen Statistik, die in den Ostexporten von Maschinen und Verkehrsmitteln eine Wachstumsrate von 15% (Sowjetunion -25 1/2%) und bei Verkehrsmitteln von 7% ausweist.

konzentrierte sich auf Holz (+77 1/2%) sowie auf Spinnstoffe (+50%); an Halb- und Fertigwaren (+38 1/2%) wurde insbesondere mehr Eisen und Stahl (+68%) aus den Oststaaten bezogen. Mit 434 Mill. S (+141 1/2%) entfielen auf Ungarn 8% der gesamten österreichischen Stahleinfuhr. Von den sonstigen Halb- und Fertigwaren (+22 1/2%, davon UdSSR +111%) wurde vor allem mehr an NE-Metallen, mineralischen Erzeugnissen und Textilien (49%, 26%, 21%) eingeführt. Kräftig stieg auch die Einfuhr von konsumnahen Fertigwaren (+22 1/2%), insbesondere von Möbeln (+35%). Die Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln stagnierten (-1%), wobei einer Zunahme bei elektrotechnischen Maschinen (+20 1/2%) ein Rückgang der Verkehrsmiteleinfuhr (-20%) gegenüberstand. Nur Polen (+30 1/2%) konnte in dieser Warengruppe seine Position auf dem österreichischen Markt deutlich verbessern. Aus der DDR und Ungarn wurde weniger (-12 1/2%, -7%) an Maschinen und Verkehrsmitteln eingeführt, aus der ČSSR um 2 1/2% mehr. Die Einfuhr an chemischen Erzeugnissen (+5%) sowie an Nahrungsmitteln (+7%) nahm nur schwach zu, die Brennstoffimporte waren — trotz der Verteuerung zu Jahresende — nur um 6 1/2% höher als ein Jahr zuvor.

Brennstoffimporte aus Osteuropa 1973

	Import aus Osteuropa	Veränderung gegen das Vorjahr	Anteil an Brennstoffeinfuhr aus Osteuropa	Anteil am österreichischen Import der jeweiligen Warengruppe %	
	Mill. S	%	%	1973	1972
Steinkohle u. -briketts	1.041.4	-10.8	27.5	77.0	79.1
Braunkohle u. -briketts	142.7	7.6	3.8	40.3	39.0
Koks	612.2	0.7	16.1	77.0	79.6
Erdöl roh, teilweise raffiniert	804.8	14.8	21.2	22.1	23.6
Erdölprodukte	680.5	66.0	17.9	20.9	18.1
Naturgas (Erdgas)	449.9	-15.5	11.9	98.7	99.1
Brennstoffe ¹⁾	3.793.2	6.5	100.0	36.8	41.6

¹⁾ SITC 3.

Transitgeschäfte in freier Währung mehr als verdoppelt

Nach Auflösung des bilateralen Clearings mit den Oststaaten¹⁾ haben die zur Flussighaltung der Verrechnungskonten entwickelten besonderen Handelstechniken²⁾ (vor allem Transit- und Switchgeschafte) ihre Bedeutung eingebuft.

Im Jahre 1973 gab es nur noch mit der DDR und Rumänien (bis 30. Juni) eine Clearing-Verrechnung; mit Hilfe von Transitgeschaften in Verrechnungswahrung konnte das österreichische Handelsbilanzaktivum gegenüber Rumänien von 238 Mill. S (nach Handelslandern) um fast die Hälfte (100 Mill. S) verringert werden.

Transitgeschäfte in freier Währung über Österreich 1972

	Eingänge ¹⁾		Ausgänge ²⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
Bulgarien	205	3,7	78	1,8
CSSR	559	10,2	126	3,0
DDR	93	1,7	—	—
Polen	316	5,7	53	1,2
Rumänien	99	1,8	45	1,1
UdSSR	283	5,1	108	2,5
Ungarn	488	8,9	85	2,0
Oststaaten insgesamt	2 048	37,3	496	11,7
Jugoslawien	1 362	24,8	426	10,0
VR China ³⁾	43	0,8	23	0,5
Bundesrepublik Deutschland	451	8,2	1 307	30,8
Schweiz	389	7,1	396	9,3
Italien	135	2,5	311	7,3
Großbritannien	173	3,1	284	6,7
USA	362	6,6	311	7,3
Entwicklungsländer	238	4,3	109	2,6
übrige Länder	296	5,4	583	13,7
Insgesamt	5 497	100,0	4 246	100,0

¹⁾ Aus Transitexporten. — ²⁾ Für Transitexporte. — ³⁾ Einschließlich Nordkorea, Nordvietnam, Mongolische VR.

¹⁾ Der Übergang zur freien Währung erfolgte gegenüber der UdSSR und Ungarn im Jahre 1971, gegenüber Bulgarien, der CSSR und Polen am 1. Jänner 1972, gegenüber Rumänien am 1. Juli 1972 und gegenüber der DDR am 1. Jänner 1974 (vgl. hiezu Monatsberichte, Jg. 1973, Heft 12, S. 590).

²⁾ Vgl. hiezu „Der mittelbare Außenhandel Österreichs mit den Oststaaten“, Monatsberichte, Jg. 1967, Heft 5, S. 161, sowie jeweils Heft 3 der Jahrgänge 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, S. 136 ff., S. 151 ff., S. 125 ff., S. 131 ff., S. 132 ff. bzw. S. 165.

Zahlungen für österreichische Transit- und Switchgeschafte

	DDR	Rumänien	Osteuropa ¹⁾	In frei konvertierbaren Währungen	In allen Währungen
	Mill. S				
1972					
Eingänge	36	139	462	5 497	5 959
Ausgänge	1	252	264	4 246	4 510
Saldo	+ 3	-113	+198	+1 251	+1 449
1973					
Eingänge	98	101	202 ²⁾	12 506	12 708
Ausgänge	73	201	274	9 867	10 141
Saldo	+25	-100	-72 ²⁾	+2 639	+2 567

Q: Von der österreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Unterlagen. — ¹⁾ Ohne Jugoslawien und Albanien. — ²⁾ Einschließlich nachträglicher Eingänge von 1 Mill. S in das Clearing mit der CSSR und 2 Mill. S mit Rumänien.

Forderungen österreichischer Kreditunternehmen gegenüber den Oststaaten¹⁾

Stichtag	Kredite an Verrechnungswahrung	Kredite an Oststaaten frei konvertierbare Währung ²⁾	Insgesamt ³⁾	Gesamte Kredite an das Ausland ³⁾	Ostkredite in % der Gesamtkredite
31. Dezember 1971	1 185	2 666	3 851	12 026	32,0
Veränderung ⁴⁾	-540	+104	-436	+3 208	
31. Dezember 1972	675	3 703	4 378	15 909	27,5
Veränderung ⁴⁾	-510	+1 037	+527	+3 883	
31. Dezember 1973	496	4 923	5 419	20 854	26,0
Veränderung ⁴⁾	-179	+1 220	+1 041	+4 945	

Q: Von der österreichischen Nationalbank zur Verfügung gestellte Unterlagen. — ¹⁾ Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, CSSR, DDR, UdSSR. — ²⁾ Einschließlich indirekte (über Freiwahrungslander) an die Oststaaten gewährte Kredite (31. Dezember 1971: 80 Mill. S). — ³⁾ An alle Länder gemäß Auslandsstatus. — ⁴⁾ Gegenüber dem Stichtag des Vorjahres.

Neben Transitgeschaften in Verrechnungswahrung werden seit langem von der Industrie und von spezialisierten österreichischen Unternehmen auch entsprechende Transaktionen in freier Währung durchgeführt. Die Umsätze aus Transitgeschaften, die sich 1972 auf 97 Mrd. S beliefen, haben sich 1973 mehr als verdoppelt (22,4 Mrd. S). Es ist anzunehmen, daß auch in diesem Jahr (nach Ländern aufgegliederte Daten sind noch nicht verfügbar) die über Österreich abgewickelten Transitgeschäfte ebenso wie 1972 vorwiegend zum Ost-West-Handel (einschließlich Jugoslawien) zählten.